KOSMOPROLET

5 Euro
6 SFr

Heft 4 2015

Impressum

KOSMOPROLET wird herausgegeben von
Eiszeit, Schweiz, den Freundinnen und Freunden
der klassenlosen Gesellschaft, Berlin und La Banda Vaga, Freiburg.
Müßiggang, Oranienstr. 14a, Heinrichplatz, 10999 Berlin
Bestellmöglichkeiten über www.kosmoprolet.org
Rabatt für Wiederverkäufer
Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: A. Müller, Oranienstraße 12, 10999 Berlin

Alle Photographien aus den Fotoserien »Exodus« und »Timeout«

Wir danken dem Fotografen für die Abdruckgenehmigung.

KOSMOPROLET 4

Inhalt

EDITORIAL

Das Jahr 2011, in dem die Leute an vielen Orten in Scharen auf die Straße und manchmal auf die Barrikaden gingen, wurde oft mit 1968 verglichen. Kommentatoren, denen Revolutionsromantik fern liegt, stellten verblüfft fest, dass weltweit sogar erheblich mehr Menschen in Bewegung geraten waren als im legendären Jahr der Revolte. Seitdem hat sich die Lage bekanntlich je nach Land eingetrübt oder pechschwarz verfinstert. Wo 2011 Plätze besetzt wurden, wie in Europa, herrscht wieder der bekannte Alltagstrott, ohne dass sich an den Gründen zum Aufbegehren etwas geändert hätte. Wo Diktaturen gestürzt oder wenigstens ins Wanken gebracht wurden, wie in der arabischen Welt, herrscht heute fast ausnahmslos das Militär oder ein Bürgerkrieg unter reger Beteiligung von Djihadisten. Aus dem großen Aufbruch ist nichts geworden, zumindest nichts Gutes. Fast scheint die Regel zu gelten, dass die Misere umso größer ist, je weiter die Rebellierenden gegangen sind. Stillhalten wird zwar nicht belohnt, aber wenigstens auch nicht bestraft.

Trotzdem plagt die Sachwalter der Ordnung weiter das Gespenst der Revolte. »Die Situation erinnert mich an 1968«, unkte ein hohes Tier des europäischen Staatenkonglomerats, als die Griechen neulich dem Spardiktat mehrheitlich ein Oxi entgegenhielten. »Es gibt in Europa eine weitverbreitete Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen, die schnell in eine revolutionäre Stimmung umschlagen kann. Es wird die Illusion erweckt, es gebe eine Alternative zu unserem Wirtschaftssystem, ohne Sparpolitik und Einschränkungen. Das ist die größte Gefahr, die von Griechenland ausgeht.«[1]

1 Donald Tusk, EU-Ratspräsident, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.7.2015.

Der Befund stimmt nur zur Hälfte und darin liegt das Problem. An der weitverbreiteten Unzufriedenheit besteht kein Zweifel, zumindest für Griechenland kommt das Wort sogar einer gewaltigen Beschönigung gleich, schließlich hat dort in den letzten Jahren angesichts massenhaften Elends schiere Verzweiflung um sich gegriffen. Dass bereits die bescheidene Hoffnung, wenigstens nicht noch weiter zu verarmen, in der politischen Klasse die Alarmglocken schrillen lässt, sagt einiges. Eine Alternative zum existierenden Wirtschaftssystem aber hat anders als 1968 niemand aufgeworfen, die Protestierenden von 2011 so wenig wie die Athener Linksregierung von 2015.

Beide eint vielmehr der Glaube, die drastischen Einschnitte ließen sich prinzipiell *innerhalb* der jetzigen Ordnung vermeiden, und ein Absehen von weiteren Kürzungen bei Renten, Löhnen, Staatsjobs wäre für diese Ordnung – Stichwort Massenkaufkraft – sogar von Vorteil. Insofern ist Syriza tatsächlich die Fortsetzung der Proteste mit anderen Mitteln; eine Fortsetzung ihrer Illusionen, mit Mitteln, die all das abschneiden, was an ihnen trotz dieser Illusionen vorwärtsweisend war: Selbstorganisation, Missachtung der Gesetze, direkte Aneignung, Konfrontation mit der Staatsmacht.

Selten hat sich die Linke an der Macht schneller und gründlicher blamiert als diesen Sommer in Athen. Allerdings in einer Weise, die den Traum von einer Krisenbewältigung mit menschlichem Antlitz nicht zwangsläufig platzen lässt. Denn das Programm der Linken kam gar nicht erst zum Zuge, der Crashtest in den Mühlen des Weltmarkts ist ihm erspart geblieben. Die Gläubiger, allen voran der deutsche Staat, haben die griechische Regierung mit so unerbittlicher Härte zur Kapitulation gezwungen, dass die Linken auf einen Schuldigen zeigen können. Gäbe es Wolfgang Schäuble nicht, der ungerührt den Blockwart der europäischen Staatsfinanzen macht, die Linke müsste ihn erfinden: ein herzloser Technokrat und ein Deutscher noch dazu. Und es stimmt ja, dass jeder minimale Verhandlungserfolg vom Team Tsipras die miserable Lage der griechischen Bevölkerung, wenigstens kurzfristig, etwas gelindert hätte; und schon seit einer Weile halten nicht nur Linke, sondern selbst stramme Marktliberale die federführend von Deutschland durchgeboxte Sparpolitik in Europa für fragwürdig. Ironischerweise bekommt die griechische Regierung im Drängen auf einen Schuldenschnitt ausgerechnet vom IWF Rückendeckung; jedes Kind weiß, dass der griechische Schuldenberg niemals abzutragen sein wird, und seit Beginn der Troika-Programme ist er gewachsen, nicht geschrumpft.

Aber gerade dass der linke Realismus *in dieser konkreten Frage* ausnahmsweise tatsächlich realistisch ist, die griechische Nationalökonomie also ohne Atempause kaum auf die Beine kommen wird, verdeckt, dass er es grundsätzlich keineswegs ist. Natürlich wirken Kürzungen der Staatsausgaben zumindest kurzfristig krisenverschärfend, gerade in einem Land wie Grie-

chenland, wo der öffentliche Sektor größeres Gewicht hat. Die Alternative der kreditfinanzierten Staatsprogramme bietet auf Dauer aber auch keine Lösung und mehr haben Syriza & Co. nicht im Angebot. Natürlich ist es Ideologie, dass Lohnsenkungen zwangsläufig die Konjunktur wieder ankurbeln, denn möglicherweise besteht auch an einer billigeren Arbeitskraft schlicht kein Interesse – wovon zig Millionen Menschen auf der Welt ein Lied singen können. Aber Lohnerhöhungen zu empfehlen, da sie doch die Nachfrage stärken, ist erst recht Humbug, denn wenn das Kapital die Nachfrage nach seinen Waren quasi selbst bezahlen muss, könnte es sie auch gleich verschenken.

Dass selbst staatskritische Genossinnen nach dem Wahlsieg von Syriza jubiliert haben, endlich könne man wieder über Kapitalismuskritik in Europa sprechen, obwohl ein Varoufakis unzweideutig erklärt hatte, angesichts der faschistischen Gefahr gelte es den Kapitalismus vor sich selbst zu retten, ist skurril – und die nun einsetzende Debatte darüber, ob ein Grexit nicht das kleinere Übel wäre, ist es allemal. Während Linke in Deutschland unter immer größeren Verrenkungen am Bündnis von Staat und Bewegungen, von »regierender und kämpfender Linker« festhalten, rufen in Athen Leute zu »Versammlungen von Arbeitern und Arbeitslosen« gegen die Regierung auf, um über Streiks und sonstige Gegenwehr zu beratschlagen. Der »regierenden Linken« wird über kurz oder lang wenig übrig bleiben, als der »kämpfenden« eins auf den Deckel zu geben, denn Ruhe und Ordnung sind gerade in der derzeitigen Situation oberstes Gebot. Momentan steht eher nicht zu erwarten, dass ein neuer Aufschwung der Kämpfe gerade von Griechenland ausgehen wird; die Leute dort sind aus offenkundigen Gründen erschöpft. Trotzdem liegt in einer autonomen Versammlung selbst nur einiger Dutzend klarsichtiger Proletarier eher ein Versprechen von Emanzipation als in einer Linkspartei mit Millionen Wählern. Denn in dem auf Dauer furchtbar langweiligen Streit zwischen Neoliberalen und Keynesianern haben Radikale nichts zu gewinnen. Er bewegt sich durchweg auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse, das heißt er betrifft allein die Frage, wie man den Laden wieder flott machen kann – ein Streit um Mittel, nicht um Zwecke.

Wie wir schon öfter bemerkt haben, kennzeichnet kaum etwas die heutige Situation so sehr wie die Tatsache, »dass die Flaute des Reformismus und das Ende des Staatssozialismus keineswegs einem wirklichen Bruch mit den Verhältnissen den Weg gebahnt haben«; es besteht »eine vollständige Ohnmacht, eine neue gesellschaftliche Ordnung ins Auge zu fassen«[2], weshalb die Sachwalter der jetzigen, wenn sie eine »revolutionäre Stimmung« befürchten, leider daneben zu liegen scheinen. Selbst 2011 war eine solche allenfalls dort gegeben, wo in Gestalt kleptokratischer Diktatoren eine konkrete Zielscheibe existierte. Die Mauer, an der alles abprallt, ist die allseitige Abhängigkeit aller Einzelnen voneinander und damit vom bestehenden System, das dieser Abhängigkeit, wie ungenügend und krisenhaft auch immer, die einzige bislang bekannte Form gibt. Gerät das System aus den Fugen, wagt niemand den Schritt ins Freie, sondern heften sich alle ans Gegebene. Kämpfe werden heute viel seltener niedergeschlagen, als sie vor dieser Mauer von sich aus kehrtmachen. Wenn die griechische Bevölkerung weitere Sparmaßnahmen in einer Volksabstimmung ablehnt, um kurz darauf ein noch drastischeres Paket zu schlucken, illustriert sie dies genauso wie die pauperisierten Massen in Ägypten, die 2011 unter Einsatz ihres Lebens Mubarak zum Teufel gejagt haben, nur um zweieinhalb Jahre später den Staatsstreich seiner Militärkumpanen zu bejubeln. Schon weil sie nicht wissen, was danach kommt, haben die Proletarier heute genauso viel Angst vorm Zusammenbruch wie die Herrschenden, die nicht wirklich herrschen, sondern nur noch das aus ihrer scheinrationalen Ordnung erwachsende Chaos einzudämmen versuchen. Diese Angst scheint früher oder später alle zur Räson zu bringen.

2 Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft, Die Ordnung herrscht in Kairo, in: dies. (Hg.), Vier Jahre Wirren in Ägypten, Berlin 2015, 5.

Leichtes Spiel haben in dieser Situation diejenigen, die dem Kapitalismus zwar auch nicht entfliehen können, aber doch mit dem Heiligenschein einer ganz anderen Ordnung auftreten und nicht mal vor dem Tod Angst haben, also die militanten Islamisten. Waren wir blauäugig, als wir 2011 mit Blick auf den arabischen Frühling schrieben, es werde wohl kaum »am Ende wie 1979 im Iran ein klerikales Terrorregime stehen«, denn die »Masse der Jugendlichen, der Schrittmacher der Bewegung, interessiert sich (...) weniger für islamische Moral als für Freiheit und Reichtum«?[3] Ja und nein. Weder in Tunesien noch

3 Dies., Arabischer Frühling im Herbst des Kapitals, *Kosmoprolet* 3 (2011), 17.

in Ägypten konnten sich die mit moderatem Anstrich auftretenden Islamisten an der Macht halten. Ob dies nun ihrem der islamischen Moral entspringenden Drang, Freiheiten einzuschränken, oder ihrer Unfähigkeit, an der wirtschaftlichen Misere auch nur ein Jota zu ändern, geschuldet war, sei dahingestellt. Und auch ihr türkisches Vorbild hat im Gefolge der Taksimplatz-Bewegung an Zuspruch verloren. Triumphiert hat der Islamismus in den vergangenen Jahren nicht als soziale Massenbewegung, sondern in Gestalt terroristischer Rackets, als Djihad. Es sind einige Tausend aus vieler Herren Länder, die sich als Schlächter in den Dienst des neuen Kalifats stellen, aber nicht Millionen. Ob das so bleibt, wissen wir nicht, und es ist ja so schon schlimm genug; erst recht nicht setzen wir irgendein Vertrauen in die Geschichte, mit dem bereits die Linke in den 1930er Jahren gegenüber dem Nationalsozialismus versagt hat. Optimismus ist schon deshalb fehl am Platz, weil die Djihadisten überall dort Aufwind bekommen, wo die Ordnung implodiert, und das Chaos gerade im Nahen Osten sich eher ausbreiten dürfte. Die Stabilität, die die Staatslenker immer weniger herstellen können, interessiert sie unter den gegebenen Umständen gar nicht, anders als zum Beispiel die konservativen Muslimbrüder. Solche Staatsislamisten zu analysieren, bereitet einem nicht unbedingt Kopfzerbrechen: Ein Teil des Bürgertums versucht den Klassenkampf durch die Beschwörung der Gemeinschaft der Gläubigen zu exorzieren, denunziert den westlichen Materialismus, bekämpft die Massenarbeitslosigkeit vornehmlich durch Verdrängung der Frauen an den Herd, macht ein bisschen Armenfürsorge und stiftet Einheit durch Gepolter gegen Israel; ein stockreaktionäres Programm, dessen Herrschaftsrationalität aber unschwer zu entziffern ist, ja auf der Hand liegt. Wie aber verhält es sich mit den Djihadisten? Sicherlich zielen sie – zumindest teilweise – ebenfalls auf eine stabile Ordnung, wie sie im Herrschaftsgebiet des Islamischen Staates auch durchgesetzt wird. Aber der heilige Krieg ist für sie nicht nur Mittel zum Zweck, sondern geradezu ihr Lebenselixier, und was man über ihre Freiwilligen oder auch die Pariser Attentäter lesen kann, entspricht dem Klischee des armen Würstchens, das seinen großen Auftritt notfalls eben als Suicide Bomber hat, aber auch bei den *Hell's Angels* hätte landen können, wie ein reuiger Syrienheimkehrer kürzlich bekannte. Vielleicht ist die ganze Ideologie hier nur

fadenscheinige Rationalisierung blanker Mordlust und anderer niederer Bedürfnisse und statt Marx müsste man eher Freud konsultieren, zumal die Selbstermächtigung der Djihadisten zuallererst eine über den Frauenkörper ist (womit sie in Kriegssituationen freilich nicht alleine stehen). Die materialistische Analyse des heutigen Islamismus ist noch zu schreiben.[4]

Als der Krisenschlamassel einsetzte, hatten wir an dieser Stelle die Bildung eines »sozialrevolutionären Pols« ins Auge gefasst. Auch daraus ist nichts geworden. Zwar steht man in der hiesigen Linken nicht mehr sofort als der Klassenclown da, wenn man auf der antagonistischen Verfasstheit der Gesellschaft besteht und in Streiks mehr erkennt als ein belangloses Gerangel zwischen »Warensubjekten« oder ähnliches. Es sind auch hier und da neue Zirkel aufgetaucht, die abseits von ML-Gerümpel über Klassenkämpfe und Selbstaufhebung des Proletariats diskutieren.[5] Die Debatten der Linken sind überhaupt etwas weniger weltabgewandt-gespenstisch als vor der Krise. Aber es klemmt weiter vor allem bei dem, was traditionell Praxis heißt. Dass uns die großen Mobilisierungen zu Aktionstagen, auf dass es wenigstens mal wieder scheppere, die riesige Mühe nicht wert zu sein scheinen, haben wir schon öfter bekundet, und die mehr oder weniger linksradikalen Organisationen, die seit einiger Zeit mit Eifer aufgebaut werden, suchen offenbar vor allem in solchen Mobilisierungen ihre Daseinsberechtigung. Darauf herumzuhacken ist aber langweilig und verdeckt oft nur die eigene Ratlosigkeit. Es fehlt ein Plan, der mehr ist als eine bloße Absichtserklärung.

Eiszeit, Schweiz
Freundinnen und Freunde
der klassenlosen Gesellschaft, Berlin
La Banda Vaga, Freiburg
www.kosmoprolet.org

August 2015

4 Ein interessanter älterer Versuch, den wir für einen Abdruck in Betracht gezogen hatten, ist Lafif Lakhdar, Warum der Rückfall in den islamischen Archaismus? (1981). Er findet sich, zusammen mit einigen Kommentaren, in deutscher Erstübersetzung auf unserer Webseite.

5 Zum Beispiel Translib Leipzig sowie der Surplus Club und die Antifa Kritik & Klassenkampf in Frankfurt am Main.



ABSEITS DES SPÜLBECKENS

FRAGMENTARISCHES ÜBER GESCHLECHTER UND KAPITAL

Dass die Kritik der gesellschaftlichen Arbeitsteilung unvollständig bleibt, solange sie die vorwiegend Frauen zugewiesene Sphäre der Hausarbeit ausblendet, ist heute so wahr wie in den 1970er Jahren, als Feministinnen der alten Arbeiterbewegung einen blinden Fleck in puncto Geschlechterverhältnis attestierten. Dass es jedoch einen notwendigen Zusammenhang zwischen Kapital- und Geschlechterverhältnis gibt, die jetzige Produktionsweise also auf eine bestimmte geschlechtliche Arbeitsteilung sowie damit einhergehende festgeschriebene Geschlechtercharaktere angewiesen ist und diese zwangsläufig fördert, konnte bis jetzt nicht plausibel argumentiert werden. Trotz erheblicher Diskontinuitäten in der Entwicklung der Geschlechterunterschiede in den letzten dreihundert Jahren kapitalgetriebener Geschichte sehen wir weniger eine Verhärtung der Verhältnisse als vielmehr eine Tendenz zur Nivellierung. Ausgehend von dieser Beobachtung wollen wir uns im Folgenden einige prominente Etappen der Debatte um Kapitalverhältnis und Geschlechterdifferenzen anschauen. Empirische Folie ist dabei die Entwicklung in Deutschland im Besonderen sowie in den westlich-industrialisierten Ländern im Allgemeinen.

In Nordamerika und Europa erbte der Kapitalismus eine sehr rigide Geschlechterordnung von vorherigen gesellschaftlichen Formationen. Auch wenn durch die bourgeoise Produktionsweise einiges *Ständische und Stehende verdampfte*, erwies sich die Herrschaft des Kapitals als keinesfalls unvereinbar mit allerlei Formen von Unterdrückung, die ihr nicht inhärent sind, aber unter ihr fortleben können oder sogar neu hergestellt werden. Zugleich schaffte die im Kapitalverhältnis angelegte *abstrakte* Gleichheit und Freiheit die Voraussetzung, solche Unterdrückungsverhältnisse infrage zu stellen, und somit für eine progressive Veränderung in der Geschlechterordnung, sicherlich nicht als Automatismus, sondern nur durch Frauenbewegungen. In der Gattungsgeschichte seit Adam und Eva hat das biologische Geschlecht wohl noch nie eine so geringe Rolle für das Leben der Einzelnen gespielt wie in den kapitalistisch entwickelten Ländern des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts. Und gerade die Tatsache, dass heute mehr denn je darüber diskutiert wird, was Mann und was Frau ist, zeugt davon, dass das Geschlecht in den Bereich menschlicher Ge-

staltbarkeit gerückt ist. Trotzdem: Das allgemeine Hauen und Stechen, das das Überleben im Kapitalismus kennzeichnet, bietet hervorragenden Nährboden etwa dafür, dass die Angehörigen eines bestimmten Geschlechts oder einer bestimmten Hautfarbe ihre dominante Rolle in diesem Hauen und Stechen zu verteidigen versuchen.

Der vorliegende Text behauptet nicht, dass sich ein klassisches Geschlechterverhältnis, ablesbar vor allem an der geschlechtlichen Arbeitsteilung, vollständig erledigt hätte. Auch in den am weitesten entwickelten und in der Verflüssigung des Geschlechterverhältnisses fortgeschrittensten Gesellschaften ist das nicht der Fall. Er behauptet auch nicht, dass das Geschlechterverhältnis kein Thema für Sozialrevolutionäre mehr sei; allerdings hat ein Großteil der Literatur mit der Unterstellung eines *logisch-notwendigen* Zusammenhanges von kapitalistischer Gesellschaftsordnung und geschlechtlich codierter Unterdrückung nicht überzeugt.

Hat der Wert ein Geschlecht?

Die im deutschsprachigen Raum wohl prominenteste Vertreterin der These, dass Kapitalismus mit Frauenunterdrückung einhergehen *muss*, ist Roswitha Scholz. Sie versuchte erstmals 1992 in ihrem Aufsatz »Der Wert ist der Mann«, anhand der Begriffe »wertförmiges Patriarchat« und »Wert-Abspaltung« einen solchen logisch-notwendigen Zusammenhang herauszuarbeiten.[1] Kapitalismus und Frauenunterdrückung seien »gleichursprünglich«, das eine sei ohne das andere nicht zu haben – und folglich beides auch nicht unabhängig voneinander abzubauen oder gar »aufzuheben«. Schon der Versuch, das Kapitalverhältnis begrifflich ohne Rekurs auf das Patriarchat zu fassen, sei von vorherein zum Scheitern verurteilt (und ohnehin bloß mehr oder weniger verdeckte Kumpanei mit letzterem).

1 Roswitha Scholz, Der Wert ist der Mann, *krisis* 12 (1992).

Das »wertförmige Patriarchat« ist das untrennbare Doppel-Prinzip, das Gesellschaftlichkeit überhaupt hervorbringt, aber als gespaltene: Die Gesellschaft existiert nur in zwei parallelen, sich aber bedingenden geschlechtlich bestimmten Sphären oder Lebenszusammenhängen. Einerseits gibt es die männliche oder öffentliche Sphäre, in der Arbeit, Wirtschaft, Wert-

produktion, Politik, Macht usw. zu Hause sind. Doch allein innerhalb dieser Sphäre kann sich die Gesellschaft nicht reproduzieren. Alles, wofür in der männlichen Sphäre kein Platz ist, was aber dennoch unentbehrlich ist für die Reproduktion der Menschheit – Haushalt, Kindererziehung, »Sinnlichkeit«, Emotionalität, Sexualität, Liebe und Zuneigung – wird in einen zweiten Lebenszusammenhang, die private oder weibliche Sphäre, »abgespalten«. »Abstrakte Arbeit und Wert« müssen, so fordert Scholz, »schon in ihrem Konstitutionszusammenhang und damit in ihrem Wesenskern als männliches Prinzip erkannt werden«. Schließlich setzten die »Initiatoren und Macher der Wertvergesellschaftung«, die nahezu ausschließlich Männer waren, »freilich ohne es zu wissen, fetischistische Mechanismen in Gang, die ein immer stärkeres Eigenleben hinter ihrem Rücken (und natürlich auch dem der Frauen) zu führen begannen. Weil die Frau in diesem Prozeß als das objektive Gegenwesen zum abstrakten ›Arbeiter‹ gesetzt war (...) ist die wertförmige Fetisch-Konstitution schon an ihrer Basis geschlechtlich asymmetrisch besetzt und wird dies bis zu ihrem Untergang bleiben.«[2] Unklar ist indes, was genau es heißen soll, dass die Basis der kapitalistischen Gesellschaft »geschlechtlich asymmetrisch« sei. Sicherlich ist die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft auf Tätigkeiten angewiesen, die sich als Wertproduktion nur schlecht organisieren lassen. Wie Scholz selbst weiß und auch nachweist, ist die Rekonstruktion einer historisch entstandenen geschlechtsspezifisch bestimmten Sphärentrennung (inklusive der »ideellen« Auskleidung: abstrakt vs. konkret, intellektuell vs. sinnlich, geistig vs. materiell, öffentlich vs. privat, Kultur vs. Natur etc. pp.) nicht besonders originell; sie gehört zum *common sense* feministischer Theoriebildung.[3] Was der etwas opake Begriff der »Abspaltung« dem hinzufügt, ist die Behauptung, dass die geschlechtsspezifische Zuweisung von Individuen zu den beiden Sphären, einmal historisch vollzogen, innerhalb des Kapitalverhältnisses nicht mehr rückgängig zu machen sei. Und gerade dies kann sie nicht plausibel begründen und es ist auch höchst zweifelhaft.

Schließlich legt Scholz in ihrer Skizze der letzten Jahrzehnte dar, dass die Geschlechterbeziehung zunehmend »konflikthaft« wird. Sie beschreibt die neuen sozialen Bewegungen,

2 Ebenda, 45.

3 Vgl. Karin Hausen, Die Polarisierung der »Geschlechtscharaktere«. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Werner Conze (Hg.), Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart 1967.

die, wenn sie nicht den weiblichen Sozialcharakter anhimmeln und dadurch die Geschlechterpolarität mit umgekehrter Bewertung fortschreiben, danach strebten, die Mauern zwischen den beiden Sphären einzureißen. Doch dem hält Scholz, wie bereits erwähnt, entgegen, dass »die wertförmige Fetisch-Konstitution schon an ihrer Basis geschlechtlich asymmetrisch besetzt [ist] und (...) dies bis zu ihrem Untergang bleiben« wird. Bei näherem Hinsehen sollte jedoch klar werden, dass die zunehmende Durchlässigkeit der beiden Sphären die »wertförmige Fetisch-Konstitution« keineswegs bedroht. Konkret wurde in den letzten Jahren eine ganze Reihe feministischer Forderungen staatlicherseits aufgegriffen, doch entpuppt sich das als eine Modernisierung, die letztlich dem Kapital billige weibliche Lohnarbeit zur Verfügung stellt und damit der Aufrechterhaltung der Profitrate dient – doch mehr dazu in den nächsten Abschnitten.

Aufstieg und Niedergang der Kleinfamilie

Da allgemeine theoretische Bestimmungen des kapitalistischen Geschlechterregimes scheitern, kann man die Geschlechterpolarität nur historisch erklären. Der Kapitalismus trifft in den Gesellschaften, in denen er aufkommt, auf ein historisch gewachsenes kulturelles Umfeld, zu dem auch die Geschlechterordnung gehört. Diese wird dann unter kapitalistischen Bedingungen umgeformt. Die Trennung von Haus und Produktion und damit die Entstehung einer eigenen Reproduktionssphäre vollziehen sich von der Mitte des 18. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Wo nachkommende Generationen früher in den Produktionsprozess hineingeboren wurden, wird die Kindererziehung nun eine Herausforderung, die es gesondert zu bewältigen gilt. Zumindest dort, wo es Neugeborene gibt, denn die sich formierende Arbeiterklasse zieht oft ledig und kinderlos dahin, wo es Arbeit gibt, oder anders: die Frage nach Reproduktionsarbeit spielt mit der Zerschlagung des klassischen Großfamilienmodells, dem sie immer inhärent gewesen war, gesellschaftlich zunächst eine weniger zentrale Rolle: »Von einer Reproduktion der ArbeiterInnenklasse kann zu Beginn der Kapitalisierung nicht die Rede sein – das Kapital bedient sich eines vorerst unerschöpflich scheinenden ArbeiterInnenreservoirs vom Lande.«[4] Natürlich

4 Autonome Gruppe 1. Mai, Kapitalismus und Hausarbeit, online abrufbar unter: entdinglichung.files.wordpress.com.

werden auch Frauen im Rahmen der voranschreitenden Verdrängung der Subsistenzwirtschaft durch Kapitalisierung, Industrialisierung und Urbanisierung zunehmend zur Lohnarbeit gezwungen; Mitte des 19. Jahrhunderts werden die Arbeiterinnen, die unter widrigen Bedingungen meist Tätigkeiten in der Textil-, Papier- oder Nahrungsmittelindustrie nachgehen oder als Fabrikarbeiterinnen, Wäscherinnen oder Dienstmädchen überwiegend in die Städte ziehen, deutlich schlechter entlohnt als ihre männlichen Kollegen. Anders verhält es sich im damaligen bürgerlichen Haushalt: hier obliegen der Frau lediglich die Organisation und Überwachung von Hausarbeit und Kindererziehung, die von Angestellten ausgeführt werden. Trotz ökonomisch schlechterer Ausgangslage entwickelt sich die nicht-arbeitende Frau allerdings auch zur Idealvorstellung in der Arbeiterklasse.

Obwohl die Arbeiterbewegung wie keine andere politische Bewegung – nach der Frauenbewegung selbst – gegen die Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen kämpfte, war sie bei der Einforderung der vollen rechtlichen, ökonomischen und sozialen Gleichstellung von Frauen inkonsequent. Statt die schlechteren Arbeitsbedingungen von Frauen noch entschiedener zu bekämpfen als die ohnehin schlechten Bedingungen insgesamt, beschworen Frauenrechtlerinnen wie Zetkin und andere das Dilemma, dass gleicher Zugang von Frauen zu Bildung und Erwerbsarbeit auch eine verschärfte Konkurrenz für männliche Lohnarbeiter zur Folge haben würde. So setzt sich in der Sozialdemokratie die Forderung nach geschlechtsspezifischen Arbeitsschutzmaßnahmen durch, die letztlich Frauen aus vielen Berufen ausschließen und dazu beitragen, das bürgerliche Ideal von der Frau als Hausfrau auch im proletarischen Milieu zu verankern. Ende des 19. Jahrhunderts werden Frauen aus vielen Bereichen der Lohnarbeit in die neuentstandene private Sphäre verdrängt. Dies ist (wie auch die Schulpflicht, Arbeitsschutzgesetze etc.) das Ergebnis sowohl von Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter als auch staatlicher Interventionen, die vor allem der Sorge um den Nachschub an Arbeitskräften geschuldet waren: eine Situation, in der Mann und Frau, ebenso Kinder, unter miserablen Bedingungen in der Fabrik schuften, ist langfristig nicht durchzuhalten, da früher oder später die nächste Generation wehrtüchtiger Männer

und ausbeutbarer Arbeitskräfte verloren geht. Aus dieser Konstellation heraus entsteht, nach dem Vorbild der bürgerlichen, die idealtypische proletarische Familie. Obwohl es praktisch nie vollständig durchgesetzt wurde, bildete das bürgerliche Modell der Kleinfamilie mit männlichem Familienernährer, Hausfrau und Nachwuchs auch in der Arbeiterklasse die Idealvorstellung.

Für die Frauen war diese Entwicklung keineswegs komfortabel. Zusammen mit dem Kapitalverhältnis verändern sich auch die Bedingungen, unter denen Hausarbeit zu absolvieren ist: Kindererziehung muss zufriedenstellend geleistet, hygienischen Anforderungen muss in der Stadt penibel nachgekommen werden etc. Die Durchsetzung dieser Familienstruktur in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – unterbrochen von zwei Weltkriegen, die die Kontingenz der geschlechtlichen Arbeitsteilung in Europa für einige Jahre zumindest mit Blick auf die arbeitenden Frauen vorführten – hat ihren Höhepunkt im fordistischen, patriarchalen Kleinfamilienmodell der 1950er und 1960er Jahre.

Zur Zeit der zweiten Frauenbewegung Ende der 1960er Jahre setzt die bis heute anhaltende Erosion des klassischen Kleinfamilienmodells ein, die – analog zur Flexibilisierung in anderen gesellschaftlichen Sphären – die Stellung der proletarischen Hausfrau völlig verändert. Begleitet wird diese Flexibilisierung von gemeinsamen Kämpfen, in denen die Frauen neben einer rechtlichen Gleichstellung auch das Ende der Isolation im Hausfrauen-Dasein fordern. In den letzten Jahrzehnten haben die trotz steigender Produktivität sinkenden Reallöhne dafür gesorgt, dass Familien immer häufiger auf ein zweites Einkommen angewiesen sind und Frauen sich weiter in den Arbeitsmarkt integrieren müssen. Die gleichzeitige Herausbildung eines Niedriglohnsektors, in dem nun vornehmlich Frauen arbeiten und der, so hört man von staatlicher Seite, in der internationalen Standortkonkurrenz ein großes Plus ist, erhöht den Druck auf Frauen, für ihren eigenen Lebensunterhalt aufzukommen – trotz emanzipatorischer Kämpfe und Veränderungen.

Die Erosion des Patriarchats

In der heutigen Debatte um die Frage nach der Auflösung von Geschlechterdifferenzen kann – in den hier in den Blick genommenen westlichen Industriegesellschaften – auf die allmähliche Anerkennung der Frauen als bürgerliche Subjekte genauso hingewiesen werden wie auf das bis heute bestehende Lohngefälle. Entscheidend ist allerdings die *langfristige Tendenz* – betrachtet man diese, kann von einer nach wie vor rigiden Ordnung keine Rede mehr sein. Die Tendenz, die im Kapitalverhältnis angelegte abstrakte Gleichheit und Freiheit auch praktisch zur Geltung zu bringen, hat sich seit dem 19. Jahrhundert in sämtlichen Sphären gezeigt, nicht geradlinig und auch nicht unumkehrbar, aber doch sehr deutlich und in den entwickelten Industriegesellschaften Westeuropas und Nordamerikas erstaunlich parallel. Hier soll Deutschland für eine Skizze dieser Entwicklung dienen.

In der *politisch-juristischen Sphäre* ist es im letzten Jahrhundert, angefangen beim Wahlrecht für Frauen, zur Gleichstellung gekommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg galten für Frauen noch die gesetzliche Verpflichtung zur Hausarbeit in der Ehe, die Bestimmung des Wohnortes durch den Ehemann, Einschränkungen beim Scheidungsrecht, die Abhängigkeit von der Einwilligung des Ehemanns zum Arbeitsvertrag sowie das Verbot der Abtreibung. Das alles wurde Schritt für Schritt abgeschafft, im Falle des Abtreibungsrechts wenigstens gelockert.[5] Seit 1998 ist außerdem die Vergewaltigung in der Ehe ein Straftatbestand was nicht bedeutet, dass es dazu keine skandalösen Gerichtsurteile mehr gibt oder dass sie prinzipiell geahndet würde.[6]

In der *wirtschaftlichen Sphäre* hat es durch die Öffnung vormals klassisch männlicher Berufe für Frauen – bis hin zum Militär, in dem der Einsatz von Frauen vormals auf den Sanitäts- und Militärmusikdienst beschränkt war – massive Verschiebungen gegeben. Ärztinnen, Unternehmerinnen oder Professorinnen sind heutzutage keine Besonderheit mehr und öffentliche Verkehrsbetriebe werben für ihre Ausbildungsplätze Männer wie Frauen an.

5 Vertrackt ist allerdings die Frage des Unterhaltsrechts. Dass seit 2008 jeder nach einer Scheidung wieder selbst für seinen Lebensunterhalt aufkommen muss, könnte man an sich als Abschied vom Modell Hausfrau/männlicher Ernährer begrüßen, faktisch sind Frauen aber die großen Verliererinnen dieser Reform, weil sie sich wegen der Kindererziehung nicht voll auf den Arbeitsmarkt begeben konnten. Erhellend dazu: Lily Lent/Andrea Truman, Kritik des Staatsfeminismus, Berlin 2015.

6 Vgl. Wenn ein »Nein!« nicht reicht, *die tageszeitung*, 10.6.2014.

Nicht zuletzt hat es eine Revolution in den *kulturellen und sexuellen* Beziehungen gegeben. Eine wichtige Rolle beim Übergang vom klassischen Kleinfamilienmodell zur Vielfalt von Lebensmodellen mit Abschnittspartnern oder in Patchworkfamilien hat sicherlich der Zugang zu Verhütungsmitteln gespielt. Auch der gesellschaftliche Status unverheirateter Mütter, die Lage von Schwulen und Lesben oder pro-feministische Pornos und Umschnalldildos deuten keineswegs auf eine gleichbleibende Geschlechterordnung hin.

Die Geschlechter in der Krise

In der ökonomischen Krise werden die eingangs genannten widersprüchlichen Tendenzen in der Entwicklung des Geschlechterverhältnisses sichtbar. Es scheint jedenfalls kein ehernes Gesetz zu geben, nach dem sich dieses Verhältnis abhängig von Krise und Aufschwung in eine bestimmte Richtung entwickelt. Einerseits waren die Boomjahre nach dem Zweiten Weltkrieg auch eine Zeit der Restauration in den Geschlechterbeziehungen. Anderseits bezeichnete der *Spiegel* 2009 die derzeitige Krise mit Grund als »Männer-Rezession«. In den USA waren 80 Prozent derjenigen, die in den ersten Monaten der 2008 ausgebrochenen Finanzkrise ihren Job verloren, Männer – der Frauenanteil an der Gesamtbeschäftigung wuchs sogar auf 49,9 Prozent. In Deutschland stieg die Arbeitslosenquote unter Männern vom April 2008 bis April 2009 um 12,4 Prozent, während die von Frauen sogar etwas zurückging. All dies ist leicht damit zu erklären, dass die zunächst am stärksten betroffenen Branchen, neben den klassischen Exportindustrien der Transport und der Bau, Männerdomänen sind. In der nächsten Phase der Krise wurden infolge von öffentlichen Ausgabenkürzungen wiederum mehr Frauenjobs kassiert, wodurch die geschlechtsspezifischen Krisenauswirkungen auf den Arbeitsmarkt tendenziell wieder egalisiert wurden.

Zugleich bietet die Stärkung der traditionellen Familie eine Möglichkeit zur Abfederung und Verteilung von Krisenfolgen. Während der Großen Depression geriet in den USA der Feminismus der 1920er Jahr ins Stocken und auf ideologisch-kultureller Ebene gab es ein eindeutiges *Rollback*. 1939 bemerkte

ein amerikanischer Journalist, dass die Zahl der Arbeitslosen in den USA relativ genau der der beschäftigten Frauen entsprach, und schlug vor: »Simply fire the women, who shouldn't be working anyway, and hire the men. Presto! No unemployment. No relief rolls. No depression.«[7] Frauen, die Lohnarbeit verrichten mussten, insbesondere verheirateten Frauen, wurde Egoismus unterstellt und es gab breite Versuche, sie aus dem Berufsleben zu verdrängen. Auch gesetzlich wurde vorgesehen, dass im Falle von Personalabbau verheiratete Frauen als erste zu entlassen sind. Angesichts dessen mag es erstaunlich erscheinen, dass sich die Frauenerwerbsarbeit zwischen 1929 und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs ausweitete. Auch hier lautet die Erklärung, dass Schwerindustrie und Transport von der Krise weit schwerer getroffen wurden als Branchen, in denen traditionell Frauen arbeiteten. Die im Zuge des New Deal eingeführten Mindestlöhne sahen mitunter explizit niedrigere Löhne für Frauen vor. Dennoch waren Frauen häufiger Nutznießer dieser Mindestlöhne, da sie in den am schlechtesten bezahlten Jobs arbeiteten. Auch in Deutschland versuchten erst die Brüning-Regierung, dann die Nazis, durch das Herausdrängen verheirateter Frauen aus dem Arbeitsmarkt die Arbeitslosenzahlen zu senken. Bekanntlich war das Programm der NSDAP rabiat antifeministisch. Zu einem traditionellen Geschlechterbild gesellte sich der rassenpolitische Wahn, nach dem die Frau vor allem für das Gebären deutscher Kinder zuständig sein sollte. Wie schon in der Brüning-Regierung gab es Bemühungen, verheiratete Frauen aus der Lohnarbeit zu drängen. Die Zahl der Akademikerinnen sank tatsächlich, aber insgesamt stieg die Anzahl der beschäftigten Frauen von 1932 bis 1934 und noch mehr bis 1939.

In Südkorea lancierten Medien und Regierung 1997 nach Krisenausbruch eine Kampagne für das konfuzianisch-patriarchale Familienmodell. 80 Prozent der krisenbedingten Entlassungen waren Frauen, vor allem verheiratete Frauen,[8] die in den Jahrzehnten zuvor noch als billige Arbeitskräfte in arbeitsintensiven Industrien den wirtschaftlichen Aufschwung angetrieben hatten.[9]

7 Zitiert nach: Alice Kessler-Harris: Out to Work: A history of Wage-earning Women in the United States. New York 1982, 256.

8 Dies ging so weit, dass viele Frauen ihre Ehe aufschoben. Sie wurden als »IWF-Jungfrauen« bekannt.

9 Katharina Mader, Feministische Ökonomie – die »Krisengewinnerin«?, *Kurswechsel* 4 (2013).

Jenseits des Herausdrängens aus der Fabrik bedeutet Krise für Frauen, dass Familien weniger Einkommen zur Verfügung steht und staatliche Sozial- und Wohlfahrtsdienstleistungen gekürzt werden, was häufig durch weibliche Reproduktionsarbeit aufgefangen wird. Im heutigen Griechenland etwa treffen Kürzungen im Sozialsystem, Schließung von Kindergärten, die Angleichung des Rentenalters für Männer und Frauen, disproportional Frauen. Genauer gesagt verlässt sich der Staat, wenn er nicht mehr für das Überleben der Lohnabhängigen einsteht, auf die Familie – und das heißt vor allem: auf Frauen – als Sicherheitsnetz.

Von der Kritik der Hausarbeit zur Verklärung der *Commons*

Im Angesicht der derzeitigen ökonomischen Krise scheint sich die feministische Diskussion zu verschieben. Standen in den letzten Jahrzehnten die Kritik der »heterosexistischen Matrix«, Regeln für eine geschlechtsneutrale Sprache und dergleichen im Mittelpunkt, so rücken in letzter Zeit vermehrt Fragen zu Reproduktionsarbeit ins Zentrum, wie zum Beispiel in der Debatte über Care-Arbeit ersichtlich. Ein weiteres Beispiel ist das Buch *Aufstand aus der Küche* (2012). Es enthält drei Aufsätze von Silvia Federici, die seit langem als feministische Autorin und Aktivistin aktiv ist. Sie entstammt dem feministischen Operaismus, der in Italien zu einer Zeit zahlreicher Kämpfe in den Fabriken, aber auch in Arbeitervierteln, Universitäten oder Schulen aufkam. Dabei standen die Fabrikkämpfe im Mittelpunkt operaistischer Betrachtungen: Die Arbeiter sollten ihre Lohnforderungen derart eskalieren lassen, dass das Kapital sie nicht mehr erfüllen kann und die Kämpfe dadurch revolutionär werden. Die Lage von Hausfrauen blieb außen vor. Feministinnen versuchten, diese Perspektive auf die Geschlechterfrage auszudehnen. Zentral war dafür der Text »Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft« von Mariarosa Dalla Costa.

Der Text untersucht zunächst die Stellung der Mitglieder einer kapitalistischen Gesellschaft, die in den Ausbeutungsprozess nicht unmittelbar qua Lohnarbeit integriert sind – vornehmlich Hausfrauen und Kinder. Dass sie keine Lohnarbeit leisten,

heißt nicht, dass sie nicht Arbeit leisten, die den Interessen des Kapitals untergeordnet ist. Kinder werden ebenso wie männliche Lohnarbeiter aus dem Heim gezerrt und lernen in der Schule – eine Tätigkeit, die sich das Kapital unterordnet, weil es auch in Zukunft hinreichend ausgebildete und fügsame Lohnarbeiter braucht. Die Produkte der Arbeit der Hausfrauen wiederum gelangen sehr wohl auf den Markt, nämlich auf den Arbeitsmarkt. Hausfrauen reproduzieren die Arbeitskraft ihrer Ehemänner, die Lohnarbeit tätigen, und sorgen für den generationellen Nachschub an Arbeitskraft. Dass diese Arbeit aber nicht entlohnt wird, hat laut Dalla Costa allerlei Konsequenzen. Zum einen ist die Abhängigkeit der Hausfrau vom Ehemann persönlicher und unvermittelter als die des Arbeiters vom Kapitalisten, zum anderen steht sie darüber hinaus ebenso in Abhängigkeit vom Kapitalisten, der ihren Ehemann ausbeutet. Wenn der Ehemann die Fabriktore durchquert, ist die Arbeit der Hausfrau darin schon inbegriffen, bedarf deswegen keiner Entlohnung, erfährt dadurch aber auch nicht die gleiche gesellschaftliche Anerkennung. Trotz all der elektrischen Geräte, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Weg in den Haushalt fanden (Waschmaschine, Staubsauger usw.), findet die Hausarbeit ohne die für die kapitalistische Produktion typische Maschinerie und Kooperation statt, und ihr Takt wird nicht durch die Stechuhr vorgegeben. Schwelten rund um die Lohnarbeit seit ihrer Entstehung stets Kämpfe um Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen, so tasteten diese die Hausarbeit fast nie an. Auch Hausfrauen haben eine wesentliche Rolle in Arbeitskämpfen bis hin zu Aufständen gespielt, doch blieb ihre Stellung im Alltag davon unberührt.

Entgegen den in der alten Arbeiterbewegung üblichen Losungen folgt aus dieser Analyse für Dalla Costa allerdings nicht eine Forderung nach der Integration von Hausfrauen in die Lohnarbeit: »Die Sklaverei des Fließbands ist keine Befreiung von der Sklaverei des Spülbeckens. Wer dies leugnet, leugnet auch die Sklaverei des Fließbands und beweist damit noch einmal, dass man, wenn man die Ausbeutung der Frauen nicht begreift, auch die Ausbeutung des Mannes nicht wirklich begreifen kann.« Dagegen fordert sie *Lohn für Hausarbeit*. Diese Forderung hat seitdem eine lange Geschichte durchgemacht. Mitunter war sie als realistischer Reformvorschlag

gedacht, der für mehr »soziale Gerechtigkeit« sorgen soll. Dalla Costa meinte sie aber primär propagandistisch. Sie stellt fest, dass mit der Entstehung des Kapitalismus »diejenigen, die in den neuen Produktionszentren, eben in der Fabrik, arbeiteten, einen (…) Lohn [erhielten]; die ausgeschlossen waren, (...) keinen. Frauen, Kinder und Alte verloren ihre beschränkte Macht, die sie aufgrund der Abhängigkeit der Familie von ihrer Arbeit, die als gesellschaftlich und notwendig betrachtet wurde, besaßen.« Daher hält sie fest, dass »die Organisation des Kampfes seitens der Frauenbewegung (...) nur das Ziel haben kann, diese Trennung zu überwinden, die auf der ›Freiheit‹ der Lohnarbeit beruht.«[10] Die Hausarbeit unterscheidet sich in einigen Aspekten sehr grundlegend von der Lohnarbeit, aufgrund des besonderen Charakters der durch sie produzierten Ware, der Arbeitskraft, und aufgrund der Isolation, in der sie stattfindet. Zum einen ist der Tag der Hausfrau nicht in Arbeits- und Freizeit unterteilt: Ihre Arbeitszeit ist prinzipiell unbegrenzt und, soweit sie Kinderbetreuung umfasst, kann sie in ihrer Isoliertheit – anders als die Fabrikarbeit – nicht durch technische Innovationen verkürzt werden. Zweitens ist Hausarbeit nicht entlohnt. Lohn und Arbeitszeit waren der Ausgangspunkt für Kämpfe von Lohnarbeitern. So bleibt der Widerstand von Hausfrauen unsichtbar und erst durch die Forderung nach Lohn können sie demnach zu Akteuren kollektiver öffentlicher Kämpfe werden. In ihrer Isolation im privaten Heim können sie sich gar nicht als Arbeiterinnen begreifen.

10 Mariarosa Dalla Costa, Die Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, Berlin 1973, online unter klassenlos.tk/data/PDF/dalla_costa.pdf, dort: 13, 3, 4.

Dalla Costa geht aber noch einen Schritt weiter. Die Forderung nach Lohn für Hausarbeit begründet sie auch damit, dass diese gesellschaftlich produktiv sei – und zwar im Marx'schen Sinne, das heißt, sie produziert demnach Mehrwert. Dies wird damit begründet, dass die Hausarbeit Arbeitskraft produziert und diese selbstverständlich für die kapitalistische Reichtumsproduktion unabdingbar ist. Der Kapitalismus ist aber auf sehr viele Arbeiten angewiesen, die selbst keinen Mehrwert produzieren – die Arbeit des Polizisten etwa, der den Privatbesitz an Produktionsmitteln verteidigt, oder die des Lehrers, der für den Nachschub an ausgebildeter Arbeitskraft zuständig ist, sind ebenfalls unverzichtbar. Der Mehrwert, den ein Lohnarbeiter produziert, sofern er in einem kapitalistischen Betrieb beschäftigt ist, ist die Differenz zwischen dem Wert

der Waren, die zur Reproduktion des Lohnarbeiters auf dem jeweiligen historisch-moralischen Niveau erforderlich sind und den er in Form seines Lohnes erhält, und dem Wert, den er den Waren, die in den Produktionsprozess eingehen, zusetzt. Diese Differenz entsteht, da der Lohn, den der Kapitalist dem Lohnarbeiter auszahlt, dem Wert der Arbeitskraft des Arbeiters entspricht, also der Menge an Arbeit, die erforderlich ist, um diese zu reproduzieren. Im Gegenzug erhält der Kapitalist den Gebrauchswert dieser Arbeitskraft, also ihre Fähigkeit, Waren zu produzieren, deren Wert den der Arbeitskraft übersteigt. Der Mehrwert wird sichtbar in der Kapitalakkumulation, also in der Expansion des Kapitals. Die Hausfrau leistet Arbeit, die der Reproduktion der Arbeitskraft ihres Ehemannes sowie der generationellen Reproduktion dient. Dafür ist ihre materielle Reproduktion wiederum gesichert. Der Ehemann akkumuliert nicht und insofern presst er ihr auch gewiss keinen Mehrwert ab. Das heißt nicht, dass der Ehemann die subalterne Stellung der Hausfrau nicht ausnutzt. Gerade in Gesellschaften, die einen niedrigen Beschäftigungsgrad von Frauen aufweisen, ist die Arbeit in der Ehe sehr ungleich verteilt. Das ist aber noch lange nicht gleichbedeutend mit Mehrwertproduktion. Auch die Deutung, dass der Kapitalist, der den Ehemann beschäftigt, der Hausfrau Mehrwert abpresst, weil sie die Reproduktionskosten senkt, ist fragwürdig. Der Kapitalist kauft die Arbeitskraft des Ehemanns zu ihrem Wert ein. Wie dieser Wert genau zustande kommt, ist für diese Transaktion zunächst unerheblich. Seinen Lohn kann der Arbeiter prinzipiell ausgeben, wofür er möchte: Er kann die Dienste einer Hausfrau erwerben oder ein Junggesellendasein führen.

Es spricht vor allem viel dafür, dass der Einsatz unentlohnter Hausfrauen die Reproduktionskosten nicht senkt. Wie bereits erwähnt sind Hausfrauen zwar unentlohnt, aber nicht unbezahlt, und ihre Arbeit fließt indirekt in den gesellschaftlichen Produktionsprozess ein. Aber aufgrund der Isoliertheit, unter der die Hausarbeit stattfindet, liegt ihre Effizienz, soweit überhaupt messbar, weit unter den kapitalistischen Standards; wie Dalla Costa selbst bemerkt, produziert die Hausfrau unter geradezu vorkapitalistischen Bedingungen. Nicht wenige der Tätigkeiten können durch Kollektivierung und Einsatz von Maschinen rationalisiert werden: »Das Kapital kann technologisch

die Bedingungen dieser Arbeit verbessern. Aber das Kapital ist gegenwärtig – zumindest in Italien – nicht bereit, die Stellung der Hausfrau als Dreh- und Angelpunkt der Kleinfamilie aufzugeben. Deshalb sollten wir nicht auf die Automatisierung der Hausarbeit warten, weil sie nie eintreten wird; weil die Erhaltung der Kleinfamilie mit der Automatisierung dieser Dienstleistungen unvereinbar ist. Um sie wirklich zu automatisieren, muss das Kapital die Familie in ihrer heutigen Form zerstören, d.h. es muss vergesellschaften, um automatisieren zu können. Aber wir wissen nur zu gut, was kapitalistische Vergesellschaftung ist – jedenfalls immer das Gegenteil der Pariser Kommune.«[11] Ein Stück weit ist es in den letzten Jahrzehnten genau so gekommen. Gerade um die Reproduktionskosten der Lohnabhängigen zu senken, sind Frauen vermehrt in den Produktionsprozess eingesaugt worden, während auf der anderen Seite etliche reproduktive Tätigkeiten kommerzialisiert wurden – von der Tiefkühlpizza bis zum boomenden Therapiewesen und *Wellness*-Klimbim ist heute vieles, was früher in die Zuständigkeit von Hausfrauen fiel, als Ware oder Dienstleistung erhältlich.

11 Dalla Costa, Die Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, 15.

Trotz des wenig überzeugenden Versuchs, Hausarbeit als mehrwertproduktiv zu fassen – der sicher der dubiosen operaistischen Gleichsetzung von produktiv, machtvoll und potenziell revolutionär geschuldet war –, legte Dalla Costa für ihre Zeit eine radikale Kritik vor, die noch das vermeintlich Privateste als etwas von der herrschenden Produktionsweise Geformtes entziffern konnte. Der Durchbruch bestand vor allem im Abschied vom alten sozialistischen Gedanken, durch Ausweitung der Lohnarbeit auf beide Geschlechter die »Frauenfrage« zu lösen. Anders als im damaligen Italien sind die Frauen in den entwickelten Ländern heute mehrheitlich keine Vollzeithausfrauen und die Rebellion gegen das Fabrikregime ist der Angst um den Arbeitsplatz gewichen, doch an der Notwendigkeit, Lohn- und Reproduktionsarbeit simultan anzugreifen, hat sich grundsätzlich nichts geändert.

Die vermeintliche Fortführung dieser Linie durch Silvia Federici, deren breit diskutiertes Buch damit angepriesen wurde, feministische Kritik in den Kontext der Kritik der politischen Ökonomie zu rücken, ist im Ergebnis enttäuschend. Federici

widmet sich den ökonomischen Verschiebungen der letzten Jahrzehnte, aber ihre Analyse weist erhebliche Mängel auf, die sich dann auch in ihrem Blick auf Frauenkämpfe widerspiegeln. Der Kern der jüngsten Entwicklungen besteht für Federici in einem Versuch »des Kapitals die Kosten der Produktion von Arbeiter_innen durch eine groß angelegte Ausweitung des Weltmarkts zu senken. Es handelt sich um die Strategie, die das Kapital historisch immer wieder gewählt hat, um seine Krisen und Widersprüche zu überwinden. [Ausschlaggebend war] die Steigerung der Zahl für die Ausbeutung zur Verfügung stehender Arbeiter_innen, die Disziplinierung dieser Arbeiter_innen und die Senkung der Arbeitskosten.« »Wir müssen jedoch die Schlussfolgerung zurückweisen, die Gleichgültigkeit, die die internationale kapitalistische Klasse gegenüber dem von der Globalisierung verursachten Verlust an Menschenleben an den Tag legt, beweise, dass das Kapital keine lebendige Arbeit mehr benötige, so dass wir zunehmend von ›überflüssigen‹ Bevölkerungen umgeben seien. [D]ie großmaßstäbliche Zerstörung menschlichen Lebens (...) ist das notwendige Gegenstück, bei der es sich unweigerlich um einen gewaltsamen Vorgang handelt.«[12] Auch die aktuelle Krise ist nur »ein guter Vorwand, den Menschen noch mehr wegzunehmen«.[13] Insgesamt kann Federici ökonomische Entwicklungen nur als bewusste Strategien des Kapitals erklären – die Armut in der Dritten Welt zum Beispiel hat ihre Ursache darin, »dass die Pläne des internationalen Kapitals für einige Weltregionen ein dicht am reproduktiven Nullpunkt angesiedeltes Existenzniveau vorsehen«.[14] Diese Strategien erfolgen als Antwort auf Kämpfe von unten: Die als Globalisierung oder Neoliberalismus bezeichneten Entwicklungen der letzten Jahrzehnte etwa sind demnach eine Reaktion auf die breitgefächerten Kämpfe der 1970er Jahre. Für ökonomische Prozesse, die sich hinter den Rücken der Beteiligten abspielen, ist in Federicis Analyse kein Platz. Sie begreift das Verhältnis von Arbeit und Kapital nur als reinen Klassenkampf, bei dem ein Akteur nur gewinnen kann, soweit der andere verliert, und den das Kapital mit einem expliziten Plan führt. Unberücksichtigt bleiben dabei die wechselseitige Abhängigkeit von Arbeit und Kapital, der Grund, warum das Kapital überhaupt danach trachtet, die Arbeiterklasse zu beherrschen.

12 Silvia Federici, Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution, Münster 2012, 53, 66f..

13 Dies., »Ihre Krise und unsere«, Interview in *Jungle World*, 28.6.2012..

14 Dies., Aufstand aus der Küche, 64.

Dalla Costa stellte noch fest, dass »mit dem Kapitalismus (...) die noch intensivere Ausbeutung der Frauen als Frauen [begann] – und die Möglichkeit ihrer endlichen Befreiung«.[15] Diese Dialektik verneint Federici dagegen völlig und stellt dem entgegen, dass »fünf Jahrhunderte kapitalistischer Entwicklung die Ressourcen des Planeten aufgezehrt [haben], anstatt (wie von Marx angenommen) durch Ausweitung der ›Produktivkräfte‹ in Form großmaßstäblicher Industrialisierung die ›materiellen Bedingungen‹ für den Übergang zum ›Kommunismus‹ zu schaffen. Sie haben den ›Mangel‹ – Marx zufolge eines der Haupthindernisse menschlicher Befreiung – nicht aus der Welt geschafft. Im Gegenteil: Mangel im Weltmaßstab ist heute ein unmittelbares Ergebnis kapitalistischer Produktion.« Das lässt sich angesichts globaler Armut und Hungersnöten schwerlich bestreiten, aber die hat es in der Geschichte immer wieder gegeben. Was sie heutzutage so skandalös macht, ist, dass sich die Möglichkeit ihrer Abschaffung ebenso schwer bestreiten lässt. Federicis Kritik geht in geradezu grotesker Weise an Marx' Positionen vorbei. Würde er davon ausgehen, dass der Kapitalismus selbst den Mangel aus der Welt schafft, wäre er kein Kritiker dieser Produktionsweise. Just in dem von Federici an anderer Stelle als »Idealisierung von Wissenschaft und Technik«[16] denunzierten Maschinenfragment in den *Grundrissen* hält Marx daran fest, dass »Arbeitszeit als Maß des Reichtums den Reichtum selbst als auf der Armut begründet« setzt und im Kapitalismus die »entwickeltste Maschinerie (...) den Arbeiter daher [zwingt], jetzt länger zu arbeiten, als der Wilde tut oder als er selbst mit den einfachsten, rohsten Werkzeugen tat«.[17] Bei Marx ist der Begriff Produktivkraft nicht identisch mit den Produktionsmitteln oder der Produktionsweise, sondern bezeichnet vielmehr gesellschaftliche Möglichkeiten, die sich als Produktionsmittel zwar realisieren, aber auch ein Potenzial darstellen, das unter einer gegebenen Produktionsweise nicht verwirklicht werden kann.[18] Der Gegensatz zwischen dem Potenzial, das in dem heutigen Stand der Produktivkräfte liegt (und das Federici nicht anerkennen möchte), und dem weltweiten Mangel ist heute so deutlich wie nie zuvor.

Das betrifft indirekt natürlich auch die Reproduktionsarbeit. Federici beschreibt, dass im Frühkapitalismus Mütter, weil sie den ganzen Tag in der Fabrik zubringen mussten, keine ande-

15 Dalla Costa, Die Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, 3.

16 Federici, Aufstand aus der Küche, 23, 33.

17 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42, 604.

18 Vgl. hierzu Raasan Samuel Loewe, Proletarische Bewegung und Produktivkraftkritik, *Kosmoprolet* 3 (2011).

re Wahl hatten, als ihre Kinder mit Opiaten zu vergiften, um sie ruhig zu stellen. Ähnliches kommt auch heute noch vor, aber heute müsste es für fast jeden offensichtlich sein, dass es möglich wäre, das globale Wirtschaften so umzugestalten, dass jeder und jede ausreichend Zeit hat, um sich liebevoll um Kinder, Kranke und Alte zu kümmern. Gerade die Tatsache, dass mittlerweile ein enormer und wachsender Teil der Menschheit entweder für das Kapital überflüssig ist oder seine Reproduktion mit Arbeit im Militär, im Finanzwesen, bei der Polizei und so weiter sichert, die der Reproduktion der Menschheit eher ab- als zuträglich ist, zeigt, dass sich die rein materielle Reproduktion der Menschheit dank des derzeitigen Stands der Produktivkräfte relativ mühelos sichern ließe. Das wäre dann auch die Voraussetzung dafür, die Reproduktionsarbeit im engeren Sinne menschlich umzugestalten.

Federici analysiert die verheerenden Auswirkungen der ökonomischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte auf Frauen: Sie werden in die am schlechtesten bezahlten und prekärsten Berufe gezwungen; der Wegfall staatlicher Wohlfahrtsleistungen bürdet Aufgaben in der Gesundheitsversorgung, der Altenpflege, der Erziehung usw. wieder Frauen auf; die allgemeine Verunsicherung führt zu vermehrter Gewalt gegen Frauen. In einem recht zentralen Punkt kann sie sich aber offenbar nicht so recht entscheiden: So heißt es zuerst, dass »der insbesondere im globalen Norden steigende Anteil der Frauen an der Lohnarbeit (...) fraglos dazu geführt [hat], dass beträchtliche Teile der Hausarbeit aus dem Haushalt ausgelagert und auf kommerzieller Grundlage neu organisiert worden sind«, dann kommt sie aber doch zum Schluss, dass »Frauenarbeit zunehmend wieder in den Haushalt verlegt wird«.[19]

19 Federici, Aufstand aus der Küche, 73, 78.

Dieser letzte Aspekt ist nicht ganz unwichtig für Federicis Argumentation. Sie eröffnet nämlich folgende politische Perspektive: »Frauen haben bei der Entwicklung von Tätigkeiten, die auf Vergemeinschaftung oder Commoning abzielen, auf der ganzen Welt eine zentrale Rolle gespielt. Tatsächlich wären die Folgen der Globalisierung der Weltökonomie und der beständigen Angriffe auf unsere wichtigsten Subsistenzmittel weitaus schlimmer ausgefallen, wenn sich nicht Millionen von Frauen um die Unterstützung ihrer Familien und Communities

bemüht hätten, unabhängig davon, wie diese auf dem kapitalistischen Markt bewertet werden. [Mit ihrer Reproduktionsarbeit] haben sie sich der völligen Kommodifizierung des Lebens entgegengestellt und einen Prozess der Wiederaneignung und neuerlichen Vergemeinschaftung der Produktion eingeleitet, der unverzichtbar ist, wenn wir die Kontrolle über unser Leben wiedererlangen wollen«.[20] Hier wird deutlich, wie sehr Federici die Gedanken, die bei Dalla Costa noch hinter der Forderung nach Lohn für Hausarbeit standen, in ihr Gegenteil verkehrt: Die operaistischen Feministinnen der 1970er Jahre forderten einen solchen Lohn, gerade um die Hausarbeit auf der gleichen Ebene wie die Fabrikarbeit bekämpfen zu können – für Federici dagegen steckt in der Reproduktionsarbeit bereits der Keim einer besseren Welt. Zu der Sichtweise, dass Arbeit, die proletarisches Leben sichert oder aufwertet, an sich Widerstand gegen das Kapital darstellt, kann Federici nur kommen, weil sie keinerlei gemeinsamen Interessen von Arbeit und Kapital zu erkennen vermag: Überleben die Proletarier dank weiblicher Reproduktionsarbeit, deutet sie dies als Niederlage für das Kapital. Es müsste aber eigentlich klar sein, dass die Reproduktion zumindest bestimmter Teile des Proletariats Voraussetzung für ihre weitere Ausbeutung und damit für die fortdauernde Kapitalakkumulation ist.

20 Ebenda, 84f.

Angesichts ihrer Kampfansage an den angeblichen Technikfetischismus von Marx und ihre Verklärung der *Commons* hat es eine gewisse Folgerichtigkeit, dass sich Federici recht positiv auf den Ökofeminismus einer Maria Mies bezieht, der den patriarchalen Mythos der naturverbundenen Frau – mit einem positiven Vorzeichen versehen – fortschreibt. Dass Federici unter Linken in die Nähe von Geschlechterdekonstruktion und »Queerfeminismus« gerückt wird, ist insofern erstaunlich.

Aussichten

Auch wenn der Kapitalismus auf eine rigide Geschlechterordnung prinzipiell verzichten kann, soll deren Erosion hier weder überzeichnet noch gar als unausweichliche historische Tendenz behauptet werden. Die tausend Gestalten des Elends, die sich auch heute mit ihr verbinden, sind nicht, weil aus keiner »Wert-Abspaltung« oder ähnlichem herzuleiten, in irgendeiner

Weise zweitrangig. Besonders sticht hervor, dass dem Vordringen von Frauen in ehemalige Männerdomänen bislang kein umgekehrter Drang von Männern in Richtung Herd und Wickeltisch entspricht. Die meisten Kinderwagen werden auch heute von Frauen durch die Welt geschoben. Wenngleich der Trend hier ebenfalls zur Erosion geht, Männer heute also öfter an Herd und Wickeltisch stehen als früher, kann man ihn nicht als besonders ausgeprägt bezeichnen. Als besonders hartnäckig erweisen sich Geschlechterrollen, wenn Kinder im Spiel sind. Einer der möglichen Gründe dafür scheint eine Art Teufelskreis zu sein. Die Gebärfähigkeit ist, vollkommen unabhängig davon, ob Frauen Kinder bekommen wollen oder nicht, prinzipiell ein Nachteil auf dem Arbeitsmarkt; kommt dann tatsächlich ein Kind ins Spiel, sind es mit einer gewissen Folgerichtigkeit dann meistens die weniger verdienenden Frauen, die sich um es kümmern. Allerdings ist dieser Teufelskreis kein unentrinnbarer. Je geringer der Abstand zwischen den Löhnen von Frauen und Männern (und geringer geworden ist er durchaus), umso weniger zwingend die klassische Rollenverteilung. In Schweden wird bereits darüber diskutiert, Eltern gesetzlich zu zwingen, sich den ihnen zustehenden Erziehungsurlaub 50:50 zu teilen, was bislang wenig Anklang findet, aber zeigt, dass die Wandlungsfähigkeit der bürgerlichen Ordnung nicht zu unterschätzen ist. Wie sie sich in dieser Hinsicht darstellt, darüber entscheidet kein Wert und kein Kapital, sondern der alltägliche Geschlechtertrubel, der Streit um Bedürfnisse und Arbeitsteilung.

Diese Konflikte finden heute in einer recht unübersichtlichen Lage statt. Auf der einen Seite steht, wie erwähnt, eine unübersehbare Aufweichung der ehemals scharf polarisierten Geschlechtscharaktere. Frauen dürfen sich fürs Vaterland totschießen lassen, Fußballspieler, deren Maskulinität außer Frage steht, werben halbnackt für Hautcreme und Unterwäsche. In Argentinien kann sich seit ein paar Jahren sogar jeder nach Belieben für eines von (bislang) zwei Geschlechtern in den staatlichen Ausweispapieren entscheiden, was immerhin bedeutet, dass die ganze vermeintlich unverrückbare, weil naturgegebene Basis des Geschlechterverhältnisses vom Staat höchst selbst für null und nichtig erklärt wird. Auf der anderen Seite wird eben diese Verflüssigung als bedrohlich erlebt und

fördert ein Festhalten an traditionellen Bildern. Das Beispiel par excellence dafür bietet natürlich die islamistische Reaktion, die durch Zauselbart und Schleier eine aus den Fugen geratene Ordnung zu retten versucht. Auch im liberal-republikanischen Frankreich gingen letztes Jahr Hundertausende auf die Straße und legten sich zum Teil mit der Polizei an, um die »traditionelle Familie« zu verteidigen. Aber auch darüber hinaus treibt gerade die fortschreitende Liberalisierung viele zum Rückgriff auf die Tradition, weshalb sich Gegenbeispiele zur Aufweichung der Geschlechtscharaktere zuhauf finden. Wo die zweite Natur, die Gesellschaft, Unsicherheit produziert, soll die erste Sicherheit stiften, was konkret zum Beispiel heißt, dass der Traum vom Kleinfamilienglück unter jungen Leuten wieder mehr Auftrieb bekommt.

Den Kampf gegen antiquierte Geschlechternormen führt die westliche Linke heute, ob sie es will oder nicht, faktisch im Bunde mit den modernen Fraktionen des Establishments, das eben nicht mehr durch die Bank aus chauvinistischen Säcken besteht, sondern auch aus allerhand Beauftragten für *Gendermainstreaming*, *Diversity Management* und ähnliches. Diese Fraktionen stehen für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Staatsbürger, durch die sich die bürgerliche Gesellschaft ihrem Anspruch nach auszeichnet. Was über diesen ohne Frage weiterhin notwendigen Kampf auch heute hinausweist, ist der Vorschlag von Dalla Costa und ihren Genossinnen, Haus- und Lohnarbeit als zwei Seiten derselben Medaille ins Visier zu nehmen. Denn was sich auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft eben nie ändern wird, ist, dass die Reproduktion der Menschen immer nur mitgeschleift wird als notwendige Voraussetzung der Mehrwertproduktion, konkret und einfacher gesagt: dass kein Kita-Platz je zu dem Zweck geschaffen wurde, Eltern und vor allem Mütter in den Genuss von mehr freier Lebenszeit zu bringen, sondern nur der Mobilisierung ihrer Arbeitskraft dient (und der Optimierung der nächsten Generation von Arbeitskräften). Daran werden auch alle vernünftigen Forderungen, die heute unter der Chiffre *Care* erhoben werden, ihre Grenze finden. Eine schöne Definition der Commune wäre es, dass sie diese Unterordnung beendet und als eines ihrer zentralen Ziele die Aufhebung der bereits porösen Geschlechterordnung definiert. Die

heutigen Auflösungstendenzen der Familie könnten in ihr zu einem glücklichen Ende getrieben werden, anstatt nur überforderte Alleinerziehende hervorzubringen; der bereits unter der Fuchtel des Kapitals vorangeschrittene Bedeutungsverlust des biologischen Geschlechts würde dann der Freiheit aller Einzelnen zugutekommen.

Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft





REFLEXIONEN ÜBER DAS SURPLUS-PROLETARIAT

PHÄNOMENE, THEORIE, FOLGEN

I Seit seinen Anfängen in Europa hat sich der Kapitalismus dadurch ausgezeichnet, dass er Menschen in den Stand der Überflüssigkeit versetzt. Die Not der »Überflüssigen« bildet schon in Friedrich Engels' *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* (1845) einen wesentlichen Anklagepunkt gegen die herrschende Ordnung. Trotzdem stellt die heutige weltweite Schere zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskraft etwas geschichtlich Neues dar, und sei es auch nur im Sinne eines Umschlags von Quantität in Qualität. Auch wenn manche Forscher die Anfänge des kapitalistischen Weltsystems bereits im 16. Jahrhundert verorten, blieb dessen tatsächlicher Wirkungsradius als eine *Produktionsweise* selbst im Jahr 1845 noch äußerst begrenzt. Die große Masse der Weltbevölkerung fristete ihr Dasein weiter als Selbstversorgung treibende, nur hier und da am Marktgeschehen beteiligte Bauernschaft. Erst heute besteht sie mehrheitlich aus Menschen, die zum Überleben auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind, das heißt aus Proletariern. Allerdings, und darin liegt die Krux, weckt die Arbeitskraft vieler dieser Proletarier auf Seiten des Kapitals keine Begehrlichkeiten mehr, sodass sie ein Surplus-Proletariat bilden. Als größte Zynikerin unter der Sonne hat die bürgerliche Wirtschaftsordnung es dahin gebracht, dass ein fester Job heute in vielen Weltgegenden als Privileg gilt.

Die Existenz dieses Überschusses an Arbeitskräften ist ein Schlüssel zur Kritik der Gegenwart. Sie findet in unterschiedlichsten Phänomenen einen Ausdruck: in den wachsenden Migrationsströmen von Menschen, die anders als die europäischen Auswanderer des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, anders aber auch als die Arbeitsmigranten in den Boomjahren nach dem Zweiten Weltkrieg an ihren Zielorten großenteils unwillkommen sind; in Kriegen, die sich nicht mehr zwischen Nationalstaaten oder politischen Blöcken, sondern zwischen marodierenden Milizen und Gangs abspielen und im Extremfall in *failed states* münden; in neofundamentalistischen Bewegungen, die aus den Fugen geratenen Gesellschaften einen autoritär-moralischen Kitt verpassen und die Habenichtse auf das Jenseits vertrösten. Nicht zuletzt hat sie besonders in den letzten Jahren zu allerhand neuartigen, mit überlieferten Vorstellungen von Klassenkampf und Revolution kaum zu fassenden Unruhen geführt.

In den alten Metropolen war seit den 1970er Jahren zwar eine nachlassende Integrationskraft der Lohnarbeitsgesellschaft zu beobachten und wurden Aufstände wie die in den französischen Banlieues von 2005 als Rückkehr der gefährlichen Klassen vermerkt. Erst seit dem Ausbruch der neuesten Krise aber zählen auch europäische Länder zu den von massiver Unterbeschäftigung geplagten Gegenden und selbst notorische Schönredner der Verhältnisse stellen kein baldiges Ende der Misere in Aussicht. Darin könnte sich eine einschneidende Veränderung der globalen Konstellationen ankündigen, denn bislang waren die Überflüssigen ganz überwiegend in Asien, Afrika, Lateinamerika und Teilen des ehemaligen Ostblocks heimisch. Allerdings ist die Misere über Südeuropa quasi über Nacht, im Zuge einer handfesten Krise hereingebrochen – eine Entwicklung, die das Phänomen insgesamt gerade nicht auszeichnet. Genauer gesagt liegt im Verhältnis solcher zyklischen Erscheinungen zu langfristigen Tendenzen eine der Schwierigkeiten, wenn es um die Frage nach den Ursachen geht. Die Wachstumsphasen der Überschussbevölkerung beschränken sich jedenfalls nicht auf akute Krisenphasen der Wirtschaft. Die letzten vier Dekaden, grob der Zeitraum, in dem das Phänomen hervorgetreten ist, waren entgegen einer verbreiteten linken Auffassung eben nicht eine einzige Dauerkrise, auch wenn das Wachstum gegenüber den »Goldenen Jahrzehnten« nachließ und häufiger von Abschwüngen unterbrochen war.

Eine exakte Bezifferung des Problems ist naturgemäß unmöglich. Die offiziellen Zahlen über die weltweite Arbeitslosigkeit erfassen nur die Spitze des Eisbergs; zurzeit werden sie etwa von der International Labor Organization (ILO) mit gut 200 Millionen beziehungsweise 6 Prozent angegeben. Irreführend ist dies zum einen deshalb, weil viele Leute dabei gar nicht berücksichtigt werden. Am Beispiel Algerien verdeutlicht: »Laut offiziellen Statistiken sind 1,2 Millionen Algerier arbeitslos – das entspricht einer Quote von 9,8 Prozent, 70 Prozent von ihnen sind unter 30. Diese Zahlen erscheinen erstaunlich niedrig. Sie verschleiern ein Beschäftigungsproblem, das in Wahrheit viel gewaltiger ist. In Algerien geben 83 Prozent der Frauen an, nicht auf Arbeitssuche zu sein. Sie tauchen also in keiner Arbeitslosenstatistik auf, genau wie die Studenten. Im Lauf der letzten zwanzig Jahre sind die Studentenzahlen von

195.000 auf 1,2 Millionen gestiegen. (...) Viele Absolventen fanden keine Arbeit.«[1]

1 *Le Monde Diplomatique*, April 2014.

Frisierte Arbeitslosenstatistiken kennt man auch aus den entwickelten Ländern. Im Fall des globalen Südens kommt etwas anderes hinzu, das viel stärker ins Gewicht fällt: Zu den Beschäftigten wird von den Buchhaltern kurzerhand auch jeder Straßenverkäufer von Taschentüchern gerechnet. Anders als in reicheren Ländern müssen die Überflüssigen in weitesten Teilen der Welt irgendeiner Tätigkeit nachgehen, und sei das Einkommen aus ihr noch so kläglich. Das Resultat ist eine verdeckte Arbeitslosigkeit im berühmt-berüchtigten »informellen Sektor«, die alles in den Schatten stellt, was in der Zeit des Kalten Krieges gerne, und wohl zu Recht, dem Ostblock diesbezüglich attestiert wurde.

Angesichts der Dimensionen des Phänomens und seinen Folgen erstaunt es, wie selten es im größeren geschichtlichen Zusammenhang reflektiert wird. Das macht die Bedeutung von Mike Davis' Buch *Planet der Slums* (2006) aus. Auch wenn Slum- und Überschussbevölkerung nicht deckungsgleich sind, nimmt Davis die seit den 1970er Jahren rapide voranschreitende Ausbreitung von Elendssiedlungen zum Anlass, um einen epochalen Umbruch zu schildern. Erstmals in der Geschichte lebt die Menschheit mehrheitlich in Städten, doch der aus der entwickelten Welt bekannte Zusammenhang von Urbanisierung und Industrialisierung existiert in den meisten Regionen nicht länger. 1950 lebten vier Fünftel der Bevölkerung der »Dritten Welt« auf dem Land; 2020 werden es 50 Prozent sein. Von der Modernisierung der Agrarwirtschaft überflüssig gemacht, sind immer mehr Menschen in die Städte gezogen, wo sie keine feste Beschäftigung mehr finden und sich folglich auf unterschiedlichste Weise durchschlagen müssen. Dieses »informelle Proletariat« (Davis) speist sich allerdings nicht nur aus der Land-Stadt-Migration, sondern auch aus dem Niedergang ehemals staatlich protegierter Industrien sowie dem Einschrumpfen des öffentlichen Sektors im Zuge der meist unter Federführung des IWF durchgeboxten Liberalisierungsmaßnahmen ab Ende der 1970er Jahre. Dass solche Anpassungsprozesse schmerzhaft sein würden, haben die Marktideologen nie verschwiegen, sondern erklärten den Exitus der

gemessen an Weltmarktstandards ineffizienten Industrien und den Abbau aufgeblähter Staatssektoren gerade zur Vorbedingung dafür, dass die Zauberkräfte des Marktes zum Wohle aller ihre Wirkung entfalten können. Davon war in den meisten Fällen allerdings auch ein bis zwei Jahrzehnte später nichts zu sehen; unbekümmert um die anfängliche Erwartung, er sei nur eine Durchgangsstation für zeitweilig Beschäftigungslose, die sich auf dem Weg zurück in die reguläre Wirtschaft befänden, wuchs der informelle Sektor Hand in Hand mit den Slums unaufhörlich weiter. Notgedrungen musste die Ideologie dieser Situation angepasst werden, und die pauperisierten Müllsammler, Rikscha-Fahrer und Gelegenheitsarbeiter wurden zu lauter emsigen Kleinunternehmern umdeklariert, die mit Hilfe von Mikrokrediten sogar ein kleines Wirtschaftswunder vollbringen könnten. Das *Wall Street Journal* bewies einen bemerkenswerten Sinn für schwarzen Humor, als es auf dem Höhepunkt der jüngsten Krise erklärte, die von Massenentlassungen betroffenen Arbeiter im Süden werde es nicht so hart treffen, da sie schließlich in den informellen Sektor ausweichen könnten, der insofern doch ein willkommenes »Sicherheitsnetz« darstelle.[2]

2 Jan Breman, Myth of the Global Safety Net, *New Left Review* 59 (2009).

Glaubt man den Buchhaltern der Weltökonomie, dann arbeitet heute die Hälfte der städtischen Beschäftigten weltweit im informellen Sektor; in Indien sind es laut Zahlen der Regierung sogar über 90 Prozent. Um vom Kapital ausgebeutet zu werden, braucht man allerdings keinen festen Arbeitsvertrag. Dem Kapital ist es mitunter sogar lieber, darauf zu verzichten. Eine Autofabrik lässt sich zwar nicht mit lauter Tagelöhnern betreiben und insofern liegen geregelte Arbeitsverhältnisse häufig auch im Interesse der Kapitalisten. Aber es lässt sich zum Beispiel die Fertigung bestimmter Teile in Heimarbeit auslagern und genau das geschieht auch vielerorts. Unweit moderner Fabriken in Indien sitzen ganze Familien in staubigen Hinterhöfen und stellen in Handarbeit Komponenten her. Solcherart produktive Arbeit ist natürlich selbst Ausdruck des ungeheuren Überschusses an Arbeitskräften, der eine derart halsbrecherische Konkurrenz um jedwede Art von Beschäftigung in Gang setzt, dass Handarbeit billiger sein kann als Investitionen in Technologie. Vor allem aber ist sie nicht die Regel. Da es um die allgemeine Tendenz geht und nicht um

eine exakte Bezifferung, kann man sich dem Urteil von Davis anschließen: »Natürlich ist ein Teil des informellen Proletariats ein stilles Arbeitskräftereservoir für die formelle Wirtschaft, und zahlreiche Studien haben eindrucksvoll gezeigt, wie tief die Netzwerke des Subunternehmertums von Wal-Mart und anderen Großkonzernen in das Elend der *colonias* und *chawls* hineinreichen. Gleichermaßen existiert zwischen der zunehmend auf Gelegenheitsjobs reduzierten Welt der formellen Arbeit und den Abgründen des informellen Sektors eher ein Kontinuum als eine scharfe Grenze. Doch letzten Endes ist die Mehrheit der in den Slums wohnenden Armutsbevölkerung in der gegenwärtigen internationalen Ökonomie vollkommen heimatlos.«[3]

3 Mike Davis, Planet der Slums, Berlin/Hamburg 2006, 187.

Die uferlosen Slums von Kinshasa sind keine gut getarnte Weltmarktfabrik. Verschlänge ein Erdbeben die Stadt, würde man an den Börsen kaum Notiz davon nehmen. Welche Art von wirtschaftlicher Tätigkeit er vor Augen hat, wenn er von einer überschüssigen Menschheit spricht, verdeutlicht Davis anhand eines Berichts aus Kalkutta: »... drei oder vier Personen teilen sich eine Tätigkeit, die genauso gut von einer verrichtet werden könnte, Marktfrauen sitzen stundenlang vor kleinen aufgetürmten Obst- oder Gemüsestapeln, Friseure und Schuhputzer hocken den ganzen Tag auf dem Bürgersteig, nur um eine Handvoll Kunden zu bedienen, kleine Jungs springen immer wieder mitten in den fließenden Verkehr, um Papiertaschentücher zu verkaufen, Autoscheiben zu putzen, Zeitschriften oder einzelne Zigaretten anzubieten, Bauarbeiter warten allmorgendlich und häufig vergebens in der Hoffnung auf Arbeit.«[4]

4 Ebenda, 190.

In Bangalore, Symbol des aufstrebenden IT-Sektors in Indien, leben mehr Lumpensammler als Softwareprogrammierer. Zu großen Teilen verrichtet das informelle Proletariat Tätigkeiten, die es nicht etwa deshalb gibt, weil sie zur Mehrwertproduktion beitragen würden, sondern weil die Überflüssigen auf sie angewiesen sind. Berühmt für seine unschlagbare Effizienz, hat der Kapitalismus ein Heer weitgehend überflüssiger Arbeiter historisch ungekannten Ausmaßes hervorgebracht, das von morgens bis abends auf den Beinen ist, um sich ein paar Krümel des gesellschaftlichen Reichtums zu sichern. Diese

trostlose Realität wird selbst in offiziellen Berichten anerkannt, die zwar euphemistisch von »Mikrounternehmen« reden, aber zugleich festhalten, dass viele von diesen nicht einmal eine Postanschrift haben und »kaum mehr als ein Subsistenzmittel für die Armen« darstellen.[5]

5 Weltbank, World Development Report 2013: Jobs, 108.

Allerdings stellt sich die Frage, wie sich dieses düstere Bild zu den Meldungen der letzten circa zehn Jahre über den Aufstieg von Schwellenländern und unverhoffte Erfolge bei der Armutsbekämpfung verhält. Könnte es sein, dass die Marktideologen am Ende Recht behalten und die schmerzhafte Anpassungsphase nur etwas länger gedauert hat, die bitteren Pillen der Liberalisierung also mit einer gewissen Verzögerung doch noch die versprochene Wirkung entfalten? Selbst Afrika, lange Zeit als hoffnungsloser Fall abgeschrieben, wird heute als aufstrebender Kontinent gehandelt, auf dem konsumfreudige Mittelschichten aus dem Boden schießen. Und China passt natürlich ohnehin nicht recht in das Bild massenhaften Elends aufgrund von Arbeitsplatzmangel.

Wie alle Ideologien enthält auch die der Marktapologeten einen Funken Wahrheit. Von Linken als Angriff westlicher Konzerne auf »die Dritte Welt« gegeißelt, hat das als Globalisierung bezeichnete Ineinandergreifen von Handelsliberalisierung einerseits, verbesserten Kommunikations- und Transportmitteln andererseits in Wirklichkeit dazu geführt, dass auf dem Weltmarkt die Karten neu gemischt werden. Die klassischen Imperialismustheorien oder auch die nach wie vor durch die Linke geisternde »Dependenztheorie«, der zufolge die Erste die Dritte Welt in Abhängigkeit halte und daher oben bleibe, wer einmal oben, und unten, wer einmal unten war, stehen heute, wo einige Schwellenländer rapide wachsende Weltmarktanteile verzeichnen, China emsig Rohstoffe und Ländereien in Afrika einkauft und in den Rankings der größten globalen Unternehmen immer häufiger solche aus südlichen Ländern verzeichnet sind, auf ziemlich wackeligen Füßen. Niedrige Löhne haben den Newcomern als wichtigste Waffe im Konkurrenzkampf gedient. In den 2000er Jahren ist die Weltwirtschaft so schnell gewachsen wie lange nicht mehr und getragen war dieses Wachstum ganz maßgeblich von solchen Schwellenländern.

Sicherlich sollte man die marxistische Schrulle vermeiden, auf den Zweckoptimismus der Experten, die immerzu neue Märkte, Branchen und Regionen als Hoffnungsträger ausrufen, mit einem genauso dogmatischen Zweckpessimismus zu antworten, weil das vorgefasste Bild eines unausweichlichen allgemeinen Niedergangs es erfordert, dass immerzu alles schlimmer wird. Wenn sich das Wachstum in ärmere Länder verlagert hat, überrascht es nicht, dass die Zahl der absolut Armen in den letzten Jahren offenbar gesenkt werden konnte, wobei der Löwenanteil auf China entfällt, wo das Ausgangsniveau extrem niedrig und Erfolge entsprechend leicht zu erzielen waren. Ermöglicht durch eine günstige Konjunktur und forciert von linkspopulistischen Regierungen konnten auch größte Teile Lateinamerikas zuletzt einen gewissen Rückgang von Arbeitslosenquote, Anteil der informellen Beschäftigung und absoluter Armut verzeichnen. Reisefreudige Genossen haben in brasilianischen Favelas neulich sogar Flachbildschirme gesichtet und die dortige Massenrandale des Jahres 2013 war kein Abwehrkampf gegen einen drohenden sozialen Abstieg wie im krisengeschüttelten Europa. Während dort der Sozialstaat pulverisiert wird, haben sich nicht nur Brasilien, sondern auch beispielsweise Südafrika, Indien und China umfangreiche Wohlfahrtsprogramme für die Armen geleistet. Was im Fall Südafrikas verwirrenderweise heißt, dass in den vergangenen zehn Jahren nicht nur die Arbeitslosigkeit trotz eines passablen Wachstums von 3,4 Prozent gestiegen, sondern auch die krasse Armut trotz steigender Arbeitslosigkeit gesunken sein soll.[6]

6 *The Economist*, 3.5.2014.

Jedoch ändert das alles recht wenig am allgemeinen Bild einer gewaltigen Überschussbevölkerung auf dem Globus, die sich irgendwie durchschlägt und den Herrschenden gewaltige Kopfschmerzen bereitet, weil ihnen schwant, auf einer Zeitbombe zu sitzen (in den einschlägigen *Employment Reports* der zuständigen Institutionen tauchen deshalb häufig auch Statistiken und Prognosen über *Social Unrest* auf, korreliert vor allem mit der Jugendarbeitslosigkeit). Das gilt nicht nur für Afrika – dessen hier und da starke Wachstumsraten wesentlich auf den Rohstoffhunger Chinas und anderer Newcomer zurückgehen, was die produktive Beschäftigung kaum steigert –, sondern fast überall.

Der Grund dafür ist nicht schwer auszumachen: Der Aufstieg der Schwellenländer beruht nicht nur auf billiger Arbeitskraft, sondern auch auf moderner Technologie, die zur Folge hat, dass die produktive Einsaugung von Arbeitskraft viel kümmerlicher ausfällt, als die mitunter atemberaubenden Wachstumszahlen der Newcomer vermuten lassen. Nicht irgendein linker Miesmacher, sondern die United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) bemerkt in einem Bericht aus dem Jahr 2010 über Asien: »Die dynamischen modernen Sektoren haben das Wachstum von BIP und Gesamtproduktivität angetrieben, ohne einen substanziellen Teil der überschüssigen Arbeitskräfte zu absorbieren.« Weil das Armenhaus Indien seit einer Weile als Hoffnungsträger der kriselnden Weltwirtschaft gehandelt wird, zitieren wir exemplarisch etwas ausführlicher, zu welchem Befund über das Land die Buchhalter gelangen: »In Indien war das Wachstum moderner Dienstleistungen wie IT (...), Kommunikations- und Finanzdienstleistungen nicht von einem entsprechenden Wachstum der Beschäftigung begleitet. Darin drückt sich eine Zunahme der Arbeitsproduktivität aus, die Indiens Wachstumskurve positiver hinsichtlich der Produktivität macht, aber weniger positiv hinsichtlich Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in einer von überschüssiger Arbeitskraft geprägten Wirtschaft. (...) Ein typisches Beispiel ist die IT-Branche (...) Die Beschäftigung dort, die von rund 314.000 im Jahr 1999/00 auf rund 963.000 im Jahr 2004/05 gestiegen ist, macht nur 0,2 Prozent der Arbeitsbevölkerung aus (...) In ähnlicher Weise ging das rapide Wachstum des Output im regulären herstellenden Gewerbe mit keinerlei spürbarer Zunahme von anständigen Beschäftigungsmöglichkeiten für Indiens Erwerbsbevölkerung einher.«[7]

Schön für die Autokonzerne, wenn sie auf dem Subkontinent einen *emerging market* für ihre Karossen finden, weil IT-Arbeiter dort neuerdings vermehrt im eigenen Wagen zur Arbeit brausen. Die Masse des indischen Surplus-Proletariats verwandelt dies nicht in reguläre Lohnarbeiter. Sie gehen weiter dem nach, was der Bericht schönfärberisch »traditionelle Dienstleistungen« nennt, gekennzeichnet durch geringe Produktivität und jämmerlichen Verdienst wie in der oben zitierten Schilderung Kalkuttas.

7 UNCTAD, Trade and Development Report 2010: Employment, Globalization and Development, 127ff.

China ist ein Fall für sich. In China wurde in den letzten Dekaden eine kapitalistische Reichtumsproduktion auf breiter Front in Gang gesetzt und zig Millionen haben Jobs in neuen Weltmarktfabriken oder auf dem Bau gefunden. Auch hier gilt zwar, dass die Einsaugung von Arbeitskraft weit hinter den Wachstumszahlen zurückgeblieben ist, und die offizielle Arbeitslosenquote von rund vier Prozent ist höchst dubios; realistischere Schätzungen veranschlagen sie mindestens doppelt so hoch.[8] Dennoch kann von einem wachsenden Surplus-Proletariat in China bislang schlechterdings keine Rede sein, wovon nicht zuletzt die gewaltigen Lohnsteigerungen zeugen, die die Wanderarbeiter in den Exportzonen in der letzten Zeit erkämpfen konnten. Seit ein paar Jahren mehren sich sogar Berichte über einen akuten Arbeitskräftemangel in den Weltmarktfabriken, der die Lohnkämpfe entsprechend begünstigt hat. Zu dieser Verknappung hat zwar auch die chinesische Regierung beigetragen, die beim Kriseneinbruch 2009 angesichts von Massenentlassungen von Panik ergriffen wurde und mit dem größten Konjunkturprogramm der Geschichte schätzungsweise 50 Millionen Jobs geschaffen hat, und außerdem stellen die Bosse der Exportfabriken nur junge Arbeitskräfte ein. Dennoch sind solche Engpässe auf dem Arbeitsmarkt real.

8 Vgl. etwa die Berichte des China Labour Bulletin, online abrufbar unter: clb.org.hk/en/.

Im Ergebnis sind in China in den letzten Dekaden nicht die Slums gewachsen, sondern die Wolkenkratzer in den Himmel geschossen. Mit Blick auf das allgemeine Bild handelt es sich um eine Ausnahme, und zwar um eine, die nicht zur Regel werden kann, weil der Weltmarkt sich daran verschlucken würde; es können nicht alle gleichzeitig Exportweltmeister werden. Mit Blick auf die Zukunft Chinas wiederum ist zweierlei zu bedenken. Erstens besteht trotz der starken Abwanderung in die Städte weiterhin eine erhebliche latente Überbevölkerung auf dem Land, die manche auf über 100 Millionen Menschen schätzen. Theoretisch könnte China »seinen landwirtschaftlichen Sektor auf ein Niveau heben, auf dem er so produktiv wäre wie der der Vereinigten Staaten. Technisch steht dem nichts im Wege. Doch stattdessen sieht sich China in Afrika und Brasilien nach Ländereien um, auf denen es weit von zuhause entfernt moderne kapitalistische Farmen gründen kann. Denn im eigenen Land würde dies die Vertreibung von Hunderten Millionen Menschen bedeuten, die sich in die Städte flüch-

ten würden. Das ist der soziale Alptraum, den die herrschende Klasse um jeden Preis vermeiden will.«[9] Bezeichnenderweise will die chinesische Regierung das *Hukou*-System der Haushaltsregistrierung, das die Bevölkerung in Land- und Stadtbewohner spaltet und ihr eine gewisse Kontrolle der Migration in die Städte erlaubt, zwar weiter lockern, aber aus »Furcht vor der Menschenlawine« auch weiterhin nicht abschaffen.[10]

9 Sander, Will China Save Global Capitalism?, *Internationalist Perspective* 55 (2011), 19.

10 Ebenda.

Die zweite Unbekannte ist, wie sehr die erfolgreichen Lohnkämpfe in Zukunft die Automation und Abwanderung von Fabriken vorantreiben werden. Während arbeitsintensive Fertigung schon seit einigen Jahren in nahegelegene Länder verlagert wird, hat zum Beispiel der berüchtigte Foxconn-Konzern, mit 1,4 Millionen Beschäftigten zweitgrößter Arbeitgeber der Welt, in Reaktion auf die jüngeren Arbeiterunruhen die Einführung von einer Million Robotern, »Foxbots« genannt, angekündigt. »Man könnte eine ganze Geschichte der Erfindungen (...) schreiben, die bloß als Kriegsmittel des Kapitals wider Arbeiteremeuten ins Leben traten.« (Marx)

Ob sich China vor diesem Hintergrund in näherer Zukunft dem globalen Trend anschließen und ebenfalls mit einem wachsenden Heer von Überflüssigen herumschlagen wird, darüber wollen wir nicht spekulieren. Dass die vom Land abwandernden Leute dort bislang das zweifelhafte Glück haben, in den Städten eine einigermaßen geregelte Beschäftigung zu finden, ist weltweit gesehen in jedem Fall eine Ausnahme, und der Weltmarkterfolg Chinas hat selbst nicht unwesentlich zum Niedergang des herstellenden Gewerbes in anderen Gegenden beigetragen.

Wenn in der linken Debatte heute der Befund präsentiert wird, dass »die halbe Menschheit in China, Indien, Brasilien und anderswo sich auf dem Weg der größten Industrialisierung der Geschichte befindet«[11], scheint dies einigermaßen fragwürdig. Die Industrialisierung im Westen bedeutete, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung in die Fabriken zog; daher das Selbstbild der alten Arbeiterbewegung, die Zukunft zu repräsentieren: Bauern und kleine Selbstständige verschwanden, während das Heer der Industriearbeiterschaft anschwoll. Glaubt man den offiziellen Berichten, dann stellt sich das Bild

11 Rainer Trampert, Krise und Aufschwung, geopolitische Neuordnung und industrielle Revolution, nachzulesen unter: raintertrampert.de.

für die Nachzügler anders dar: Der Anteil der Industrie an der Gesamtbeschäftigung geht in Brasilien seit den späten 1980er Jahren, in Indien seit den früher 2000er Jahren zurück und selbst für China verortet die ILO ihn verblüffenderweise im Jahr 1995 mit gerade einmal 15 Prozent, wobei allerdings der riesige Bausektor ausgeklammert bleibt.[12] Dort sind wenig produktive Staatsindustrien in den 1990er Jahren massiv eingeschrumpft und gleichzeitig neue Exportindustrien aus dem Boden gestampft worden. Aufgrund der viel höheren Produktivität der heutigen Industrie bedeuten wachsende Weltmarktanteile keineswegs zwangsläufig einen höheren industriellen Beschäftigungsgrad. Die Weltbank erwartet aufgrund des »rapiden Wachstums der Arbeitsproduktivität im herstellenden Gewerbe«, dass es zu einer »erbitterten internationalen Konkurrenz« um Industriejobs kommen wird, deren Gesamtzahl voraussichtlich eher stagnieren werde.[13]

12 ILO, World Employment Social Outlook, 2015, 63.

13 Weltbank, World Development Report 2013: Jobs, 238f.

Zurzeit sieht es so aus, dass die Sturm-und-Drang-Phase der Schwellenländer, in der die Armut zurückging, schon wieder an ihr Ende kommt. Prognosen darüber sind aber zwangsläufig Kaffeesatzleserei. Keine Spekulation ist es dagegen, dass sich im Lauf des letzten halben Jahrhunderts in den Städten des globalen Südens eine Masse von Unterbeschäftigten aufgestaut hat, an deren miserabler Situation sich selbst bei den beeindruckenden Wachstumszahlen häufig kaum etwas geändert hat. Entsprechend besorgt schauen die Buchhalter in die Zukunft. Egal, welche offiziellen Berichte man zurate zieht, der Tenor ist praktisch immer derselbe. Auch wenn sie hier und da erleichtert Entwicklungen vermelden können, die das in *Planet der Slums* gezeichnete Bild ein wenig konterkarieren, steht insgesamt außer Frage, dass es flächendeckend chinesischer Wachstumsraten bedürfte und dieses Wachstum ganz entgegen dem festzustellenden Trend von einer *arbeitsintensiven* Fertigung bedingt sein müsste, um die gewaltige Überschussbevölkerung aufzusaugen. Insofern steht zu erwarten, dass Davis' Buch bis auf weiteres eine der wichtigsten Bestandsaufnahmen der globalen Klassenwirklichkeit bleiben wird, wobei die Kartographie des Elends jeweils gemäß den Weltmarktverschiebungen zu aktualisieren wäre. Vielleicht wird in einer späteren Neuauflage Athen zu berücksichtigen sein. Aber auch darüber wollen wir nicht spekulieren.

Dürftig und politisch irreführend bleibt die Erklärung, die Davis für das Phänomen anbietet. Auch bei ihm ist der sogenannte Neoliberalismus für das Übel verantwortlich, als dessen Stoßtrupps er IWF und Weltbank auf die Anklagebank setzt. Grund dafür ist, dass die Slums etwa zur selben Zeit auszuufern begannen, als die sozialdemokratisch-etatistische Nachkriegsära, die im Süden die der nachholenden Entwicklung im Zeichen »importsubstituierender Industrialisierung« war, zu Ende ging und einem erneuten Vertrauen auf die Kräfte des Marktes Platz machte. Dass die staatlich forcierte Aufholjagd an Schranken stieß und nur dadurch die Strukturanpassungsprogramme auf den Plan gerufen wurden, gerät dabei aus dem Blickfeld; stattdessen soll eine »künstliche, von IWF und Weißem Haus in die Wege geleitete Depression« den Hebel zur Umstrukturierung geboten haben. Die These, die von ihm geschilderten Entwicklungen könnten »der inhärenten Tendenz des Silizium-Kapitalismus, Produktionssteigerung und Beschäftigungswachstum zu entkoppeln«, geschuldet sein, weist Davis sogar ausdrücklich zurück und konstatiert lieber einen »Verrat des Staates«.[14] Damit verstellt er sich den Zugang zum Kern des Problems, um den es in der folgenden kurzen Exkursion in die graue Theorie gehen soll.

14 Davis, Planet der Slums, 18, 77.

II Auf die genannte Tendenz zur Entkopplung von Produktionssteigerung und Beschäftigungswachstum versucht die Zeitschrift *Endnotes* die Existenz der globalen Überschussbevölkerung zurückzuführen, deren Beitrag zum Thema wir im vorliegenden Heft dokumentieren. *Endnotes* erinnern daran, dass diese Tendenz bereits zu einer Zeit festgestellt wurde, als noch kein Mensch etwas von einem »Silizium-Kapitalismus« gehört hatte, nämlich schon im *Kapital* von Karl Marx. In der Tatsache, dass heute nicht überall die Fabrikschlote rauchen und erhebliche Teile der Arbeitsbevölkerung wenig Ähnlichkeit mit dem haben, was man sich gewöhnlich unter einer Arbeiterklasse vorstellt, sehen sie nicht, wie weithin üblich, eine Widerlegung, sondern eine Bestätigung seiner Theorie. Denn als »allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation«, das sozusagen den dramatischen Schlussakkord des ersten Bandes des *Kapital* bildet, hatte Marx die »progressive Produktion einer relativen Übervölkerung oder industriellen Reservearmee« postuliert, mit der zugleich »die konsolidierte

Übervölkerung« und schließlich der »Pauperismus« wachse. Wir dokumentieren den Beitrag, weil er das Phänomen des Surplus-Proletariats nicht durch den plötzlichen Anbruch einer neoliberalen Ära, sondern durch eine geschichtliche Tendenz des Kapitalismus schlechthin zu erklären versucht. Allerdings hat er unseres Erachtens auch Mängel.[15]

Wie fast alles, was Marx zu Papier gebracht hat, ist auch das »allgemeine Gesetz« selbst unter Anhängern seiner Theorie umstritten. Es besteht nicht einmal Einigkeit darüber, was genau Marx überhaupt sagt. Denn die relative Übervölkerung erscheint stellenweise als funktional, eben als »industrielle Reservearmee«, die das Kapital für den nächsten Aufschwung benötigt; das allgemeine Gesetz hält sie »stets mit Umfang und Energie der Akkumulation in Gleichgewicht«. Demnach handelte es sich um ein strikt zyklisches Phänomen, also das bekannte Auf und Ab der Arbeitslosenzahlen, je nachdem, wie flott die Geschäfte laufen. Andererseits unterstellt Marx eine langfristige Tendenz zu ihrem relativen Wachstum – gemessen an der gesamten Arbeitsbevölkerung – und rechnet den Hand in Hand mit ihr wachsenden Pauperismus zu den »faux frais der kapitalistischen Produktion«[16], also zu ihren Kosten. Wenn die Reservearmee aber langfristig wächst, kann sie auf Dauer kaum den Charakter einer Reservearmee behalten. Genau darum geht es in der gegenwärtigen Situation: um eine Masse von Menschen, die auch bei Konjunkturaufschwüngen nicht mehr produktiv absorbiert werden.

Aber konnte Marx dieses langfristige Wachstum schlüssig begründen? Ein bekannter Marx-Forscher der Gegenwart kommt zu dem Befund, es sei nicht einzusehen, warum der durch immer größeren Einsatz von Maschinerie und Technik bedingte Freisetzungseffekt der Akkumulation stärker sein müsse als ihr Beschäftigungseffekt und es folglich zumindest langfristig zu einer Ausdehnung von Reservearmee und Pauperismus komme.[17] Dies würde bedeuten, dass eines der augenfälligsten und folgenreichsten Phänomene der heutigen Weltökonomie vollständig jenseits des Geltungsbereichs der Kritik der politischen Ökonomie läge und rein zufälligen Konstellationen geschuldet wäre. Prinzipiell ausschließen können das natürlich nur blindgläubige Marxisten, die im *Kapital* eine unfehlbare

15 Eine Frage, die wir hier nur erwähnen können, ist die der Dienstleistungen. Dass *Endnotes* sie mit der Marxschen Kategorie der bloß »formellen Subsumtion« kurzschließt, scheint uns fragwürdig, denn natürlich wird der Arbeitsprozess dort ebenfalls kapitalistisch umgemodelt, also »reell subsumiert«. Folglich finden auch im Dienstleistungssektor Rationalisierungsprozesse statt. Aber gerade wenn *Endnotes* hier richtig läge, würde dieser Sektor eine gewichtige Gegentendenz zur voranschreitenden Freisetzung von Arbeitskraft bilden. Diesen Widerspruch reflektiert *Endnotes* nicht wirklich. Wie wichtig das für die Weltrevolution ist, steht auf einem anderen Blatt.

16 Karl Marx, Das Kapital. Erster Band, MEW 23, 673, 675.

17 Michael Heinrich, Die Wissenschaft vom Wert, Münster 2003, 324.

Weltformel vermuten, aber in diesem Fall decken sich Marx' Prognose und die heutigen Zustände so verblüffend, dass eine genauere Lektüre lohnen könnte, um das Phänomen besser zu begreifen.

Auch *Endnotes* stellen zunächst fest, dass Marx' Gesetz insofern nicht unmittelbar einleuchtet, als die Akkumulation, wie er selbst bemerkt, nach beiden Seiten wirkt, die Nachfrage nach Arbeit steigert und sie qua technischer Modernisierung zugleich verringert. Arbeiter, die durch stärkere Technisierung (»Prozessinnovationen«) in einem Sektor freigesetzt werden, finden in neuen Zweigen (»Produktinnovationen«) Beschäftigung. Das ist die logische Krux. *Endnotes* lösen das Problem, indem sie festhalten, dass zum einen auch in diesen neuen Zweigen die jeweils fortgeschrittensten Produktionsverfahren zum Einsatz kommen, sodass sie von vorneherein weniger Arbeitskraft absorbieren, und sie zum anderen ihrerseits zur Quelle neuer »Prozessinnovationen«, also arbeitssparender Technologien werden, beides in der Gegenwart eindrücklich zu beobachten an der kapitalintensiven Herstellung von Computern, deren Einsatz in anderen Zweigen riesige Mengen Arbeit einsparen hilft. Langfristig scheint es somit unausweichlich, dass immer mehr Menschen in die trostlose Situation geraten, keinen Abnehmer für die einzige Ware zu finden, die sie zu verkaufen haben, nämlich ihre Arbeitskraft. Diese Interpretation des »allgemeinen Gesetzes« scheint uns allemal fruchtbarer, als es vorschnell zu den Akten zu legen; zumindest hilft sie, die jüngere Geschichte nachzuvollziehen.

Allerdings bleibt die Frage, wieso sich diese von Marx bereits 1867 bemerkte Tendenz erst heute so drastisch geltend macht und wie sie mit der zyklischen Bewegung des Kapitals, seinem ewigen Durchlaufen von Boom, Crash, Krise und erneutem Aufschwung, vermittelt ist. Endnotes meinen, Marx habe das allgemeine Gesetz gewissermaßen in Aktion beobachten können, im Übergang von den arbeitsintensiven Sektoren der ersten industriellen Revolution, namentlich der Textilindustrie, zu den stärker kapitalintensiven der zweiten wie etwa Chemie, Eisenbahnen, Telegrafie. Was er nicht vorhergesehen habe, sei aber die um 1890 einsetzende Entstehung von Industrien gewesen, »die zugleich Kapital und Arbeit absorbieren und

so den Niedergang mehr als ein halbes Jahrhundert aufhalten konnten«. Gemeint sind die Hersteller von Autos und langlebigen Konsumgütern, die das allgemeine Gesetz lange Zeit außer Kraft gesetzt hätten.

Demnach hinge es vom letztlich zufälligen Charakter jeweils dominierender Industriezweige ab, ob die relative Übervölkerung wächst oder nicht. Besonders an dieser Stelle wird deutlich, dass *Endnotes* das Gesetz vom Krisenzyklus trennen, beides sogar tendenziell gegeneinanderstellen: schnöde zyklische Krisen auf der einen, die langfristige beziehungsweise heute »permanente Krise der Arbeitswelt« auf der anderen Seite, auch wenn sie wiederholt bemerken, es setze sich »in und durch Krisen« durch. Denn was in ihrer Geschichtsschreibung erstaunlicherweise nicht auftaucht, ist die Große Depression ab 1929, die die industrielle Reservearmee auf eine ungekannte Größe anschwellen ließ, und dies übrigens lange genug, um Marx' These einer tendenziell wachsenden relativen Übervölkerung schon damals zur Beachtung zu verhelfen.[18] Was folglich auch nicht auftaucht, ist der Zweite Weltkrieg, der im Ergebnis, nicht von der Intention her, ein gigantisches Unternehmen nicht nur zur Kapitalvernichtung, sondern auch zur Vernichtung überschüssiger Arbeitskraft war. Und genauso wenig taucht schließlich die Frage auf, ob nicht eben die Große Depression und der Zweite Weltkrieg damit die Grundlage für die Sonderkonjunktur nach 1945 schufen, sodass man gar nicht den *deus ex machina* vermeintlich außergewöhnlicher fordistischer Industrien bräuchte, um eine im Übrigen nicht besonders lange währende Phase annähernder Vollbeschäftigung in den Zentren und nachholender Industrialisierung in der Peripherie zu erklären.

18 Siehe etwa Paul Mattick, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenbewegung in den USA (1936), Frankfurt am Main 1969.

Gesetze sind bei Marx immer Tendenzen, und auch beim »allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation« fügt er sofort hinzu, es werde »in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert«. Es macht sich folglich weder linear in der Zeit noch gleichmäßig im Raum geltend, und man kann aus ihm nicht ableiten, dass die Zahl der außer Kurs Gesetzten Jahr um Jahr stetig steigt. Wenn es um die Frage geht, welche Umstände es gebremst haben, dann würden uns viel eher als irgendwelche Konsumgüterindustrien die über weite Strecken des 20. Jahrhunderts erheblichen Eingriffe des

Staates einfallen. Viele arbeitsintensive Industrien im Süden wären ohne schützende Zollmauern nie entstanden, und im Realsozialismus – der als Staatskapitalismus polemisch, aber nicht wirklich treffend bezeichnet ist – waren die Gesetze der Kapitalverwertung außer Kraft gesetzt und Vollbeschäftigung Staatsprogramm.[19] Wenn sich die historische Tendenz des Kapitalismus, durch unablässige Produktivitätszuwächse menschliche Arbeitskraft zu verdrängen, heute stärker geltend macht als in der Vergangenheit, dann auch aus dem ganz banalen Grund, dass er heute unumschränkter den Globus beherrscht. Marx schreibt an anderer Stelle: »In der Theorie wird vorausgesetzt, dass die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise sich rein entwickeln. In der Wirklichkeit besteht immer nur Annäherung; aber diese Annäherung ist umso größer, je mehr die kapitalistische Produktionsweise entwickelt und je mehr ihre Verunreinigung und Verquickung mit Resten früherer ökonomischer Zustände beseitigt ist«.[20] Mit dem Abschmelzen der südlichen Landbevölkerung, ihrer Proletarisierung, hat der Kapitalismus seine Verquickung mit Resten früherer ökonomischer Zustände verringert, mit dem Triumph über den Realsozialismus eine andersgeartete Wirtschaftsordnung aus dem Weg geräumt. Beides hat seinen Zugriff auf Arbeitskräfte gewaltig gesteigert, während sich seine Gesetzmäßigkeiten in einem nunmehr schrankenloser denn je verfassten Weltmarkt ungehinderter entfalten können als in früheren Phasen.

Streng genommen stellt diese Verwandlung der Landbevölkerung in Proletarier einen *zusätzlichen* Faktor im Gesamtbild dar. Um herauszuarbeiten, was die kapitalistische Produktionsweise auszeichnet, unterstellt Marx sie im *Kapital* in einer – gerade zu seinen Lebzeiten völlig fiktiven – Reinform, in der zum Beispiel Kleinbauern nicht auftauchen. Die gewaltsame Vertreibung der Bauern von ihrem Land, die eine lohnabhängige Klasse überhaupt erst hervorbrachte, taucht gewissermaßen außerhalb der systematischen Darstellung erst kurz vor Schluss des ersten Bands unter der ironischen Bezeichnung der »sogenannten ursprünglichen Akkumulation« auf, nicht als Resultat, sondern als »Ausgangspunkt« der Produktionsweise, verdeutlicht am Beispiel Englands.[21] Insoweit das heutige Surplus-Proletariat nicht zuletzt die Unfähigkeit des Kapitals bezeugt, *frisch proletarisierte* Menschen produktiv einzu-

19 Die politische Ökonomie der eigentümlichen Gebilde, die 1989 abgedankt haben, kann hier nicht behandelt werden. Weil Lohnarbeit, Ware, Geld dort fortexistiert haben beziehungsweise im großen Maßstab erst durchgesetzt wurden, haben Linksradikale sie oft als Staatskapitalismus bezeichnet. Allerdings waren diese Kategorien dort nicht in derselben Weise gültig wie in der kapitalistischen Produktionsweise. Ein blind wirkendes Wertgesetz war in der *geplanten* Warenproduktion des Ostblocks nicht am Werk. Einen Versuch, dies genauer aufzudröseln, bietet die vierteilige Serie »What was the USSR? Towards a Theory of the Deformation of Value« in *Aufheben* 6-9 (1997-2000), insbesondere Teil IV (online abrufbar unter: libcom.org/aufheben).

20 Karl Marx, Das Kapital. Dritter Band, MEW 25, 184.

21 Marx, Kapital. Erster Band, 741.

saugen, könnte man daher einwenden, dass dies ein anderes Phänomen ist als das im »allgemeinen Gesetz« behandelte. Im ersten Fall geht es darum, dass der Kapitalismus vorkapitalistische Produktionsformen plattwalzt und die aus diesen Freigesetzten *nicht einsaugt,* im zweiten Fall darum, dass er Lohnarbeiter *aus seiner eigenen Produktion* freisetzt.

Die Ursache ist jedoch in beiden Fällen dieselbe, und Marx selbst bemerkt über die Erzeugung der Überbevölkerung, es sei unerheblich, »ob diese nun die auffallendere Form von Repulsion bereits beschäftigter Arbeiter annimmt oder mehr unscheinbare, aber nicht minder wirksame, erschwerter Absorption der zuschüssigen Arbeiterbevölkerung«. Ob diese zuschüssige Arbeiterbevölkerung aus dem Nachwuchs der bisherigen besteht oder frisch vom Land geflohen ist, tut im Ergebnis wenig zur Sache, und, dass eine »latente Übervölkerung« auf dem Land sich in dem Maße, wie das Kapital die Agrikultur durchdringt, in die Städte ergießt, hat auch Marx festgestellt.[22] Die Frage lautet schlicht: Wieso gelingt es dem Kapitalismus vielfach nicht, diese Leute in produktive Lohnarbeiter zu verwandeln? Was die nächsten Jahrzehnte betrifft, muss man sich vergegenwärtigen, dass dieser Prozess auf der südlichen Halbkugel zwar stellenweise weit vorangeschritten, aber noch bei weitem nicht abgeschlossen ist: Von den rund drei Milliarden Bewohnern Chinas, Indiens, Indonesiens und Bangladeschs leben je nach Staat zwischen einem Drittel und der Hälfte nach wie vor auf dem Land, und dies oftmals als Kleinbauern.

22 Ebenda, 659, 672.

Das alles bedeutet allerdings nicht, dass dem Kapitalismus bald die Puste ausgeht, weil die produktive Arbeiterklasse absolut schrumpft. So wie es Marx in der Krisentheorie nicht um ein »absolutes Abschmelzen der Wertsubstanz« (Krisis) namens lebendige Arbeit geht, sondern um eine zwangsläufige Verschiebung im *Verhältnis* von lebendiger und toter Arbeit, geht es auch hier um das *Verhältnis* von produktiv angewendeten und überzähligen Arbeitskräften. Bei zunehmender Arbeitsbevölkerung können Reservearmee, konsolidierte Überbevölkerung und Beschäftigung gleichzeitig wachsen, und ziemlich genau das scheint in den letzten Dekaden passiert zu sein. Noch nie haben so viele Menschen für das Kapital ge-

schuftet wie heute; die globale Arbeiterklasse ist in den letzten Dekaden gewachsen, nicht geschrumpft. Dieser Befund widerspricht dem »allgemeinem Gesetz« keineswegs: »Mit dem Wachstum des Gesamtkapitals wächst zwar auch sein variabler Bestandteil, oder ihm einverleibte Arbeitskraft, aber in beständig abnehmender Proportion.« Genau diese Tendenz lässt sich den oben erwähnten Befunden der Buchhalter entnehmen, wonach *die Absorptionseffekte des Wirtschaftswachstums* nachlassen. Marx nahm an, dass die Arbeiterklasse trotz dieser Tendenz *in absoluten Zahlen* wächst. Nur so erklärt sich im Übrigen auch, warum er wenige Seiten nach dem »allgemeinen Gesetz« seine Revolutionshoffnung in die »Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse« setzt.[23] Das klingt furchtbar altbacken, und von einer Vereinigung durch den Produktionsprozess kann für die Ausgespuckten selbstverständlich keine Rede mehr sein. Aber es verdeutlicht, dass Marx im Anwachsen von Reservearmee und konsolidierter Übervölkerung lediglich eine Tendenz sah.

23 Marx, Kapital. Erster Band, 658, 791.

Endnotes' Rede von einer allgemeinen »Krise der Reproduktion des Verhältnisses von Kapital und Arbeit« scheint uns insofern weit hergeholt. Die überzählig gemachten Arbeiter haben mit einer handfesten Krise ihrer Reproduktion zu kämpfen, aber das bedingt noch keine Krise des Kapitalverhältnisses. Das Kapital ist zunächst nur darauf angewiesen, ausbeutbare Arbeitskraft vorzufinden, und das tut es heute mehr denn je. Natürlich ist es schwer vorstellbar, dass der Kapitalismus fortexistieren könnte, würde er nur noch ein Prozent der Weltbevölkerung ausbeuten und den Rest sich selbst überlassen. Aber von einem solchen Szenario sind wir himmelweit entfernt und die Frage, ob und wann es eintreffen wird, kann nur Gegenstand müßiger Spekulationen sein. Wenn das informelle Proletariat circa eine Milliarde Menschen umfasst und von diesen ein zwar nicht exakt bezifferbarer, aber doch erheblicher Teil keine produktive Funktion mehr erfüllt, dann ist das immens, aber es bleiben dann immer noch ein paar Milliarden, die wie eh und je die Stätten der Mehrwertproduktion bevölkern. Wie sich diese Zerklüftung des globalen Proletariats aktuell niederschlägt und

was sie für einen zeitgemäßen Begriff von Revolution bedeutet, ist Gegenstand einiger abschließender Überlegungen.

III Das Surplus-Proletariat ist nicht durch eine chinesische Mauer von der Welt der Lohnarbeit getrennt und, sofern das Wort das Bild einer von der Arbeiterklasse scharf abgegrenzten Menschengruppe heraufbeschwört, führt es in die Irre. Wenn wir uns zur Verdeutlichung des Phänomens Davis' These angeschlossen haben, die Slumbevölkerung sei in der Weltwirtschaft heute mehrheitlich »vollkommen heimatlos«, dann ist bei den folgenden Überlegungen im Kopf zu behalten, dass wir von Polen eines Kontinuums sprechen, es also lauter Übergänge und Verbindungen gibt: sei es Saisonarbeit, durch die die von der Produktion weitgehend Ausgeschlossenen zeitweilig doch an ihr teilhaben, seien es die für manche Regionen unentbehrliche Geldüberweisungen ausgewanderter Arbeitsmigranten. Das allgemeine Phänomen einer schleichenden Unterbeschäftigung muss sich nicht immer in denselben Leuten konzentrieren. Solche Übergänge und Verbindungen ändern allerdings nichts daran, dass zu einem jeweils gegebenen Zeitpunkt bestimmte Teile der eigentumslosen Klasse deutlich stärker von ihm betroffen sind als andere.

Dass es dem so verstandenen Surplus-Proletariat nicht nur wie allen anderen Proletariern an Produktionsmitteln, sondern auch an jedweder Produktionsmacht mangelt, ist eine fast schon tautologische Aussage. Es kann nicht streiken und es bildet keine Gewerkschaften. Die revolutionstheoretische Pointe des Marxschen Klassenbegriffs, dass die aller eigenen Produktionsmittel beraubten Proletarier gerade darum einen »Gesamtarbeiter« bilden, in dessen verkehrter Vergesellschaftung doch das Potenzial für eine andere gesellschaftliche Produktion besteht, zündet hier nicht mehr. Lenin verdrehte diesen Gedanken bekanntlich in das Horrorprogramm, die sozialistische Produktion sei nach dem Vorbild der deutschen Reichspost zu organisieren, so wie dem gesamten Staatssozialismus die gegebene Technik und Arbeitsteilung als Brückenkopf der neuen Gesellschaft galt. Aber auch für viele linke Dissidenten im 20. Jahrhundert bildete die Produktionsmacht der Arbeiter den selbstverständlichen Ausgangspunkt aller Überlegungen, in gewissem Sinn sogar stärker als für ihre staatsozialistischen

Gegenspieler, insofern sie die äußerliche Klammer einer politischen Partei und schließlich des eroberten Staats gerade deshalb für überflüssig hielten, weil die Arbeiter in den Betrieben bereits zusammengeschlossen waren. Das gilt für die auf den Generalstreik zielenden Anarchosyndikalisten, für die Rätekommunisten und auch für die italienischen Operaisten, die um die Macht der Arbeiter am Ort der Produktion manchmal geradezu einen Kult veranstalteten. Auch wenn der Kapitalismus weiterhin nur dadurch beendet werden kann, dass die Produzenten sich der Produktionsmittel bemächtigen, stellt sich das Problem von produktiven Kernen und tendenziell Überflüssigen heute auch jenseits großer Rezessionen in viel dramatischeren Dimensionen als früher. Der Gedanke, die Lohnabhängigen könnten sich an ihren Arbeitsplätzen zusammenschließen, den Kapitalisten respektive Managern das Leben schwer machen und eines schönen Tages den Laden übernehmen, ist für Massen von Eigentumslosen heute schlicht gegenstandslos.

Max Horkheimer fasste die Krux in den frühen 1930er Jahren, als die Weltwirtschaftskrise riesige Arbeitslosenheere hervorbrachte, als eine Spaltung des Proletariats, mit der das Interesse am Sozialismus und die Fähigkeit, ihn herbeizuführen, auseinandertreten: »Zwischen den in Arbeit stehenden und den nur ausnahmsweise oder vielmehr gar nicht Beschäftigten gibt es heute eine ähnliche Kluft wie früher zwischen der gesamten Arbeiterklasse und dem Lumpenproletariat. (...) der Typus des tätigen Arbeiters ist nicht mehr kennzeichnend für die, welche am dringendsten einer Änderung bedürfen. (...) Eine verwirklichte sozialistische Ordnung wäre auch heute für alle Proletarier besser als der Kapitalismus, aber der Unterschied zwischen den gegenwärtigen Lebensbedingungen des ordentlich bezahlten Arbeiters und seiner persönlichen Existenz im Sozialismus erscheint ihm ungewisser und verschwommener als die Gefahr von Entlassung, Elend, Zuchthaus, Tod, die er bei der Teilnahme an der revolutionären Erhebung, ja unter Umständen schon an einem Streik wirklich erwarten muss.«[24] Auch wenn Horkheimer, die phrasendreschende Arbeitslosenpartei KPD vor Augen, den Ausgespuckten nicht nur Produktionsmacht, sondern problematischerweise auch »die Bildungsfähigkeit und Organisierbarkeit, das Klassenbewusst-

24 Max Horkheimer, Die Ohnmacht der deutschen Arbeiterklasse, in: ders., Notizen 1950 bis 1969/Dämmerung. Notizen in Deutschland (1934), Frankfurt am Main 1974, 282.

sein und die Zuverlässigkeit der (...) in den kapitalistischen Betrieb Eingegliederten« abspricht, scheint seine Beobachtung, dass auf der anderen Seite »nahezu jeder, der noch Arbeit hat, angesichts der Gewissheit, ins Elend der Arbeitslosigkeit hinabzusinken, der kommunistischen Streikparole nicht Folge leistet«, eine gewisse traurige Aktualität zu besitzen. Obwohl die Arbeit von den allermeisten wohl auch als Fluch empfunden wird (man sieht morgens in der U-Bahn wenige glückliche Menschen), lässt die um sich greifende Arbeitslosigkeit sie zugleich als Segen erscheinen. Eher als in Völkerpsychologie dürfte zum Beispiel der Schlüssel zum Verständnis des gegenwärtigen deutschen Burgfriedens darin liegen, dass die annähernde Vollbeschäftigung neben der Verelendung im Süden Europas allemal als kleineres Übel erscheint. Auch der Verlauf größerer Unruhen ist von der genannten Spaltung geprägt. Man könnte das am argentinischen Aufstand von 2001/02 illustrieren, als neben den Aktionen der Arbeitslosen nur von der Pleite betroffene Betriebe besetzt wurden, ansonsten aber nicht einmal Streiks stattfanden. Auch in der Schilderung der ägyptischen Tumulte durch einen Beteiligten finden Horkheimers Bemerkungen ein deutliches Echo: »Im Fall der Revolution vom 25. Januar kamen die Akteure aus allen Gesellschaftsschichten, sie brachten die Mittelschicht mit den Erwerbslosen, den Arbeitern und den Bauern zusammen, aber es waren die Menschen aus dem Arbeiterprekariat und nicht Ägyptens traditionelle Arbeiterklasse, die als das radikalisierende Element der Revolution agierten. (...) Verglichen mit dem Prekariat lebt die traditionelle Arbeiterklasse unter gesicherteren Bedingungen. Trotz des zumeist kargen Lohns, den skandalösen Arbeitszeiten im privaten Sektor, schlechten Arbeitsbedingungen und den geringen Zuschüssen, hat die traditionelle Arbeiterklasse mit ihren festen Verträgen und dem geregeltem Einkommen eine privilegierte Stellung in einer Arbeitswelt mit wenigen Garantien. (...) Auch wenn die Arbeiterklasse sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzt, sich gegen Korruption und Missbrauch am Arbeitsplatz ausspricht, beschränken sich ihre Anstrengungen doch genau auf diese Forderungen, weil sie – verständlicherweise – nicht willens ist, ihre Kämpfe jenseits des Arbeitsplatzes auszutragen. Die Teilnahme an der Revolution bedeutete auf die Straße zu gehen und war mit dem Risiko verbunden, dem Arbeitgeber durch

›Unruhestiftung‹ einen Kündigungsgrund zu liefern. Das Heer der Arbeitslosen, die sofort in jeden freien Job drängten, minderte die Bereitschaft zum Protest. Das Risiko, ein so wertvolles Gut wie eine Festanstellung zu verlieren, wollte kaum ein Arbeiter eingehen.«[25]

25 Philip Rizk, 2011 is not 1968. An Open Letter from Egypt, online abrufbar unter: roarmag.org.

Anstatt das Verhältnis von Kapital und Arbeit per se in eine Krise zu stürzen, wirkt die grassierende Überflüssigkeit in dieser Weise zunächst disziplinierend. Das bedeutet weder in Ägypten noch anderswo, dass die Zeit von Streiks und klassischen Arbeiterkämpfen vorbei wäre, aber sie finden in einem veränderten Umfeld statt, in dem sie offenbar weniger als in der Vergangenheit, sei es in der revolutionären Phase am Ende des Ersten Weltkriegs oder in den Unruhen von 1968, das quasi natürliche Zentrum des Geschehens bilden, auf das sich die anderen proletarischen Figuren zwangsläufig beziehen. In der jüngsten Welle von Kämpfen hat sich der Schwerpunkt vielmehr unübersehbar von den Betrieben auf die Straßen, hin zu Platzbesetzungen und oftmals gewaltsamem Aufruhr verschoben.

Jenseits spektakulärer Aufstände führen die von regulärer Arbeit weitgehend Ausgeschlossenen nicht anders als die klassische Arbeiterklasse schnöde Kämpfe um ihre materiellen Existenzbedingungen. Dass ihnen das Mittel des Streiks nicht zur Verfügung steht, heißt nicht, dass sie eine ohnmächtige Masse von Verelendeten wären. In den Slums des Südens finden allenthalben Kämpfe statt, etwa gegen Verdrängung oder für Zugang zu Wasser und Strom, und sie werden entgegen dem Klischeebild einer disparat-desparaten Menge teilweise von organisierten Basisbewegungen wie den südafrikanischen *Abahlali baseMjondolo* (»Barackenbewohner«) geführt, die Wahlen boykottieren und stattdessen auf direkte Aktionen setzen.

Häufig sind dabei Riots für die tendenziell Überflüssigen, was der Streik für Lohnarbeiter ist. In der europäischen Sozialgeschichte verschwand mit dem krassen Pauperismus auch der ungezügelte Aufruhr weitgehend aus dem Klassenkampf, um zum riskanten Freizeitspaß für Jugendliche zu werden. Die Herrschenden hatten es nun mit teilweise mächtigen und

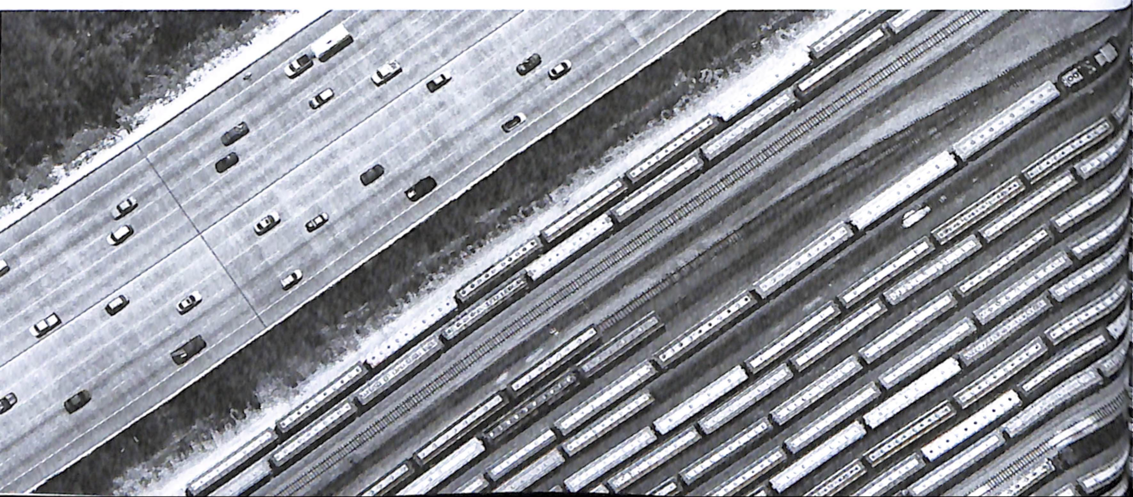
manchmal lästigen Gewerkschaften zu tun, aber die setzten sich lieber an den Verhandlungstisch, anstatt alles kurz und klein zu hauen. Mit der Herausbildung eines weltweiten Surplus-Proletariats nehmen auch die Riots wieder zu und mit den Unruhen in der französischen Banlieue 2005 und in England 2010 haben sie auch das zwischenzeitlich befriedete Europa wieder erreicht. Biedere Marxisten, die sie im Chor mit bürgerlichen Kommentatoren als sinnlose Gewaltausbrüche verteufeln, liegen genauso daneben wie vermeintlich Radikale, die sie zum Vorschein der Revolution stilisieren, weil sie angeblich keine partikularen Forderungen mehr beinhalten, sondern schlechterdings alles negieren. Meistens ist das gar nicht der Fall, insofern sich recht präzise Ziele des Aufruhrs ausmachen lassen, sei es ein Ende rassistischer Polizeigewalt, seien es Lebensmittelsubventionen; und wäre es der Fall, wäre damit wenig gewonnen, weil sich ein Produktionsverhältnis nicht durch eingedengelte Schaufensterscheiben und brennende Telefonzellen aus der Welt schaffen lässt. Solcher Sachschaden kann nie mehr sein als eine Art Verhandlungsmasse, wenn es um das Ausmaß tolerierbarer Staatsgewalt oder den Brotpreis geht, also um alles Mögliche, aber nicht um die Weltrevolution.

Wie die Riots gewinnen mit der Herausbildung eines weltweiten Surplus-Proletariats auch alternative Formen von Ökonomie an Bedeutung. Beides ist logisch und beides wird von Linken mystifiziert. Wenn eine Lohnarbeit, die wenigstens einträglich genug ist, um sich die notwendigen Lebensmittel als Waren zu kaufen, als Existenzgrundlage entfällt, müssen andere Mittel des Überlebens gefunden werden. Teilen ist naheliegend und der Kampf um bestimmte Gemeingüter wie Brunnen oder Land ebenfalls. Die linke Debatte um *Commons*, die zu Recht über die falsche Alternative von Privat- und Staatseigentum hinauszielt, wird allerdings dort weltfremd, wo sie das Szenario eines allmählichen Exodus aus dem Kapitalismus durch solche Gemeingüter entwirft. Raúl Zibechi zum Beispiel legt in *Territorien des Widerstands* den Eindruck nahe, die von regulärer Lohnarbeit ausgeschlossenen Bewohner der lateinamerikanischen Favelas seien bereits dabei, im Abseits der offiziellen Gesellschaft still und heimlich eine Art Kommunismus einzuführen, indem sie auf Brachflächen Gemüse anbauen, Volksküchen organisieren oder Brot zu einem »politischen Preis« verkaufen.[26]

26 Raúl Zibechi, Territorien des Widerstands. Eine politische Kartografie der urbanen Peripherien Lateinamerikas, Berlin/Hamburg 2011. Das Buch ist aber teilweise trotzdem erhellend.

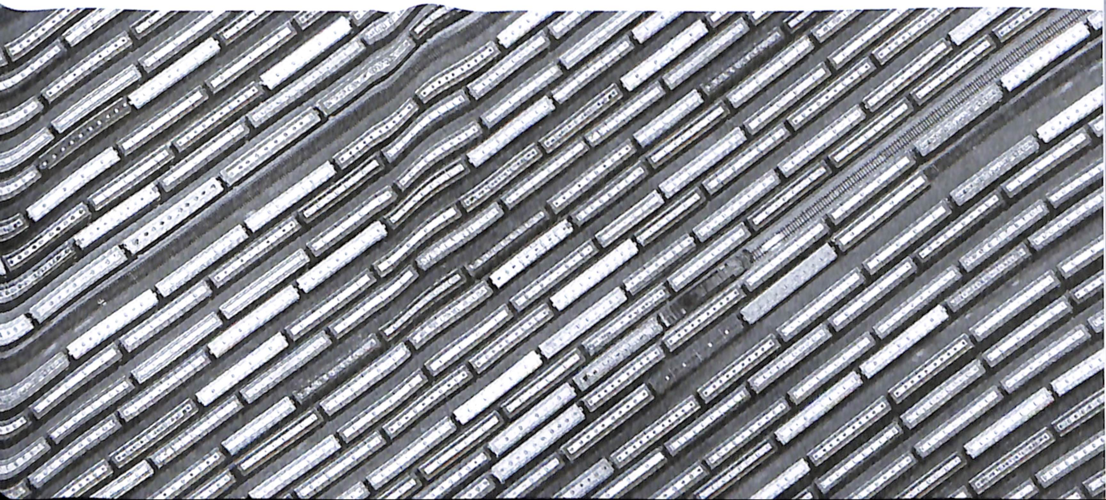
Seine Absicht, dem Schauer erregenden und die staatliche Repression legitimierenden Bild der Armenviertel als einem reinen *Gangland* zu widersprechen, ist so nachvollziehbar, wie er sich um die banale Tatsache herumdrückt, dass die heute entscheidende Quelle der Reichtumsproduktion – die große Industrie – solchen vollkommen vernünftigen Praktiken des Überlebens von vorneherein entzogen ist und städtische Gärten keinen Ersatz für die kommunistische Umgestaltung der Landwirtschaft bieten. Wir kritisieren weder Riots noch *Commons*, sondern nur ihre ideologische Überhöhung. Die gut gemeinte Verteidigung der städtischen Armen gerät schnell zur Verklärung einer Elendsökonomie.

Die Rede von einem Surplus-*Proletariat* hat dagegen gerade den Sinn, an diese Trennung von den Mitteln der Reichtumsproduktion zu erinnern und wenigstens abstrakt die Möglichkeit ihrer Aufhebung festzuhalten. Kennzeichnend für die heutige globale Konstellation ist weniger eine absolute Verelendung als die Verlagerung des Weltgeschehens vom Land, auf das sich die nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt überwiegend stützten, in die Städte. Die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt heute nicht mehr abgeschieden in irgendwelchen Dörfern, sondern ist in die Städte, das heißt in die moderne Zivilisation mit ihrem Versprechen von Reichtum und Freiheit eingezogen, nur um dort vor allem Mangel und Repression kennenzulernen. Darin liegt eine gewaltige Sprengmine in der heutigen Situation und die Detonationen 2011 in Nordafrika haben immerhin ein paar autoritäre Regime zum Einsturz gebracht. Dass dort mittlerweile Restauration und klerikale Konterrevolution auf Hochtouren laufen, dürfte solange die deprimierende Regel bleiben, wie keine Bewe-



gung in Gang kommt, die über einen einigermaßen plausiblen Entwurf für eine andere Organisation der Produktion verfügt. Anstatt den sporadischen Aufruhr und die Überlebenskunst »der Armen« zu verklären, wäre zunächst das Missverhältnis zwischen der unvermindert gegebenen Zentralität der Produktion für jeden Revolutionsversuch und der immer seltener gegebenen Zentralität der produktiven Arbeiter in den heutigen Kämpfen zu reflektieren. Auch heute ist das Ende des Kapitalismus nur als Flächenbrand von Streiks vorstellbar, die zu Betriebsbesetzungen eskalieren und die Produktionsmittel, soweit brauchbar, einer vernünftigen Verwendung zuführen. Während die schwelende Unterbeschäftigung bislang die Konkurrenz um Jobs verschärft und Spaltungslinien im Proletariat befördert, die sich durch bloße Appelle an Solidarität und Einheit kaum werden aufheben lassen, müsste eine auf ein solches Szenario hinwirkende Bewegung das Surplus-Proletariat als Kehrseite der immensen Produktivkraftentwicklung entziffern, wodurch es nicht mehr als Bedrohung, sondern als Versprechen erschiene. Die »Verdammung eines Teils der Arbeiterklasse zu erzwungenem Müßiggang durch Überarbeit des andren Teils und umgekehrt« (Marx) hatte noch nie so groteske Ausmaße wie heute; entsprechend hatten beide Teile noch nie so viel zu gewinnen. Jenseits von Luftschlössern wie dem »garantierten Grundeinkommen« und der Romantisierung von Überlebensökonomien stellt sich die Frage, wie der alte Gedanke der Abschaffung des Lohnsystems in einer Situation, in der existenzsichernde Jobs zur Mangelware geworden sind, in die laufenden Auseinandersetzungen eingebracht werden könnte, ohne dass man in abstrakten Maximalismus verfällt. ■

Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft



ELEND UND SCHULDEN

ZUR LOGIK UND GESCHICHTE VON ÜBERSCHUSSBEVÖLKERUNGEN UND ÜBERSCHÜSSIGEM KAPITAL

Wir neigen dazu, die gegenwärtige Krise mit überlieferten Theorien des Zyklus zu interpretieren. Während Mainstream-Ökonomen nach den »Hoffnungszeichen« für eine Erholung suchen, bescheiden sich kritische Kritiker mit der Frage, ob es bis zur Wiederkehr des Wachstums nicht noch etwas dauern könnte. Geht man von Theorien des Konjunkturzyklus oder selbst der langen Wellen aus, liegt in der Tat die Annahme nahe, dass auf jeden Crash zwangsläufig ein Boom folgt und Abschwünge stets Aufschwüngen den Weg bahnen. Doch wie wahrscheinlich ist es, dass wir – falls und wenn der Schlamassel vorbei sein wird – ein neues Goldenes Zeitalter des Kapitalismus erleben werden?

Zunächst sollte man sich vergegenwärtigen, dass die Wunderjahre des vorhergehenden Goldenen Zeitalters (etwa von 1950 bis 1973) nicht nur einen Weltkrieg und einen gewaltigen Anstieg der Staatsausgaben, sondern auch einen historisch beispiellosen Bevölkerungstransfer von der Landwirtschaft in die Industrie zur Voraussetzung hatten. Im Streben nach »Modernisierung« erwies sich die bäuerliche Bevölkerung als machtvoller Hebel, bot sie doch eine Quelle billiger Arbeitskraft für einen neuen Industrialisierungsschub. 1950 arbeiteten 23 Prozent der deutschen Erwerbsbevölkerung in der Landwirtschaft, in Frankreich waren es 31, in Italien 44 und in Japan 49 Prozent – und im Jahr 2000 überall weniger als 5 Prozent.[1] Im 19. und frühen 20. Jahrhundert reagierte das Kapital auf Situationen der Massenarbeitslosigkeit, indem es Proletarier zurück aufs Land drängte oder in die Kolonien exportierte. Mit der Beseitigung der Bauernschaft in den traditionellen Kerngebieten – die zur selben Zeit erfolgte, als das Kapital an die Grenzen der kolonialen Expansion stieß – beseitigte es zugleich sein eigenes traditionelles Mittel der Erholung.

1 Vgl. FAOSTAT Statistical Database, Food and Agriculture Organization of the United Nations, http://www.fao.org/FAOSTAT (2009).

Unterdessen stieß der Industrialisierungsschub, der die aus der Landwirtschaft Verdrängten absorbiert hatte, in den 1970er Jahren selbst an seine Grenzen. Seitdem haben die maßgeblichen kapitalistischen Länder einen beispiellosen Rückgang der industriellen Beschäftigung erlebt: Ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung ist in den letzten drei Dekaden um 50 Prozent gesunken. Selbst in neuen Industrieländern wie Südkorea und Taiwan ist sie in den letzten zwei Jahrzehnten

relativ zurückgegangen.[2] Gleichzeitig hat sowohl die Zahl schlecht bezahlter Dienstleistungsjobs wie auch der im informellen Sektor tätigen Slumbewohner zugenommen, denn andere Optionen stehen denjenigen, die für den Arbeitskräftebedarf schrumpfender Industrien überflüssig geworden sind, nicht mehr offen.

Für Marx beschränkte sich die fundamentale Krisentendenz der kapitalistischen Produktionsweise nicht auf periodische Wirtschaftsabschwünge. Vielmehr zeigte sie sich am eindrücklichsten in einer permanenten Krise der Arbeitswelt. Die *differentia specifica* kapitalistischer ›ökonomischer‹ Krisen – dass Menschen trotz guter Ernten verhungern und Produktionsmittel trotz Bedarfs an ihren Erzeugnissen brachliegen – ist lediglich ein Moment dieser umfassenderen Krise: der ständigen Reproduktion einer Knappheit von Arbeitsplätzen inmitten eines Überflusses an Gütern. Es ist die Dynamik *dieser* Krise – der Krise der Reproduktion des Verhältnisses von Kapital und Arbeit –, die der vorliegende Artikel untersucht.[3]

Einfache und erweiterte Reproduktion

So komplex die Resultate des Kapitals sind, es hat nur eine wesentliche Voraussetzung: Menschen, die keinen direkten Zugang zu den lebensnotwendigen Gütern haben und folglich auf die Vermittlung des Marktes angewiesen sind. Daher der Begriff ›Proletariat‹, der ursprünglich landlose Bürger in römischen Städten bezeichnete. Mangels Arbeit befriedete der Staat sie zunächst durch Brot und Spiele und später, indem er sie als Söldner beschäftigte. Doch die proletarische Existenz ist historisch betrachtet außergewöhnlich: In Gestalt von autarken Bauern oder Hirten besaß die globale Bauernschaft meist direkten Zugang zum Land, auch wenn sie fast immer einen Teil ihres Produkts an die herrschenden Eliten abgeben musste. Dies machte die »ursprüngliche Akkumulation« notwendig: Die Trennung der Menschen vom Land, ihrem wichtigsten Reproduktionsmittel, bewirke eine umfassende Abhängigkeit vom Warentausch.[4] In Europa wurde dieser Prozess in den 1950er und 1960er Jahren abgeschlossen. In globalem Maßstab nähert er sich – mit Ausnahme des subsaharischen Afrika, Teilen Südasiens und Chinas – erst jetzt seinem Endpunkt.

2 Robert Rowthorn/ Ken Coutts, Deindustrialisation and the Balance of Payments in Advanced Economies (United Nation Conference on Trade and Development, Discussion Paper 170, Mai 2004), 2.

3 Wenn wir auf die Tendenz des Kapitals hinweisen, einen Mangel an Arbeitsplätzen inmitten eines Überflusses an Gütern zu erzeugen (die so im Verhältnis zur effektiven Nachfrage künstlich verknappt werden), reden wir natürlich nicht der Forderung nach »mehr Arbeitsplätzen« das Wort. Wie wir zeigen werden, müssen solche Forderungen vergeblich bleiben, solange der Verkauf der eigenen Arbeitskraft die maßgebliche Form des Lebensunterhalts ist.

4 Das muss nicht immer mit den von Marx beschriebenen gewaltsamen Mitteln geschehen. Im 20. Jahrhundert verloren viele Bauern ihren direkten Zugang zu Land nicht durch Enteignung, sondern durch die immer stärkere Aufteilung ihrer Grundstücke im Laufe der Generationen. So wurden Kleinbauern

Es genügt jedoch nicht, dass die Trennung der Menschen vom Land einmal vollzogen wird. Damit sich Kapital und ›freie‹ Arbeit stets von Neuem auf dem Markt gegenübertreten, bedarf es ihrer beständigen Wiederholung. Zum einen muss das Kapital auf dem Arbeitsmarkt bereits eine Masse von Menschen vorfinden, die keinen direkten Zugang zu Produktionsmitteln besitzen und folglich ihre Arbeitskraft für einen Lohn anbieten. Zum anderen muss es auf dem Absatzmarkt bereits eine Masse von Menschen vorfinden, die über einen Lohn verfügen und ihn für Waren ausgeben wollen. Sind diese zwei Bedingungen nicht gegeben, kann es nur begrenzt akkumulieren, da ihm Massenproduktion und -absatz verwehrt bleiben. Die Möglichkeit einer Massenproduktion war außerhalb der USA und Großbritanniens bis 1950 eben deshalb begrenzt, weil die Größe des Marktes begrenzt war – aufgrund der Existenz einer großen, sich teilweise selbstversorgenden Bauernschaft, die nicht in erster Linie vom Lohn lebte. Die Geschichte der Nachkriegsphase ist die Geschichte der tendenziellen Abschaffung der verbliebenen globalen Bauernschaft, zunächst als autarke Bauern und schließlich als Bauern, die das von ihnen bearbeitete Land besitzen, schlechthin.

Marx erklärt dieses strukturelle Merkmal des Kapitalismus im Kapitel über »einfache Reproduktion« im ersten Band des *Kapital*. Wir verstehen diesen Begriff hier als die Reproduktion des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeitern, die sich in und durch Zyklen von Produktion und Konsumtion vollzieht.[5] Die einfache Reproduktion wird nicht aus »Gewohnheit« oder durch ein falsches, mangelhaftes Bewusstsein der Arbeiter aufrechterhalten, sondern durch materiellen Zwang – durch die Ausbeutung der Lohnarbeiter, die Tatsache, dass sie alle zusammen nur einen Teil der von ihnen produzierten Güter kaufen können: »Der Prozess (…) sorgt dafür, daß diese selbstbewußten Produktionsinstrumente nicht weglaufen, indem er ihr Produkt beständig von ihrem Pol zum Gegenpol des Kapitals entfernt. Die individuelle Konsumtion sorgt einerseits für ihre eigne Erhaltung und Reproduktion, andrerseits durch Vernichtung der Lebensmittel für ihr beständiges Wiedererscheinen auf dem Arbeitsmarkt.«[6]

zunehmend vom Markt abhängig, hatten aber einen Wettbewerbsnachteil gegenüber größeren Betrieben und verloren schließlich ihr Land.

5 Marx bezeichnet die einfache Reproduktion gelegentlich als abstraktes Gedankenexperiment – über einen Kapitalismus ohne Wachstum –, aber ließe man es dabei, entgingen einem die Einsichten in den inneren Mechanismus des Akkumulationsprozesses, die der Begriff bietet. Das Kapitel über einfache Reproduktion schließt mit dem Satz: »Der kapitalistische Produktionsprozeß, im Zusammenhang betrachtet oder als Reproduktionsprozeß, produziert also nicht nur Ware, nicht nur Mehrwert, er produziert und reproduziert das Kapitalverhältnis selbst, auf der einen Seite den Kapitalisten, auf der andren den Lohnarbeiter.« (Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, MEW 23, 604)

6 Ebenda, 599.

Die Akkumulation des Kapitals betrifft daher nicht entweder die Produktions- oder die Konsumtionssphäre. Eine der beiden Sphären überzubetonen, führt der Tendenz nach zu einseitigen Theorien kapitalistischer Krisen als »Überproduktions-« oder »Unterkonsumtionskrisen«. Die Lohnarbeit strukturiert den Reproduktionsprozess als Ganzes: Der Lohn weist Arbeiter der Produktion und zugleich Produkte den Arbeitern zu. Darin besteht eine von geographischen und historischen Besonderheiten unabhängige Konstante des Kapitals. Der Zusammenbruch der Reproduktion erzeugt eine Krise zugleich der Überproduktion wie der Unterkonsumtion, denn unter dem Kapital ist beides dasselbe.

Allerdings können wir nicht derart direkt von einer Entfaltung der Struktur der einfachen Reproduktion zur Krisentheorie übergehen. Die einfache Reproduktion ist nämlich ihrem Wesen nach zugleich erweiterte Reproduktion. So wie die Arbeiter auf den Arbeitsmarkt zurückkehren müssen, um ihren Lohnfonds wieder aufzufüllen, muss das Kapital auf den Kapitalmarkt zurückfließen, um seine Profite in die Erweiterung der Produktion zu investieren. Jedes Kapital muss akkumulieren, andernfalls fällt es in der Konkurrenz mit anderen Kapitalen zurück. Wettbewerbsorientierte Preisbildung und variable Kostenstrukturen führen zu unterschiedlichen Profitraten innerhalb der einzelnen Sektoren, was wiederum zu effizienzsteigernden Innovationen anspornt, da Unternehmen durch eine Senkung ihrer Kosten unter den Branchendurchschnitt entweder Extraprofite einstreichen oder ihre Preise senken und so Marktanteile gewinnen können. Fallende Kosten führen aber grundsätzlich zu fallenden Preisen, denn die Mobilität des Kapitals zwischen den Sektoren resultiert in einem Ausgleich der Profitraten: Die Bewegung des Kapitals auf der Suche nach höheren Profiten führt zu einem Auf und Ab des Angebots (und somit der Preise), sodass der Ertrag neuer Investitionen schließlich um einen sektorenübergreifenden Durchschnitt pendelt. Diese ständige Bewegung des Kapitals hat außerdem zur Folge, dass sich kostensenkende Innovationen quer durch die Sektoren ausbreiten – und sie schafft ein Gesetz der Profitabilität, das alle Kapitale unabhängig von den jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Konfigurationen zur Profitmaximierung zwingt. Umgekehrt kann die Akkumulation

7 Marxisten klammern Probleme der Nachfrage aufgrund eines vermeintlichen neoklassischen Monopols auf den diesbezüglichen Diskurs meist aus, aber Marx selbst kannte diese Scheu nicht. Der Zwang zur Marktausweitung und zum Kampf um Markanteile ist für die Mechanismen des Wertgesetzes von grundlegender Bedeutung. Vgl. ebenda, 336.

bei sinkender Profitabilität nur durch Kapitalvernichtung und Freisetzung von Arbeitskraft, die die Bedingungen der Profitabilität wiederherstellen, erneut in Gang gebracht werden. Dieses formelle Verständnis des Verwertungsprozesses vermag jedoch nicht die geschichtliche Dynamik zu erfassen, die Marx im Blick hat. Das Gesetz der Profitabilität allein gewährleistet keine erweiterte Reproduktion: Es müssen auch neue Industrien und Märkte entstehen. Steigende und fallende Profite signalisieren der Kapitalistenklasse, dass in bestimmten Industrien Innovationen stattgefunden haben, aber entscheidend dabei ist, dass sich Output und folglich Beschäftigung im Lauf der Zeit anders zusammensetzen: Industrien, die früher einen erheblichen Teil von Output und Beschäftigung ausmachten, wachsen nun langsamer, während ein zunehmender Teil von beidem auf neue Industrien entfällt. Hier müssen wir die bestimmenden Faktoren der Nachfrage unabhängig von denen des Angebots untersuchen.[7]

Die Nachfrage nach einem Produkt verändert sich mit seinem Preis. Ist es teuer, wird es nur von den Reichen gekauft. Mit zunehmenden arbeitssparenden Innovationen fällt sein Preis und das Produkt wird zu einem Massenkonsumgut. Auf dem Scheitelpunkt dieses Prozesses führen Innovationen zu einer gewaltigen Markterweiterung für das jeweilige Produkt, die die Kapazitäten der existierenden Unternehmen übersteigt; die Preise fallen langsamer als die Kosten, was zu einer Phase hoher Profite führt. Nun strömt weiteres Kapital in den Sektor und zieht zusätzliche Arbeitskräfte an. An einem bestimmten Punkt werden jedoch die Grenzen des Marktes erreicht: Er ist gesättigt.[8] Von nun an führen Innovationen dazu, dass die Gesamtkapazität über die Größe des Marktes hinauswächst; die Preise fallen schneller als die Kosten, was zu einer Phase sinkender Profite führt. Kapital fließt nun aus dem Sektor ab, Arbeitskräfte werden ausgespuckt.[9]

Dieser Prozess, von Ökonomen als »Reifung« von Industrien bezeichnet, hat sich viele Male wiederholt. Die Agrarrevolution, die zuerst im frühneuzeitlichen England ausbrach, stieß schließlich an die Grenzen des Binnenmarkts für ihre Produkte. Innovationen im Arbeitsprozess wie die Zusammenfassung verstreuten Landbesitzes, die Abschaffung von Brachflächen

8 Marktsättigung ist keine Frage der absoluten ge- und verkauften Produktmengen, sondern eines veränderten Verhältnisses zwischen der Wachstumsrate der Herstellerkapazitäten und der Nachfrage.

9 Dieser Prozess gilt nur für Konsumgüterindustrien. Kapitalgüterindustrien wachsen und schrumpfen tendenziell entsprechend den Erfordernissen der jeweils »führenden« Konsumgüterindustrien eines Zyklus. Allerdings ist die Beziehung zwischen den beiden Abteilungen komplizierter. Wie wir zeigen werden, können arbeitssparende »Prozessinnovationen« in Abteilung 1 zu »Produktinnovationen« in Abteilung 2 und so zu einer Expansion des Gesamtmarktes führen.

und eine differenzierte Bodennutzung je nach natürlichen Vorteilen bedeuteten – *unter kapitalistischen Bedingungen der Reproduktion* –, dass sowohl Arbeitskräfte wie Kapital systematisch vom Land verdrängt wurden. Infolgedessen erlebte England eine rasche Verstädterung und London wurde die größte Stadt Europas.

An dieser Stelle kommt die wesentliche Dynamik der erweiterten Reproduktion ins Spiel. Denn die aus der Landwirtschaft verdrängten Arbeitskräfte mussten nicht ewig in den Städten schmachten. Sie wurden mit der Industrialisierung Großbritanniens schließlich vom herstellenden Gewerbe aufgesogen, insbesondere von der Textilindustrie, die gerade von Wolle zu Baumwollstoffen überging. Innovationen im Arbeitsprozess wie die *Spinning Jenny*, die *Spinning Mule* und der mechanische Webstuhl führten jedoch einmal mehr dazu, dass auch die Textilindustrie schließlich Arbeitskräfte und Kapital abstieß. Dieser Niedergang der Industrien der ersten industriellen Revolution – gemessen am Anteil an der Gesamtbeschäftigung und dem akkumulierten Kapital – bereitete denen der zweiten industriellen Revolution den Weg (Chemie, Telekommunikation, elektronische Geräte und Automobile). Eben diese Bewegung von Arbeitskraft und Kapital zwischen den Produktionszweigen, die auf unterschiedlichen Profitraten beruht, ermöglicht dauerhaft eine erweiterte Reproduktion: »Expansion (...) ist unmöglich ohne disponibles Menschenmaterial, ohne eine vom absoluten Wachstum der Bevölkerung unabhängige Vermehrung von Arbeitern. Sie wird geschaffen durch den einfachen Prozeß, der einen Teil der Arbeiter beständig ›freisetzt‹, durch Methoden, welche die Anzahl der beschäftigten Arbeiter im Verhältnis zur vermehrten Produktion vermindern. Die ganze Bewegungsform der modernen Industrie erwächst also aus der beständigen Verwandlung eines Teils der Arbeiterbevölkerung in unbeschäftigte oder halbbeschäftigte Hände.«[10]

10 Marx, Kapital, Erster Band, 662.

Auf diese Weise reproduziert die erweiterte Reproduktion beständig die Bedingungen der einfachen Reproduktion. Kapitale, die aufgrund sinkender Profite in einem gegebenen Zweig nicht mehr reinvestiert werden können, finden auf dem Arbeitsmarkt Arbeiter vor, die aus anderen Zweigen ausgestoßen wurden. Diese »freigesetzten« Mengen von Kapital und

Arbeitskraft werden auf expandierenden Märkten eingesetzt oder kommen in vollkommen neuen Zweigen zusammen, um die Produkte für noch gar nicht existierende Märkte herstellen. So werden immer mehr Tätigkeiten dem kapitalistischen Verwertungsprozess subsummiert und Waren dringen von Luxus- auf Massenmärkte vor.

Der bürgerliche Ökonom Joseph Schumpeter beschrieb diesen Prozess in seiner Theorie des Konjunkturzyklus.[11] Er stellte fest, dass das Schrumpfen alter Zweige selten reibungslos und friedlich vonstattengehe, sondern gewöhnlich Fabrikschließungen und Unternehmenspleiten zur Folge habe, da die Einzelkapitale durch Preisschlachten Verluste auf ihre Konkurrenten abzuwälzen versuchten. Schrumpften mehrere Zweige gleichzeitig (was gewöhnlich der Fall ist, da sie auf ähnlichen Innovationen beruhen), käme es zu einer Rezession. Schumpeter nennt dieses Abstoßen von Kapital und Arbeitskräften »schöpferische Zerstörung« – »schöpferisch« nicht nur deshalb, weil es von Innovationen getrieben wird, sondern auch weil es die Voraussetzungen für neue Investitionen und Innovationen schafft: In der Krise können Kapitale Produktionsmittel und Arbeitskraft zu überaus günstigen Preisen kaufen. So schafft die Rezession, ähnlich einem Waldbrand, Raum für neues Wachstum.

11 Vgl. Joseph Schumpeter, Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses, Göttingen 2008.

Viele Marxisten vertreten eine ähnliche Auffassung wie Schumpeter mit seiner Konzeption zyklischen Wachstums, die sie lediglich um den Widerstand der Arbeiter (oder auch ökologische Grenzen) als äußere Schranke ergänzen. Mit dem marxistischen Verständnis der Krise als einem selbstregulierenden Mechanismus verbindet sich so die Überzeugung, sie biete die Gelegenheit, die Macht der Arbeiter zur Geltung zu bringen (oder die umweltzerstörerischen Tendenzen des Kapitalismus einzudämmen) – »eine andere Welt ist möglich« in solchen Momenten. Doch Marx‘ Theorie des Kapitalismus trifft keine derartige Unterscheidung zwischen »innerer« Dynamik und »äußeren« Schranken. Für Marx manifestiert sich die Dynamik des Kapitals in und durch diesen Prozess der erweiterten Reproduktion als *seine eigene Schranke*, nicht durch *Zyklen* von Boom und Crash, sondern in einem *langfristigen* Niedergang seiner eigenen Bedingungen der Akkumulation.

Die Krise der Reproduktion

Eine Theorie des langfristigen Niedergangs wird gewöhnlich in Marx' Bemerkungen über den tendenziellen Fall der Profitrate vermutet, die Engels bearbeitet und in den Kapiteln 13-15 des dritten Bands des *Kapital* zusammengestellt hat. Demnach führt die Tendenz zum Ausgleich der Profitraten zwischen den unterschiedlichen Sektoren – zusammen mit dem tendenziellen Anstieg ihrer Produktivität – zu einem tendenziellen, die gesamte Wirtschaft erfassenden Rückgang der Profitabilität. Jahrzehntelange Debatten haben sich auf die »steigende organische Zusammensetzung des Kapitals«, die als Ursache dieser Tendenz gilt, und auf das vertrackte Zusammenspiel der unterschiedlichen Tendenzen und Gegentendenzen konzentriert. Übersehen wird dabei oft, dass dieselbe Beschreibung der Zusammensetzung des Kapitals auch *einem anderen* Gesetz zugrundeliegt, das sich sowohl in zyklischen wie langfristigen Krisentendenzen niederschlägt und als Marx' durchdachtere Darstellung des Problems gelesen werden kann – dem »allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation«, das im 23. Kapitel des ersten Bands erörtert wird.[12]

Für gewöhnlich wird diesem Kapitel, das unmittelbar auf die zwei Kapitel über einfache und erweiterte Reproduktion folgt, nur ein begrenzter Anspruch beigemessen. Die Leser konzentrieren sich allein auf den ersten Teil der Argumentation, in dem Marx die endogene Bestimmung der Lohnhöhe darstellt. Gezeigt wird dort, wie die Löhne durch die strukturelle Aufrechterhaltung einer bestimmten Arbeitslosenquote in Einklang mit den Erfordernissen der Akkumulation gehalten werden. Wachse die Nachfrage nach Arbeit, dann schrumpfe die »industrielle Reservearmee« der Arbeitslosen und die Löhne können steigen. Dies wiederum belaste die Profitabilität, wodurch sich die Akkumulation verlangsame. Mit der dadurch sinkenden Nachfrage nach Arbeit wachse die Reservearmee wieder und die vorherigen Lohnsteigerungen lösten sich in Luft auf. Wäre dies der einzige Gedanke in diesem Kapitel, dann würde sich das »allgemeine Gesetz« in einer Fußnote zur Theorie der einfachen und erweiterten Reproduktion erschöpfen. Es ist aber nur der Anfang der Argumentation, die Marx hier entfaltet. Wenn die Arbeitslosen als industrielle Reservearmee

12 Die schließlich veröffentlichte Fassung des ersten Bands wurde 1866/67 geschrieben, also nach den Materialien für den dritten, die größtenteils von 1863 bis 1865 entstanden. Eine plausible Erklärung für die verblüffenden Parallelen zwischen Kapitel 23 im ersten und Kapitel 15 im dritten Band könnte daher lauten, dass Marx wesentliche Elemente aus dem Material für den dritten Band in den ersten Band übernahm, da er die Schwierigkeiten ahnte, den dritten Band in absehbarer Zeit fertigzustellen.

– als Arbeitslose, die aber wesentlich für die Regulierung des Arbeitsmarkts sind – zwar der Tendenz nach in die Kreisläufe des Kapitals reintegriert werden, so wachsen sie zugleich der Tendenz nach über diese Funktion hinaus und machen sich als *absolut überflüssig* geltend: »Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Übervölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. *Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.*«[13] Das Gesetz besteht somit darin, dass das Kapital, je mehr es wächst, aus der Masse der Arbeiter eine relative Überschussbevölkerung erzeuge, die tendenziell zu einer konsolidierten, für die Bedürfnisse des Kapitals absolut überflüssigen Überschussbevölkerung werde.[14]

13 Marx, Kapital, Erster Band, 673f.

14 Diese Überschussbevölkerung muss nicht unbedingt gänzlich »außerhalb« der kapitalistischen Verhältnisse stehen. Auch wenn das Kapital diese Arbeiter nicht braucht, brauchen diese doch Arbeit. Sie sind folglich gezwungen, sich für die elendesten Formen von Lohnsklaverei in Gestalt von Kleinstgewerbe und Dienstleistungen anzubieten.

Wie Marx zu diesem Schluss gelangt, leuchtet nicht unmittelbar ein, auch wenn die von ihm beschriebene Tendenz in einer Ära von Aufschwüngen ohne Arbeitsplätze, von Slum-Städten und verallgemeinerter Prekarität immer augenfälliger scheint. Deutlicher macht er seine Argumentation in der französischen Ausgabe des ersten Bands: Je höher die organische Zusammensetzung des Kapitals, umso schneller müsse die Akkumulation fortschreiten, um die Beschäftigung aufrechtzuerhalten, »doch dieses schnellere Fortschreiten wird selbst zur Quelle neuer technischer Veränderungen, die die relative Nachfrage nach Arbeit weiter verringern«. Das betrifft nicht nur bestimmte hochgradig konzentrierte Industrien. Quer durch die Sektoren drücke ein mit fortschreitender Akkumulation wachsender Überfluss an Gütern die Profitrate und verschärfe die Konkurrenz, was die Kapitalisten dazu zwinge, Arbeit einzusparen. So würden graduelle Produktivitätssteigerungen »unter diesem

enormen Druck konzentriert; sie fänden Eingang in technische Veränderungen, die die Zusammensetzung des Kapitals im gesamten Umkreis der großen Produktionszweige revolutionieren«.[15]

Aber entstehen nicht neue Industrien, die den Beschäftigungsrückgang wettmachen? Marx konstatiert eine in und durch den Konjunkturzyklus sich vollziehende Verschiebung von arbeitsintensiven zu kapitalintensiven Industrien, die die Nachfrage nach Arbeit in neuen wie alten Zweigen sinken lässt: »Einerseits attrahiert also das im Fortgang der Akkumulation gebildete Zuschusskapital, verhältnismäßig zu seiner Größe, weniger und weniger Arbeiter. Andrerseits repelliert das periodisch in neuer Zusammensetzung reproduzierte alte Kapital mehr und mehr früher von ihm beschäftigte Arbeiter.«[16] Das ist das Geheimnis des »allgemeinen Gesetzes«: *Arbeitssparende Innovationen verallgemeinern sich tendenziell innerhalb der Sektoren und über sie hinweg*, sodass die relative Nachfrage nach Arbeit sinkt. Zudem sind diese Innovationen irreversibel: Sie verschwinden nicht, falls und wenn die Profitabilität wieder hergestellt wird (wie wir sehen werden, hat letzteres häufig sogar zusätzliche Innovationen in neuen oder wachsenden Zweigen zur Voraussetzung). Ohne entgegenwirkende Momente droht dieser relative Rückgang der Nachfrage nach Arbeit die Kapitalakkumulation zu übersteigen und so zu einem absoluten zu werden.[17]

Marx hat diese Tendenz nicht einfach aus einer abstrakten Analyse des Wertgesetzes abgeleitet, sondern im 13. Kapitel des ersten Bands auch empirisch zu belegen versucht. Wie er dort anhand des britischen Zensus von 1861 zeigt, waren die durch technische Innovationen entstehenden neuen Produktionszweige hinsichtlich der Beschäftigung »keineswegs bedeutend«. Als Beispiele nennt er »Gaswerke, Telegraphie, Photographie, Dampfschiffahrt und Eisenbahnwesen« – hochmechanisierte und relativ automatisierte Prozesse –, die zusammen weniger als 100.000 Beschäftigte zählten, während in der Textil- und Metallindustrie, deren Belegschaften damals aufgrund neuer Maschinerie schrumpften, eine Million Menschen arbeiteten.[18] Bereits diese Statistiken machen deutlich, dass die Industrien der zweiten industriellen Revolution nicht

15 Übersetzt nach der französischen Ausgabe: Marx Engels Gesamtausgabe (MEGA), II.7, 552, 556, 553.

16 Marx, Kapital, Erster Band, 657.

17 Marx stellt sich dies mitunter als eine revolutionäre Krise vor: »Eine Entwicklung der Produktivkräfte, welche die absolute Anzahl der Arbeiter verminderte, d.h. in der Tat die ganze Nation befähigte, in einem geringern Zeitteil ihre Gesamtproduktion zu vollziehn, würde Revolution herbeiführen, weil sie die Mehrheit der Bevölkerung außer Kurs setzen würde.« (Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, MEW 25, 274.)

18 Vgl. Marx, Kapital, Erster Band, 469.

annähernd so viele Arbeitskräfte absorbierten wie die der ersten zum Zeitpunkt ihrer Entstehung. Im Kapitel über »das allgemeine Gesetz« bietet Marx zusätzliche statistische Belege dafür, dass die Beschäftigung von 1851 bis 1871 nur in denjenigen älteren Industrien substanziell wuchs, in denen noch keine Maschinerie eingeführt worden war. Seine Erwartung eines langfristigen, zunächst relativen und schließlich absoluten Rückgangs der Nachfrage nach Arbeit konnte sich somit auf die damals verfügbaren Daten stützen.

Was Marx hier beschreibt, ist keine »Krise«, wie sie gewöhnlich in der marxistischen Theorie verstanden wird, also eine periodische Krise der Produktion, der Nachfrage oder auch der Akkumulation. Vielmehr tritt in solchen zyklischen Krisen und und durch hindurch eine langfristige Krise auf, eine *Krise der Reproduktion des Verhältnisses von Kapital und Arbeit schlechthin*. Wenn erweiterte Reproduktion bedeutet, dass Arbeiter und Kapital aus schrumpfenden Industrien versuchen werden, in neuen oder wachsenden Zweigen unterzukommen, spricht das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation dafür, dass eine solche Reintegration in den Reproduktionsprozess im Lauf der Zeit immer seltener gelingen wird. So wird ein immer größerer Teil des Proletariats zu einer unbeabsichtigten Nebenfolge des kapitalistischen Produktionsprozesses, zu einer Klasse von Arbeitern, die nicht nur von Reproduktionsmitteln sondern von Arbeit »frei« sind.

Für Marx drückt diese Krise den fundamentalen Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise aus. Einerseits werden die Menschen auf Arbeiter reduziert. Andererseits *können* sie keine Arbeiter sein, weil sie durch ihre Arbeit die Bedingungen der Möglichkeit ihrer eigenen Existenz untergraben. Lohnarbeit geht zwangsläufig mit Kapitalakkumulation, mit einer Zunahme arbeitssparender Innovationen einher, die im Lauf der Zeit die Nachfrage nach Arbeit verringern: »Mit der durch sie selbst produzierten Akkumulation des Kapitals produziert die Arbeiterbevölkerung also in wachsendem Umfang die Mittel ihrer eignen relativen Überzähligmachung.«[19] Man könnte meinen, dass der aus arbeitssparenden Innovationen folgende Überfluss an Gütern zu einem Überfluss an freier Zeit führen würde. In einer auf Lohnarbeit beruhenden Gesellschaft kann sich die

19 Ebenda, 660.

Verringerung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, die zu einem solchen Güterüberfluss führt, jedoch nur in einem Mangel an Arbeitsplätzen und einer Zunahme prekärer Beschäftigungsformen ausdrücken.[20]

Marx' Darstellung des allgemeinen Gesetzes ist eine Reformulierung, eine dramatische Entfaltung der These, die er zu Beginn des 23. Kapitels aufstellt. Dort heißt es schlicht: »Akkumulation des Kapitals ist also Vermehrung des Proletariats.«[21] Früher haben Marxisten dies so verstanden, dass das Wachstum des Kapitals ein Wachstum der Industriearbeiterklasse bedinge. Aber das Proletariat ist nicht mit der Industriearbeiterklasse identisch. Folgt man dem Schluss, zu dem Marx in diesem Kapitel gelangt, dann ist das Proletariat vielmehr eine Arbeiterklasse im Übergang, eine Arbeiterklasse, die tendenziell zu einer von der Arbeit ausgeschlossenen Klasse wird. Diese Interpretation wird auch durch die einzige Definition des Proletariats im *Kapital* gestützt, die sich in einer Fußnote zu der oben genannten These findet: »Unter ›Proletarier‹ ist ökonomisch nichts zu verstehen als der Lohnarbeiter, der ›Kapital‹ produziert und verwertet und aufs Pflaster geworfen wird, sobald er für die Verwertungsbedürfnisse des ›Monsieur Kapital‹ (…) überflüssig ist.«[22]

Von der Reindustrialisierung zur Deindustrialisierung

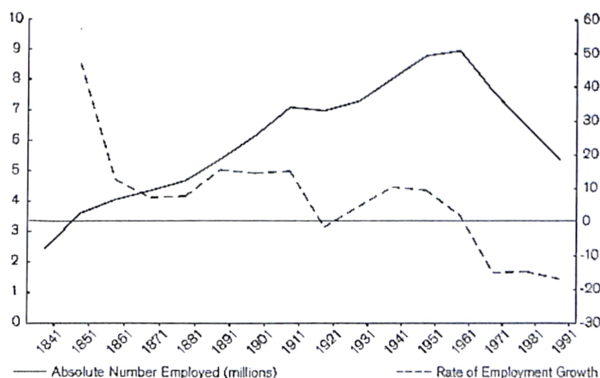
Das »allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation« und seine deutlichen Konsequenzen für die Interpretation des *Kapital* wurden in unserer Zeit übersehen, weil es im Lauf des 20. Jahrhunderts immer wieder unter dem Namen »Verelendungstheorie« aufgenommen und wieder verworfen worden ist. Es wurde behauptet, dass die Geschichte des Kapitals Marx' Voraussage steigender Arbeitslosigkeit und damit zunehmender Verelendung der arbeitenden Bevölkerung widerlegt habe: Nach seinem Tod wuchsen sowohl Umfang wie Lebensstandard der industriellen Arbeiterklasse. Doch ganz abgesehen davon, dass diese Tendenzen oft zu sehr pauschalisiert werden, macht ihre offensichtliche Umkehr in jüngster Zeit die Verelendungstheorie plausibler. In den letzten dreißig Jahren hat die relative Anzahl industrieller Arbeiter weltweit stagniert. In den Ländern mit hohem Bruttoinlandsprodukt

20 Man kann sich eine Welt vorstellen, in der arbeitssparende Innovationen nicht die Zahl der Arbeiter in einer gegebenen Industrie, sondern ihre Arbeitszeit verringern. Da Kapitalisten ihren Profit jedoch dem Wert verdanken, den der Arbeiter über den zur Zahlung seines Lohn erforderlichen hinaus schafft, liegt Arbeitszeitverkürzung nie in ihrem Interesse (nur Staatseingriffe oder Bewegungen der Arbeiter zwingen sie dazu). Ohne eine entsprechende Lohnsenkung würde sie die Profite direkt schmälern. Die Eigentümlichkeiten einer auf Lohnarbeit beruhenden gesellschaftlichen Form zwingen Kapitalisten folglich dazu, die Zahl der Arbeiter und nicht die Arbeitszeit zu verringern, wodurch sie die Arbeitskosten im Verhältnis zum zugesetzten Wert senken und massenhaft Menschen auf die Straße setzen.

21 Marx, Kapital, Erster Band, 642.

(BIP) entstand ein Dienstleistungssektor mit Niedriglöhnen, in Ländern mit niedrigem BIP kam es zu einem explosionsartigen Wachstum der Zahl der Slumbewohner und informellen Arbeiter.[23] Stimmt die Verelendungstheorie also doch? Das ist die falsche Frage. Zu fragen ist vielmehr: Unter welchen Bedingungen trifft sie zu?

Marx traf seine Aussagen über das Wachstum einer konsolidierten Überbevölkerung im Jahr 1867. Die Tendenz, dass neue Industriezweige aufgrund ihres höheren Automationsgrades proportional weniger Kapital und Arbeit absorbieren, als durch die Mechanisierung alter Industrien freigesetzt würden, machte sich jedoch nicht wie von ihm vorhergesagt geltend. Wie wir der Grafik auf dieser Seite entnehmen können, traf seine Ansicht für das damalige Großbritannien zu: Die aufkommenden Industrien der frühen zweiten industriellen Revolution – etwa Chemie, Eisenbahnen, Telegrafie – konnten den Rückgang der Beschäftigung in denen der ersten industriellen Revolution nicht kompensieren. Was Marx nicht vorhergesehen hatte, und was in den 1890er Jahren tatsächlich eintrat, war die Entstehung neuer Industrien, die zugleich Kapital und Arbeit absorbierten und so den Niedergang mehr als ein halbes Jahrhundert lang aufhalten konnten. Das Wachstum dieser neuen Industrien, hauptsächlich der Produktion von Autos und langlebigen Konsumgütern, war von zwei Entwicklungen des 20. Jahrhunderts abhängig: der zunehmenden Rolle von staatlichen Wirtschaftseingriffen und der Verwandlung von Dienstleistungen in Konsumgüter.[24]



22 Ebenda, 642, Anm. 70.

23 Um die Teilung der Welt in eine Minderheit reicher Staaten und eine verarmte Mehrheit zu beschreiben, verwenden wir hier die Bezeichnungen »Länder mit hohem/niedrigem BIP« (pro Kopf). Sie sind zwar auch nicht ganz befriedigend, stehen aber nicht wie andere Unterscheidungen mit zweifelhaften politischen und theoretischen Analysen im Zusammenhang (z. B. Erste Welt/Dritte Welt, Zentrum/Peripherie, entwickelt/unterentwickelt, imperialistisch/unterdrückt).

24 Im Folgenden behandeln wir nur das zweite Phänomen. Mit dem ersteren befasst sich Maya Gonzales, Notes on the New Housing Question, *Endnotes* 2 (2010).

Grafik: Beschäftigung in der Industrie in Großbritannien, 1841-1991. Quelle: Brian Mitchell, International Historical Statistics: Europe, 1750-2005. Palgrave 2007.

Die aufstrebenden Industrien, über die Marx in den 1860er Jahren schrieb – Gaswerke, Telegrafie und Eisenbahnen (wir würden noch Elektrifizierung hinzufügen) –, begannen schon zu seinen Lebzeiten für die Verbraucher verfügbar zu werden. Die aus diesen Technologien, die ursprünglich dem Genuss einer reichen Elite vorbehalten waren, entwickelten Dienstleistungen für Konsumenten blieben jedoch zweitrangig gegenüber ihrer Nutzung innerhalb der geplanten Wirtschaft industrieller Betriebe. Eisenbahnen entstanden als arbeitssparende Innovation im Bergbau, die anschließend auf andere Industriezweige ausgeweitet wurde. Erst nachdem vom Staat unterstützte Kartelle ein weitläufiges nationales Schienennetz aufgebaut hatten, wurden sie als Dienstleistung den Konsumenten angeboten. Selbst als die Preise fielen und der mechanisierte Transport durch die Bahn für immer mehr Menschen erschwinglich wurde, behielt sie auch als Dienstleistung für Konsumenten viele der Funktionen ihrer ursprünglichen Anwendung innerhalb der Industrie als Innovation im Produktionsprozess. Nationale Eisenbahnen, die zusätzlich zu Gütern auch Passagiere transportieren, absorbierten während ihres Aufbaus große Mengen an Kapital und Arbeit, waren aber später relativ automatisierte Prozesse, die weniger Kapital und Arbeit erforderten.[25]

25 Der Unterschied zwischen der Zeitersparnis, die der Schienentransport den Konsumenten ermöglichte, und der Arbeits- und Zeitersparnis für den Kapitalisten wurde selbst immer unbedeutender, da das kapitalistische Verständnis von Zeit als einer knappen, mit äußerster Sparsamkeit zu nutzenden Ressource zunehmend die gesamte Gesellschaft dominierte.

Der Beginn der Automobilindustrie, vom Staat durch die Finanzierung des Straßenbaus subventioniert, transformierte schließlich die Dienstleistung des mechanisierten Transports in eine Ware, die für die individuelle Konsumtion erworben werden konnte. Die Zerlegung und Vervielfältigung des Produkts – die Verwandlung einer arbeitssparenden Innovation im Produktionsprozess in eine Kapital und Arbeit absorbierende »Produktinnovation« – bedeuteten, dass diese Industrie mehr Kapital und Arbeit absorbieren konnte, als ihr Markt sich hatte ausweiten können. Ähnlich verlief der Übergang von der Telegrafie zum Telefon und von der Nutzung der Elektrizität in der Produktion zu elektrischen Haushaltsgütern. Stets wurde eine kollektiv konsumierte Dienstleistung, die oft aus einer Dienstleistung innerhalb der Industrie entstanden war, in eine Serie individuell erwerbbarer Waren verwandelt, die neue Märkte eröffneten, die sich wiederum mit dem Fall der Preise und der Steigerung der Produktivität zu Massenmärkten entwickelten. Das schuf die Grundlage für den »Massenkonsum« des 20.

Jahrhunderts, denn diese Industrien konnten selbst dann noch, als Produktivitätssteigerungen die relativen Kosten reduzierten, zugleich große Mengen an Kapital und Arbeit absorbieren, sodass immer mehr Bauern zu Industriearbeitern wurden und immer mehr Arbeiter eine feste Stelle bekamen.

Die beispiellose Staatsverschuldung, die diesen Prozess förderte, zeigt jedoch, dass das Kapital nicht von sich aus die Tendenz zu einer kontinuierlichen Schaffung von Produktinnovationen hat, die die arbeitssparenden Innovationen im Produktionsprozess ausgleichen könnten. Im Gegenteil ermöglichen Produktinnovationen häufig selbst Verbesserungen im Produktionsprozess, sodass die Lösung das ursprüngliche Problem nur verschärft.[26] Als die Automobil- und Gebrauchsgüterindustrien in den 1960er und 1970er Jahren Kapital und Arbeit freizusetzen begannen, konnten die neuen Produktionszweige wie die Mikroelektronik den Überschuss selbst Jahrzehnte später noch nicht absorbieren. Diese Innovationen entsprangen, wie die bereits beschriebenen der zweiten industriellen Revolution, aus bestimmten Prozessinnovationen in der Industrie und im Militär, aus denen erst in jüngerer Zeit eine Vielzahl an Konsumgütern entwickelt wurden. Mit Blick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen besteht das Problem dabei nicht nur darin, den Softwaremarkt vor Piraterie zu schützen. Es besteht vielmehr darin, dass die neuen Güter der Mikroelektronikindustrie immer weniger Kapital und Arbeit absorbieren. Nicht nur die für die Herstellung von Computern selbst erforderliche Arbeitsmenge sinkt rapide (die Mikrochip-Industrie besteht weltweit aus nur wenigen Fabriken und ist unglaublich mechanisiert), durch die rapide Steigerung des Automatisierungsgrads lassen Computer tendenziell auch in allen anderen Produktionszweigen das erforderliche Arbeitsvolumen sinken.[27] Anstatt – wie von Schumpeter vorhergesagt – einen stagnierenden Industriezweig wiederzubeleben und die Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter wiederherzustellen, trägt der Aufstieg der Computerindustrie daher zur Deindustrialisierung und einer Akkumulation im kleineren Maßstab bei – wie von Marx behauptet.

26 »Nicht nur wird eine in wachsender Progression beschleunigte Akkumulation des Gesamtkapitals erheischt, um eine zusätzliche Arbeiterzahl von gegebner Größe zu absorbieren oder selbst, wegen der beständigen Metamorphose des alten Kapitals, die bereits funktionierende zu beschäftigen. Ihrerseits schlägt diese wachsende Akkumulation und Zentralisation selbst wieder um in eine Quelle neuer Wechsel der Zusammensetzung des Kapitals oder abermalig beschleunigter Abnahme seines variablen Bestandteils, verglichen mit dem konstanten.« (Marx, Kapital, Erster Band, 658.)

27 Vgl. Beverly Silver, Forces of Labor. Arbeiterbewegung und Globalisierung seit 1870, Berlin 2005.

Überschussbevölkerung in der Deindustrialisierung: Dienstleistungen und Slums

Die Deindustrialisierung begann in den USA, wo die industrielle Beschäftigung seit den 1960er Jahren relativ und seit den 1980er Jahren auch in absoluten Zahlen sank, aber der Trend weitete sich schnell auf andere Länder mit hohem BIP und schließlich selbst auf Länder und Regionen aus, denen eine nachholende Industrialisierung bescheinigt wurde.[28] Das explosive Wachstum eines Niedriglohn-Dienstleistungssektors wog den Rückgang der industriellen Beschäftigung teilweise auf. Er erwies sich jedoch als außerstande, die industrielle Produktion als Basis einer neuen Runde der Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter zu ersetzen. In den vergangenen vierzig Jahren ist das BIP in den USA und Europa von Zyklus zu Zyklus immer langsamer gewachsen (die einzige Ausnahme waren die USA der späten 1990er Jahre), während die Reallöhne stagnierten und die Arbeiter zunehmend auf Kredite angewiesen waren, um ihren Lebensstandard zu halten.

Wenn die Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter, wie wir argumentiert haben, ein dynamisches Wachstum erzeugt, indem Produktivitätssteigerungen in bestimmten Zweigen Kapital und Arbeit freisetzen, die in neuen oder wachsenden Industrien wieder zusammenfinden, dann hat dies bedeutende Konsequenzen für das Verständnis des Wachstums des Dienstleistungssektors. Dienstleistungen sind beinahe definitionsgemäß Tätigkeiten, deren Produktivität allenfalls marginal erhöht werden kann.[29] Die einzig bekannte Weise, ihre Effizienz drastisch zu steigern, ist ihre Verwandlung in Waren, deren industrielle Herstellung mit der Zeit effizienter wird. Viele Industriegüter sind tatsächlich ehemalige Dienstleistungen – das Geschirr der Wohlhabenden wurde früher von Hausangestellten gespült; Spülmaschinen verrichten das heute effizienter und zugleich wird immer weniger Arbeit für ihre Herstellung gebraucht. Die Tätigkeiten, die Dienstleistungen geblieben sind, sind *genau diejenigen, für die bislang kein Ersatz in der Warenwelt gefunden werden konnte.*[30]

28 In keinem Land (mit Ausnahme Großbritanniens) ging die Deindustrialisierung mit einem Rückgang der industriellen Produktionsleistung einher. In den USA entfielen 1999 auf die Industrie noch 46 Prozent der Profite, aber nur 14 Prozent der Beschäftigten.

29 Vgl. Robert Rowthorn/Ramana Ramaswamy, Deindustrialization: Causes and Implications. IMF Working Paper 97/42, April 1997.

30 Vgl. Jonathan Gershuny, Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft. Produktion und Verbrauch von Dienstleistungen, Frankfurt am Main 1981.

Die bürgerliche Kategorie der »Dienstleistungen« ist bekanntermaßen sehr unpräzise, da sie von sogenannten »Finanzdienstleistungen« über Büroangestellte bis hin zu den Reinigungskräften eines Hotels und selbst ausgelagerten Produktionsjobs schlechterdings alles einschließt. Viele Marxisten haben sie dem Begriff der unproduktiven Arbeit anzunähern versucht, aber wenn wir die obige Charakterisierung berücksichtigen, wird klar, dass sie näher an Marx' Begriff der »formellen Subsumtion« ist. Marx kritisierte Smith für sein metaphysisches Verständnis von produktiver und unproduktiver Arbeit – wonach erstere Güter produziert und letztere nicht – und traf stattdessen eine Unterscheidung zwischen Arbeit, die im Rahmen des kapitalistischen Verwertungsprozesses ausgeführt wird, und solcher, die außerhalb dessen unmittelbar für den Konsumenten verrichtet wird. In den Resultaten des *unmittelbaren Produktionsprozesses* argumentiert er, dass theoretisch jede unproduktive Arbeit produktiv gemacht werden könne, denn dies erfordere lediglich ihre formelle Subsumtion unter den kapitalistischen Verwertungsprozess.[31] Formell subsumierte Tätigkeiten produzierten jedoch nur absoluten Mehrwert. Um relativen Mehrwert zu produzieren, müsse der materielle Produktionsprozess so verändert werden, dass eine schnelle Erhöhung der Produktivität ermöglicht werde (Kooperation, Manufaktur, Großindustrie und Maschinen) – also reelle Subsumtion. Wenn bürgerliche Ökonomen wie Rowthorn von »technologisch stagnierenden Dienstleistungen« sprechen, greifen sie unwissentlich Marx' Begriff eines nur formell, aber nicht reell subsummierten Arbeitsprozesses auf.

So sehen wir heute, wie mit dem Wachstum der Wirtschaft auch der Umfang der Dienstleistungen tendenziell wächst – aber nur durch zusätzlich eingestellte Arbeiter oder durch eine gesteigerte Intensität der Arbeit. In den meisten Dienstleistungsbereichen machen Löhne fast die gesamten Kosten aus, weshalb sie niedrig gehalten werden müssen, damit die Dienstleistung erschwinglich und profitabel bleibt. Dies gilt besonders dann, wenn ihre Konsumenten selbst arm sind, also etwa für McDonalds und Wal-Mart in den USA – oder für das riesige informelle Proletariat in Indien und China.[32]

31 Vgl. Karl Marx, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, Frankfurt am Main 1969, 64-74.

32 Viele Dienstleistungsjobs existieren nur aufgrund von Lohnunterschieden, das heißt massiver sozialer Ungleichheit. Marx merkte an, dass es im viktorianischen England mehr Hausangestellte als Industriearbeiter gegeben hatte (Marx, Kapital, Erster Band, 469). Mit dem Anstieg der Reallöhne konnten sich immer weniger Haushalte der Mittelschicht (wie der von Marx) Bedienstete leisten. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts verschwanden diese bettelarmen Arbeiter, nur um als »Dienstleister« in allen Teilen der Welt wieder aufzutauchen.

Ein eigentümlicher Mangel der Gegenwartsanalyse besteht darin, dass manche Kreise die Industrialisierung in Ländern mit niedrigem BIP für die Deindustrialisierung in solchen mit hohem BIP verantwortlich machen, während andere die Deindustrialisierung der ersteren auf die Politik von IWF und Weltbank zurückführen, die den Interessen der letzteren diene. In Wirklichkeit sind fast alle Länder der Welt von ein- und derselben globalen Veränderung betroffen, allerdings in unterschiedlichem Grade. In der frühen Nachkriegszeit setzten viele Länder auf den »Fordismus«: Durch einen staatlich geförderten »Technologietransfer« aus Ländern mit hohem BIP konnten sie Methoden der Massenproduktion importieren. Fordismus wird oft als eine nationalökonomische Entwicklungspolitik verstanden, die auf der »Übereinkunft« zwischen Kapital und Arbeitern beruhe, um die Früchte der Produktivitätssteigerung zu teilen. Aber fast von Beginn an basierte er auf einer internationalen Ausweitung des Handels mit Industriegütern. Dessen erneuter Aufschwung in den 1950er und 1960er Jahren kam besonders Europa und Japan zugute: Durch Exportproduktion konnten ihre Kapitale die Grenzen des jeweiligen Binnenmarkts überwinden und so gewaltige Skaleneffekte erzielen. Diesem Muster folgten Mitte der 1960er auch Kapitale in Ländern mit niedrigem BIP, etwa in Brasilien und Südkorea: Selbst wenn sie nur einen kleinen Anteil der rasch wachsenden internationalen Exportmärkte erobern konnten, wuchsen sie weit über die Möglichkeiten ihrer heimischen Märkte hinaus. Für die Periode bis 1973 galt daher, *dass die Internationalisierung des Handels mit hohen Wachstumsraten in allen sich industrialisierenden Ländern einherging.*

Nach 1973 änderte sich die Situation. Die Märkte für Industriegüter waren zunehmend gesättigt, und immer häufiger konnten wenige Länder den gesamten weltweiten Bedarf abdecken (eine einzige chinesische Firma liefert derzeit mehr als die Hälfte der Mikrowellen in aller Welt). Darin gründet die Krise des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, eine kombinierte Krise der Überproduktion und der Unterkonsumtion, die von einem weltweiten Fall der Profitrate angezeigt wird und zu vermehrten Formen von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung führt. Als das Abkommen zwischen Kapital und Arbeit, das immer auf weltweit gesunden Wachstumsraten beruht

hatte, zerriss, stagnierten die Löhne. Das Kapital wurde damit in allen Ländern sogar noch abhängiger vom Welthandel, aber *von nun an konnten Kapitale in den einen Ländern nur noch auf Kosten von denen in anderen Ländern wachsen.* Obwohl sie die Länder mit hohem BIP noch nicht eingeholt hatten, wurden jene mit niedrigem BIP von derselben internationalen Krise erfasst. Die Strukturanpassungsprogramme beschleunigten nur ihren Übergang zu neuen und instabilen internationalen Rahmenbedingungen. In den 1980er und 1990er Jahren setzte in fast allen sich industrialisierenden Ländern die Deindustrialisierung oder zumindest eine Stagnation der industriellen Beschäftigung ein.[33]

Für Länder, die landwirtschaftlich geprägt blieben oder vom Export traditioneller Güter oder von Rohstoffen abhingen, war die Krise noch verheerender, da die Preise »traditioneller« Artikel angesichts sinkender Nachfrage kollabierten. Auch hier müssen wir auf langfristige Trends zurückblicken. In der frühen Nachkriegszeit konnten Entwicklungen in der Landwirtschaft das Angebot an billigen Lebensmitteln drastisch steigern. Erstens wurde nun in ehemaligen Munitionsfabriken Kunstdünger hergestellt, der eine Steigerung der Flächenproduktivität durch den Anbau neuer Hochleistungssorten ermöglichte. Zweitens erhöhte die Motorisierung und Mechanisierung die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit. Beides wurde an die Produktion im tropischen Klima angepasst. Kaum hatten die hohen Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die mit dem vom Koreakrieg verursachten Wirtschaftsboom einhergingen, die globale Bauernschaft in den Markt hineingezogen, begannen sie daher kontinuierlich zu fallen. Die Abwanderung aus der Landwirtschaft war somit schon in den 1950ern im Gang. Sie war ein Ergebnis nicht nur der Ausdifferenzierung und Vertreibung der Bauern gemäß ihrer Marktfähigkeit, sondern auch des immensen Bevölkerungswachstums (das durch billige Lebensmittel und die moderne Medizin gestützt wurde). Vergrößerte Haushalte bewirkten, dass die traditionellen Verbungsmuster nun den Grundbesitz pulverisierten, während die steigende Bevölkerungsdichte die Umwelt belastete, da Ressourcen nicht nachhaltig genutzt wurden.[34] Die Strukturanpassungsprogramme der 1980er und 1990er Jahre, die verschuldete Länder zur Streichung von Agrarsubventionen

33 Vgl. Sukti Dasgupta/Ajit Singh, Will Services be the New Engine of Indian Economic Growth?, *Development and Change* 6 (2006).

34 Das bedeutet nicht, dass die Welt relativ zur Lebensmittelproduktion überbevölkert ist. Wie wir gezeigt haben, hing die Abwanderung vom Land mit einer massiven Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft zusammen. Die Lebensmittelproduktion pro Kopf ist kontinuierlich gestiegen, auch wenn sich das Bevölkerungswachstum mit dem bevorstehenden demografischen Übergang verlangsamt. Marx' Begriff der Überschussbevölkerung hat mit Malthusianismus nichts gemein; es ist ein Überschuss allein im Verhältnis zur Kapitalakkumulation.

zwangen, waren lediglich der KO-Schlag für Bauern, die bereits auf dem Zahnfleisch krochen.

Daher sollte klar sein, dass die Deindustrialisierung nicht auf eine Industrialisierung der »Dritten Welt« zurückgeht. Der Großteil der Industriearbeiterklasse lebt heute außerhalb der »Ersten Welt«, aber das gilt auch für den Großteil der Weltbevölkerung. So zählen die Länder mit niedrigem BIP zwar absolut, aber nicht relativ zur Bevölkerungsgröße mehr Industriearbeiter. Während die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft drastisch zurückgeht, sinkt der Anteil der Industriearbeiter an der Gesamtbeschäftigung. So wie die Deindustrialisierung in den Ländern mit hohem BIP mit einer Abwanderung aus dem herstellenden Gewerbe und dem Unvermögen des Dienstleistungssektors, an dessen Stelle zu treten, einhergeht, gehen in Ländern mit niedrigem BIP die Abwanderung vom Land und das Unvermögen der Industrie, den ländlichen Bevölkerungsüberschuss aufzufangen, mit einem explosiven Wachstum von Slums einher. Behauptete die Weltbank früher, die wachsende Überschussbevölkerung in aller Welt sei nur ein vorübergehendes Phänomen, muss sie heute zugeben, dass es sich um einen permanenten Zustand handelt. Mehr als eine Milliarde Menschen schlagen sich unter furchtbaren Bedingungen durch, indem sie auf der Suche nach Gelegenheitsarbeit endlos zwischen urbanen und ländlichen Slums hin- und herziehen.[35]

...und China?

Ein gängiger Einwand gegen das von uns gezeichnete Bild globaler Stagnation ist der Hinweis auf China, das gerade im Hinblick auf die weltweiten Tendenzen zu Deindustrialisierung und Unterbeschäftigung eine klare Ausnahme darstelle. Natürlich ist China im genannten Zeitraum zu einem globalen industriellen Kraftzentrum geworden – allerdings nicht durch die Öffnung neuer Märkte oder die Entwicklung innovativer Produktionstechniken, sondern durch eine massive Ausweitung seiner industriellen Kapazitäten auf Kosten anderer Länder.[36] Es wird allgemein angenommen, dass diese Expansion ein historisch bedeutsames Wachstum der chinesischen Industriearbeiterklasse bewirkt haben müsse, doch das ist schlichtweg

35 Vgl. Mike Davis, Planet der Slums, Berlin/Hamburg 2006.

36 In den 1990er Jahren verlagerte Japan seine stärker arbeitsintensiven Industrien in asiatische Entwicklungsländer – erst in die ostasiatischen Tigerstaaten, dann in die ASEAN-Länder und schließich nach China. Chinas Aufnahme von Industrien aber hat die Hierarchie der Produktion innerhalb der Region untergraben.

falsch. Wie die neuesten Statistiken zeigen, wurden in China von 1993 bis 2006 unter dem Strich *überhaupt keine* neuen Jobs im verarbeitenden Gewerbe geschaffen, deren Zahl nach wie vor um 110 Millionen schwankt.[37] Aus zwei Gründen ist dies weniger überraschend, als es auf den ersten Blick scheinen muss.

Erstens ging der Aufbau neuer Industrien im Süden, der anfänglich auf der Weiterverarbeitung von Exporten aus Hongkong und Taiwan beruhte, mit der Abwicklung der alten, unter Mao geschaffenen Industrien im Nordosten einher. Dies erklärt auch teilweise, warum China, anders als Deutschland, Japan oder Korea in den Nachkriegsjahren, während mehrerer Jahrzehnte rasanten Wachstums nahezu gar keine Reallohnsteigerungen verzeichnete.

Zweitens basiert Chinas Wachstum nicht nur auf arbeitsintensiver Fertigung. Seine geringen Lohnkosten haben es dem Land erleichtert, in einem breiten Spektrum von Industriezweigen – von der Textil- und Spielzeugproduktion bis hin zur Herstellung von Autos und Computern – konkurrenzfähig zu werden. Die Übernahme arbeitssparender Innovationen durch Unternehmen in Entwicklungsländern, und eben auch in China, hat zur Folge, dass der Anteil der Industrie an der Gesamtbeschäftigung bei jeder neuen Gruppe sich industrialisierender Länder geringer ausfällt. Und das bedeutet: Nicht nur hat China in den älteren Industrien Arbeitsplätze verloren, gemessen am Produktionsausstoß haben auch die neuen Industrien weniger Arbeitskräfte absorbiert.

Im 19. Jahrhundert, als England noch die Werkbank der Welt war, waren 95 Prozent der Menschen Bauern. Heute, da die übergroße Mehrheit der Weltbevölkerung in ihrer Existenz vom Weltmarkt abhängig ist, bedeutet die Fähigkeit eines einzelnen Landes, den Bedarf aller anderen abzudecken, den Ruin – sowohl derer, die zur Dämpfung der Exportpreise in Armut gehalten werden müssen, als auch jener Massen, deren Arbeitskraft nicht länger benötigt wird, die aber auch über keine eigenen Mittel zum Überleben mehr verfügen. In diesem Kontext kann die verbliebene Weltbauernschaft auch nicht mehr als Hebel der Modernisierung dienen, das heißt als Quelle von Arbeitskraft wie Marktnachfrage, die für eine

37 Vgl. Erin Lett/ Judith Banister, Chinese Manufacturing Employment and Compensation Costs: 2002-2006, *Monthly Labor Review* 132 (2009), 30.

beschleunigte Industrialisierung erschlossen werden könnte. Sie wird zu einem reinen Überschuss. Das gilt für Indien und das subsaharische Afrika – *und für China.*

Zusammenfassung

Es ist heute viel von einem »Aufschwung ohne Arbeitsplätze« die Rede, aber wenn das »allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation« gelte, müsste dies tendenziell ein Charakteristikum aller kapitalistischen Aufschwünge darstellen. Die Tendenz »reifer« Industrien zur Freisetzung von Arbeitskraft erleichtert zwar eine erweiterte Reproduktion, verfestigt aber zugleich einen Bevölkerungsüberschuss, der durch die folgende Expansion nicht mehr absorbiert werden kann. Grund dafür ist die modifizierte Anwendung arbeitssparender Technologien quer durch die Produktionszweige hindurch: Bei der Herstellung neuer Produkte kommen meist die innovativsten Verfahren zum Einsatz. Doch während Prozessinnovationen bleibend sind und sich in neuen wie alten Zweigen durchsetzen, sind Produktinnovationen von Natur aus nur begrenzt in der Lage, einen Nettozuwachs an Produktion und Beschäftigung hervorzubringen. Das Problem besteht hier nicht nur darin, dass Produktinnovationen immer schneller auftreten müssen, um den durch Prozessinnovationen freigesetzten Überschuss aufzufangen – vielmehr beschleunigt gerade ihr immer schnelleres Auftreten wiederum die Prozessinnovationen.[38]

38 Vgl. Anm. 26.

Doch wenn das »allgemeine Gesetz« aus den oben gezeigten Gründen während großer Teile des 20. Jahrhunderts außer Kraft gesetzt war, lässt sich das gegenwärtige Wachstum einer globalen Masse von Unterbeschäftigten nicht darauf zurückführen – zumindest nicht in einem schlichten Sinn, dass es sich nun wieder geltend machen würde. Denn die Entwicklung des Überschusskapitals verzerrt die von Marx beschriebene Entwicklung der überschüssigen Arbeitskraft, und dies nicht nur wie oben beschrieben. Vor allem konnte das überschüssige Kapital, das sich in den letzten dreißig Jahren auf den internationalen Geldmärkten aufgestaut hat, bestimmte Tendenzen zur absoluten Verelendung verdecken, indem es eine wachsende Privatverschuldung in der Arbeiterklasse gefördert

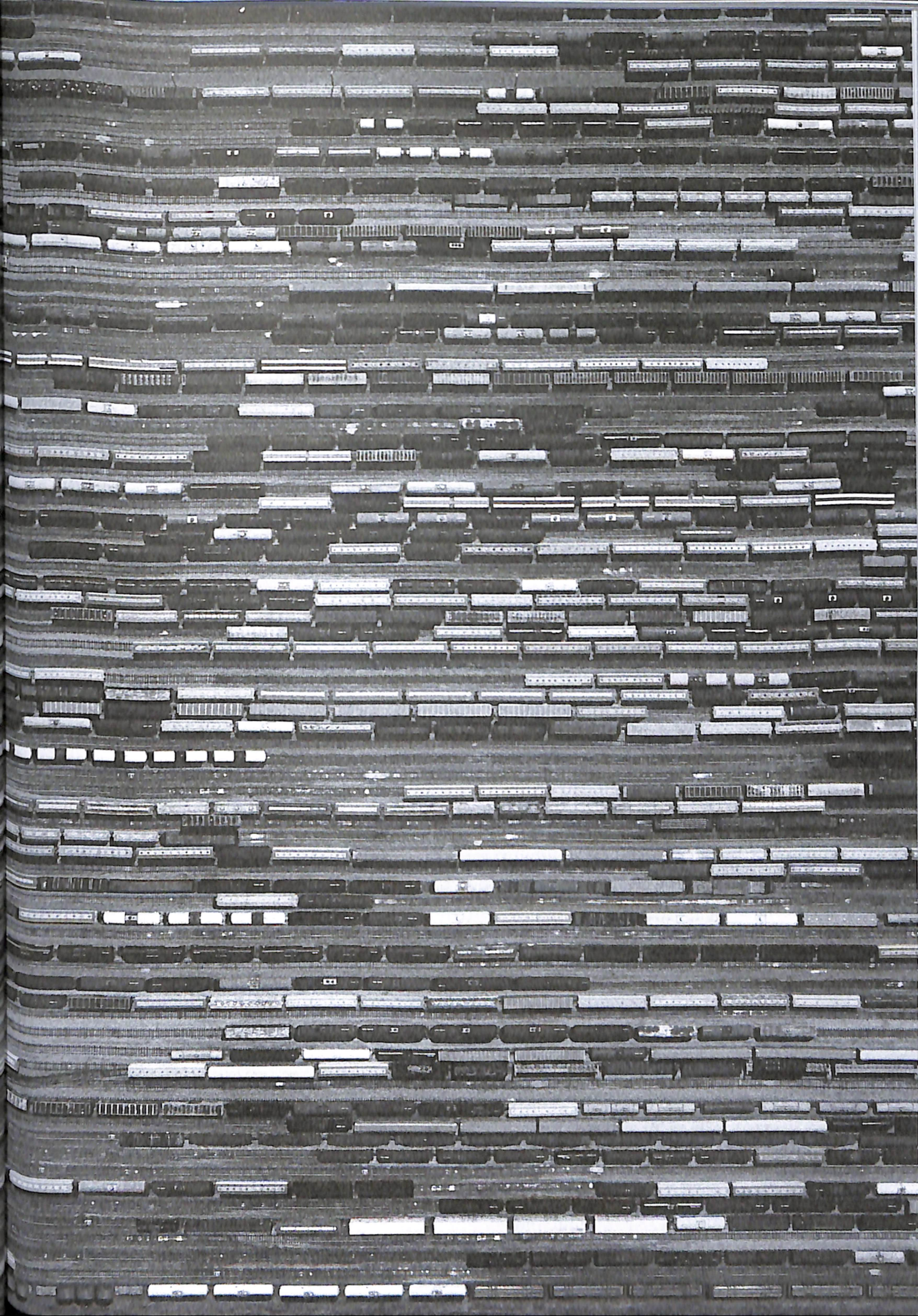
hat. Dies verhinderte zwar einen völligen Einbruch der globalen Nachfrage, blockierte aber zugleich jeglichen Aufschwung, der nur durch die »Vernichtung von Kapital« und die »Freisetzung von Arbeitskraft« hätte ermöglicht werden können. Doch während eine Entwertung von Anlagen einen neuen Investitionsschub ermöglichen könnte, muss die Entwertung von Arbeitskraft in diesem Zusammenhang zu wachsender Überschuldung von Verbrauchern und weiteren finanziellen Zusammenbrüchen führen. Daher ist heute nicht nur fraglich, ob der Aufschwung Arbeitsplätze schafft, sondern ob er überhaupt von Dauer sein kann.

In den kommenden Jahrzehnten könnte es zu einer Kette von Zusammenbrüchen kommen, sofern die Staaten nicht den globalen Deflationsdruck bewältigen, oder zu einem langen allmählichen Niedergang. Wir neigen nicht zu Katastrophismus, aber wir warnen davor, zu vergessen, dass sich die Geschichte mitunter in unberechenbarer Weise beschleunigt. Wie auch immer: Die Katastrophe, die wir erwarten, ist keine Zukunftsmusik, sondern bloß die Fortsetzung der grauenvollen Entwicklung der Gegenwart. Schon jetzt haben wir Jahrzehnte wachsender Armut und Arbeitslosigkeit hinter uns. Wer meint, dass es in den noch industrialisierten Ländern halb so schlimm sei, dass die Leute ruhig bleiben werden – kurz: dass das Proletariat gleichgültig gegenüber seinem Elend geworden sei –, dessen Einschätzung wird in den kommenden Jahren, wenn der Verschuldungsgrad sinkt und die Haushaltseinkommen ihren Abwärtstrend fortsetzen, auf den Prüfstand kommen. So oder so kann ein riesiger Teil der Weltbevölkerung die überdeutlichen Anzeichen der Katastrophe gar nicht mehr leugnen. Jede Frage nach der Absorption dieser überschüssigen Menschen ist zu den Akten gelegt worden. Sie existieren nur noch als Zielscheibe staatlicher Maßnahmen: Ausgesondert in die Gefängnisse, marginalisiert in Ghettos und Lagern, diszipliniert durch die Polizei und vernichtet durch Kriege. ■

Endnotes

Zuerst erschienen in *Endnotes* 3 (2010), online abrufbar unter: endnotes.org.uk. Der Text wurde für den Abdruck gekürzt, die vollständige deutsche Fassung findet sich auf unserer Website.





MOLOCH UND HEILSBRINGER

ZUR GESCHICHTE UND KRITIK DES SOZIALSTAATS

Der Sozialstaat hat eine denkwürdige Karriere hingelegt: Von den ersten Fabrikgesetzgebungen bis zur umfassenden Sicherung fast der gesamten Bevölkerung in den meisten europäischen Staaten hat er eine unübersehbare Schar von Freunden und Bewunderern um sich versammelt. Von linken Reformisten über vernünftige Liberale, von Gewerkschaftern und anderen Keynesianern bis zu nüchternen Staatsmännern ist man sich eigentlich einig: Der Sozialstaat ist gut für die gesamte Gesellschaft und gehört – je nach Couleur im entsprechenden Rahmen – fest verankert. Da erstaunt es auch wenig, dass er es bis in die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 geschafft hat: »Jeder hat das (...) Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.«[1] Doch seit den 1980er Jahren ist der Sozialstaat immer wieder weitreichenden Angriffen und Umwandlungen ausgesetzt. Sein kontinuierlicher Ab- und Umbau sorgt dafür, dass Linke alten Zeiten nachtrauern.[2] Angesichts mangelnder praktischer Alternativen zeitigt der Abbau tatsächlich verheerende Folgen für die Proletarisierten. Vor diesem Hintergrund scheint eine Kritik des Sozialstaates geradezu zynisch. Und doch bleibt eine Kritik der gesellschaftlichen Funktionen des Sozialstaates wie auch der Illusionen über ihn wichtig, gerade wenn man sich die politischen Mythen bis weit in die »radikale Linke« hinein anschaut.

Eine weitverbreitete Legende der etatistischen Linken besagt, dass eine antikapitalistische Bewegung der Arbeiterklasse dem Kapital in harten Kämpfen Schritt für Schritt den heutigen Sozialstaat abringen und damit die Ausbeutung und die Herrschaft des Kapitals graduell reduzieren konnte. Man müsse auf diesem Wege nur weiter schreiten, um dann irgendwann beim Sozialismus zu landen. Das war der Weg, den sich die Reformisten ausmalten. Von diesen gab es aus guten Gründen lange Zeit nur noch wenige, doch seit einigen Jahren erleben sie mancherorts eine kleine Renaissance. Es sei nur an die Wahlerfolge von Parteien links der klassischen Sozialdemokratie erinnert, etwa in Deutschland oder kürzlich in Griechenland und Spanien. Ausgerechnet in Zeiten, in denen die Krise Reformen in engste Grenzen bannt, repräsentieren sie eine Lösung, die schon immer an die Konjunktur gebunden und bezogen auf

1 Vereinte Nationen, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 1948, Artikel 25.

2 Aus Sicht der Betroffenen sind die Kürzungen ein direkter Eingriff in ihre Lebensbedingungen. In Bezug auf die Funktionalität für das Kapital handelt es sich aber eher um einen Umbau, in welchem repressive Eingriffe Funktionen übernehmen, die vormals über Sozialleistungen gewährleistet wurden. Außerdem kann man feststellen, dass die Sozialleistungsquote – das Verhältnis von Sozialleistungen zum Bruttoinlandprodukt – seit den 1980er Jahren in den meisten Ländern nicht gesunken, sondern im Gegenteil angestiegen ist; an der europäischen Südperipherie und Irland massiv. Schweden, wo die Quote von 1995 bis 2011 um rund 4 Prozent reduziert werden konnte, stellt dabei neben Norwegen und Finnland eine der wenigen europäischen Ausnahmen dar.

ihr proklamiertes Endziel illusorisch war. Es wäre angesichts der Anforderungen des Kapitals in der Krise erstaunlich, wenn diese Kräfte mehr als eine Legislaturperiode in regierenden Positionen überdauern könnten, ohne sich vollends vor ihren Wählern und sich selbst zu blamieren. Sie hantieren meist nicht mal mehr mit den Sozialismusphrasen ihrer historischen Vorläufer, sondern belassen es bei der Beschwörung einer Abmilderung sozialer Härten. Ihr staatsbürgerliches Bewusstsein ist so ausgeprägt, dass es statt eines allmählichen Hinüberwachsens in den Sozialismus bereits »gute Arbeit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit«[3] tut. Diese Kräfte, denen sich in jüngerer Vergangenheit auch einige vermeintlich radikale Denker angeschlossen haben, scheinen als Farce wiederholen zu wollen, was die Sozialdemokratie Anfang des 20. Jahrhunderts als Tragödie durchgemacht hat. Dabei wird ihnen auch von manchen vermeintlich »revolutionären Marxisten« sekundiert, die die »Errungenschaften der Arbeiterklasse« gegen ihre nur zu oft sozialdemokratisch flankierte Demontage in den Formen der bürgerlichen Politik verteidigen wollen. Diese Traditionskommunisten wollen partout nicht einsehen, dass ihre grandiose Dialektik von Reform und Revolution im Zeitalter der faktischen Konterreformen und tiefgreifenden Krise endgültig zum Erliegen gekommen ist, aber eben schon seit Anbeginn die traditionelle Arbeiterbewegung und den Großteil der Arbeiter gerade nicht aus dem Kapitalverhältnis hinaus, sondern im Gegenteil immer tiefer in den Sozialstaat und die bürgerliche Gesellschaft hineingeführt hat.[4] Erstaunlich ist diese Perspektive allerdings kaum: Nüchtern betrachtet bedeutete und bedeutet die Vorstellung der meisten Freunde des traditionellen Weges ohnehin nicht viel mehr als eine Ausdehnung des Staates auf alle gesellschaftlichen Sphären.

3 Das Zitat aus dem Programm der Linkspartei beschreibt das Wesentliche ihres »demokratischen Sozialismus«, von den Vorstellungen kleiner Fraktionen abgesehen.

4 Interessant wäre gerade zu sehen, wie die Reformen erkämpft wurden und welche Momente über sie hätten hinausweisen können

Gleichzeitig haben sich vor einigen Jahren in Europa – insbesondere an der Südperipherie – soziale Bewegungen gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen erhoben. Diese außerparlamentarischen Kämpfe sind notwendig, um sich gegen die drohende und bereits durchgesetzte Verelendung durch die Austeritätspolitik zu wehren, und eine Beteiligung von Sozialrevolutionärinnen ist nicht nur deshalb angezeigt, weil sie selber davon betroffen sind. Sie einfach als reformistisch abzutun, ginge an der Sache vorbei. Reformismus ist

ein politisches Programm; die Kämpfe sind erstmal Schritte der Selbstverteidigung gegen die Angriffe von oben und Ausdruck des Interesses an einem besseren oder wenigstes nicht schlechteren Leben. Und es ist nicht ausgeschlossen, dass sie sich radikalisieren und in einer Verallgemeinerung von der Staatsorientierung lösen können, die ihnen die Umstände aufzwingen. Sie dagegen parlamentarisch auszufechten, wie das einige der klassischen Parteikommunistinnen beabsichtigen, ist angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage nicht nur zum Scheitern verurteilt; es ist auch geeignet, um außerparlamentarische Kräfte zu integrieren und Interessenkämpfe auf die staatlichen Verkehrsformen zu beschränken.

Illusionen und Grenzen

Die üblichen Vorstellungen großer Teile der radikalen und nicht so radikalen Linken erweisen sich als schlichte Illusionen. Der Sozialstaat ist keine neutrale über den streitenden Parteien thronende Instanz, in die man eintreten kann, um parlamentarisch für die Interessen der Proletarisierten zu streiten, ohne die Austragung des gesellschaftlichen Konflikts zu kanalisieren und zu entschärfen. Er ist aber auch kein Instrument der herrschenden Klasse, das diese zum Betrug an den Arbeitern einsetzen. Wer von einem solchen instrumentalistischen Verständnis ausgeht, der kann nicht erklären, warum der Staat Teile der offiziellen Arbeiterbewegung an seiner Ausgestaltung beteiligt und warum er auch gegen die mächtigsten Kapitalfraktionen – sowie in besonderen Situationen gegen die Maßlosigkeit des Kapitals als Ganzes – im Namen des »Allgemeininteresses«[5] vorgeht, was auch die sozialstaatliche Absicherung der Arbeitskräfte beinhaltet. Es bleibt grundsätzlich im Unklaren, warum sich die kapitalistische Herrschaft von der direkten politischen Machtausübung der herrschenden Klasse unterscheidet, sich von der Gesellschaft besondert und die spezifische Form des bürgerlichen Staates annimmt. Wer den Staat im Umkehrschluss als zumindest halbwegs neutrale Instanz betrachtet, versteht nicht, wie sich die Reproduktion des Kapitalverhältnisses durch ihn notwendig vermittelt; wieso er also die Aufrechterhaltung der Gesellschaft zum Inhalt hat. Weil der Staat im Namen der Stabilität und Reproduktion des Kapitalismus in den Produktionsprozess eingreift und dem

5 Das staatlich organisierte »Allgemeininteresse« bedeutet in seiner Absehung von partikularen Interessen das Interesse an der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft als Existenzgrundlage aller; als Bedingung der Einkommensquellen Lohn, Profit und Rente oder gleich der Sozialleistungen. Dieses Interesse erheben die vereinzelten Einzelnen in partieller Absehung und beständigem Konflikt mit ihrem partikularen Interesse in dieser Gesellschaft zu ihrem Anliegen.

Kapital Zwangsgesetze aufherrscht – von den Fabrikgesetzen bis zum Gesamtarbeitsvertrag –, erzeugt er die Illusion einer Klassenneutralität. Aber es ist gerade dieses allgemeine Interesse an der Reproduktion der kapitalistischen Verhältnisse, das die Reproduktion der Klassenverhältnisse einschließt und den Staat zum Staat des Kapitals macht.

Diese kapitalistischen Verhältnisse bedeuten immer Ausbeutung und Produktion von Mehrwert und damit Akkumulation von Reichtum auf Seiten des Kapitals und relative – wie auch immer wieder absolute – Armut auf Seiten der Proletarisierten. Dieses Klassen- und Ausbeutungsverhältnis wird in der kapitalistischen Gesellschaft aber mystifiziert. Das Geheimnis der Selbstverwertung des Kapitals löst sich nicht von selbst auf in »seine Verfügung über ein bestimmtes Quantum unbezahlter fremder Arbeit«[6]. Es scheint, als würde das Kapital die Fähigkeit besitzen, aus sich heraus Mehrwert zu schaffen. »Aber das Kapital ist kein Ding, sondern ein bestimmtes, gesellschaftliches, einer bestimmten historischen Gesellschaftsformation angehöriges Produktionsverhältnis, das sich an einem Ding darstellt und diesem Ding einen spezifischen gesellschaftlichen Charakter gibt.«[7] Das gesellschaftliche, durch die menschliche Praxis hergestellte Verhältnis verschwindet hinter der sachlichen Form. Auf der Oberfläche der Gesellschaft stellen sich statt des wirklichen Zusammenhangs von Kapital, Grundeigentum und Arbeitskraft drei bloß auf sich selbst bezogene dingliche Quellen des Wertes dar: die berühmten Produktionsfaktoren Kapital, Boden und Arbeit. Tatsächlich aber sind Kapital, Grundeigentum und Arbeitskraft bloß die Einkommensquellen ihrer Besitzer: Profit oder Zins für die Kapitalisten, Grundrente für die Grundbesitzer und Lohn für die Arbeiterinnen. In dieser Dreifaltigkeit, die Marx als die trinitarische Formel bezeichnete, versteckt sich ein Geheimnis der Sozialpartnerschaft und der Integration der Arbeiterklasse. Weil die Ausbeutung der Arbeiter als einziger Ursprung des Mehrwerts aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein verschwindet und an deren Stelle drei unabhängige Quellen erscheinen und weil eine dieser Quellen, neben dem Sozialstaat, tatsächlich die einzige Einkommensressource der Proletarisierten ist, können die Arbeiter als gleichberechtigter Teil der nationalen »Produktionsgemeinschaft« innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft

6 Karl Marx, Das Kapital. Erster Band, MEW 23, 556.

7 Karl Marx, Das Kapital. Dritter Band, MEW 25, 822.

anerkannt und durch ihre offiziellen Vertreter – Gewerkschaften und »Arbeiterparteien« – in den Staat integriert werden. Die offiziellen Gewerkschaften werden zu Teilnehmern an paritätischen Kommissionen, deren Zweck es ist, die dennoch auftretenden Klassenkämpfe in eine kompromissfähige Form umzuleiten. Dieser Integration folgt mit wenigen Ausnahmen eine Transformation der ehemals an die Arbeiterklasse gebundenen Parteien in Volksparteien, die sich zumindest virtuell um Teile des Kuchens balgen, letztlich aber immer eine bestimmte Verwertungsperspektive für das Kapital repräsentieren. In diesem Prozess verschwindet der gesellschaftliche Antagonismus: an seiner Stelle erscheint nur noch der von den politischen Parteien vertretene Interessenpluralismus.

Der Staat als der große Umverteiler erscheint in diesem Konflikt als eine neutrale Vermittlungsinstanz. Doch was er überhaupt umverteilen kann, das entscheidet sich in der Produktion. Nicht bloß muss das, was zu verteilen ist, erstmal hergestellt werden, es kann zudem lediglich das umverteilt werden, was das Kapital nicht zu seiner erweiterten Reproduktion benötigt. Nur was nicht als Profit wieder in die Produktion investiert werden will und muss, das kann er verteilen. »Was (…) der arbeitenden Bevölkerung zufällt, muss genug sein, um sie zu reproduzieren; und was der kapitalistischen Klasse zufällt, muss genug sein, um die gesellschaftlichen Strukturen zu erhalten«[8]. Der Zwang zur erweiterten Reproduktion geht der Verteilung immer schon voraus und führt die Vorstellung eines beliebig zu verteilenden Kuchen ad absurdum. Gerade in der Krise werden die Spielräume zur Umverteilung gering: Wo die Profitraten nicht mehr ausreichen, um das Kapital auf erweiterter Stufenleiter zu reproduzieren, kann der Staat ihm nicht zusätzlich Gelder entziehen.[9] Hier kommt es teilweise gerade zu einer umgekehrten Verteilung: Sozialausgaben und Arbeitsprogramme dienen dann direkt oder indirekt der Profitabilität von Einzelkapitalen. Das zeigt sich an direkten Lohnsubventionen, aber auch an den *Working Poor*, die neben ihren kärglichen Löhnen auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Der Sozialstaat subventioniert damit bestimmte Unternehmen, indem er die Differenz zwischen Lohn und dem zum Leben Notwendigen bezahlt und damit die Lohnkosten für die betroffenen Unternehmen senkt.

8 Paul Mattick, Marx und Keynes. Die Grenzen des »gemischten Wirtschaftssystems«, Frankfurt am Main 1971, 126.

9 Dieses Problem stellt sich ganz grundsätzlich. Der Staat kann – mit Ausnahme warenproduzierender Staatsbetriebe – den Mehrwert nicht erschaffen, er kann ihn lediglich zwischen den Einzelkapitalen umverteilen oder kurz- und mittelfristig auf zukünftige Profite vorgreifen. Da sein Defizit aber letztlich durch die private Produktion gedeckt werden muss – er kann sich nicht unendlich an den Finanzmärkten refinanzieren, wie wir heute in aller Deutlichkeit sehen –, läuft dieses Spiel darauf hinaus, dass der Staat lediglich mit der einen Hand geben kann, was er mit der anderen nimmt.

Der Sozialstaat bedeutet immer schon Trennung und er bedeutet auch Stigmatisierung und Ausgrenzung; insbesondere für die wachsende Zahl von Menschen, die vom Kapital längerfristig nicht mehr benötigt werden. Ihnen gelingt es nicht mal mehr, Ansprüche an den Staat ideologisch zu rechtfertigen; sie sind deshalb auf »Almosen«, natürlich kombiniert mit strenger Disziplinierung, angewiesen. Oberhalb dieser Stigmatisierten verdoppelt der Staat die Segmentierung der Klasse in Lohnstufen, indem er die Arbeitslosengelder direkt an die vorherige Lohnhöhe koppelt. Diese Leistungen erscheinen in der allgemeinen Vorstellung als eine gerechte und konsensuale Absicherung und als Konsumtion der vorher selber im Sozialstaat angesparten Beträge: Die Fortsetzung der Illusion der Lohnform als Preis der Arbeit[10] in einen «Versicherungsfetisch» (Wildcat), legitimiert durch die zuvor geleistete Arbeit der Bezieher. Diese Koppelung besteht nach wie vor, wird seit einer Weile aber tendenziell in Frage gestellt: So etwa in der Schweiz, Frankreich oder Deutschland, wo die Frist bis zur Sozialfürsorge, die nicht mehr an das vorherige Einkommen gekoppelt ist, verkürzt wurde. Diese Tendenz ist, wie auch die an Fahrt gewinnende Diskussion um das »bedingungslose Grundeinkommen«, ein Zeichen dafür, dass ein bestimmter Modus der Integration der Arbeiter in Frage gestellt wird.[11] Es braucht neue Formen, die die alte Vorstellung vom lebenslangen Job in stabilen Verhältnissen mit sozialstaatlicher Absicherung ersetzen können. Das auch bei Linken beliebte Modell des »bedingungslosen Grundeinkommens« dürfte – wenn es denn tatsächlich eingeführt würde – nicht mehr sein als eine generalisierte staatliche Elendsverwaltung. Seine flächendeckende Einführung dürfte die Querfinanzierung von Löhnen unter dem Existenzminimum ausweiten, wie man sie schon heute bei den »Working Poor« beobachten kann.

Solange die proletarische Revolution nicht auf der Tagesordnung steht, bleiben die Proletarisierten von Sozialstaat und Kapital abhängig.[12] Der Sozialstaat sichert das Überleben von Proletarisierten aber natürlich nicht einfach in deren Interesse, sondern vermittelt dies wo immer möglich mit Anforderungen des Kapitals und der staatlichen Raison. Sozialstaatliche Abfederung bedeutet immer auch Disziplinierung; staatlich finanzierte Behausungen zum Beispiel werden in nützlicher Nähe zu

10 Der Form des Lohnes ist es zueigen, so zu erscheinen, als würde die Arbeit selbst bezahlt. Nur so kann man überhaupt auf die Idee von einem »gerechten Lohn« kommen, wie sich das die Gewerkschaften in der Regel auf die Fahnen schreiben. In Wirklichkeit wird mit dem Lohn die Ware Arbeitskraft gekauft, die in ihrer Betätigung den Mehrwert hervorbringt, also Waren produziert, deren Wert über den Ausgaben des Unternehmens liegen.

11 Es wird weiter unten Thema sein, aber dieser Integrationsmodus sah vor, dass man lebenslang in relativ stabilen Verhältnissen schuftete und in den möglichen kurzen Phasen dazwischen vom Sozialstaat auf gewohntem Niveau getragen wurde. Dieser Modus, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den Metropolen etablierte, wurde von den Bewegungen um das Jahr 1968 von unten und mit der Krise in

Arbeitsplätzen errichtet und so gestaltet, dass sie eine Kontrolle der Bewohner erlauben. Diesen Zusammenhang muss man betonen, doch das grundsätzliche Problem der Abhängigkeit vom Sozialstaat wird keine noch so gut gemeinte, aber letztlich naive Aufklärung über den wahren Charakter des Sozialstaates oder die richtigen Argumente zur trinitarischen Formel überwinden können; dieses Problem kann nur eine greifbare Perspektive der radikalen Neuorganisation der gesamten Gesellschaft lösen.

den 1970er Jahren und den politischen Angriffen ab den 1980er und 1990er Jahren von oben aufgekündigt.

12 Das ist der materielle Kern der Ideologie des nationalen Standortes. Es ist deshalb abgesehen von der ganzen ideologischen Verkleisterung kein Wunder, dass sich in praktisch allen Abstimmungen der jüngeren Geschichte der Schweiz das Bewusstsein des nationalen Standorts als Grundlage von Staat und Wirtschaft durchgesetzt hat.

Disziplinierung und Reproduktion der Arbeitskräfte

Um die gängige Vorstellung über den Sozialstaat zu kritisieren und seine Funktion für das Kapital zu zeigen, muss man in der Geschichte einige Jahrhunderte zurückgehen. Wie Karl Marx im Kapitel über die »sogenannte ursprüngliche Akkumulation« im Kapital nachzeichnet, steht am Anfang des Kapitalismus wesentlich die gewaltsame Trennung der Massen von Grund und Boden und damit von ihrer Existenzgrundlage. Dazu tritt Repression, um diese Enteigneten in die Lohnarbeit zu zwingen. Was heute in Schulbüchern und vom Volksmund gemeinhin als selbstverständlich ausgegeben wird, musste den Betroffenen erst gewaltsam beigebracht werden. Die aus ihren Lebensbedingungen Gerissenen wollten sich einerseits nicht einfach einer neuen Disziplin unterwerfen, noch konnten sie in ihrer schieren Masse nahtlos von der Manufaktur absorbiert werden. »Sie müssen erst gezwungen werden zu den vom Kapital gesetzten Bedingungen zu arbeiten. Der Eigentumslose ist mehr geneigt, Vagabund und Räuber und Bettler als Arbeiter zu werden.«[13] Was Marx als das Problem der Proletarisierung auffasste, steht also am Anfang des Kapitalismus. Ab dem 16. Jahrhundert wurden zudem Arbeitshäuser geschaffen, die aus herumziehenden Armen disziplinierte und ökonomisch nutzbare Untertanen machen sollten. Diese Eingriffe des Staates nehmen eine wesentliche – hier offen repressiv gelöste – Funktion des Sozialstaates vorweg: die Regulierung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeiterinnen. Oder hier noch direkter: die Integration der Proletarisierten in die kapitalistische Gesellschaft. Entsprechende staatliche Eingriffe sind eine Konstante des Kapitalismus von seinen blutigen Anfängen bis ins 21. Jahrhundert. Was der Staat etwa in England

13 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 42, 631.

seit Ende des 15. Jahrhunderts gegen die enteigneten Teile der Landbevölkerung blutig durchsetzte, wurde zunehmend differenziert und angepasst, aber seine integrativen Aufgaben blieben wesentlich, wenn sie auch zwischenzeitlich eher über Sozialprogramme als über Blutgesetze organisiert wurden.

Das Problem der Proletarisierung wird zwar durch Erziehung, Tradition und Gewohnheit entschärft sowie durch die einmal etablierten Formen und die Erscheinungsweise des Kapitalismus sozusagen selbstlegitimiert, sodass die Lohnarbeit die normale, gängige Perspektive für den doppelt freien Arbeiter wird. Aber das Problem der beständigen Proletarisierung ist nicht aufgehoben. Es steht nicht fest, inwieweit sich die Arbeiterinnen zu den jeweils herrschenden und sich verschlechternden Bedingungen in den Arbeitsprozess integrieren lassen. Mit dem Kauf der Arbeitskraft ist längst noch nicht die Intensität und Art und Weise der Arbeit festgelegt. Es ist nicht garantiert, dass die Umwandlung der lebendigen Arbeiter in Arbeitskraft nach dem Kaufakt auch reibungslos funktioniert. Momente täglicher proletarischer Renitenz, die nur schwer zu fassen sind, zeigen neben organisierter Gegenwehr die Mühen dieser Transformation. Das Problem bildet sich aber auch in den staatlichen Maßnahmen und Statistiken bezüglich »Sozialschmarotzern« oder »Kleinkriminellen« ab, die sich der Lohnarbeit entziehen. Außerdem wird aktuell gerade in der Krise die Fähigkeit des Kapitals, die Arbeitskräfte zu absorbieren, zusehends in Frage gestellt – die vielerorts steigenden Arbeitslosenzahlen legen davon ebenso Zeugnis ab wie die Masse derjenigen, die ganz aus den Arbeitslosenstatistiken fallen.

In der Durchsetzung des Kapitalismus seit dem späten Mittelalter kannte der Staat Zwangsgesetze zur Verlängerung des Arbeitstages. Seit der Entstehung der großen Industrie wurde der Arbeitstag zunächst immer weiter verlängert, nachdem er bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts bereits auf 12 Stunden und mehr ausgedehnt worden war. Der Heißhunger des Kapitals nach absolutem Mehrwert[14] – den die einzelnen Kapitalistinnen als Personifizierungen des Kapitals teilen, der ihnen aber auch durch die Gesetze der Konkurrenz aufgezwungen wird – bedrohte dabei die physische Reproduktion der Arbeitskraft, geriet so zu sich selbst in Widerspruch und rief Widerstände

14 Die Erhöhung des absoluten Mehrwert erfolgt durch die Verlängerung des Arbeitstages, während die notwendige bezahlte Arbeitszeit gleich bleibt. Relativer Mehrwert bedeutet die Verkürzung der notwendigen bezahlten Arbeitszeit durch Erhöhung der Produktivität und der damit verbundenen Verbilligung der zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Lebensmittel; ein Arbeiter produziert dann an einem gleichlangen Arbeitstag mehr Mehrwert.

15 Marx, Kapital. Erster Band, 320.

16 Die Steigerung des absoluten Mehrwerts, also die Verlängerung der Arbeitszeit, bleibt ein wichtiges Mittel, um mehr aus den Arbeitern herauszupressen. Für das Einzelkapital stellt dies ein wichtiges Mittel im Konkurrenzkampf dar. Für einen nationalen Standort kann es eine Form darstellen, um – vermittelt über die Arbeitszeitverlängerung durch die Einzelkapitale – zu versuchen, die not-

vor allem der Arbeiter hervor. Dies führte dazu, dass die Arbeiterklasse, um sich gegen ihre Vernichtung zur Wehr zu setzen, dazu übergehen musste, sich zu organisieren und Hindernisse gegen diese maßlose Tendenz zu errichten. »Zum ›Schutz‹ gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen.«[15] Die Entstehung der Gewerkschaften und des Sozialstaats gibt diesem Prozess eine Verlaufsform. Hier kommt neben der Verregelung des Verhältnisses von Kapital und Arbeitern eine weitere wesentliche Funktion des Sozialstaates ins Spiel: Die Sicherung der Reproduktion der Ware Arbeitskraft und damit auch der Arbeiterinnen. Die Durchsetzung dieser Funktion ist aber nicht einfach ein sukzessiver Fortschritt, der dem Kapital von außen aufgeherrscht oder aber von den Kapitalisten beschlossen wird, sondern ein umkämpfter Prozess, der von verschiedenen, auch klassenübergreifenden, Koalitionen sowie von Rückschlägen geprägt ist.

Die Ausdehnung des absoluten Mehrwerts wurde vom Kapital so intensiv betrieben, dass ein Eingreifen des Staates, erwirkt durch die Klassenkämpfe, unumgänglich wurde, um die schlichte Zerstörung der Arbeitskraft zu verhindern. So setzte etwa das Fabrikgesetz von 1833 in England einen Arbeitstag von 12 Stunden fest – vorerst allerdings nur für Jugendliche. In der Folge etablierten sich in den metropolitanen Staaten zunehmend solche Gesetze gegen die übermäßige Vernutzung der Arbeitskräfte. Dadurch wurde das Kapital gezwungen, vor allem zur Ausdehnung des relativen Mehrwerts überzugehen, wenn auch die Verlängerung des Arbeitstages nach wie vor eine wichtige Option bleibt.[16] Dieser tendenzielle Übergang von der Erweiterung der absoluten zur Ausdehnung der relativen Mehrwertproduktion ist gleichbedeutend mit der Ablösung der formellen Subsumtion durch die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Der Arbeitsprozess wird nicht mehr bloß so, wie er bereits existiert, dem Kapital untergeordnet. Das Kapital geht dazu über, eine ihm entsprechende Gestalt der Produktion zu schaffen, um die Produktivkraft und damit den relativen Mehrwert zu steigern.[17]

wendige Rentabilität wieder zu erreichen. Es ist kein Zufall, dass im maroden Griechenland die längsten Arbeitstage von ganz Europa gemessen werden. Die Wochenstunden hatten dort bis zum offenen Krisenausbruch 2008 stetig abgenommen, steigen aber seither an. Diese Entwicklung lässt sich auch in Spanien beobachten.

17 Das ist kein abgeschlossenes Faktum, sondern ein beständiger Prozess. So wurden im so genannten Fordismus die Formen der Produktion enorm dem Kapital angepasst, etwa durch Fliessbandproduktion und tayloristische Arbeitsorganisation. Zudem wurde die Herstellung der Konsumgüter der Arbeiter fast gänzlich kapitalistisch organisiert, was sie verbilligte und damit zur Ausdehnung des relativen Mehrwerts beitrug. Andererseits gibt es Teile der Produktion in bestimmten Weltregionen und Sparten, die auch heute nur formell dem Kapital subsumiert sind.

Entstehung und Transformation des modernen Sozialstaates

Klassenkämpfe waren als Bedrohung für die bürgerliche Gesellschaft ein wichtiger Antrieb für die Etablierung des modernen Sozialstaates, auch wenn sie ihn nicht direkt hervorbrachten, wie das die Legende mancher Linker behauptet. Als etwa Otto von Bismarck nach zwei Jahrzehnten der Verhinderungspolitik in den 1880er Jahren quasi den Prototyp, den deutschen Sozialstaat, forcierte, griff er vorwiegend auf Pläne deutscher Großindustrieller zurück. Die historische Entstehung des deutschen Sozialstaates geht auf die Interessenpolitik bestimmter Fraktionen des Kapitals zurück, die ihre Pläne schon Jahre zuvor auf das politische Parkett brachten. Sie sahen neben ordnungspolitischen Vorteilen auch die Vorzüge einer erhöhten Mobilität der – vorwiegend in der Industrie tätigen – Arbeiterinnen und einer materiellen Schranke der Abwanderung der benötigten qualifizierten Arbeitskräfte. Nach Bismarck sollten die Arbeiter und Soldaten durch die staatliche Absicherung direkt an die Nation gebunden werden. Diesem »Staatssozialismus« widersetzten sich die Liberalen und plädierten stattdessen für Sozialversicherungen, wie sie schließlich auch umgesetzt wurden. Die Gewerkschaften ihrerseits bekämpften den Sozialstaat zu Beginn, da er drohte, die von ihnen autonom aufgebauten Versicherungskassen auszuhebeln. Auch die sozialdemokratische Partei setzte sich gegen den Vorstoß Bismarcks ein, obwohl sie einer staatlichen Absicherung der Arbeiterklasse zwischen zwei Konjunkturphasen nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstand, in großen Teilen von den etatistischen Ideen eines Ferdinand Lasalle durchdrungen war und die sich abzeichnende politische Integration theoretisch widerspiegelte. Diese Frontstellung ist nicht erstaunlich, war der Sozialstaat ergänzt durch das »Sozialistengesetz« doch dazu gedacht, neben der Garantie der Reproduktion der Arbeitskräfte die bürgerliche Gesellschaft vor Aufständen, aber auch Kriminalität zu schützen. So hieß es im Unfallversicherungsgesetz von 1881 offenherzig, es gehe darum, »den besitzlosen Klassen der Bevölkerung« durch »erkennbare materielle Vorteile« zu zeigen, dass der Staat auch eine »ihren Bedürfnissen und Interessen dienende Institution« sei. Es gibt dazu aufschlussreiche internationale Parallelen: In der Schweiz

etwa wurden erste Grundsteine für den modernen Sozialstaat Mitte der 1880er Jahre von unternehmerfreundlichen Linksliberalen forciert, die die Unfallversicherung von den einzelnen Betrieben – wo die Durchsetzung des Unfallschutzes schwer möglich war und die einzelnen Unternehmen stark belasten konnte – in den Staat verlagern wollten. Auch hier wehrten sich vorerst Kräfte der traditionellen Arbeiterbewegung gegen eine Aushebelung autonomer Selbsthilfestrukturen.

Es wäre aber falsch, die Sozialpolitik als ein bloßes Manöver der herrschenden Klasse oder gar als Betrug an der Arbeiterklasse zu betrachten. So war und ist das Kapital – wie sich schon in den frühen Fabrikgesetzgebungen zeigte – tatsächlich an der Reproduktion der industriellen Reservearmee interessiert, da es auf ausbeutbare Arbeitskräfte angewiesen ist. Im Staat als ideellem Gesamtkapitalisten kommt dieses Interesse, dem die Einzelkapitale in ihrem Heißhunger nach Profit in aller Regel widersprechen, zum Tragen. Dies bedeutet natürlich auch die Reproduktion der konkreten Menschen als Träger der Arbeitskraft. Damit kommt der Staat einem vitalen Bedürfnis der Arbeiterklasse entgegen, nämlich dem, nicht zwischen zwei Konjunkturphasen Hunger zu leiden und bei Invalidität gleich ganz zu verelenden. Doch in der Verstaatlichung der sozialen Absicherung liegt eine Krux für aktuelle kommunistische Positionen. Ist die »Autonomie« der sozialen Absicherung erstmal zerstört, bleibt als Garant des Überlebens außerhalb der Beschäftigungsverhältnisse nur noch der Staat. Darum wäre es heute, wie bereits bemerkt, zynisch, die Kämpfe gegen die Sparpolitik in den Krisenstaaten gleich ganz abzutun oder das in ihnen schlummernde Potential kategorisch abzustreiten; sie sind schlicht die Form, in der sich die Betroffenen ein halbwegs erträgliches Leben versprechen. Angesichts des ökonomischen Schlamassels bleibt diese Hoffnung aber wohl illusorisch, da gerade Transformation und Abbau des Sozialstaates für das Kapital notwendig geworden sind. In dieser Situation müsste in einer Verallgemeinerung der Proteste die Frage der kollektiven Reproduktion jenseits von Staat und Kapital auf die Tagesordnung gesetzt werden. Einfach gesagt, ist das nicht weniger als die Frage ums Ganze.

Die »Verstaatlichung der offiziellen Arbeiterbewegung« hat ihre Grundlagen, neben der politischen Anerkennung, im Sozialstaat. »Im gleichen Maß, wie der Staat die umfassende Klassenreproduktion übernimmt, *verstaatlicht* sich die gesellschaftliche Existenz der Arbeiter. Hierin steckt die materielle Ursache der politisch-manipulativ erzwingbaren Fixierung der Arbeiter auf die staatlichen Verkehrsformen des Kapitalismus: ihrer Zustimmung zu dem sie in Ausbeutung haltenden System.«[18] Es ist nicht erstaunlich, dass sich nach der Etablierung des Sozialstaates die Organe der traditionellen Arbeiterbewegung zunehmend in und mit diesem arrangierten und das Kampfterrain zusehends auch in die staatlichen Strukturen verlagerte. Im Sozialstaat und der parlamentarischen Auseinandersetzung wird der Klassenantagonismus entschärft und der Blick von der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums auf seine Verteilung verlagert. Diese Entwicklung beginnt in den metropolitanen Staaten je nach Land zwischen den 1880er und den 1930er Jahren. Die konkrete Umgestaltung der einmal etablierten Strukturen hängt dann neben den ökonomischen Anforderungen auch eng mit dem Kräfteverhältnis zwischen den Klassen zusammen.

Wenn man die Entwicklung der modernen Sozialstaaten etwas schematisieren möchte, gibt es bis zu den Abbautendenzen ab den 1980er Jahren drei wesentliche Phasen: Entstehung ab den 1880er Jahren bis zum Ersten Weltkrieg, meist gegen die traditionelle Arbeiterbewegung, die sich vorher diesbezüglich selber organisiert hatte; Anpassungsprozesse von 1914 bis 1945, nicht zuletzt unter dem Eindruck revolutionärer Massenbewegungen und der darauf folgenden Reaktion;[19] und schliesslich in fast allen kapitalistischen Zentren eine starke Ausweitung bis in die späten 1970er Jahre hinein.

Die generellen Linien der Entwicklung werden durch verschiedene Modelle etwas verkompliziert. Die »vergleichende Wohlfahrtsstaats-Forschung« unterscheidet heute mit dem Soziologen Gøsta Esping-Andersen zwischen dreien, die sich in Europa durchgesetzt haben: das nordisch-sozialdemokratische, das westeuropäisch-liberale und das mitteleuropäisch-konservative Modell. Esping-Anderson wurde mit einiger Berechtigung vorgeworfen, dass diese Einteilung von einem

18 Johannes Agnoli, Der Staat des Kapitals, Freiburg 1995, 40.

19 Paul Lapinski arbeitet in seinem, allerdings von einer instrumentellen Auffassung des Staates geprägten, Aufsatz »Der Sozialstaat. Etappen und Tendenzen seiner Entwicklung« (1928; Reprint Frankfurt am Main 1972) heraus, wie der Erste Weltkrieg eine wichtige Etappe des modernen Sozialstaat darstellt, da die kriegführenden Staaten auf eine massive Einmischung in die Beziehung zwischen Kapital und Arbeitern und die Befriedung der Proletarisierten angewiesen waren.

bestimmten familienzentrierten Modell absehe, das an der europäischen Südperipherie den Normalfall darstelle. Wenn man sich nicht in einer aufwendigen Kategorisierung verlieren will, muss man sich anschauen, was diesen Formen gemein ist: Sie entsprechen dem Interesse des Gesamtkapitals an einer Integration und Befriedung der Arbeiterklasse, an der fortgesetzten Reproduktion ausbeutbarer Arbeitskräfte sowie an einer Verreglementierung der Beziehung zwischen dem Kapital und den Proletarisierten.

Ökonomische Krise und die »Krise des Sozialstaates«

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte in den prosperierenden Teilen der Metropolen die Arbeiterklasse über mehr als 25 Jahre in relativ stabile Verhältnisse integriert werden.[20] Es bestanden vor allem aufgrund der weitreichenden Vollbeschäftigung außergewöhnlich günstige Bedingungen für die Erkämpfung von Reformen und Verbesserungen, so dass sich Reallöhne und sozialstaatliche Absicherung weit über dem Niveau dessen eingependelt haben, was wirklich notwendig ist für die Reproduktion der Arbeitskraft. Die Vorstellung von Vollbeschäftigung, Kühlschrank und Krankenversicherung, für die Arbeiter natürlich immer verbunden mit einem Leben in Plackerei, schien die ständige Verbesserung des Lebensstandards innerhalb des Kapitalismus zu einem gangbaren Weg zu machen und trieb mit einigen löblichen Ausnahmen eine ganze Generation von kritischen Denkerinnen in allerlei Illusionen. In der revolutionären Bewegung nach 1968 wurde dieser gesellschaftliche Konsens von unten vehement aufgekündigt. Dem folgte in der Krise, die in den frühen 1970er Jahren ihren Ursprung hat, eine noch gründlichere Aufkündigung von oben. Das Modell des »Goldenen Zeitalters«, das paritätisch von Gewerkschaft, Kapital und Staat verwaltet wurde, wurde mit den fallenden Profitraten und den entsprechenden Angriffen zunehmend in Frage gestellt. Nicht nur wurden ab den 1980er Jahren die Lohnkosten gedrückt, auch ein Ab- und Umbau des Sozialstaates und der damit verbundenen Lohnnebenkosten stand auf dem Programm. Was später von der Antiglobalisierungsbewegung und anderen Feld-Wald-und-Wiesen-Linken als neoliberale Okkupation der Politik begriffen wurde, folgte

20 Auch die Herausbildung und Erhaltung dieser gesellschaftlichen Zustände waren natürlich entgegen des bürgerlichen Mythos kein harmonischer Prozess, sondern umkämpft, auf der alltäglichen Ebene, aber auch wenn man sich etwa die Streikbewegungen der 1950er Jahre in einigen europäischen Ländern anschaut.

einer banalen Logik der kapitalistischen Akkumulation: Auf sinkende Profitraten musste entsprechend reagiert werden.

Doch die sogenannten neoliberalen Angriffe sind keineswegs die einzige mögliche Antwort auf die ökonomische Krise: Auf die tiefgreifende Depression, die am Schwarzen Donnerstag 1929 einsetzte, reagierten die metropolitanen Staaten ambivalenter. Es gab einerseits den Versuch, die durch den Sozialstaat verursachten Lohnnebenkosten zu senken. Andererseits wurden staatliche Eingriffe in die Wirtschaft forciert, die auch seinen Ausbau beinhalteten. Während etwa in Deutschland kurzfristig die sozialstaatlichen Leistungen reduziert wurden, wurden sie in den skandinavischen Ländern – in denen die traditionelle Arbeiterbewegung noch intakt und kämpferisch war[21] –, aber verspätet auch in Großbritannien und anderen europäischen Ländern ausgeweitet. In den USA entstand unter dem New Deal ein System von Sozialversicherungen, Arbeitszwang und Wirtschaftsregulierung. Dies wurde Roosevelt, der noch bis 1932 schuldenfinanzierte Staatseingriffe abgelehnt hatte, allerdings auch von einer radikalen Arbeitslosenbewegung und Millionen streikenden Arbeitern geradezu aufgezwungen. Die Feuerwehrübungen vieler Staaten entsprachen dem, was John Maynard Keynes nachträglich zu einer systematischen Theorie ausbaute. Sie ist die Grundlage für jene Sozialstaatfans, welche die staatlichen Sozialausgaben mit der ökonomischen Rationalität des Wirtschaftsstandortes in Einklang bringen und sich damit als die klügeren Staatsmänner präsentieren wollen. Keynes staatliche Wirtschaftspolitik sah eine antizyklische Intervention vor: In Stagnationsphasen soll der Staat eine Nachfrage induzieren und in Prosperitätsphasen über Steuereinnahmen wieder Gelder in den Staatshaushalt fließen lassen. Dieser schöne Plan ließ sich aber in der Realität kaum umsetzen.

Wieso reagieren die Regierungen der alten kapitalistischen Zentren anders auf die aktuelle Krise? Eine offensichtliche Differenz ist die Stärke der Gegenwehr. Es waren in den 1930er Jahren etwa die USA oder die skandinavischen Nationalstaaten, also Länder mit starken proletarischen Bewegungen, die sozialstaatliche Programme ins Werk setzten. Die schweren Rückschläge, die die Arbeiterbewegung im Zuge

21 In Schweden etwa kam es in Folge von Streiks und Firmenkonkursen zu einem Machtwechsel. Die Sozialdemokratische Partei stellte 1932 die Regierung, begann mit der Ausgrenzung der »radikalen Elemente« und legte 1936 in einer Koalition mit der Bauernpartei ein umfassendes sozialstaatliches Programm vor. In Dänemark wurde die sozialdemokratische Partei ab 1929, in Norwegen ab 1935 zur dominierenden Kraft.

22 Die Staatsschuldenquote konnte nach den 1970er Jahren in einigen Staaten zwar mittelfristig reduziert werden, aber mit dem offenen Ausbruch der Krise explodierte sie regelrecht. Staat und Kapital hatten zwischenzeitlich die Verschuldung auf die Proletarisierten abgewälzt. Einerseits im Abbau des Sozialstaates – die allerdings den reell steigenden Sozialausgaben und der Sozialquote nur mäßig entgegenwirken konnte –, andererseits durch permanente Angriffe

der Weltwirtschaftskrise etwa in Deutschland und England erlitten hatte, betrafen die Einheit und Stärke der alten proletarischen Bewegung unter sozialdemokratischer Führung in den skandinavischen Ländern kaum. Aber das erklärt nicht, warum andere Nationalstaaten wie Großbritannien später nachzogen, und noch weniger, warum die massiven Proteste an der europäischen Südperipherie nach 2008 keine Forderungen durchsetzen konnten. Die Differenzen müssen also auch woanders gesucht werden.

Die aktuelle Phase, die in der strukturellen Krise ab den 1970er Jahren ihren Ursprung hat, zeigt durch die Verschuldungsspirale der metropolitanen Staaten eindrücklich, dass eine antizyklische Politik nach den Vorstellungen von Keynes nicht umsetzbar ist. Zwar konnte die Verschuldung temporär auf die Privathaushalte abgewälzt und damit der Staat teilweise entlastet werden, aber mit dem offenen Ausbruch der Krise 2008 musste der Staat diese Schulden wieder übernehmen.[22] Man muss sich zweierlei vor Augen halten: Diese Politik war nicht in der Lage, die tiefgreifende Krise zu lösen. Sie bewegt sich nur auf der Ebene der Geldströme und ist kein Rezept für die Akkumulationsprobleme des Kapitals. Erst die Kriegspolitik und die veränderte Zusammensetzung sowie massive Vernichtung von Kapital in der Depression und im Zweiten Weltkrieg konnten die Krise der 1930er Jahre mittelfristig überwinden. Zudem waren die Staatsschulden in den 1930er Jahren wesentlich niedriger als heute: In den USA betrugen sie 1933, zu Beginn des New Deal, etwa 20 Milliarden Dollar (ungefähr 20 Prozent des Bruttoinlandprodukts), im Juni 2011 hingegen über 14 Billionen Dollar (etwa 98 Prozent des Bruttoinlandsprodukts). In vielen europäischen Ländern sieht die Situation nicht wesentlich rosiger aus.[23]

Die Nationalstaaten befinden sich in dieser historischen Situation in einem ausweglosen Dilemma: Einerseits müssten und müssen sie mit Geld eingreifen, um die Wirtschaft anzukurbeln oder wenigstens nicht ganz abschmieren zu lassen – das zeigt neben den immensen Konjunkturpaketen auch die Rettung großer Banken, die trotz aller moralischer Empörung notwendig für die nationalen Wirtschaften ist. Heute läuft diese Politik meist bloß darauf hinaus, Zeit zu gewinnen. Ande-

auf die Löhne. Diese wurden in Reaktion auf die Krise soweit abgesenkt, dass sich die Proletarisierten bei den Banken verschulden mussten. Als aber diese Kredite massenhaft zu platzen drohten, sah sich der Staat gezwungen, milliardenschwere Rettungspakete für die Finanzinstitute zu schnüren.

23 Die sogenannte Finanzkrise ab 2007 hat die Staatsverschuldung in den Euro-Ländern von rund 70 Prozent auf durchschnittlich 85 Prozent des BIP ansteigen lassen. Die Schuldenlast ist aber unterschiedlich verteilt: Die skandinavischen Länder wiesen 2011 eine Quote von 34 bis 46 Prozent auf, kontrastiert wird dies durch die sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien), in denen die Schuldenquote bis 170 Prozent beträgt. Die Schweiz gesellt sich mit 35 Prozent zu den nördlichen Ländern, während sich die großen Brocken Frankreich und Deutschland im Mittelfeld tummeln.

rerseits tut der Staat dies in einem historischen Kontext, in dem er schon massiv verschuldet ist und das Geld sowie die Aussicht auf Refinanzierung auf den internationalen Finanzmärkten dringend bräuchte, um die mit gnadenloser Sicherheit folgenden ökonomischen Abstürze abzumildern. Es ist also beides problematisch: das Sparen, weil damit die Nachfrage zusätzlich untergraben wird, aber auch das Pumpen von Geld in die Wirtschaft – auch vermittelt über die Sozialausgaben, wie das viele Linke fordern –, weil der Staat damit seine Kreditwürdigkeit aufs Spiel setzt und für sicher kommende ökonomische Verwerfungen schlecht gerüstet ist.

Neben der heute immensen Staatsverschuldung standen und stehen die Regierungen vor dem Problem, dass sie versuchen müssen, für das Kapital die notwendigen Verwertungsbedingungen gerade gegen die materiellen Interessen der Proletarisierten wiederherzustellen und zu garantieren. Wohin das geführt hat, sieht man nicht nur eindrücklich an der Südperipherie der EU. Alleine für die etwas über 8 Millionen Einwohner zählende Schweiz, immerhin laut »Allianz Global Wealth Reports« das reichste Land der Welt, rechnet der Soziologe Ueli Mäder mit rund 750.000 Armutsbetroffenen; davon leben gut 500.000 in Haushalten von *Working Poor*. Nicht nur stieg in etlichen Ländern die Arbeitslosigkeit auf ein vorher lange nicht gekanntes Maß, auch die Zunahme von prekären und temporären Jobs kennzeichnet die Entwicklung. Die Vorstellung des »Goldenen Zeitalters«, an einem regulären Arbeitsplatz bis zur wohlverdienten Pension schuften zu können und zu müssen, ist für große Teile der Lohnabhängigen passé.

Für die Staaten der europäischen Südperipherie gibt es schlicht keine Alternativen zu einem Austeritätskurs, der massenhafte Verarmung bewirkt, wenn sie ihre Nationalökonomien nicht vollständig gegen die Wand fahren wollen – ob ihnen das nicht ohnehin blüht, steht auf einem anderen Blatt. Die massiven Proteste in Griechenland, Spanien oder Portugal sind trotz ihrer teilweise unübersehbaren Stärke gerade daran gescheitert, dass für diese Länder keine alternative Verwertungsperspektive mehr besteht und sie von der europäischen Troika zwangsmässig darauf festgelegt werden. Doch auch in den sogenannten Gewinnerstaaten stehen Transformation

24 Es ist kein Zufall, dass der den regierenden Sozialisten nahestehende französische Think-Thank »En temps réel« im Januar 2014 ausgerechnet Peter Hartz, den Namensgeber der Hartz-Reformen, eingeladen hat, der sich bei diesem Besuchs auch mit dem Präsidenten Françoise Hollande zu Beratungen getroffen hat.

25 Was auch auf die Geldpolitik der Schweizer Nationalbank (SNB) zurückzuführen ist, die durch eine Stützung des Euros den Franken schwächer bewertet hielt und damit die Exportindustrie stärkte. Welche Auswirkungen die Aufkündigung der Garantie einer Euro-Untergrenzen durch die SNB Mitte Januar hat, zeichnet sich bereits ab, die längerfristigen Effekte werden sich aber erst zeigen.

26 *Workfare* bezeichnet die Praxis, Sozialleistungsbezieher durch Zwangsmaßnahmen wieder in die Lohnarbeit zu bringen. Die sogenannte

und Abbau des Sozialstaates seit Jahren auf dem Programm. Deutschland konnte sich überhaupt nur mittels der Hartz-Reformen in die aktuelle Stellung bringen und gegenüber den europäischen Konkurrenten den entscheidenden Vorteil verschaffen.[24] In der Krise wird jeder Standortvorteil zu einer Frage von zumindest halbwegs funktionierender Wirtschaft oder nationalökonomischer Misere. Wie schnell das geht, hat Deutschland vorgemacht: In den frühen 2000er Jahren galt das Land noch als der »kranke Mann Europas«; 2003 war die deutsche Wirtschaft kurzzeitig geschrumpft. Nach bloß drei Jahren Hartz-Reformen wuchs das BIP um gesunde 3 Prozent und in der Krise steht Deutschland nun als einer der Gewinner da. Es dürfte nicht erstaunen, wenn diese Entwicklung bei entsprechenden politischen Entscheidungen in die andere Richtung genau so schnell gehen könnte. Selbst ein Land wie die Schweiz, das abgesehen von der erzwungenen Bankenrettung 2008 von der aktuellen Krise einigermaßen verschont wurde[25], kann sich dieser Tendenz nicht entziehen. Regelmäßig werden sogenannte Schuldenbremsen eingeführt: ein Euphemismus für die sukzessiven Sozialleistungskürzungen und Sozialstaatsumbauten im Namen der Schuldenreduktion des Schweizer Staates. Die Linke ist sich sicher, dass es gerade angesichts der Milliarden für Militär und Kapital doch noch Spielräume gäbe. Einerseits sind diese Spielräume in der Krise, wie oben ausgeführt, gering. Andererseits verkennt diese Vorstellung, dass es ein großer Unterschied ist, ob man das Geld für die Staatsraison ausgibt oder für die soziale Sicherung. Mit letzterem würde sich ein wichtiger Standortfaktor reduzieren: die Erpressbarkeit der Proletarisierten und das damit verbundene Drücken der Löhne. Der Zwangscharakter der Maßnahmen, die mittlerweile unter dem Label *Workfare*[26] Karriere gemacht haben, zielt eben nicht nur auf die direkt Betroffenen, sondern gilt als Drohung für die übrigen Lohnabhängigen. Nur vor diesem Hintergrund kann man den Umbau des Sozialstaats verstehen. Was ab Mitte der 1980er Jahre unter Thatcher und Reagan betrieben wurde, fand ab den 1990er Jahren Einzug in praktisch alle sozialpolitischen Maßnahmen in Europa.[27]

Diese Maßnahmen werden von Kampagnen der Stigmatisierung und Marginalisierung begleitet. Wer keine Arbeit findet, hat die Fehler bei sich selber zu suchen und schadet dem

zweite Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, die 1995 in der Schweiz durchgeführt wurde und die in allen auf potentiell arbeitsmarkttaugliche Teilnehmer ausgerichteten Sicherungssystemen ihre Entsprechung fand, steht exemplarisch für diese sozialpolitischen Umbrüche. Die wesentlichen Neuerungen waren die Einführung von sogenannten Regionalen Arbeitsvermittlungsämtern, die die Arbeitslosen überwachen, disziplinieren und in den Arbeitsmarkt zurückzwingen sollten. Dazu konnten und können sie auf allerhand repressive Mittel und arbeitsmarktbezogene Maßnahmen zurückgreifen.

27 Generalisierende Aussagen zu den Umbrüchen seit den 1980er Jahren werden dadurch verkompliziert, dass nicht nur verschiedene Typen des Sozialstaates existieren, sondern auch die Workfaremaßnahmen unterschiedlich angegangen werden.

allerorts so innig geliebten nationalen Standort. Angesichts der Arbeitslosenzahlen in Europa zeitigt diese Entwicklung katastrophale Folgen: Während der Zwang zur Lohnarbeit beständig zunimmt, verschärft sich der Widerspruch, dass der Arbeitsmarkt eine wachsende Zahl von Menschen nicht mehr aufnehmen kann. Und während diejenigen, die keinen Job ergattern können, ständig von den Ämtern drangsaliert werden, klammern sich die anderen, die noch einen haben, um so fester daran und starren mit Angst und Verachtung auf die, die man unter ihnen einsortiert hat. Die Sozialstaatsabhängigen dienen nicht nur der Einschüchterung und als Reservearmee für Billigstarbeiten, sondern auch als Projektionsfläche, die für die Verheerungen des kapitalistischen Betriebs und seiner Krise ein ums andere Mal den Kopf hinhalten müssen.

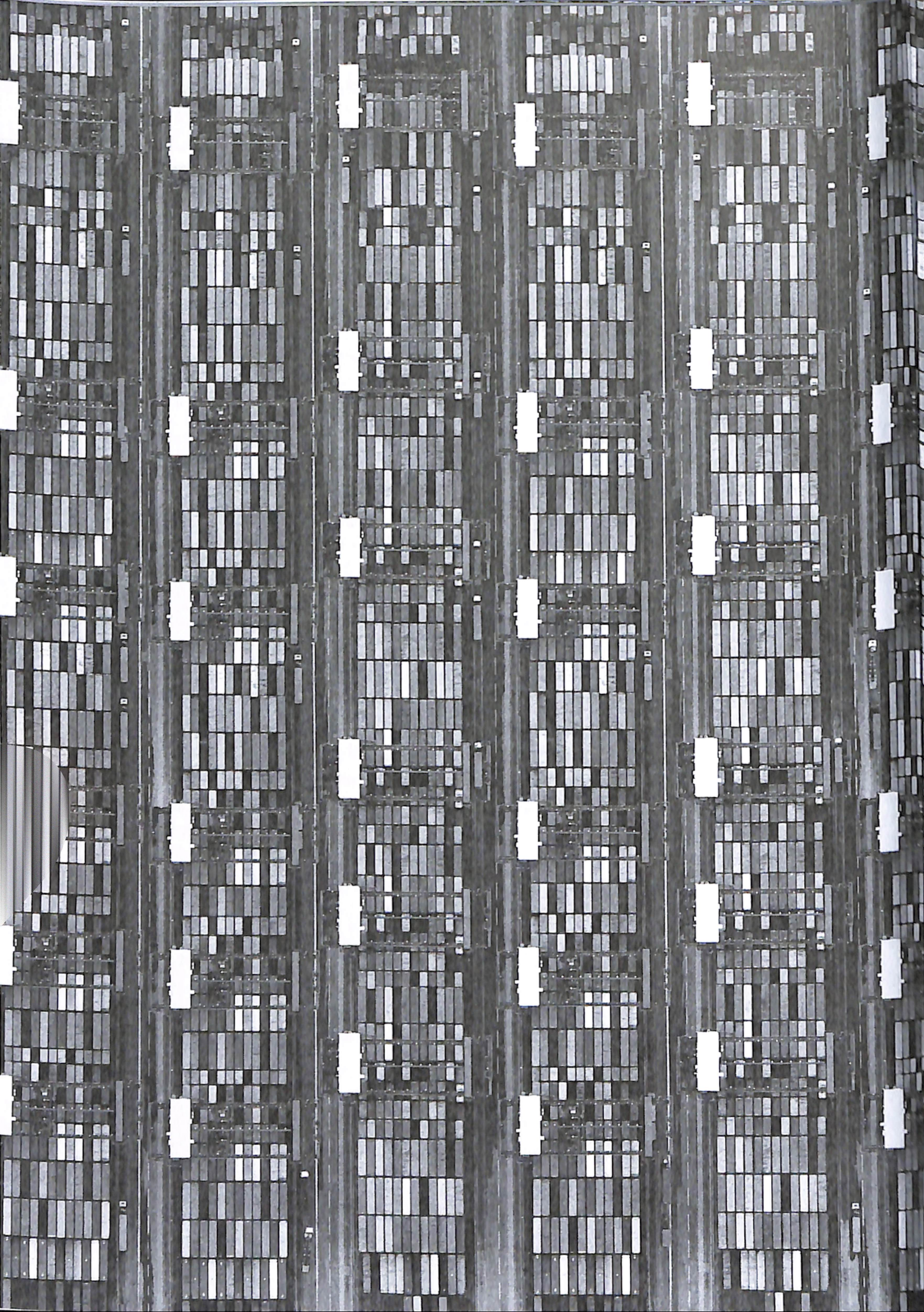
Risse in der Integrationsmaschine

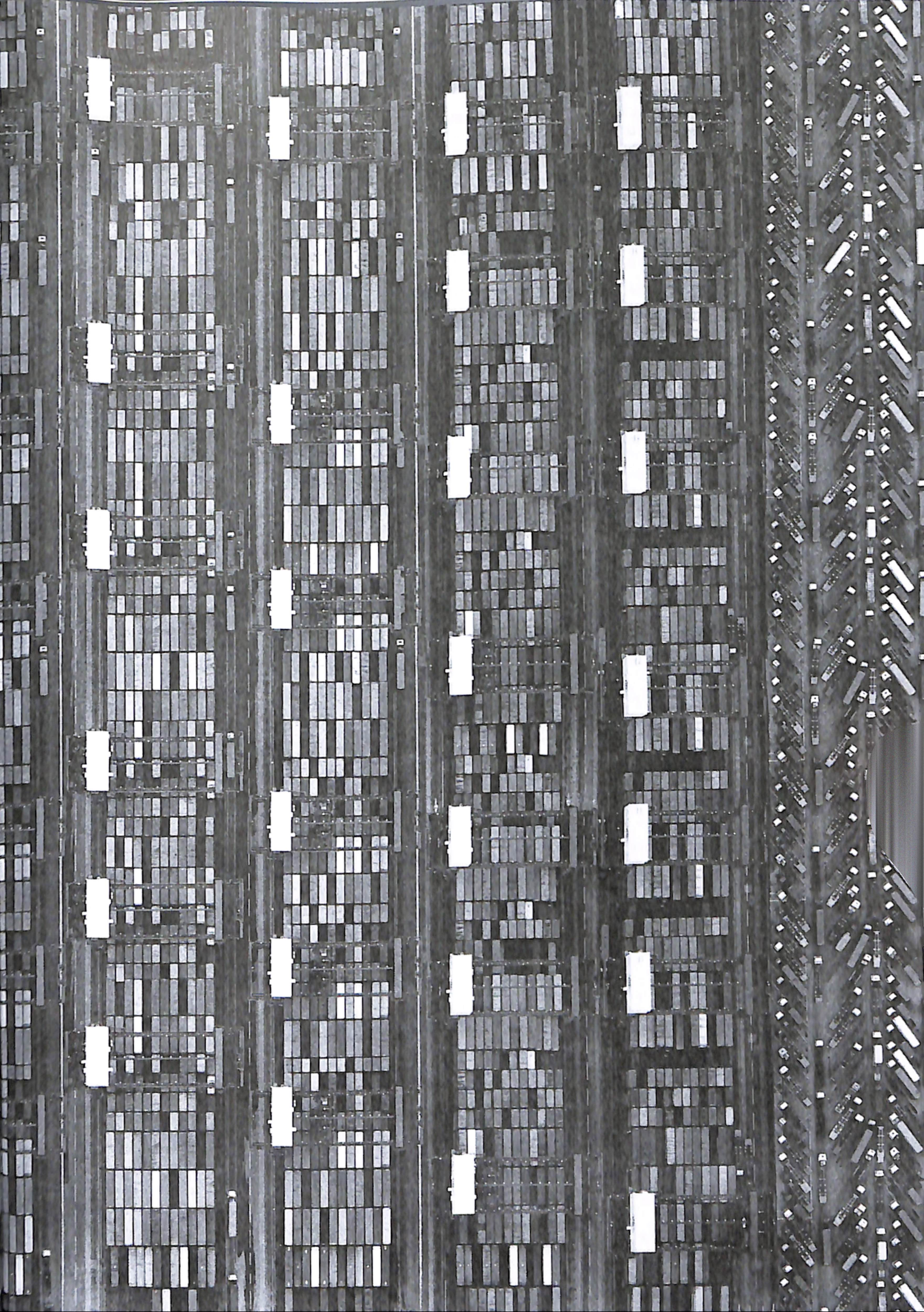
Eine stabile Integration der Arbeiterklasse mit ihrer ideologischen Verkleisterung, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg über längere Zeit, wenn auch nicht ohne Reibungen, funktioniert hat, setzt zweierlei voraus: eine fortwährende Prosperität und damit verbunden eine Stabilisierung des Verhältnisses zwischen Kapital und Proletarisierten. Man sollte sich kein Beispiel an Wirtschaftsexpertinnen und anderen Bauchrednerpuppen des Kapitals nehmen und sich nicht zu spekulativen Prognosen versteigen. Doch eines ist sehr wahrscheinlich: Die aktuelle Krise und auch ein Ab- und Umbau des Sozialstaats werden uns weiter beschäftigen. Damit wird die Illusion, der Staat sei eine neutrale fürsorgliche Instanz, brüchig. Zudem scheint er gezwungen zu sein, auch die Ausdehnung der absoluten Mehrwertproduktion vermehrt wieder zuzulassen oder gar zu forcieren. Dies zeigt nicht nur das Beispiel Griechenland eindringlich. Bezüglich anderer Formen der Mehrwertsteigerung, wie etwa der Intensivierung der Arbeit, ist er ohnehin ein schlechter Adressat, weil er hier schlecht eingreifen kann. Es ist eine vorschnell als Verelendungstheorie verrufene Tatsache, dass damit Risse in einer über lange Zeit recht gut laufenden Integrationsmaschine entstanden sind. Der Staat verliert potentiell seine Rolle als Träger utopischer Vorstellungen, wobei er paradoxerweise gleichzeitig für viele die einzige Möglichkeit bleibt, sich außerhalb des Lohnverhältnisses reproduzieren zu

können. Was daraus folgt, ist nicht abzusehen. Momentan sieht es allerdings recht düster aus.

Es zeigte sich in bestimmten Momenten der sozialen Bewegungen, dass eine Bezugnahme auf den Sozialstaat in Frage gestellt wird. Das ist aber längst keine Garantie dafür, dass die Bewegungen über den Reformismus hinausweisen. Im Gegenteil zeigt sich häufig eine Ratlosigkeit, die sich in bloßen Floskeln niederschlägt, die gewissermaßen noch hinter dem klassischen Reformismus zurückbleiben. In der Krise kann die Notwendigkeit entstehen, dass die Kämpfenden über dieses Verhältnis hinaus denken und sich entsprechend verhalten müssen, wollen sie ein halbwegs erträgliches Leben erkämpfen. In der aktuellen ökonomischen Misere kann der Sozialstaat kaum in gekanntem Ausmaß erhalten werden; er bleibt aber weiterhin der Bezugspunkt der Lohnabhängigen. Durch ihn hoffen sie, ein anständiges Leben führen zu können, während die harte ökonomische Realität gerade das Gegenteil durchsetzt. Dagegen nutzt keine noch so radikale Agitation gegen den Sozialstaat, dieses Problem kann erst eine Bewegung lösen, die mit den ganzen kapitalistischen Formen bricht. In diesem Widerspruch rücken die Frage ums Ganze und die Verteidigung des alltäglichen Lebens eng zusammen; nicht im hergebrachten Sinne einer Erweiterung des Kampfterrains durch Reformen. Der Zusammenhang stellt sich sehr viel direkter her: Erst die »wirkliche Bewegung« könnte die ausgebauten, den kapitalistischen Anforderungen nicht mehr entsprechenden staatlichen Sozialfunktionen nicht nur erhalten, sondern sie im revolutionären Prozess schließlich überflüssig machen. ■

Eiszeit





ISRAEL, PALÄSTINA UND DER UNIVERSALISMUS

Zionismus als tragische Selbstbefreiung

Der Antisemitismus im Europa des 19. Jahrhunderts nahm unterschiedliche Gestalt an. Stets trat er in Kombination mit einem Nationalismus auf, der den Ausschluss der Juden aus den nationalen Kollektiven entgegen allen Assimilationsbestrebungen zu erzwingen suchte. Nicht wenige Juden streiften Ende des 19. Jahrhunderts jeglichen Bezug auf Religion und Herkunft ab und traten diversen revolutionären Gruppen bei. Sie widersetzten sich der Situation der Anfeindung und des Ausschlusses damit, dass sie sich den universalistischen revolutionären Strömungen der sich formierenden Arbeiterbewegungen, dem Marxismus und Anarchismus, anschlossen. Am Ende sollte die allgemeine Befreiung von Kapital, Staat, Ausgrenzung und Staatlichkeit stehen – die Weltkommune, in der Religion naturgemäß keine Rolle mehr spielt. Eine andere starke Strömung verpflichtete sich auf die Idee des jüdischen Befreiungsnationalismus: den Zionismus. Die Idee vom Aufbau eines jüdischen Staates entstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der Hochphase des Nationalismus in Europa. Bereits 1862 formulierte der Sozialist Moses Hess in seiner Schrift *Rom und Jerusalem* den Gedanken eines jüdischen Nationalstaates als sozialistisches Befreiungsprojekt. Hess, der nicht unkritisierte Freund und Weggefährte von Marx und Engels, kann als »geistiger Vater« des Zionismus bezeichnet werden. Der österreichische Journalist und Verfasser von *Der Judenstaat* Theodor Herzl, der zu Recht als der wichtigste Vorkämpfer der zionistischen Idee begriffen wird, erklärte sogar, er hätte seine Schrift nicht verfasst, wenn ihm 1896 *Rom und Jerusalem* bekannt gewesen wäre. Gleichzeitig wichen die Zionismusvorstellungen der beiden an entscheidenden Punkten voneinander ab. Hess formulierte in *Rom und Jerusalem* einen kollektivistischen, nationalistischen und mit Sozialismus durchdrängten Utopismus, der die Erneuerung des Judentums nur im Sozialismus erblickte: »Die Erwerbung eines gemeinschaftlichen vaterländischen Bodens, das Hinarbeiten auf gesetzliche Zustände, unter deren Schutz die Arbeit gedeihen kann, die Gründung von jüdischen Gesellschaften für Ackerbau, Industrie und Handel nach mosaischen d.h. sozialistischen Grundsätzen, das sind die Grundlagen, auf welchen das Judentum im Orient sich wieder erheben, aus welchen das unter

der Asche eines toten Formalismus glimmende Feuer des altjüdischen Patriotismus wieder hervorbrechen, durch welche das ganze Judentum neu belebt werden wird.«[1] Herzls Programm pendelte zwischen einem bürgerlich-nationalistischen Pragmatismus, der sich mit dem vorherrschenden Kolonialismus zu arrangieren bereit war, und einem Neuland-Utopismus mit durchaus kollektivistischen Zügen. Als früher Chronist der Dreyfus-Affäre in Paris sprach er sich für eine »Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina« aus, um nach der endlosen Verfolgung der Juden in Europa einen eigenen Nationalstaat der Juden zu konstituieren. Der Zionistenkongress 1897 in Basel war der erste Meilenstein auf dem Weg zur Staatswerdung. 1917 sprach sich der britische Außenminister Arthur Balfour für einen solchen Plan aus, 1922 billigte der Völkerbund die jüdische Einwanderung in Palästina. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen beschloss 1947, dass ein »jüdischer« und ein »arabischer« Staat auf dem Gebiet entstehen sollte, das bislang entweder Palästina oder Erez Israel genannt wurde. Der Staat Israel sollte als »nationale Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk« gegründet werden und somit gründete die Staatskonstruktion folglich auf der Religion. Dadurch wurde der Laizismus eines Großteils der bürgerlichen wie osteuropäisch-sozialistischen Vertreter des Zionismus dementiert und die Konstruktion einer »jüdischen Ethnie« heraufbeschworen. Heutige Kritiker sprechen daher auch von einem jüdischen anstelle eines israelischen Charakters des Staates Israel und von einer religiös fundierten »Ethnokratie«.[2]

Die jüdische nationale Befreiungsbewegung, die vor allem in Osteuropa eine große und militante Anhängerschaft fand, folgte anfangs jedoch keinem religiösen Programm, sondern in dem Sozialismus ähnelnder Weise der Ideologie der Arbeit und der Produktivierung, sie war eine kompakte Antwort auf das Problem des rassistisch legitimierten Ausschlusses der Juden. Die frühen jüdischen Einwanderungsideologien waren proletarisch-bäuerlich, volkstümlich und kollektivistisch geprägt. Die Erfahrung vieler Juden (besonders in Osteuropa) mit dem Antisemitismus radikalisierte diese fast allen Befreiungsbewegungen inhärenten Ziele. Man wollte das von den Antisemiten als »unproduktiv« verfolgte eigene Volk »produktivieren« und arbeitete in einer verdrehten Aufnahme des

1 Zit. nach: Nathan Weinstock, Das Ende Israels? Nahostkonflikt und Geschichte des Zionismus. Herausgegeben und eingeleitet von Eike Geisel und Mario Offenberg, Berlin 1975, 58.

2 Shlomo Sand, Die Erfindung des jüdischen Volkes. Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand, Berlin 2010, insbesondere: 408-448.

antisemitischen Vorwurfs an einer umfassenden Berufsumschichtung, die im neuen Land einen neuen Menschen zur Folge haben sollte. In den Vorstellungen von Aaron David Gordon beispielsweise steigerte sich dies zur Erlösung durch Arbeit: die Juden seien Parasiten, von der wahren Quelle des Lebens – der Arbeit – entfremdet, durch eigene Arbeit werde der Jude aber zum Menschen und könne seine »Händler«-Existenz mittels Selbsterziehung und Selbstverwirklichung in der Arbeit beenden. Daneben gab es noch eine Vielzahl weiterer Spielarten des Zionismus: Die Gruppe rund um Martin Buber strebte einen binationalen Staat an, wollte »von den Fellachen lernen« und arbeitete an einem Kulturzionismus, der sich der arabischen Umwelt weitgehend öffnen sollte. Die Wirklichkeit der xenophobischen Reaktionen, des Kampfes um Land und der Konkurrenz marginalisierte solche Spielarten des Zionismus recht schnell und es konnten sich die militantest-nationalistischen Varianten der jüdischen Befreiungsbewegung durchsetzen.

Dabei ist es wichtig, die reale Migrationsgeschichte der Juden nach Palästina nicht mit den Ideologien zu verwechseln. Tatsächlich war das Ansiedeln in Israel für viele Juden der Versuch sich endlich der Verfolgung zu entziehen – und dort ein neues Leben aufzubauen. In der Praxis waren viele mit einem rigiden System konfrontiert, wie es jeder Staatlichkeit in ihrer Anfangsphase zukommt. So wollte der israelische Staat unmittelbar nach Staatswerdung auch das Migrationsverhalten und die Ausreise von Juden aus Israel stark reglementieren, sogar die Auswanderung untersagende Praxis im Bereich des Eisernen Vorhangs wurde von einigen israelischen Politikern als Vorbild erwogen.

Eine starke Übereinstimmung von Aufbruchsemphase, Utopismus, Staatsaufbau und verstärkter Arbeitsbereitschaft konnten die sozialutopischen Kibbuzim vorweisen. Diese wurden nicht umsonst von vielen Anarchisten als neuere Versuche rezipiert, Kropotkins Gemeinschaftsideal einer kollektiven und egalitär strukturierten Produzentengesellschaft in die Tat umzusetzen. Dabei wurde übersehen, dass der Ausschluss der Lohnarbeits- und Konkurrenzgesetze unmittelbar mit dem Siedlungsgedanken zusammenhing. In der theoretischen Schrift »Boden

und Siedlung in Palästina« von Abraham Granovsky, einem politischen Architekten der Besiedelung Palästinas, wurde folgerichtig festgehalten, dass es sich bei der Frage des Verbots der Lohnarbeit in den zionistischen Siedlungen »nicht um die Durchsetzung irgendeiner extremen Auffassung handelt, die jede Lohnarbeit à tout prix ausschalten will, sondern um die grundsätzliche Sicherung des wichtigsten wirtschaftlichen Gesetzes des jüdischen Aufbauwerkes«.[3] Die Ausbeutung arabischer Arbeitskraft sollte weitgehend umgangen werden, wobei sie bereits in den 1920er und 1930er Jahren besonders in der Landwirtschaft zum Einsatz kam. Doch es wurde stets Sorge getragen, dass sich in der Phase der friedlichen Kolonisierung durch Landkauf und Aufbau national-exklusiver Siedlungseinheiten das Lohnarbeitsverhältnis nicht verallgemeinert, weil durch dieses in den Augen der Kibbuz-Zionisten eine »Rearabisierung« und Unterminierung des ausschließlich jüdischen Gesellschaftsaufbaus gedroht hätte. Die Verhinderung eines allgemeinen Lohnarbeitsverhältnisses, dessen Logik die billigste Arbeitskraft am Ort einzusetzen weiß, im Übergang des Jischuw, also der vorstaatlichen jüdischen Gemeinden in Palästina, zum Staat Israel, sollte faktisch die Verdrängung der Araber aus dem Territorium und die Aneignung des Bodens bewerkstelligen. In dem Bewusstsein vieler Siedler, wie auch diesen Prozess sympathisierend begleitender Anarchisten, stellte sich die kollektive (Pionier-)Arbeit jenseits der Markt- und Lohnarbeitslogik wie die Verwirklichung utopischer Lebens- und Produktionsformen dar.[4]

Sympathien konnten die Kibbuzim nicht zuletzt für sich hervorrufen, weil diese vor allem in den 1920er und 1930er Jahren stark sozialistisch eingefärbten Experimente in einer politisch wie ökonomisch rückständigen Gegend um sich griffen, in der die reaktionäre arabisch-palästinensische Nationalbewegung von Großgrundbesitzern und Islamisten dominiert wurde. Diese agitierten bereits in den frühen 1920er Jahren gegen die Zionisten als angebliche »Bolschewiken« und sie argumentierten voller Antisemitismus gegenüber der britischen Kolonialmacht, dass den Juden »als Verbreiter von Zwist und Zerstörung Kommunismus, Revoluzzertum und Hemmungslosigkeit« in ihrer Natur lägen. Die Juden seien wie ein sich vermehrender Virus, »der die Umgebung, in der er lebt, zerstört«[5]. Wenn Russland

3 Zit. nach: Dan Diner, Israel in Palästina. Über Tausch und Gewalt im Vorderen Orient, Königstein/Ts. 1980, 48.

4 Dies zeigen die (unkritisch kommentierten) Dokumente in Jürgen Mümken/Siegbert Wolf (Hg.), »Antisemit, das geht nicht unter Menschen«. Anarchistische Positionen zu Anarchismus, Zionismus und Israel. Band 2: Von der Staatsgründung bis heute, Lich 2014.

5 Zit. nach: Mario Offenberg, Kommunismus in Palästina. Nation und Klasse in der antikolonialen Revolution. Mit einem Vorwort von Johannes Agnoli, Meisenheim am Glan 1975, 209.

und Polen sie als große Länder nicht ertragen könnten, wie könne man solches von Palästina erwarten. So wird es in dem Bericht des arabischen Exekutivkomitees an Churchill vom März 1921 beklagt, der anlässlich des bekannten Pogroms von 1921 verfasst wurde, in dessen Verlauf unterschiedslos zionistische Kolonialisten wie alteingesessene Juden angegriffen und ermordet wurden.

Die große Tragödie des sich durchsetzenden (und immer stärker rechts und ausschließend-nationalistisch ausgerichteten) Zionismus war somit, dass die Ansiedlung des »eigenen Volkes« auf Kosten der in Palästina lebenden anderen Gruppen erfolgte, die wiederum nur nationalistisch auf diese Verdrängung reagierten. Auch die anfänglichen Versuche von Linkszionisten, Kulturzionisten und anderen Gruppen, gerade nicht die Fehler des europäischen Kolonialismus zu wiederholen, also keine Ausbeutung der autochtonen Arbeitskraft vorzunehmen, sondern eine fast vollständige eigene Infrastruktur hervorzubringen, sorgte für eine Separation von den dort lebenden Arabern. Der Judenhass unter den letzteren bestärkte die militante Absonderung der Juden in Palästina. Der Aufstieg der einen hieß Abstieg der anderen. Doch es sollte sich noch zeigen, dass die ideologische Selbstverortung den Imperativen einer nachholenden Industrialisierung und Modernisierung entgegenstand. Wie jeder expandierende Staat hatte auch Israel als verspätete Nation einen hohen Bedarf an Arbeitskraft, deren Herkunft dem Kapital erst einmal herzlich egal ist.

Die Vernichtungspolitik der Nazis und die Gründung Israels

Die Einwanderungsbewegungen in den 1930er und 1940er Jahren hatten nicht mehr den säkularisierten messianischen Glauben, einen »neuen Menschen« in einer neuen Umgebung zu schaffen. Viele Juden kamen gezwungenermaßen nach Palästina. Nur jeder zehnte jüdische Auswanderer ging 1933 nach Palästina, insgesamt etwa 50.000-60.000. Die meisten Auswanderer emigrierten in die USA. Da die britische Mandatsregierung in den 1930er Jahren die Einwanderung nach Palästina rigide kontingentierte, kamen 1934 die ersten Illegalen – bis zur Staatsgründung waren es 100.000 immigrierte

Juden. Es entwickelte sich ein zäher Kampf der einwanderungswilligen Juden mit dem restriktiven Migrationsregime der Kolonialmacht England, ein Kampf, der terroristische Mittel von Seiten jüdischer nationalistischer Gruppen einschloss. Der Weg nach Palästina drängte sich den vom NS-Faschismus verfolgten Juden regelrecht auf, zeigten sich doch die meisten Länder wenig willens, eine wenig restriktive Flüchtlingspolitik zu verfolgen, wie der Ausgang der Konferenz von Évian im Juli 1938 zeigte.

Die Frage, welche Art von Menschen im neu zu gründenden Staat erwünscht sei, bestimmte hingegen die Einwanderungspolitik der jüdischen Organisationen. Einwanderer mussten sich für zwei Jahre in der Landwirtschaft verpflichten. Dem entzog sich über die Hälfte der neu Eingewanderten. Viele Einwanderer waren ursprünglich keine Zionisten, sondern »Hitler-Zionisten«, assimilierte bürgerliche jüdische Deutsche, von den Nazis zu Zionisten gemacht, deren Vorstellungen oft mit der ausgegebenen neuen hebräischen Siedlerkultur und dem Arbeitskollektivismus der frühen Jahre kollidierten.

Der Nationalsozialismus mit seiner Politik der kriegerischen Eroberung von »Lebensraum im Osten« für die Deutschen war für die dort lebenden Juden eine Lebensbedrohung. Im Kontext des Krieges konnte der Nazi-Faschismus das einholen, was ideologisch schon seit Beginn angedroht wurde: eine mörderische »Lösung der Judenfrage«. Bürokratische Vordenker und Praktiker der Vernichtung, im Krieg barbarisierte Soldaten und fanatisierte SS-Einheiten exekutierten den von Anfang an in der NS-Bewegung ideologisch gesetzten Antisemitismus, der sich bereits in den 1930er Jahren über Arisierung und Ausschluss der Juden auch materiell für einen Teil der deutschen Bevölkerung auszahlte. Der auf Vernichtung setzende Antisemitismus konnte sich erst im Zuge des imperialistischen Krieges entfalten, der als Vernichtungskrieg die neu eroberten Räume von im Sinne des kolonialistisch-rassistischen NS-Projekts »überschüssiger« Bevölkerung reinigen sollte.

Diese Vernichtungstat, die durch Massenerschießungen und industrielle Vernichtung durch Gas erfolgte, gab Israel und dem Zionismus eine moralische Schubkraft. Israel wurde für

viele überlebende Juden ein sicherer Hafen, in dem sie zum ersten Mal keiner feindlichen Umgebung, keiner Verfolgung und Demütigung als Juden ausgesetzt waren. So ist es beispielsweise wenig verwunderlich, dass die meisten der überlebenden jüdischen Bielski-Partisanen, die in den weißrussischen Wäldern über Tausend verfolgte Juden retteten, nach dem Krieg nach Israel emigrierten. Polen und der gesamte Moskauhörige Ostblock war schließlich vom als »Antizionismus« ausgegebenen Antisemitismus affiziert. Dennoch sollte es diejenigen, die allzu unkritisch auf den Zionismus blicken – schließlich fußt dieser auf der »Raus-aus-der-Diaspora«-Ideologie – zumindest irritieren, dass die Bielski-Brüder, die Köpfe der Partisanenbewegung, 1956 von der Lebensrealität in Israel enttäuscht in die USA auswanderten. Sie waren mit diesem Entschluss nicht die einzigen Juden, die nicht im verheißenen Land blieben.

Israel wurde nach Auschwitz zum nationalen Schutzraum der Juden erklärt, eine Tatsache, die in Europa, den USA und der Sowjetunion akzeptiert und unterstützt wurde, im arabischen Raum jedoch kam es zu einem vehementen »Abstoßungsphänomen«[6]. Die elenden Überlebenden, die im Übrigen nicht den staatsoffiziell-zionistischen Vorstellungen des starken Juden, der seinen Staat aufbaut, entsprachen, waren bereits drei Jahre nach Kriegsende und wenige Stunden nach Ausrufen der israelischen Staatsgründung gezwungen in einen Überlebenskampf gegen eine Allianz bestehend aus den arabischen Staaten Ägypten, Syrien, Libanon, Transjordanien und Irak zu ziehen – und sie siegten über die Barbarei. Militärische und feudale Despotien trommelten zum großen »antijüdischen Krieg« und einige waren subjektiv auch gewillt, die Auslöschungspolitik der Nazis zu Ende zu führen.

6 So Jean Paul Sartre im Gespräch mit Arlette El Kaim-Sartre und Ely Ben Gal im Frühjahr 1972, in: Jean-Paul Sartre, Überlegungen zur Judenfrage und andere Texte. Gesammelte Werke in Einzelausgaben, herausgegeben von Vincent von Wroblewsky. Politische Schriften Band 2, Reinbek bei Hamburg 1994, 93-129, hier: 127.

Gleichzeitig sorgte dieser jüdisch-israelische Sieg mit seinen Massenvertreibungen von Arabern und Massakern wie jenem in Deir Yassin für eine perpetuierte Barbarei, weil er die nationale Spaltung auf die Spitze trieb und blutig verfestigte. 750.000 Palästinenser mussten ihren einstmaligen Wohnort verlassen und fliehen. 170.000 Araber verblieben in den Grenzen. Israel hatte sich vor den Vereinten Nationen verpflichtet, den Minderheiten auf dem eigenen Territorium volle Bürger-

rechte zuzugestehen. Dementsprechend musste es den auf seinem Gebiet verbliebenen Palästinensern die Bürgerrechte verleihen. Dessen ungeachtet wurde nach der Staatsgründung über die Hälfte ihres Landbesitzes durch die Regierung konfisziert. Die meisten Palästinenser mussten zudem bis 1966 unter einer Militärverwaltung leben und erhebliche Einschränkungen hinnehmen, hatten aber rein rechtlich gesehen die israelische Staatsbürgerschaft. Sie durften ihre Häuser und Dörfer ohne besondere Erlaubnis nicht verlassen und wenn sie nach der Sperrstunde ihre Wohnungen verließen, konnten sie erschossen werden. Für die in Folge des arabischen Angriffs von 1949 geflohenen Hunderttausenden palästinensischen Flüchtlinge gab es keine Möglichkeit, wieder Anspruch auf eine Rückkehr oder gar Landbesitz zu reklamieren, da das Land zum historischen Besitz des »jüdischen Volkes« erklärt wurde. Dies prägte sich als »Nakba« (Unglück, Katastrophe) ins Bewusstsein der Palästinenser ein – und wurde stets, wo es als erlebte oder erinnerte Geschichte verblasste, von interessierter Seite immer wieder reaktiviert.

In Folge des israelischen Sieges über die arabischen Aggressoren wurden bis zu einer Million Juden aus ihren arabischen Heimatländern vertrieben: aus Libyen, dem Jemen, dem Irak und Ägypten – um nur die wichtigsten Länder zu nennen, in denen von staatlicher Seite antijüdische und antisemitische Maßnahmen ergriffen wurden.

Das Gerangel zweier Bevölkerungsgruppen um dasselbe Land zeitigte die schlimmsten Folgen. Proklamierte »historische Ansprüche« der beiden »Völker« verstellen jeden universalistischen Zugang zu dem eigentlichen Problem. Bis heute wird die aktuelle Barbarei des Konflikts von den extremen Rechten in Israel mit dem Hinweis auf eine angeblich anti-zivilisatorische Barbarei der Araber gerechtfertigt. Oder Israel wird der Verbrechen der Nakba angeklagt, ohne die Vorgeschichte und die antijüdischen, antisemitischen und antiisraelischen Affekte und Manöver von arabischer Seite zu erwähnen. Auf der anderen Seite sind in Israel die Stimmen nicht rar, die schnell Antisemitismus ausmachen, wenn Kritik an der Besatzungs- und Kriegspolitik der israelischen Regierung geäußert wird, und verselbständigt auf den Holocaust verweisen. Jahrelang wurde

beispielsweise von rechten israelischen Medien und Offiziellen Arafat als »neuer Hitler« apostrophiert, um Verhandlungen ausweichen zu können. Ausgerufene Sicherheitspuffer und Sicherheitszonen verwandelten sich in schlichte Landnahme. Obwohl Israel sich spätestens mit dem Sechs-Tage-Krieg als unbesiegbare und hegemoniale Militärmacht etablieren konnte, eine Atommacht darstellt, den besonderen Schutz der USA genießt und in der Zeit des Kalten Krieges als wichtiger militärischer wie geheimdienstlich operierender Akteur auf westlicher Seite gegen etwaige kommunistische Gefahren antrat, präsentierte es sich gerne als verfolgte Opfergemeinschaft. Erst wenn die einseitige und von ideologischen Staatsapparaten stets aufgefrischte, politisch instrumentalisierte Holocaust- und Nakba-Erinnerung einer anderen, nationalistische Kollektive überwindenden Vorstellung gewichen ist, kann die komplexe nahöstliche Barbarei im Sinne von Emanzipation überwunden werden.

Die verschiedenen Gesichter der Arbeitskraft in Israel

Israels massenhafte Landnahme 1948 stellte den jungen jüdischen Staat vor ein erhebliches Problem: Zum einen gab es einen Mangel an jüdischen Arbeitskräften, zum anderen wollten tragende Institutionen des neues Staates wie beispielsweise die Staatsgewerkschaft Histadrut eine nationale Ausschließlichkeit reklamieren, die im Fall der Anwendung von Arbeitskraft darauf hinauslief, allein mit »jüdischer Arbeit« den neuen jüdischen Staat aufzubauen. Die Histadrut wurde 1920 als allgemeiner Gewerkschaftsverband der hebräischen Arbeiter gegründet und war, wie es der Name schon deutlich macht, nur für jüdische Arbeiter offen. In der Zwischenzeit gab es immer wieder Versuche, jüdische und arabische Arbeiter gemeinsam zu organisieren. Dies scheiterte an der ausschließlich nationalistischen Orientierung der Histadrut wie auch an der Dominanz des Nationalismus und Islamismus auf arabischer Seite. Insgesamt ist die Phase des Jischuw, also die vorstaatliche Situation der jüdischen Gemeinde in Palästina, von starken Klassenkämpfen gekennzeichnet. Die eingewanderten jüdischen Arbeiter zeichneten sich hierbei durch ein größeres Selbst- und Klassenbewusstsein aus als ihre arabischen Kollegen, die teils als ungelernte Arbeiter eine Produktionsmacht

vermissen ließen, teils in quasifeudalen Abhängigkeitsverhältnissen verblieben. Der Kampf um eine Öffnung der Histadrut für arabische Arbeiter wurde hauptsächlich von internationalistischen und klassensolidarischen Aktivisten geführt, gegen die innerhalb der Histadrut Front gemacht wurde. 1925 wurden einige von ihnen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, von der britischen Verwaltung entlassen und brotlos gemacht, und einige sogar verhaftet und außer Landes deportiert, wie es der deutsche jüdische Kommunist Hans Lebrecht berichtet.[7] Erst im Jahre 1959 wurden die nationalistischen Einschränkungen aus den Statuten der Histadrut entfernt und der Name programmatisch auf territoriale Basis gestellt: Allgemeiner Gewerkschaftsverband der Arbeiter Israels. Nun konnten sich auch arabische Arbeiter in der Histadrut organisieren.

Das karge, zu kolonisierende Land hatte natürlich einen großen Bedarf an einer Arbeitskraft, die unorganisiert zu den schlechtesten Bedingungen schuftet. Gleichzeitig war die Idee, allen Juden der Welt ein sicheres und gutes Leben in Erez Israel anzubieten, oberste Staatsideologie. Die beständige Kriegsdrohung, die umfassende Militarisierung und ein im Vergleich zu den USA wenig reizvolles kulturelles wie wetterbezogenes Klima machte Israel nicht unbedingt zu einem beliebten Einwanderungsland für europäische Juden. Das Problem, jüdische Arbeitskraft in den erklärtermaßen »jüdischen Staat« zu schaffen, wurde so mit dem Anwerben von Juden aus dem Nahen Osten und Nordafrika gelöst. Dort gab es natürlich auch das Bedürfnis von Juden, den wirtschaftlich wenig attraktiven Despotien, die noch dazu – wie beispielsweise der Irak – oftmals antisemitische Kampagnen lancierten, den Rücken zu kehren. Doch die orientalischen (sephardischen) Juden fanden sich in Israel ihrer beruflichen Qualifizierung beraubt und im unteren Segment des Arbeitsmarktes wieder. So rebellierten die orientalischen Juden wiederholt ab den 1950er Jahren gegen ihre untergeordnete Position in der israelischen Gesellschaft. Die Riots wandten sich auch gegen die staatliche Gewerkschaft Histadrut, die als alleinige Stellvertreterorganisation der westlichen (askenasischen) Juden angesehen und kritisiert wurde und zogen sich bis in die 1970er Jahre hinein. Erst jüngst flackerten Proteste äthiopischer Juden auf, die sich gegen den

7 Hans Lebrecht, Die Palästinenser. Geschichte und Gegenwart, Frankfurt am Main 1982, 112ff. In weiten Teilen folgt Lebrecht allerdings einer proarabischen und der Sowjetideologie verpflichteten Interpretation der Genese des Israel-Palästina-Konflikts.

Alltagsrassismus in Israel und ihre Ungleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt wehrten.
Vor dem Krieg von 1967 war Israel ein zerrissenes, von Revolten und Streiks heimgesuchtes Land. Israel war weitgehend unterkapitalisiert, der Zustrom von ausländischem Kapital versiegte aus mehreren Gründen, 1966 herrschte eine Arbeitslosigkeit von 11 Prozent. Der Krieg von 1967 veränderte diese prekäre Situation jedoch schlagartig: Die USA sahen sich nochmals mehr in der Pflicht, Israel finanziell zu unterstützen, um die panarabische Bewegung, die sich an die Sowjetunion anlehnte, einzudämmen und – weit entscheidender – die Besetzung der Westbank versorgte Israel mit einem hohen Reservoir ausbeutbarer palästinensischer Arbeitskraft. Die englische Gruppe *Aufheben* fasst die Situation nach dem Sechs-Tage-Krieg wie folgt zusammen: »Praktisch hatte Israel nun einen doppelten Arbeitsmarkt: einen jüdischen und einen palästinensischen. Bezeichnenderweise folgte der israelischen Besetzung dieser Gebiete kein de jure-Anschluss. Das hätte nämlich bedeutet, den Palästinensern der Westbank oder des Gazastreifens dieselben begrenzten Staatsbürgerrechte zugestehen zu müssen wie den Palästinensern, die es geschafft haben, bis 1966 innerhalb der Grenzen von 1948 zu bleiben. Durch die Besetzung konnte das israelische Kapital, vor allem in der Landwirtschaft und auf dem Bau, Mehrarbeit aus palästinensischen Arbeitern pumpen, ohne den jüdischen Charakter des Staates anzutasten. Die Palästinenser wurden nicht in die israelische Gesellschaft integriert: tagsüber arbeiteten sie in Israel, nachts sollten sie in ihre Schlafstädte auf der Westbank oder im Gazastreifen zurückkehren. Und während ihre billige Arbeitskraft beiderseits der Grünen Linie einen Bau-Boom ermöglichte, zog die israelische Wirtschaft zusätzlichen Nutzen aus der Eroberung der besetzen Gebiete als Absatzmarkt für israelische Konsumgüter.«[8]

Der Ausschluss der Palästinenser aus der israelischen Gesellschaft und ihre gleichzeitige Ausbeutung ermöglichte neben dem Ausbau der Siedlungen als sozialem Druckventil eine Art sozialdemokratischen Klassenkompromiss, durch den über vielerlei staatliche Instanzen – und nicht ohne Druck, Streiks, manchmal sogar Revolten wie im Falle der orientalischen

8 Hintergründe der Intifada im 21. Jahrhundert, *Aufheben* 10 (2002), in deutscher Übersetzung: Beilage des Wildcat-Zirkulars 62 (2002), online abrufbar unter: wildcat-www.de.

Black Panthers – eine Hebung des Lebensstandards für die jüdischen Israelis erreicht wurde.

Die von manchen »neoliberal« genannte Wende des Zurückfahrens des relativ großzügigen Soziallohns erfolgte in den Jahren der Inflationskrise ab 1978. In den frühen 1980er Jahren fand ein systematischer Abbau aller sozialdemokratischen Errungenschaften des Staat gewordenen »Arbeiterzionismus« bei gleichzeitigem Ausbau der Siedlungspolitik statt. Dadurch bekamen jüdische Arbeiter, die sich die Wohnungen in den alten Städten Israels nicht mehr leisten konnten, subventionierte, oft durch billige palästinensische Arbeitskraft erbaute Wohnungen in den Siedlungen, die allerdings als Sicherheits-Pufferzonen in den besetzen Gebieten fungierten.

Die Palästinenser als unruhige Arbeitsmigranten

Die Palästinenser haben Radikale auf der ganzen Welt seit den 1960er Jahren des 20. Jahrhunderts fasziniert. Und diese Faszination ist im Kontext des Algerien-, Vietnam- und Sechs-Tage-Kriegs nicht vollkommen unverständlich, wenn auch oftmals hanebüchen überrissen. So ist die zeitgenössische Einschätzungen der italienischen operaistischen Gruppe Lotta Continua aus dem Jahre 1972 differenzierter als so manches linksnationalistische Schwelgen fürs »kämpferische palästinensische Volk«: »Der palästinensische Widerstand ist immer ein Wirrwarr verschiedener Kräfte gewesen, die vom interklassistischen und rassistischen Nationalismus … bis zu einer antiimperialistischen und sozialistischen Perspektive reichten.« Die 1959 gegründete Fatah, die sich in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren vom hegemonialen arabischen Nationalismus mit einem dezidierten palästinensischen Nationalismus absetzte, präsentierte sich um 1968 als Revolution und Sozialismus im Mund führende Befreiungsbewegung gegen Kolonialismus und Imperialismus.

Vergessen wird dabei jedoch, dass der vielbeschworene »palästinensische Kampf« interklassistisch die neue Bourgeoisie in den Golfstaaten sowie in Beirut und Amman mit den marginalisierten Unterschichten in den Elendsgebieten in Gaza oder den Flüchtlingslagern im Libanon zusammenschweißt. Der

»palästinensische Befreiungskampf« war von Anfang an von diversen arabischen Staaten abhängig und wurde von diesen zu eigenen Herrschaftszwecken manipuliert. Die Situation der ärmeren Segmente der Palästinenser war diesen herzlich egal. Die Proletarisierung der palästinensischen Bevölkerung, die ursprünglich bäuerlich war, erfolgte in beschleunigter Weise durch Krieg und unter den Bedingungen eines Besatzungsregimes.

In der Anfangszeit der israelischen Staatsgründung erfolgte wie bereits beschrieben ein Ausschluss der Araber aus den Institutionen der »jüdischen Arbeit«. Ab den späteren 1960ern wurde der israelische Arbeitsmarkt für Palästinenser geöffnet, bis Anfang der 1970er Jahre arbeiteten 60.000 Palästinenser in Israel. Dann setzte eine Rezession in Israel ein und die Ölstaaten reklamierten einen starken Bedarf nach Arbeitskräften, die in großer Zahl aus der Westbank kamen und davor in Israel arbeiteten. Die dadurch in Israel entstandene Lücke wurde zum Teil mit Arbeitern aus dem Gazastreifen gefüllt.

In Kuwait beispielsweise hatten sich bereits hunderttausende Palästinenser niedergelassen, als sich der Ölstaat noch im Aufbau befand. Dabei arbeiten die Palästinenser nicht nur direkt in der Erdölproduktion, sondern auch in der Verwaltung, im Schulwesen, als kleine Handwerker, Händler und Fachleute. Als die Palästinenser Mitte der 1960er Jahre begannen, in ihren »Gastländern«, vor allem in Jordanien und im Libanon, als besondere Gruppe mit nationalem Befreiungsanliegen aufzutreten, wurden sämtliche Ölrentiersstaaten misstrauisch: Die Regierung Kuwaits fürchtete, bei ihnen könne sich fortsetzen, was sich in Jordanien und im Libanon als »Staat im Staat« entpuppt hatte. Kuwait kaufte sich in den 1980er Jahren davon gewissermaßen frei: Die Aktivitäten der nationalen Befreiungsbewegung PLO wurden finanziell unterstützt, wenn sie nur weit genug von Kuwait entfernt stattfanden, in Israel oder irgendwo sonst im Ausland. Der in solcher Weise staatsoffiziell unterstützte Befreiungsnationalismus war also auch eine intendierte Aktion zur Verhinderung von Revolten im eigenen Land. Saudi-Arabien dahingegen hat sich früh gegen die Palästinenser abgeschottet. Nur ausgewählte Palästinenser dürfen überhaupt einreisen. Für die Saudis stellen die Palästinenser

die Trägerschicht der vom säkularen ägyptischen Herrscher Nasser propagierten panarabischen Ideologie dar.
Mit den 1980er Jahren wuchs die Abhängigkeit der palästinensischen Arbeitskraft von Israel und die palästinensische Wirtschaft wurde voll in die israelische integriert. Die Löhne für palästinensische Arbeiter in Israel und Palästina glichen sich in den 1980er Jahren vor der Ersten Intifada an. Vor diesem Hintergrund wurden in der Ersten Intifada Streiks und der Boykott der Arbeit in Israel als Kampfformen benutzt. Speziell im Bausektor und in der Landwirtschaft wurde die israelische Wirtschaft dadurch erheblich geschwächt. Israel wurde gezwungen, die Abhängigkeit von palästinensischer Arbeitskraft auszugleichen. Das israelische Arbeitsministerium musste 1988/89 bekanntgeben, dass nur wenige jüdisch-israelische Arbeitskräfte die Arbeitsplätze der Palästinenser in Israel übernehmen wollen. Bis Mitte der 1980er Jahre waren die palästinensischen Arbeiter in Israel eher jung (bis 24 Jahre alt) und unqualifiziert, die Erste Intifada war so auch eine jugendlich proletarische Revolte. Mit dem Aufstand der Palästinenser gegen die Okkupation wurde im Gazastreifen eine Militärverordnung verhängt, derzufolge Arbeiter aus Gaza ab Februar 1989 eine spezielle Erlaubnis benötigten, um in Israel zu arbeiten. Computerlesbare Plastikkarten wurden eingeführt, die jeder Arbeiter bei sich führen musste, wollte er Israel betreten. Erklärtes Ziel war es, die Sicherheit in Israel zu gewährleisten, aber auch angesichts der Streik- und Boykottmaßnahmen das Arbeiten in Israel zu einem kostbaren Privileg für einige Palästinenser zu machen. Parallel bemühte sich die israelische Regierung um eine verstärkte Anwerbung von überseeischen Arbeitern beispielsweise aus Thailand. 1992 gilt als das Jahr der größten Abhängigkeit der palästinensischen Arbeiter von Israel – mehr als 120.000 arbeiteten in Israel und waren von dieser Arbeit auch stark abhängig, weil die Subsistenzstrategie der PLO kaum nachhaltige Früchte trug. Nach 1993 stieg das Alter der in Israel beschäftigten palästinensischen Arbeiter an und auch ihre Qualifikation nahm zu.

Etwa 3,7 Millionen Palästinenser sind offiziell als Flüchtlinge anerkannt, einige Studien sprechen von 5,5 Millionen Flüchtlingen. Das sind Personen, die aus ihren angestammten Gebieten vertrieben worden oder aufgrund der Nahostkriege geflohen

sind, sowie deren Nachkommen (1948 nach Schätzung der Vereinten Nationen 711.000 und später im Sechs-Tage-Krieg 1967 ca. 300.000 Flüchtlinge). Der größte Teil der palästinensischen Flüchtlinge lebt in Jordanien. Ein Teil der Flüchtlinge erhielt nach Annexion des Westjordanlandes durch Jordanien die jordanische Staatsbürgerschaft. Der Besitz beider Staatsbürgerschaften wird vom jordanischen Königreich abgelehnt. Außerdem wird auf der Rückkehr dreier Flüchtlingsgruppen bestanden: Ca. 100.000 ursprünglich aus Gaza stammende Flüchtlinge, Flüchtlinge aus der Westbank, die sich aufgrund abgelaufener UN-Flüchtlingshilfswerk-Ausweise in Jordanien aufhalten, und Palästinenser, die im Zuge des Golfkrieges 1990/91 nach Jordanien geflohen sind.

Unmittelbar nach dem Zweiten Golfkrieg 1991 wurden die etwa 450.000 in Kuwait lebenden Palästinenser nahezu vollständig vertrieben, weitere Palästinenser in den Golfstaaten wurden ebenso diskriminiert und ausgeschlossen. Libyen warf Mitte der 1990er Jahre 350.000 Palästinenser aus dem Land und besonders der Libanon versuchte wiederholt, die Flüchtlinge loszuwerden. Die Palästinenser wurden in ihren »Gastländern« ohnehin nie vollständig integriert, sondern in der räumlich sichtbaren Überflüssigkeit und Marginalität belassen und auf diese Weise zu einem ewig von den Vereinten Nationen alimentierten Klientel: eine propagandistisch ausschlachtbare Bevölkerungsgruppe, deren Flüchtlingsschicksal die arabischen Staaten Israel ewig anlasten konnten. So stellt sich die prinzipielle Frage, ob eine Kategorie wie »Palästinenser« für einen über 50 Jahre in Jordanien lebenden Menschen oder gar einen dort Geborenen überhaupt Sinn macht.

In Israel arbeiteten die Palästinenser ab den 1980er Jahren oft nur als Tagelöhner und Bauarbeiter zu den miesesten Bedingungen. Die Arbeitslosenquote lag über Jahrzehnte bei über 50 Prozent, in Zeiten der Abriegelung der palästinensischen Gebiete bei 85 Prozent. Darüber hinaus sind die palästinensischen Arbeiter die kontrolliertesten und überwachtesten der Welt – durch eine ständige Kontrolle durch das israelische Militär, aber auch durch ihre »eigenen« Leute in den Autonomiegebieten. Dort herrscht aufgrund der Sperranlagen, neu-

ester Überwachungstechnologien, aber auch etlicher mafiös organisierter Sicherheitsdienste eine hohe Repression.
Die zehntausenden, während der Erntezeit in Israel beschäftigten Palästinenser sind von der weit vorangeschrittenen Kapitalisierung der Landwirtschaft bedroht. Die Sorge über das »Sicherheitsrisiko« durch palästinensische Wanderarbeiter und die Furcht vor Streiks hat in Israel ab den späten 1980ern dazu geführt, sich Gedanken über eine Mechanisierung der Landwirtschaft zu machen. In einigen ausgesuchten Kibbuzim kamen so bereits »mechanische Landarbeiter« genannte Maschinen zum Einsatz. Selbst die Fragen der Maschinisierung der Landwirtschaft und des Abschmelzens der Arbeitskraft von Landarbeitern ist in Israel vom Sicherheitsbedürfnis diskursiv und praktisch überformt.

Tatsächlich wurde seit Anfang der 1990er Jahre in Israel massenhaft und gezielt für eine Immigration von russisch-jüdischen Arbeitsmigranten geworben – als ein Versuch sich aus der Abhängigkeit der israelischen Ökonomie von palästinensischen Arbeitern zu lösen. Im Laufe der 1990er kamen über eine Million neue Arbeitsmigranten, die aufgrund der nach-sowjetischen Zerfallsökonomien ein neues Glück und ein besseres Leben suchten. Daneben wurden Arbeiter aus China, Thailand, den Philippinen, Rumänien und West-Afrika angeworben. Dies ist die materielle Basis für die seit den Osloer Verträgen praktizierte Form der Abriegelung der besetzten Gebiete, die sich schließlich auch in den ca. 760 km langen israelischen Sperranlagen entlang der Grenzlinie zwischen Israel und dem Westjordanland ausdrückt. Die Sperranlagen wurden ab 2002 als »Terrorabwehrzaun« – so die offizielle Verlautbarung – gegen Selbstmordanschläge auf dem israelischen Territorium gebaut. Sie schränkten die palästinensische Bevölkerung des Westjordanlandes in ihrer Bewegungsfreiheit stark ein und okkupierten nebenbei noch palästinensisches Territorium. Tatsächlich konnten Selbstmordanschläge effektiv verhindert werden. Jedoch kann die Furcht vor Terroranschlägen nicht zur Rechtfertigung von institutionellen Praktiken der israelischen Behörden dienen, welche die in den palästinensischen Autonomiegebieten wohnenden Arbeiter trifft, die in Israel arbeiten oder arbeiten wollen. Die Mauer ist in Bezug auf die Arbeitsmigration von Palästina nach Israel nicht nur eine Sicherheitsan-

lage zur Abschottung Israels, sondern zugleich eine Institution mit kontrollierender, regulierender und unterdrückender Funktion gegenüber palästinensischen Arbeitern. Dem Ausschluss der Palästinenser ging eine Neuzusammensetzung der Arbeiterkraft in Israel voraus. Naomi Klein, über deren Urteilskraft man denken mag, was man will, bringt diesen Zusammenhang jedoch ganz gut auf den Punkt: »Im Gegensatz zu den palästinensischen Arbeitskräften, deren Präsenz in Israel das zionistische Projekt in Frage stellte, weil sie an den israelischen Staat Ansprüche auf gestohlenes Land und staatsbürgerliche Gleichberechtigung stellten, leisteten die Russen, die in dieser kritischen Phase zu Hunderttausenden einwanderten, den zionistischen Zielsetzungen Vorschub, weil sie sowohl das Zahlenverhältnis zwischen jüdischer und arabischer Bevölkerung deutlich verschoben als auch ein neues Reservoir billiger Arbeitskräfte darstellten.«[9] Ob gewollt oder ungewollt bildeten diese Immigranten auch die Stoßtrupps, die in die Siedlungen gezogen sind. Für sie wird dort günstiger Wohnraum bereitgehalten, ein Kolonisierungsprogramm, das zugleich eine eminent wichtige sozialpolitische Funktion hat. Die Wohnungen dort sind schlicht billiger als diejenigen in Tel Aviv oder Haifa. Der Zuzug in die Siedlungen findet so ununterbrochen statt – und eine etwaige auf Zweistaaten- und Verhandlungslösung mit den Palästinensern setzende israelische Regierung würde höchstwahrscheinlich bei der Auflösung dieser dann ja als illegal zu bezeichnenden Siedlungen bürgerkriegsähnliche Zustände provozieren, in die eine verquere soziale Energie von Seiten der Siedler eingehen würde.

9 Naomi Klein, Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Frankfurt am Main 2008, 618.

Deswegen ist keine Regierung in Israel gewillt, tatsächlich irgendwelche »Friedensverhandlungen« aufzunehmen, die die mehr als 200 ausschließlich jüdischen Siedlungen und Außenposten in den besetzten Gebieten betreffen. Schließlich handelt es sich bei den in sieben große Siedlungsblöcke aufgeteilten Siedlungen um größere urbane Zentren, die alle unauflöslich mit Israel durch ein massives Netzwerk von Straßen verbunden und durch die Sperranlagen gesichert sind.

Auch der einseitige Rückzug aus Gaza sollte nicht so sehr als eine Aufgabe der Siedlungspolitik gewertet werden. Mit dem Rückzug aus dem unproduktiven und von Terrorgefahr

geprägtem Gazastreifen konnte zumindest der Status Quo im Westjordanland bewahrt beziehungsweise sogar die Ausdehnung dieser Besatzungsregion erreicht werden.

Mit ihrer hartnäckigen Politik des Status-quo-Bewahrens steht die Regierung aber einer ambivalenten Bevölkerung gegenüber. Zwar sprachen sich Meinungsumfragen zufolge im Juli 2013 59 Prozent der israelischen Staatsbürger für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen aus und 55 Prozent unterstützten die Schaffung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels. Während der neunmonatigen israelisch-palästinensischen Gespräche bestätigte die Regierung Pläne und Ausschreibungen für mindestens 13.500 neue Wohneinheiten in den Siedlungen. Eine deutliche Kritik an diesen Vorhaben findet dann doch keine lautere öffentliche Stimme und die jüngsten Gewalt- und Kriegseskalationen zwischen Hamas und Israel haben eher zu einer rechten und militaristischen Unterstützung einer Hardliner-Politik in Israel geführt.

Noch sind so die Palästinenser dazu verdammt, ein »geschichtsloses Volk« in der kapitalistischen Welt der Nationalstaaten zu sein. Ihnen mangelt es somit auch an grundlegenden bürgerlichen Freiheiten, so beschränkt und abstrakt diese auch sind, Freiheiten, denen eine Linke ansonsten immer, wenn sie eingeklagt werden, solidarisch begegnete.

Können die Palästinenser in einer Welt von Kapital und Nationalstaatlichkeit einen anderen Weg gehen als denjenigen der Selbstverstaatlichung? Diejenigen Juden, aus denen in Israel ein definitorisch hochumstrittenes jüdisch-israelisches Staatsvolk mit reaktionärer Identitätsklammer, die weit hinter einem westlichen Staatsbürgerverständnis zurückbleibt, gemacht wurde, sind schließlich auch keinen anderen Weg gegangen. Die gegenrevolutionären Implikationen der Selbstverstaatlichung erkannte kein geringerer als Theodor Herzl: »Die verzweifelten Juden müssten alle zu Anarchisten werden, wenn sie der Zionismus nicht in seinen Bannkreis zöge«.[10] Zu Anarchisten wurden sie nicht, und die Palästinenser wurden und werden es ebenfalls nicht. Auch das bisherige Scheitern ihres nationalistischen Selbstverstaatlichungsprojekts eröff-

10 Zit. nach: Tamar Bermann, Produktivierungsmythen und Antisemitismus. Eine soziologische Studie, Wien 1973, 158.

net weniger eine Perspektive der Selbstbefreiung, denn der Barbarisierung.

Fortschrittsversprechen perdu

Die PLO wurde 1964 auf Initiative des damaligen ägyptischen Präsidenten Nasser in Jerusalem gegründet. Im Rahmen einer panarabischen Bewegung sollten sich die Palästinenser ihre »Heimat« zurückerkämpfen, wobei Nasser seine Führungsposition im arabischen Machtkampf unter anderem gegenüber dem Irak oder Hajj Amin al-Husseini stärken wollte. Nach dem Scheitern von Nassers panarabischer »Blitzkrieg«-Strategie gegenüber Israel, das spätestens 1967 seine militärische Übermacht unter Beweis stellen konnte, rückte der Guerillakampf in starker Anlehnung an die erfolgreiche algerische FLN in den Mittelpunkt der nationalen Befreiungsstrategie. Nassers panarabische Option wurde auch propagandistisch umgedreht: nicht die arabische Einheit (die ohnehin eine Heuchelei darstellte) sei der Weg zur Befreiung Palästinas, sondern die bewaffnete Befreiung Palästinas sollte der Weg zur arabischen Einheit sein. Terror und Diplomatie waren die üblichen Methoden der versuchten Selbstverstaatlichung. Nach dem Krieg von 1967 konnte die Fatah sowohl König Faisal von Saudi-Arabien als auch Nasser von einer politischen Zusammenarbeit überzeugen, die Golfstaaten leisteten massive finanzielle Unterstützung. 1964 fand der erste Fatah-Besuch in China statt, 1968 reiste Arafat in die Sowjetunion und über palästinensische Studenten und Arbeitsmigranten in Westeuropa wurden Kontakte zu politischen Parteien geknüpft. Mit Blick auf den Westen und die eigene Außenwirkung wurde im Januar 1969 anlässlich einer Kontaktaufnahme von Fatah und der französischen Sozialistischen Partei erstmals ein politisches Programm formuliert. In den historischen Grenzen Palästinas sollte ein »demokratischer multi-ethnischer Staat geschaffen« werden, ein »Staat ohne Hegemonie, in dem Juden, Christen und Muslime ohne Unterschied volle Bürgerrechte besitzen.«[11] Die offizielle auf diplomatische Anerkennung setzende Fatah-Sprachregelung vermied so auch jeden Antisemitismus und betonte aus propagandistischen Zwecken, dass das Zusammenleben von Juden und Arabern vor zionistischer Besiedelung und israelischer Staatsgründung stets

11 Zit. nach: Helga Baumgarten, Palästina: Befreiung in den Staat, Frankfurt am Main 1991, 238.

harmonisch vonstatten gegangen sei. Zuweilen befleißigte man sich einer oberflächlichen Sprache des Realsozialismus. Tatsächlich wurde mit diesen Bekundungen bis in die späten 1980er Jahre Israel als eigenständiger und existierender Staat jedoch abgelehnt.

Die PLO hatte sich stark an den staatssozialistischen Block der Sowjetunion angebunden. Einzig im militanten Nationalismus und dem Fehlen einer sozialistischen Ideologie unterschied sie sich von der UdSSR, jene wollte die PLO unter ihre Botmäßigkeit bringen, was auch die Zustimmung zu einer Zweistaatenlösung beinhaltete. Als der Realsozialismus verschwand, ging der palästinensischen Befreiungsbewegung auch ihr großer Bruder, der sie materiell und diplomatisch stets unterstützt hatte, verlustig.

Eine autonome Bewegung ergab sich aus dem nationalistischen Befreiungsprojekt nicht. Sah man während der Ersten Intifada 1987/88 den Kampf Steine schmeißender Kids gegen Panzer, der der PLO nochmals neuen kurzfristigen Rückenwind in der weltweiten Öffentlichkeit gab, so war mit der Zweiten Intifada offensichtlich, dass ein weiterer Konkurrent die PLO zu marginalisieren drohte: die islamistische Hamas. Zwei welthistorische Ereignisse beschleunigten den relativen Bedeutungsverlust der PLO: das Ende des sowjetischen Entwicklungsregimes und der Siegeszug des Islamismus. Die Entwicklungsversprechungen, die der Befreiungsnationalismus (ob in bürgerlicher Sprache oder in der des Marxismus-Leninismus der PFLP) machte, konnten nur für eine schmale Schicht von Palästinensern eingelöst werden. Im Ende der Fortschrittsideologien des Kapitals, von der die Dritte-Welt-Ideologie eine besondere Form war, hätte eine Chance liegen können. Doch auf den nationalen Erweckungsblödsinn folgte der religiöse. Der Irrationalismus nahm zu. Das wurde schon während der Großkonfrontation 1991, dem Krieg um eine »Neue Weltordnung«, offensichtlich, als die PLO Saddam Hussein unterstützte (nicht zuletzt weil große Teile ihrer militärischen Infrastruktur in Bagdad angesiedelt waren), der seinerseits als ursprünglich säkularer Herrscher den Islam und sein Herz für Palästina entdeckte.

Die irdischen Probleme der Palästinenser wie der mangelnde Zugang zu Versorgung und die Verhinderung eines guten Lebens sollten zusehends himmlisch gelöst werden. Das war schon öfters so: Bereits nach der gescheiterten iranischen Revolution, als sich für viele iranische Underdogs keine andere Perspektive als die Herrschaft der Mullahs eröffnete, blieb immer noch der Platz im Paradies und im Kugelhagel des Iran-Irak-Kriegs. Die Fremd- wie Selbstvernichtung wurde stets mit religiösen Weihen versehen.

Die religiös-fundamentalistische Hamas trat in den 1980er Jahren als Konkurrent der PLO auf: eine reaktionäre islamistische Gang, die in ihrer Anfangszeit noch von Israel mit aufgebaut wurde, um den starken und international agierenden PLO-Gegner zu schwächen. Da die säkulare Fatah in den Augen vieler Palästinenser lediglich in die eigenen bourgeoisen Großfamilientaschen wirtschaftete und die Korruption unter ihr blühte, gab es Mitte der 1990er Jahre eine partielle Hinwendung vieler Palästinenser zur Hamas. Jene erschien gegenüber der mafiösen und korrupten Fatah-Elite als weniger »dekadent« als die Arafat-Clique und konnte so im Jahre 2006 im ein Jahr zuvor von Israel geräumten Gazastreifen einen Wahlsieg einfahren. Perspektivlosigkeit, Frustration über die Ergebnisse des Osloer Friedensprozesses und religiöse Regression taten ihr Übriges. Doch Hamas entpuppte sich rasch neben ihrer Funktion als ideeller und praktischer Gesamtsozialarbeiter als Racket. Die Saubermänner entfachten einen Tugendterror und boteten alle Konkurrenten blutig aus. Die Palästinenser können also ‚wählen' zwischen islamistischen Banden wie Hamas und Jihad Islami und nationalistischen Banden wie Fatah und den Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden und noch verbliebenen Pseudo-ML-Gangs wie PFLP und DFLP. Der Irrationalismus wurde propagandistisch bedient, hatte aber auch tiefere Gründe. Die Verehrung von palästinensischen Getöteten als Märtyrer ist Ausdruck einer irrationalen Tendenz, in der die Überflüssigen auf ein selbstmörderisches Programm verpflichtet werden, wo allein im Jenseits Glück und Anerkennung winken.

Ein Vergleich der Intifada 1987/88 und der nicht umsonst Al-Aqsa genannten aus dem Jahre 2000 macht das deutlich. Die »Revolte der Steine« der späten 1980er folgte noch dem

Inhalt und Ausdruck nach den Revolten nordirischer, südafrikanischer und anderer Ghettokids, sie entzog sich auch erst einmal der Logik und Strategie nationaler, interklassistischer Befreiungsbewegungschoreographien, die normalerweise zwischen Diplomatie und Terrorismus pendelt. Die Kampfformen der Ersten Intifada waren der Bau von Barrikaden, der Griff zum Molotow-Cocktail und Stein, militante Demonstrationen und Streiks. Auf den Einsatz von Schusswaffen wurde verzichtet, Selbstmordanschläge gab es nicht. Im Zuge der Intifada wurde von Seiten Jordaniens die PLO zum ersten Mal als »alleinige Vertretung des palästinensischen Volkes« aufgewertet und Jordanien gab seinen Anspruch auf die Westbank auf. Einige Beobachter werteten dies als einen Versuch, der PLO die Kontrolle über die Intifada als autonome Bewegung zu überantworten. Dabei war sie – von den ersten drei Monaten abgesehen – sehr rasch von politischen Parteien gekapert und dominiert worden und konnte aus der nationalistischen Logik nicht ausbrechen. Die politischen Organisationen wie Fatah, PFLP, DFLP nahmen die ursprünglich spontan entstandenen »Volkskomitees« unter ihre Fittiche. Gleichzeitig konnten sich die Islamisten der Hamas in der Revolte und gegen einzelne Elemente der Revolte behaupten. In den besetzten Gebieten und besonders in Gaza trat Hamas als konterrevolutionäres Element gegen die selbständige Organisation der Frauen in den »Dorf- und Volkskomitees« auf, die oftmals politisch aktiv wurden, weil ihre Männer und Kinder im Knast saßen, sie waren aber auch beim Barrikadenkampf dabei. Die Frauen hatten sich in der Anfangsphase einen starken Platz in der Öffentlichkeit erkämpft. Die Zahl der Morde an Frauen aufgrund der Verletzung der »Familienehre« sank im Anfang der Intifada auf fast Null, Mädchen wurden nicht mehr so jung verheiratet oder in die Ehe gezwungen. Die Phase mit der Entwicklung eigenständiger Nachbarschafts-, Frauen- und Gesundheitskomitees war jedoch nur von kurzer Dauer.

Die Organisationen der PLO sorgten bald für eine Spezialisierung des Kampfes: Männercliquen sollten Kollaborateure auftreiben, verhören und töten, Militäreinheiten wurden gebildet und den Frauen wurde die klassische Rolle in der erweiterten Hausarbeit zugewiesen. Die PLO inklusive der »marxistischen«

PFLP untersagte Abtreibungen und Geburtenkontrolle, denn palästinensische Frauen hätten die Pflicht, Kinder zu gebären. Bereits im Sommer 1988 machte die Hamas mit Kampagnen zur Verschleierung der Frauen durch Parolen, Kommuniqués und schließlich offenem Terror mobil. Die nationalistischen Organisationen stellten die Frage der Verschleierung zugunsten eines Bündnisses mit Hamas zurück. Ende 1988 war der Schleier in Gaza durchgesetzt, die Kontrolle ging kontinuierlich an die Fundamentalisten der Hamas über.

Diese gesellschaftliche Regression zeigte sich dann auch in der Zweiten Intifada 2000: Die palästinensischen Jugendlichen stürmten mit einer erschreckenden Todesverachtung gegen die israelischen Wachtürme los. Unterfüttert wird dieser Aktivismus mit der Ideologie des Märtyrers, die allerdings schon länger ihr Unwesen in der palästinensischen Bewegung treibt. Die Symbolik des Blutes gehörte schon immer zur Staatsgründung – keine Geburt verläuft blutiger als die des Staates, doch der religiös munitionierte Terror, der auch die Selbstauslöschung in Kauf nimmt, steht für eine internationale Tendenz der vollständigen Gegenaufklärung.

Während der Al-Aqsa-Intifada schossen mit Kalaschnikows ausgestattete Kämpfer hinter den Steine werfenden Kids – militärisch zwecklos – in die Richtung der Siedlungen. Auch dies ist die Symbolik der Vertreibung und des Mordes – also auch die Symbolik der Staatsgründung. Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts wurde diese irrationale Tendenz von Hamas und anderen religiösen Gangs weiter radikalisiert. Besonders die Selbstmordanschläge zeigen, dass ein Programm des schrankenlosen Irrationalismus, das Selbst- und Fremdvernichtung mit sexistisch-patriarchalen Versprechungen aufs Jenseits kombiniert, unter einigen Abgehängten in den besetzten Gebiete (und nicht nur bei ihnen) eine relative Resonanz hervorrufen konnte. Nur scheinbar verkörpert der Islamismus tiefe religiöse Gewissheit. Das Sich-Versteifen auf ein offensichtlich verschüttetes, wenn nicht sogar phantasmagorisches Fundament terminiert in der Praxis der Djihadisten nicht umsonst in Mord und Selbstmord – also im Nichts. Nicht mehr der Stein oder die Kalaschnikow ist Symbol der scheinbaren Selbstermächtigung, sondern der Sprenggürtel, der nun auch

den eigenen Tod von vornherein in Kauf nimmt, und die selbst fabrizierten Raketen, die je nach politischer Konjunktur nach Israel gejagt werden.

Kein Licht am Ende des Tunnels: Gaza

Was ist Gaza? 1,8 Millionen Menschen sind durch Betonmauern, riesige Zäune und ein Meer, das man nur wenige Kilometer befahren darf, eingesperrt. Es gibt weder einen Hafen noch einen Flughafen. Alle Grenzübergänge sind seit Jahren fest verriegelt, von Freizügigkeit von Personen und Reisefreiheit kann keine Rede sein. 60 Prozent der Palästinenser in Gaza sind arbeitslos und total verarmt. Die seit 2007 von Israel und Ägypten gemeinsam verhängte Blockade, die besonders nach dem Putsch der autoritären und mit brachialer Gewalt gegen die Muslimbrüder vorgehenden Militärs in Ägypten verschärft wurde, verschlechtert systematisch die Versorgungslage und lässt eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung in Gaza nicht zu. Unter Gaza verläuft mit insgesamt zweitausend Tunneln ein weitreichendes Tunnelsystem, manche sind wenige Meter hoch, andere Lastwagenhoch gebaut und durch Beton abgestützt. Die Mehrzahl der Tunnel werden kommerziell genutzt, eine Minderzahl, die nach Israel gelegen ist, militärisch-terroristisch. Vor allem die etwa 1.800 Schmuggelröhren nach Ägypten dienen der Versorgung.

Als im Januar 2008 palästinensische Kämpfer einen mehrere hundert Meter langen Teil der Grenzmauer zu Ägypten sprengten und viele tausend Palästinenser über die Grenze in die angrenzende ägyptische Provinz strömten, wurden in Israel Stimmen laut, die Verantwortung für die Versorgung der 1,5 Millionen Bewohner des Gazastreifens wieder – wie es bis 1967 der Fall war – Ägypten zu überantworten. Gaza ist lästig. Im November 2010 forderten Hilfsorganisationen wie Amnesty International und Medico International mit einem Appell an die internationale Gemeinschaft das sofortige Ende der Gaza-Blockade. Sie klagten an, dass das Verbot von Exporten aus dem Gazastreifen nicht aufgehoben wurde und dass es vor allem an Material für den Wiederaufbau fehle. Zudem sei die Bevölkerung stark in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und nach Angaben der UN zu 80 Prozent von externen Hilfslieferungen

abhängig. Nach Berechnungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) lebten im Jahr 2006 81 Prozent der 1,5 Millionen Einwohner des Gazastreifens unterhalb der Armutsgrenze. Nach FAO-Angaben waren 70 Prozent der Bevölkerung in Gaza nicht in der Lage, ihren täglichen Nahrungsmittelbedarf ohne zusätzliche Hilfe zu decken und hatten nur 2-3 Stunden pro Tag Zugang zu Wasser.

Jeff Halper von den israelischen Komitees gegen Hauszerstörungen (ICAHD), führt aus, dass ein Vergleich zwischen den militarisierten Enklaven Gaza und Westbank mit dem Apartheidsregime in Südafrika fehl geht: ging es dort um die schärfste Kontrolle und Aufsicht der schwarzen Arbeiterklasse, die jedoch arbeiten sollte (zu welch beschissenen Bedingungen auch immer), so geht die israelische Politik in die entgegengesetzte Richtung, nämlich die Palästinenser am Arbeiten zu hindern, zu dem rechtlichen Ausschluss kommt auch noch der Ausschluss aus der Arbeit hinzu. Dass Israel laut Halper durch seine Politik des Ausschlusses eine noch schlimmere Lebenssituation für die Palästinenser produziere als das Apartheid-Südafrika für die schwarze Bevölkerung, trifft nicht zu. Israel ist kein Apartheidsregime, auch wenn jüngst von solchen Überlegungen zu hören war. So hatte das israelische Verteidigungsministerium Mitte Mai 2015 angeordnet, dass im besetzten Westjordanland Araber und Juden künftig in getrennten Bussen fahren müssten. Doch eine anberaumte »Testphase« von drei Monaten, in der all jene Palästinenser, die mit einer Sondergenehmigung in Israel arbeiten, bei der Heimfahrt nicht mehr neben Siedlern sitzen dürfen, wurde nach internationalem Aufschrei bereits am nächsten Tag durch Netanjahu gestoppt.

Wichtiger ist jedoch der Hinweis auf den Unterschied, den Halper anführt: Ausschluss aus der Arbeit statt hierarchischer Verwertung in einem rassistisch gestaffelten Arbeitsmarkt stellt die Lebensrealität vieler proletarisierter Palästinenser unter israelischer Besatzung oder in von der Palästinensischen Autonomiebehörde beziehungsweise Hamas kontrollierten Gebieten dar. Tatsächlich sind aufgrund eines Überangebots an Arbeitskraft die nicht-israelischen Palästinenser mehr oder

weniger entbehrlich. Sie werden zu einem Problem, das man in erster Linie sicherheitspolitisch bannen muss. Je entbehrlicher die Arbeitskraft ist, desto stärker tritt an die Stelle der kontrollierenden Verwertung die verwahrende Kontrolle.

Je überflüssiger der Mensch ist, desto empfänglicher wird er aber auch für Irrationalismen aller Art. Die in den solchermaßen abgeriegelten Gegenden der Überflüssigen anzutreffenden antiemanzipatorischen Verarbeitungsmuster dieser Situation liegen auf der Hand. Mike Davis' These, dass Gott in den alten Städten der industriellen Revolution gestorben und nun in den post- und nicht-industrialisierten Städten der Dritten Welt wiederauferstanden sei, findet hier ebenfalls ihre Bestätigung.[12] Tatsächlich hat in den Armutsquartieren Marx die Bühne verlassen und Mohammed führt die Regie – der stalinisierte und nationalisierte Marx/Engels der PFLP und DFLP spielt kaum noch eine Rolle, führend sind islamistische Gangs wie Hamas, die allerdings gegenüber den Salafisten und Jihad Islami noch eine abrufbare pragmatische Seite aufweisen.

12 Mike Davis, Planet der Slums (Aufsatzfassung), online abrufbar unter: materialien.org/planet/Planetofslums.pdf, 11.

Hamas ist ein ambivalentes Phänomen. Ursprünglich eindeutig in der islamisiert-antisemitischen Tradition der Muslimbrüder eingefasst und mit Anspruch auf ganz Palästina antretend, argumentiert sie je nach Konjunktur auch pragmatisch und zeigt sich gelegentlich mit Israel verhandlungsbereit. Zugleich ist sie von den extremeren Konkurrenzunternehmen der Salafisten und des Islamischen Staates bedroht, sie wird vom in der globalen Staatengemeinschaft auf Anerkennung buhlenden schiitischen Staatsislamismus des Iran verbal und je nach Situation auch materiell unterstützt, obwohl die Hamas sunnitisch ist. Eine versuchte Anlehnung an den barbarischen Irrationalismus des Islamischen Staates ist denkbar, wenn auch real kaum durchsetzbar. Die dominierende Fraktion der Hamas muss anderen Sachzwängen folgen als es eine dauermobilisierte Terror- und Gewaltgang vermag. Internationale Unterstützung erfuhren sie zuerst von den Saudis, dem Iran und mittlerweile vor allem durch Katar.

Der Islamismus geht auch im Gazastreifen von einer gläubigen Mittelschicht aus, die ein nicht nur instrumentelles Verhältnis zu Fragen der Armut und der sozialen Gerechtigkeit hat. Sie löst

die Frage der »sozialen Gerechtigkeit« vor dem Hintergrund einer Koran-Exegese, in der der Aufstand der Armen oder gar der Klassenkampf vollständig suspendiert, ja gotteslästerlich ist, und stellt Streik, Aufstand, Klassenkampf einen sozialpazifizierenden Kanon einer muslimischen Verständigung aller Schichten entgegen.

Auch die Nazis hatten mit Winterhilfswerk und Deutscher Arbeitsfront nicht nur ein instrumentelles Verhältnis zur »sozialen Frage«, wie es der linke Reformist und Sozialdemokrat gerne behauptet, der das alleinige Sorgerecht fürs Soziale gepachtet zu haben meint, sondern »das Soziale« war vollständig in der nationalen Volksgemeinschaftsideologie aufgehoben (ohne freilich die Klassenstrukturen selbst aufzuheben und zu überwinden), die den Klassenkampf immer als schädlich erachtet.

Diese konterrevolutionäre Dimension des Sozialen im Islamismus bleibt oft undurchschaut, nicht zuletzt bei den auf Hilfe und Schutz Angewiesenen. Durch sie kann der Islamismus eine hohe Mobilisierungskraft in der außer Kurs gesetzten Bevölkerung erwirken. Die Unterstützung der Hamas ist ungeachtet ihres Wahlerfolges im Jahre 2006 jedoch geringer als gemeinhin angenommen. 2007 gab es den Machtkampf zwischen der Fatah und der Hamas, in der auch andere Gruppierungen gegen Hamas auftraten (von konkurrierenden djihadistischen Gruppen bis hin zu säkularen). Die Proteste wurden jedoch blutig erstickt, etliche Gegner von Hamas wanderten in die Knäste, wo sie wiederholt Folter ausgesetzt sind und ein Faustpfand gegenüber ihren Familien darstellen. Im Zuge des Arabischen Frühlings tauchte ein eindeutiger Facebook-Aufruf von jugendlichen Palästinensern aus Gaza auf, die Hamas genauso in die Hölle wünschten wie Israel, ein wenig nachhaltiger dissidenter Funke, der schnell wieder erloschen ist.

Am Vorabend des letzten Krieges und in aktuellen Meldungen ist von einer Distanz der Bevölkerung zu Hamas zu hören. Das zeigt, dass die Bevölkerung keinesfalls identisch mit den Herrschenden im Gazastreifen ist. Es besteht stets die Gefahr, dass Gangs jenseits der Hamas durch provokatorische Raketenabschüsse wieder den Auslöser für einen neuerlichen verheerenden Krieg liefern. Es ist auch nicht ausgeschlossen,

dass Hamas bei innenpolitischen Problemen erneut versucht, durch einen nicht zu gewinnenden Krieg den sozialen Unmut in einen nach außen, gegen Israel gerichteten Krieg zu verwandeln. 2014 ging die djihadistische Seite des Raketenkriegs der Hamas im eigenen Land jedoch verloren – und sie musste rational aushandeln, was aushandelbar erscheint: Die Öffnung der Grenzen für Waren und Handel in beide Richtungen und perspektivisch einen eigenen Hafen und Flughafen waren schließlich die letzten Forderungen der Hamas im Waffenstillstandsgerangel. Sind sie bereits Ausdruck einer ermüdeten Bevölkerung, die auch in jüngsten Berichten (Juni 2015) Unmut gegenüber der Politik der Hamas-Verwaltung artikuliert? Wird das irrationale Vertrösten auf das Paradies und Israel-Hass dominieren, oder kann sich der berechtigte Wunsch nach Versorgung und materieller Absicherung gegen die herrschenden Kräfte artikulieren? Im Moment will jüngsten Umfragen zufolge jeder zweite Palästinenser im Gazastreifen schlicht raus aus dem Gebiet.

Für Internationalismus und Universalismus

Die Situation in Gaza vor Augen ist dem »Unsichtbaren Komitee« auch zuzustimmen, wenn es schreibt, dass das Kapital nicht versuche, »die Welt unter dem Kommando des Fortschritts im Gleichschritt marschieren zu lassen ... die Welt entkoppelt (sich) in Zonen hoher Mehrwertschöpfung und in vernachlässigte Zonen, in Kriegsschauplätze und befriedete Räume. Es gibt den Nordosten Italiens und Kampanien; letzteres ist gerade gut genug, die Abfälle des ersteren aufzunehmen. Es gibt Sophia-Antipolis und Villiers-le-Bel. Es gibt die City und Notting Hill, Tel Aviv und den Gazastreifen ... Es gibt Leben, die zählen, und andere, die zu zählen man sich nicht einmal die Mühe macht.«[13]

13 Unsichtbares Komitee, An unsere Freunde, online abrufbar unter: ill-will-editions.tumblr.com, 98.

Vollständig in die Irre geht die Einschätzung des »Unsichtbaren Komitees« in Hinblick auf die Vielzahl konkurrierender bewaffneter Rackets und Banden mit den illustren Namen Iz Adin al-Qassam, Saraya al-Quds, Islamischer Djihad, Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden und Tanzim al-Fatah. Jenen attestiert es Effizienz und Unberechenbarkeit, weil sie diffus und sich in ihren Attacken gegenseitig überbietend für den israelischen

Gegner ein unfassbares Phänomen bleiben. Den sich zwischen diesen Gangs abspielenden, bewaffnet ausgetragenen Konkurrenzkampf preisen sie als Modell des kommenden Aufstands: »Wenn wir den Bürgerkrieg, selbst zwischen uns, akzeptieren, dann nicht nur, weil es an sich eine gute Strategie ist, um die imperiale Offensive aus dem Konzept zu bringen. Sondern auch und vor allem, weil es mit der Vorstellung übereinstimmt, die wir uns vom Leben machen.«[14] Der Bürgerkrieg von Rackets als Vorstellung des besseren Lebens – damit veranschaulicht das Unsichtbare Komitee, wie weit jegliche Befreiungsvorstellung, will sie sich auf Akteure im Nahen Osten beziehen, regrediert ist. Ein solcher Bürgerkriegsnihilismus ist nur noch eine blutige Farce, die der Tragödie der anarchistischen Idealisierung der kollektivistischen Kibbuzim, deren militärische und kolonialistische Funktion nicht durchschaut wurde, und einem falschen antiimperialistischen Vertrauen folgt. Das »Vertrauen, das in den Volkskrieg gesetzt wurde«, so formulierte es 1980 ein kritischer Ex-Maoist, sei »eine Kraft, die nicht nur neue Wege der Sozialrevolution eröffnet, sondern auch eine Eigendynamik entwickeln sollte, die sich schließlich auch gegen potentielle neue Herren und Abhängigkeiten richten werde.«[15]

14 Ebenda, 91.

15 Peter Tautfest, Palästina-Solidarität nach Indochina, Holocaust und Camp David, *Befreiung* 17/18 (1980), 114.

Abgesehen von der kurzzeitigen Platzbesetzungsbewegung 2011/2012, die sich entlang von sozialen Fragen wie den explodierenden Mieten und höheren Lebenshaltungskosten entzündete und sich in die weltweite Bewegung der Plätze einreihte, sind die vorherrschenden Tendenzen in Israel und den palästinensischen Gebieten eher negative Modelle und Vorschein einer düsteren Zukunft.

Schließlich spielt besonders das mythisch überwölbte »Palästina«, das es zu befreien gelte, in der Propaganda des weltweiten Djihad eine fundamentale Rolle. Dieser bedroht nicht nur in Form des Islamischen Staates in einer beispiellosen Art und Weise Israels Sicherheit wie auch das Leben von Juden überall, wie es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht der Fall war. Das Hauen-und-Stechen im Nahen Osten bleibt nicht vor Ort; der konterrevolutionäre Pseudoantagonismus »Muslim gegen Jude« wandert um die Welt und unter Migrationspopulationen, die sich den Palästinensern verbunden fühlen, macht sich nicht

nur Israel-Hass, sondern auch der islamisierte Antisemitismus breit. Den wahren Antagonismus zu betonen, haben sowohl diejenigen Linken aufgegeben, die folkloristisch in Pro-Palästina-Demos mitmarschieren als auch diejenigen, die in Deutschland mit Israelfahnen herumwedeln.

Auch wenn Antideutschtum und Befreiungsnationalismus in der deutschsprachigen Linken zurücktreten, so kann sich die Linke mehrheitlich nicht zu einer internationalistischen und universalistischen Position durchringen, die den möglichen wie verhinderten Klassenkampf in den Mittelpunkt stellt und sich gegen das kriegerische Morden im Nahen Osten deutlich ausspricht. Eine antimilitaristische Demonstration von Israelis und anderen in Berlin Ende Juli 2014 blieb so auch auf etwa 300 Personen beschränkt.

Während des letzten Gaza-Krieges war man sich nicht nur in der bürgerlichen Presse einig: Ein böses Wort ist schlimmer als eine durch Bomben verursachte böse Verletzung oder gar der Tod. Israels von der Hamas hervorgerufener Krieg gegen die palästinensische Zivilbevölkerung, der zu 2.000 Toten und Zehntausenden Verletzten führte, ist ein Verteidigungskrieg minderer Schwere, eine judenfeindliche Parole dahingegen ein Skandal, der das zivilisierte Abendland in seiner ganzen Moralität herausfordert. Schöne politisch korrekte, metropolitane Welt hin oder her – natürlich hat der nicht enden wollende Israel-Palästina-Konflikt negative Auswirkungen, die sich globalisieren.

Ein Großteil der deutschen Medien versteifte sich unmittelbar während des letzten Gaza-Krieges auf die ewige Bekundung, dass Israel legitimerweise seine Sicherheitsinteressen durchsetzt. Als Antisemitismus auf Pro-Palästina-Demos in Deutschland auftauchte oder tatsächlich ein vehementer Judenhass artikuliert und wie in Frankreich zur Bedrohung für Juden wurde, sekundierte das Feuilleton mit tapferen Beiträgen einer kurzen Geschichtsschreibung des deutschen Antisemitismus von Luther über Wagner bis Hitler – als hätte man dadurch irgendetwas über den Israel-Palästina-Konflikt und seine irrational-reaktionäre Verarbeitung verstanden.

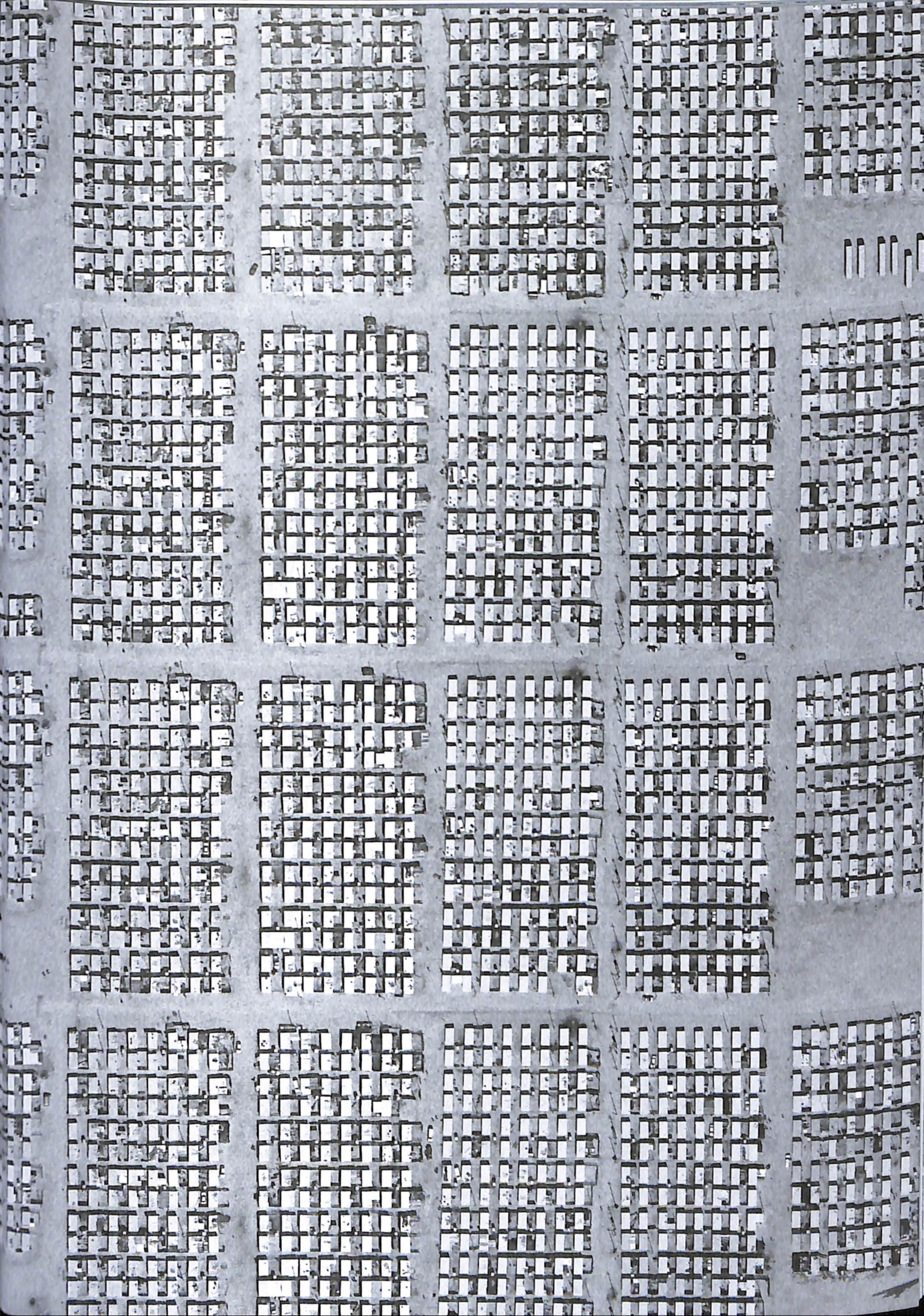
Überboten wird dies nur noch von einer sehr spezifisch deutschen »linken Publizistik«, in welcher der Tenor lautet: Ein Palästinenser mehr oder weniger – was liegt daran? »Ich lasse einfach alle Antisemiten erschießen.« (Friedrich Nietzsche) Die Kälte gegenüber den massakrierten Palästinensern in den sich wiederholenden Kriegen zwischen Israel und der Hamas wirft ein schales Licht auf die zur Schau gestellte Israelfreundschaft der Linken, die dem postfaschistischen philosemitischen Habitus der Nachkriegsgesellschaft ähnelt. Dem völlig entgegen steht der immer wieder aufflackernde, doch stets schwächer strahlende Antizionismus, er ist der »Sozialismus der dummen Kerle«, zugleich eine Ideologie untergehender linker Schichten, die sich nach dem Scheitern des Antiimperialismus umso hoffnungsloser an alte Anti-USA- und Anti-Israel-Reflexe ketten und die reaktionär-antisemitische Tendenz der Hamas systematisch leugnen müssen.

Im Weltbild des Antiimperialisten können die »Verdammten dieser Erde« nur das Richtige wollen, eine Naivität, die systematisch verkennen muss, dass der Antisemitismus auch unter Unterprivilegierten und in migrantischen Milieus wächst und möglicherweise Anschluss an den internationalen Islamismus sucht, wie die Terroranschläge in Frankreich und die sie ausführenden Akteure aus den Banlieues zeigen.

Die aufstrebenden, opportunistischen Schichten sind indes philosemitisch und Israel-begeistert und zeigen sich angesichts einer chaotisch werdenden Welt weniger vom Arm und Reich selektierenden Sicherheitsimperialismus denn von der Terrorgefahr irritiert. Die Verdammten dieser Erde können es ihrer Meinung nach auch gerne bleiben. Diese Linken sind sprachlos angesichts eines deutschen Establishments, das auf der konformistischen und mehr proisraelischen als anti-antisemitischen »Steh auf!«-»Fanmeile des Guten« (B.Z.), die aus zivilgesellschaftlichen Fans ihrer eigenen guten Gesinnung von AfD bis Gysi-Linke reicht, zu besichtigen war. Nur merkwürdig, dass die vermeintlich gute Gesinnung hinter den globalen Verhältnissen zurückbleibt, und ihr zu systematischer rassistischer Ausgrenzung, Verfolgung und Tod nichts einzufallen vermag.

Die anti-universalistische Linke, sowohl in ihrer vorgeblich antiimperialistischen wie in ihrer vermeintlich Israel-solidarischen Ausprägung, widerspiegelt bloß die Enthumanisierungstendenzen sowohl unter den arabischen und türkischen Migranten-Prolls, die voller patriarchaler Selbstinszenierung in Berlin »Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf' allein« skandieren, wie auch unter den antiarabischen Pogromleuten in Israel, die feiern, dass man aus Gaza einen Friedhof zu machen habe, und Antikriegsaktivisten durch die Stadt jagen. ■

Walter Hanser



LEIHARBEIT

ENDE DER IDENTIFIKATION MIT DER AUSBEUTUNG ODER DOCH NUR WAFFE DES KAPITALS?

Auswertungen und Überlegungen zu einem Leiharbeitsfragebogen

Eine erste kurze Auswertung unseres Leiharbeitsfragebogens haben wir schon im *Kosmoprolet* 3 veröffentlicht[1], in dem wir ausführlich auf Leiharbeit, deren gesellschaftliche Rahmenbedingungen und unsere Motivation zur Erstellung eines Fragebogens eingehen. Da unser Artikel und der Fragebogen online verfügbar sind, werden wir auf diese Punkte nur kurz eingehen und unser Hauptaugenmerk auf die nun abgeschlossene Auswertung der Antworten legen.

1 La Banda Vaga, Fragebogen zur Leiharbeit, *Kosmoprolet* 3 (2011).

Hier nur so viel: Wir sehen die »Normalisierung« der Leiharbeit als Beispiel für die neue Ausbreitung unsicherer, flexibler und noch schlechter bezahlter Arbeitsverhältnisse im Zuge der Reformen der rot-grünen Bundesregierung Ende der 1990er/ Anfang der 2000er in Deutschland und einer allgemeinen stetigen Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse in den Metropolen seit etwa den 1980er Jahren – weshalb wir sie als einen wichtigen Teil der Neuzusammensetzung der Arbeiter_innenklasse ansehen. Gleichzeitig fehlt es der klassenkämpferischen Linken in Deutschland an einer vernünftigen Analyse der heutigen Bedingungen. Meist werden die aktuellen Entwicklungen der Arbeitsbedingungen unter dem sehr ominös und ungenau bleibenden Begriff der Prekarisierung subsumiert. Die Umstrukturierung der Lohnarbeit erscheint den meisten dabei als dauerhafte Schwächung der Lohnabhängigen. Eine solche Vorstellung verstärkt, die in der zweiten Hälfte der 1970er einsetzende Abwendung großer Teile der Linken von der Frage des Klassenkampfes.

Diese Einschätzungen beruhen dabei aber weniger auf einer echten Analyse der aktuellen Verhältnisse, sondern folgen eher einer Ableitung aus dem Zustand fehlender Klassenkämpfe in der Bundesrepublik. Dass an deren Ausbleiben der starke Abbau von sogenannten »Normalarbeitsverhältnissen« schuld ist, scheint uns jedoch nicht schlüssig, als ob zu Marxschen Zeiten lebenslange und relativ sichere Arbeitsverhältnisse und gewerkschaftliche Vertretung der Standard gewesen wären. Die »Normalarbeitsverhältnissen« waren historisch wie geographisch eine Ausnahme, Kämpfe der Arbeiter_innen waren

und sind dies nicht. Deshalb braucht es eine Aktualisierung der Gesellschaftsanalyse und damit einhergehende Untersuchungen, eben unter anderem auch im Bereich der Leiharbeit. Dabei darf es sich aber nicht um eine »objektive« Studie von außen handeln, sondern muss als Ziel neben der Aufdeckung mögliche Ansatzpunkte für Widerstand auch die Perspektive eines gemeinsamen Kampfes bieten.

Die Ausarbeitung des Fragebogens

So stießen wir auf die lange Tradition der Arbeiter_innenuntersuchungen anhand von Fragebögen. Als erstes lasen und diskutierten wir in der Gruppe zahlreiche theoretische Texte zum Konzept der Arbeiter_innenuntersuchung.[4] Von diesem Konzept versprachen wir uns, dass es den Spagat zwischen Unterschied und Gemeinsamkeit aushalten könnte. Einerseits überwindet es die verfestigte Konstellation zwischen Lohnabhängigen und politischer Gruppe. Nicht wir belehren per Flugblatt, sondern wir wollen belehrt werden, wenngleich die Fragen von uns ausgehen. Andererseits trägt es – in Gestalt des Fragebogens – den Unterschieden Rechnung und lässt genügend Freiraum, damit der Austausch an diesen Unterschieden nicht scheitert. Damit schien das Fragebogen-Konzept der Arbeiter_innenuntersuchung zugleich Antworten auf Fragen zu bieten, die wir schon seit vielen Jahren diskutieren: das Verhältnis von Theorie und Praxis, von Spontaneität und Organisation und das Verhältnis von Sozialrevolutionär_innen und Proletarisierten. In all diesen oftmals aporetisch festgefahrenen Problemen versprachen wir uns von der Arbeiter_innenuntersuchung daher nicht nur ein Anti-Leiharbeitsbündnis unter hoher Beteiligung von Betroffenen, sondern auch neue Perspektiven auf alte Schwierigkeiten.

Ausgehend von dem Fragebogen, den Karl Marx 1880 entworfen hat,[5] entwickelten wir in unzähligen Korrekturgängen einen Fragebogen zur Leiharbeit. Durch diesen Prozess des ständigen Überarbeitens, Verwerfens und Neuformulierens von Fragen lernten wir anderes und womöglich mehr über die Leiharbeit, als uns ein empirisch oder theoretisch orientierter Text hätte bieten können. Das war ein erster Erfolg unseres Projekts.

4 Siehe beispielsweise die verschiedenen Beiträge in N.N., Arbeiteruntersuchung und kapitalistische Organisation der Produktion (Quaderni Rossi), München 1972; Romano Alquanti, Klassenanalyse als Klassenkampf. Arbeiteruntersuchungen bei FIAT und OLIVETTI. Hrsg. und eingeleitet von Wolfgang Rieland, Frankfurt am Main 1974.

5 Karl Marx, Fragebogen für Arbeiter, MEW 19, 230-237.

Nachdem wir eine finale Fassung des Fragebogens entworfen hatten, verteilten wir diesen bei Anti-Leiharbeitsprotesten, vor der Arge, bei 1. Mai-Kundgebungen, bei Beratungsstellen und veröffentlichten ihn auf diverse Internetforen und -seiten. Wir entschieden uns bewusst dazu, keine uns bekannten Leiharbeiter_innen persönlich zu interviewen, da diese alle dem Umfeld der linken Szene zuzurechnen sind und wir vermeiden wollten, linke Vorstellungen über Leiharbeit damit nachzuweisen, indem wir Linke über Leiharbeit interviewen. Eine vollständige Auswertung der uns vorliegenden Fragebögen erfolgt erstmals hier. Mit diesem Text wollen wir ein Manko der vielen bisherigen Fragebogenaktionen überwinden. Denn bei diesen wurden meist nur die theoretischen Vorüberlegungen und teilweise die entworfenen Fragebögen veröffentlicht, aber fast nie die Ergebnisse ausgewertet.[6] Wir wollen mit diesem Text interessierten Gruppen unsere Erfahrungen mit dieser Methode weitergeben und die Anregung geben selbst in dieser Richtung aktiv zu werden.

6 Vgl. etwa: Yaak Karsunke/Günter Wallraff: »Fragebogen für Arbeiter 1880/1970«, *Kursbuch* 21, (Berlin 1970).

»...und was sonst noch so anfällt«. Auswertung der Fragebögen

Mittlerweile[7] liegen uns insgesamt 20 Fragebögen, teilweise mit ausführlichen Kommentaren versehen, zur Auswertung vor. Davon wurde die Mehrzahl der Bögen über das Internetformular, das auf unserer Homepage eingestellt wurde, ausgefüllt. Sämtliche Fragebögen wurden von uns persönlich unbekannten Leiharbeiter_innen ausgefüllt. Die Leiharbeiter_innen arbeiten, soweit sie dies angaben, für sehr unterschiedliche Zeitarbeitsfirmen und Entleihbetriebe, wie es sich schon bei der ersten Auswertung andeutete. Dieses Feedback hängt sicherlich auch mit den sehr unterschiedlichen Orten, an denen wir die Fragebögen verteilt haben, zusammen und spiegelt sich auch in einer großen Vielfalt an angegebenen Tätigkeitsfeldern als auch Entleihbetriebsstrukturen und -branchen wider. So werden von dem/der Assistent_in der Geschäftsführung über Kassierer_in bis zum/zur Metallarbeiter_in unterschiedlichste Arbeitsfelder genannt, die jedoch fast ausschließlich ungelernte Tätigkeiten einschließen und oft nicht auf eine Tätigkeit beschränkt sind, sondern häufig mit dem typischen Nebensatz »und was sonst noch so anfällt« ergänzt wurden. So wie die

7 Zwischen der Auswertung, also dem Ende unserer Fragenbogen-Aktion, und dieser Veröffentlichung liegen fast zwei Jahre.

Tätigkeiten, sind auch die Branchen der Entleihbetriebe höchst unterschiedlich. Auch die Struktur der Betriebe unterscheidet sich teilweise sehr stark. So arbeiten einige in eher kleinen Betrieben mit nur 30 oder 40, andere wiederum in Großbetrieben mit über 500 Angestellten. Auch der Anteil der in den Betrieben beschäftigten Leiharbeiter_innen schwankt erheblich, zwischen »deutlich unter 10 Prozent« und »fast allen«.

Die Arbeitsverhältnisse wurden von den meisten als sehr schlecht beurteilt. Mehr als die Hälfte der Befragten gaben an, dass sie nur noch wenige Jahre oder gar nur Monate unter den jetzigen Arbeitsverhältnissen aushalten würden und fast keine_r kann sich vorstellen, seinen beziehungsweise ihren Job so bis zur Rente zu durchzuhalten. Das verwundert nicht, wenn man die beschriebenen Arbeitsverhältnisse betrachtet. Nur eine Person hat einen längerfristigen festen Zeitplan, die anderen Beschäftigten, die auf diese Frage antworteten, müssen sehr spontan und flexibel zur Arbeit erscheinen oder besitzen gar keinen festen Arbeitsplan. Mehr als ein Drittel berichten über unbezahlte Arbeitszeiten und bei genauso vielen werden Überstunden immer wieder nicht angerechnet. Bei mehr als der Hälfte werden nicht alle Sicherheitsvorschriften eingehalten. Gut zwei Drittel berichten von gesundheitsschädlichen Einwirkungen bei der Arbeit, wie Lärm, Staub, Rückenproblemen und vor allem starkem Stress. Die Mehrheit wird bei der Arbeit zusätzlich durch Videoüberwachung, Aufsichtspersonen, Kontrollzettel usw. überwacht. Auch der lange und unbezahlte Arbeitsweg, der bei der Hälfte der Befragten über eine Stunde und teilweise bis zu drei Stunden einnimmt, stellt eine weitere Belastung dar. Trotz dieser ausgesprochen schlechten Arbeitsbedingungen verdient keine_r der Befragten mehr als elf Euro die Stunde.
Die geringen Löhne, die bei niemandem der jeweils vorhandenen Ausbildungsstufe entsprechen und bei den meisten deutlich unter 1300 Euro im Monat liegen, sind eines der Hauptprobleme für die Leiharbeiter_innen. Abzüglich der Lebenshaltungskosten (Miete, Lebensmittel, Kleidung, Versicherungen usw.) bleibt den meisten vom Lohn fast nichts mehr übrig. Dennoch müssen die meisten von ihrem Lohn auch noch die Fahrtkosten zum Entleihbetrieb bezahlen. Dementsprechend gibt mehr als die Hälfte der Befragten an, nicht

vom Lohn allein leben zu können und deshalb Schulden machen zu müssen, auf andere Einkünfte oder auf Unterstützung von Freunden und Bekannten angewiesen zu sein.

Zu diesen Belastungen, denen Leiharbeiter_innen nicht ausschließlich, mit Sicherheit jedoch stärker als regulär Beschäftigte ausgesetzt sind, tritt noch die Benachteiligung gegenüber den festangestellten Kolleg_innen, über die sich mehr als zwei Drittel der Befragten beschweren. Diese Benachteiligung beginnt bei höheren Kantinenpreisen, fehlenden Spinden und deutlich schlechterer Bezahlung bei gleicher Arbeit und endet bei herabwürdigender Behandlung durch festangestellte Kolleg_innen. Diese wird teilweise durch die Unternehmen systematisch gefördert, etwa durch den Zwang zu einer eigenen Kleiderordnung, durch die die Leiharbeiter_innen als Leiharbeiter_innen kenntlich gemacht werden. Es liegt sehr nahe, in dieser optischen Distinktion eine absichtliche Spaltung der Belegschaft zu vermuten, um Solidarisierungen vorzubeugen. Diese Spaltung scheint leider recht gut zu funktionieren. Über die Herabwürdigung durch Festangestellte hinaus werden oft alle Fehler, die im Betriebsablauf vorkommen, der Gruppe der Leiharbeiter_innen in die Schuhe geschoben. Auch persönliche Kontakte innerhalb der Belegschaft kommen kaum zustande. So berichtet fast die Hälfte der Befragten, dass sie zu Kolleg_innen nur soweit Kontakt haben, insofern dies für den Arbeits- beziehungsweise Produktionsprozess erforderlich ist.

Neben dem entsolidarisierenden Verhalten der Festangestellten fühlen sich alle Personen, die auf die entsprechende Frage antworteten (zwölf Leiharbeiter_innen), von den Gewerkschaften, die teilweise durchaus in den Betrieben aktiv sind, nicht unterstützt beziehungsweise nicht vertreten. Damit hängt wohl auch zusammen, dass nur drei Personen angaben, in einer Gewerkschaft organisiert zu sein. Nur eine Person ist Mitglied einer anderen Organisation oder politischen Gruppe. Der geringe Organisationsgrad scheint in erster Linie im fehlenden Vertrauen in solche Organisationen zu liegen und eher nicht an Versuchen der Unternehmer_innen, Organisation im Betrieb zu verhindern, auch wenn eine Person von Drohungen des Chefs bezüglich Organisierung berichtet. Dies lässt sich

so auslegen, dass die strukturelle Betriebsherrschaft durch Spaltung und Isolation so erfolgreich ist, dass ein direktes Vorgehen gegen gewerkschaftliche oder Selbstorganisation der Leiharbeiter_innen schlicht nicht mehr erforderlich ist, weil es nicht einmal mehr zu solchen Versuchen kommt. Weiterhin geben nur fünf Personen an, dass sie glauben, dass eine bestimmte Partei, der Staat oder andere Organisationen ihr Interesse vertreten würde. Bei dieser Frage schnitt die Partei *Die Linke* mit drei Nennungen noch am besten ab. Diejenigen, die angaben, kein Vertrauen mehr in Parteien, Gewerkschaften oder ähnliche Institutionen zu haben, drückten ihre Wut gegen sie recht deutlich aus, insbesondere gegen die Gewerkschaften und gegen die SPD.

Es scheint uns, dass diese Stimmung in vielen linken Ansätzen und Überlegungen zu Leiharbeit nicht ganz richtig eingeschätzt wird. Oft wird sie nur als ein resignativer Ausdruck der schlechten Arbeitsbedingungen, der geringen Entlohnung und der Spaltung der Arbeiter_innen gesehen, die sich als Leiharbeiter_innen nicht mehr organisieren und durch kurze Kündigungsfristen in besonderer Weise abhängig seien. Sicherlich ist diese Analyse nicht verkehrt und bestätigte sich auch in den Antworten des Fragebogens. Zwei Personen schrieben etwa, dass sie sich aus Angst vor Repressionen nicht trauen, anzugeben, in welcher Firma sie beschäftigt sind. Die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen führen der üblichen linken Lesart zufolge zu Resignation und Kampflosigkeit. In Übereinstimmung damit schreibt eine Person, dass sie »Depressionen, Alkoholismus usw.« als Antwort auf die Verhältnisse der Leiharbeit gut nachvollziehen könne.

Allerdings zeigt sich im fehlenden Vertrauen in die traditionellen Organisations- und Vertretungsstrukturen eventuell mehr als nur in Passivität treibende Zermürbung durch die schlimmen Arbeitsbedingungen der Leiharbeit. Auf den ersten Blick könnte die Distanz zu Gewerkschaften, Parteien usw. entmutigend aussehen, da sie politische Indifferenz und ohnmächtiges Einverständnis vermuten lässt. Uns hat sich in den Fragebögen allerdings eher gezeigt, dass diese Distanz Ausdruck einer wohlbegründeten Skepsis gegenüber den klassischen Integrationseinrichtungen, nämlich Parteien, Gewerkschaften

usw. ist, die keinesfalls dem Klischee des politikverdrossenen Stammtisches entspricht. Womöglich keimt in ihr von selbst eine Widerständigkeit gegen staatliche oder parastaatliche Einrichtungen, die eine antietatistische und antiautoritäre Linke oftmals nur von außen hilflos eingefordert hat. Leiharbeit scheint kaum geeignet einen erneuten Klassenkompromiss wieder aufleben zu lassen. Offenbar kommt es für die Leiharbeiter_innen nicht infrage, die Durchsetzung der eigenen Interessen an Gewerkschaften und/oder Parteien zu delegieren, weil durchschaut wird, dass sie Teil ihrer Misere sind, und die dementsprechend in vielen Fragebögen für die eigene schlechte Lage mitverantwortlich gemacht werden (»der DGB hat mit dafür gesorgt, dass wir Niedriglöhne erhalten«). Auch die typische standortpolitische Argumentation oder die Phrase vom Allgemeinwohl, für das jede_r den »Gürtel enger schnallen« müsse, scheint bei den Leiharbeiter_innen kaum mehr zu verfangen. Die Rede vom »Standort Deutschland« taucht nur bei einer Person auf, während viele Antworten auf die eigene Ausbeutungssituation fokussieren, ohne sie im Kontext einer Standortdebatte zu deuten und mit einem höheren Interesse zu legitimieren oder ähnlich zu übertünchen. Für die befragten Leiharbeiter_innen scheinen daher neben den Parteien und Gewerkschaften auch Nation oder Staat ihre ideologische Bindungs- und Integrationskraft verloren zu haben.

Die Umwälzungen seit dem Krisenbeginn Anfang/Mitte der 1970 Jahre, zu denen eine allgemeine Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse gehört, scheinen daher – wie dies bis heute bei jedem Wechsel des Akkumulationsregimes zu beobachten ist – hinsichtlich der Widerstandsmöglichkeiten der Lohnabhängigen ambivalent. Einerseits schwächen, andererseits stärken sie die Klasse der Lohnabhängigen. Bis jetzt scheinen die negativen Folgen deutlich zu überwiegen. Faktisch wirkt Leiharbeit entsolidarisierend, isolierend und unterbindet damit eine kämpferische (Selbst-)Organisation der Lohnabhängigen. Ohne zu optimistisch klingen zu wollen, wäre es aber auch denkbar, dass sich die proletarischen Widerstände den neuen Bedingungen erst mit einiger Zeit anpassen werden. Wenn Gewerkschaften, anstatt die Breite der Lohnabhängigen zu vertreten, sich klientelistisch darauf

beschränken, nur die Privilegien der Festangestellten zu garantieren, tut sich dadurch ein Leerraum auf, der womöglich von neuen Formen des Klassenkampfes eingenommen wird, die noch nicht klar absehbar sind. Ähnliche Phasen der Organisations- und Widerstandsfindung gab es in den Manufakturen des Handelskapitalismus ebenso, wie in den tayloristisch organisierten Fabrikhallen. So galt die Einführung der fordistischen Produktionsweise, für die das Fließband als Symbol gelten kann, vielen Aktivist_innen der Arbeiter_innenbewegung als Zerschlagung der Arbeitermacht. Der Facharbeiter (meist wirklich männlich), der Kern der Arbeiter_innenbewegung, verlor seine teilweise durchaus mächtige Position in der Produktion und wurde durch den/die scheinbar jederzeit ersetzbare_n un- beziehungsweise angelernte_n Massenarbeiter_in ersetzt. Nach einer kurzen Phase, in der der Widerstand wirklich bröckelte, hatte dieser Wandel in der Produktion jedoch umso stärkere Widerstandswellen zur Folge. Diese verdichteten sich in den 1960er/70er Jahren so gewaltig, dass ein erneuter Akkumulationsregimewechsel von Nöten war, dessen Resultate wir heute eben zum Beispiel in der Leiharbeit sehen können. Ob sich der offensichtliche Unmut der Leiharbeiter_innen über ihre miesen Arbeitsverhältnisse ebenfalls in kollektive Wiederstandaktionen wandeln wird und ob entsprechende Aktions- und Organisationsformen über die Parzellierung der Lohnabhängigen hinaus für Leiharbeiter_innen und andere prekär Beschäftigte einerseits und für Festangestellte andererseits gleichermaßen sinnvoll sein werden, wird sich zeigen.

Reflexion und Diskussion des Fragebogenprojekts

Unsere Fragebogen-Aktion hat unsere anfänglichen Erwartungen nicht erfüllt. Auffallend ist die doch relativ geringe Zahl von nur 20 ausgefüllten Fragebögen bei einer Vielzahl von verteilten Bogen. Dies liegt sicherlich nicht zuletzt an dem viel zu großen Umfang des Fragebogens, den auch mehrere Befragte in ihren Antworten bemängelten. Hier wäre es sicherlich angebracht gewesen, die Anzahl der Fragen radikal zu kürzen. Ein weiterer Grund für die geringe Anzahl der Rückmeldungen ist aber wahrscheinlich auch, dass es einen zentralen Punkt, an dem Leiharbeiter_innen zusammenkommen – jedenfalls in

Freiburg – nicht gibt. Bei den Leiharbeitsfirmen sind Leiharbeiter_innen nur zu Anmeldungen und ähnlichen Terminen anwesend. Auch haben wir in der Region keinen Entleihbetrieb ausmachen können, bei dem wir sicher wüssten, dass und vor allem wann eine große Anzahl von Leiharbeiter_innen dort arbeitet. Die diagnostizierte Ausgangslage unseres Projektes, dass es keinen Zusammenschluss zwischen Leiharbeiter_innen gibt, und dass die politische Dimension der Leiharbeit in Individualbiographie und Einzelschicksal zersplittert ist, wurde daher letztlich auch unserem Projekt zum Verhängnis. Wir konnten kaum produktiv über diesen diagnostizierten Missstand hinaus wirken. Der zentrale Schwachpunkt unserer Arbeit ist, dass es uns nicht geglückt ist, weiterführenden Kontakt zu den Leiharbeiter_innen aufzubauen. Dies liegt zum einen wohl daran, dass alle Befragten die Chance der anonymen Abgabe des Fragebogens nutzten, was sicherlich mit Angst vor möglichen Repressionen zusammenhängt. Es zeigt aber offenbar auch, dass es auf Seiten der Leiharbeiter_innen – zumindest in diesem Rahmen – kein Interesse oder Bedürfnis an Austausch und Zusammenarbeit gab, was wohl – hier lässt sich nur spekulieren – auch an fehlender Zeit und Nerven für solche Arbeit liegen mag.

Das Misslingen unserer Arbeit hinsichtlich des Vernetzungszieles hat aber auch mit unserer Konzeption des Projektes zu tun. So sind wir, mehr oder weniger, doch von außen an Leiharbeiter_innen herangetreten. Alle Befragten waren uns unbekannt und stammten nicht aus unserem Umfeld. Das war für die Auswertung der Fragen interessant, weil wir wussten, dass sich nicht bereits von vornherein eine linke Perspektive auf das Thema bestätigen würde. Zugleich hatten wir für eine weitere Zusammenarbeit mit den Leiharbeiter_innen wohl kein richtiges Konzept. Außer der schriftlichen gab es keine weiteren Kontaktmöglichkeiten, wie etwa die einer gemeinsamen Veranstaltung oder eines offenen Treffens. Ein weiteres Manko ist, dass wir so auch nicht beurteilen können, ob der Fragebogen neben den Informationen für uns, den Leiharbeiter_innen einen Erkenntnisgewinn ermöglichte, indem er im besten Fall vielleicht vorhandene Widersprüche verdeutlichte oder zuspitze. Der Fragebogen sollte schließlich gerade keine neutrale soziologische Untersuchung sein, sondern parteiisch in den

Arbeitskonflikt eingreifen: Wir haben uns erhofft, dass die Fragen, wie etwa die Frage nach Widerstandsformen im Betrieb, eine Art »Bewusstseins- und Inspirationseffekt« haben und womöglich zur innerbetrieblichen Solidarisierung und Vernetzung der Leiharbeiter_innen beitragen. Hierfür hatten wir aber womöglich die betrieblichen Realitäten zu wenig im Blick. Bei der Frage nach Widerstand im Betrieb etwa beschränkten wir uns, vermutlich auch aufgrund der zu großen Nähe zum Marxschen Originalbogen, auf offizielle Wiederstandformen, wie etwa Streiks. Anderes subversives Verhalten wie das Ausdehnen von irregulären Arbeitsunterbrechungen (Klopausen etc.), Sabotagemöglichkeiten usw. hatten wir nicht berücksichtigt. Aufschluss über solche Formen des informellen Widerstands, die ja an der offiziellen gewerkschaftlichen Vertretung vorbeigehen, wären sicherlich interessanter gewesen.

Andererseits haben wir durch die Konzipierung des Fragebogens eine Perspektive auf die Leiharbeit eingenommen, durch die wir andere und womöglich auch tiefere Erkenntnisse gewonnen haben, als bei der dem Fragebogen vorhergehenden Ausarbeitung von Flugblättern und anderen Texten über dieses Thema. Insbesondere auch deshalb, weil Leiharbeiter_innen aus der Gruppe und unserem Umfeld ihre Erfahrungen zu diesem Thema besser einbringen konnten, als bei einem theoretischen Text. Weg von der theoretischen Groß- und Außenperspektive, mussten wir aufs Kleine und ins Innere der Thematik blicken. Wir konnten die politische Tiefendimension dessen besser in den Blick nehmen, worüber der Entwurf theoretischer Texte oftmals zu schnell hinwegschreibt. Andererseits hat diese neue Perspektive sicherlich auch zu einer übertriebenen Detailliertheit und damit zum überdimensionierten Umfang des Fragebogens beigetragen.

Zwar war die Anzahl der bei uns eingegangenen Fragebögen etwas ernüchternd, allerdings wurden die Fragebögen, die uns erreichten, sehr eingehend beantwortet. Viele der Befragten beantworteten nicht nur die einzelnen Fragen zum Teil sehr ausführlich, sondern schrieben zusätzlich noch längere Kommentare am Schluss des Fragebogens. Pessimistisch ließe sich das so deuten, dass der Fragebogen überhaupt nur von denen richtig wahrgenommen wurde, die sich ohnehin

schon mit dessen Thema und ihrer eigenen Lebenssituation auseinandersetzen und daher ein Interesse an Reflexion und Mitteilung haben. Womöglich drang der Fragebogen überhaupt gar nicht erst zu Leuten durch, bei denen die entpolitisierenden Effekte der Leiharbeit, nämlich Alltagsresignation und Vereinzelung, längst wirken. Der Versuch einer Repolitisierung und Vernetzung über diese Vereinzelung hinaus, wäre in dieser Interpretation bereits von vornherein gescheitert.

Optimistischer lassen sich die ausführlichen Rückmeldungen so deuten, dass der Fragebogen als anonym wahrnehmbarer Gesprächsimpuls durchaus auf ein Interesse und Bedürfnis gestoßen ist. Wenngleich sich aus dem Projekt keine politische Kommunikation oder Austausch ergeben hat, könnten die ausführlichen Antworten darauf hinweisen, dass es ein brodelndes Bewusstsein und ein prinzipielles Interesse an Austausch- und eventuell auch Praxisformen gibt, die über die Beschränkung des Privaten hinaus ins Öffentliche und Politische reichen. Letztlich scheitert dieses Interesse aber an unzureichenden politischen Formen, in denen es sich Bahn brechen könnte – denn aus den engagierten Antworten sprach eigentlich kein Vernetzungs- und Kontaktinteresse. Jenseits von Konzepten von Avantgarde- oder Kaderorganisation gibt es eine Ratlosigkeit über die politische Form der Unzufriedenheit und des Änderungswillens auf beiden Seiten: Wir als sozialrevolutionäre Gruppe müssen uns eingestehen, dass wir über ein erfolgversprechendes Konzept, einen Rahmen kritischen Austauschs und Diskussion, ebenso wenig verfügen wie die befragten Leiharbeiter_innen. Das Fragebogenprojekt war ein Versuch mit offenem Ende, ein Experiment, mit dieser Ratlosigkeit umzugehen. Es sollte prekarisierte Teile der Lohnabhängigen und eine sozialrevolutionäre Gruppe in einem noch unbestimmten Verhältnis zusammenbringen, der von einer konkreten Gestalt noch freigehalten werden sollte, um diese Gestalt durch den Austausch erst gemeinsam entstehen zu lassen.

An dieser Stelle ist es wichtig, nochmals in Erinnerung zu rufen, dass diese Offenheit nicht nur aus Not geborene Tugend, sondern auch der Versuch einer bewussten Absage an die typischen linken Interventionspraxen war. Sie sollte verhindern,

dass das subversive Potential eines Zusammenkommens nicht an klar organisierte und hierarchisierte Rollenverteilungen verloren geht. Das Agieren in verhärteten politischen Konstellationen – dort die Betroffenen, hier die politische Gruppe – in Form von Flugblättern, Demonstrationen usw. führte oft zu nichts und stand für uns für die Ohnmacht solcher Praxen, die ein Zusammenkommen vielleicht schon im Keim ersticken. Doch auch über unseren Versuch hinaus, diese Praxen zu überwinden, geschah nichts. Der Versuch, den Modus des Zusammenkommens aus diesem Zusammenkommen her zu bestimmen, die Öffnung des typisch festgeschriebenen politischen Verhaltens, scheiterten letztlich, eigentlich brachen sie auch nichts auf.

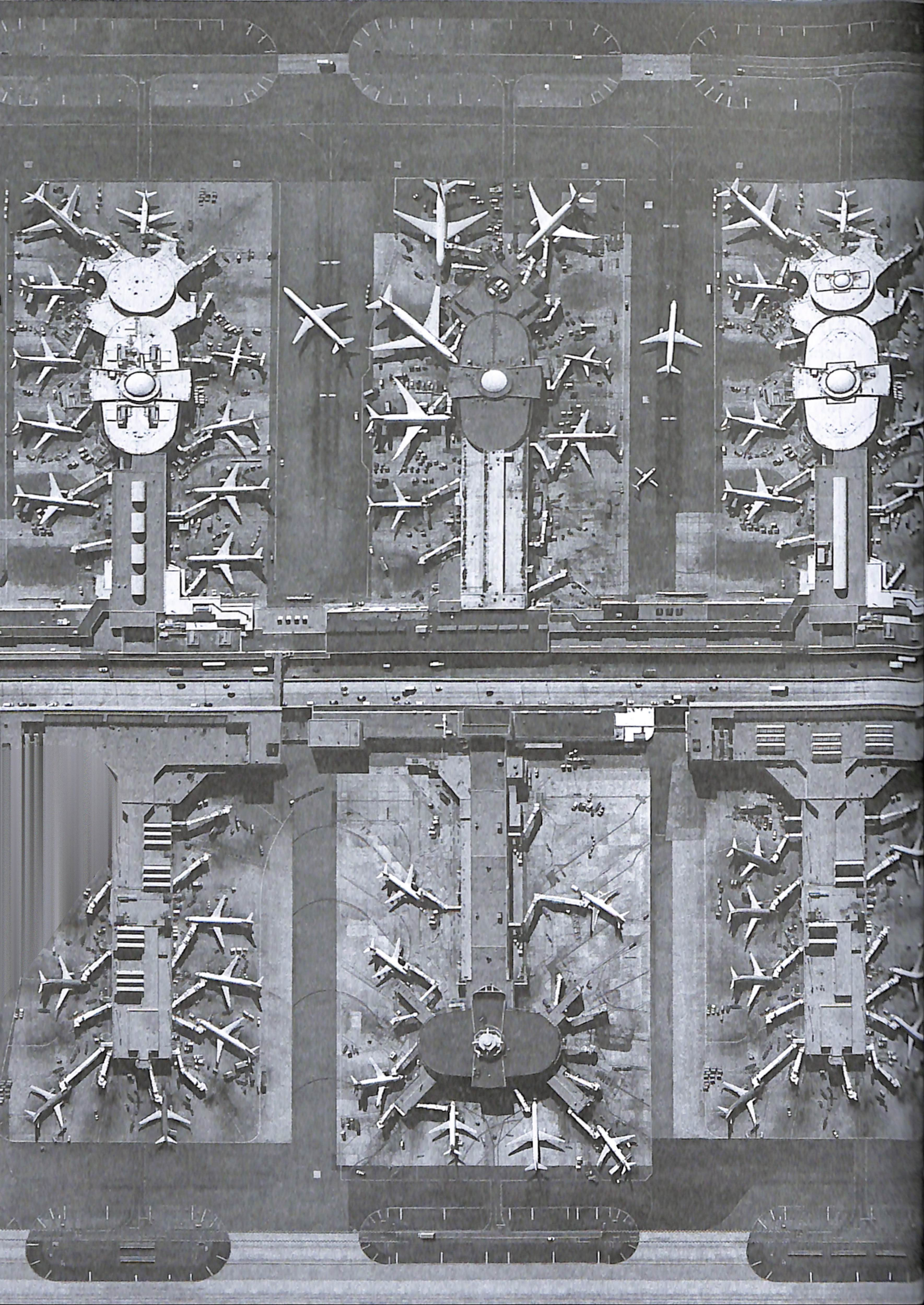
Womöglich liegt das daran, dass wohl beiden Teilen zu unklar war, wie ein Austausch- und Aktionsverhältnis konkret aussehen könnte, als dass aus der Offenheit etwas hätte entstehen können: Es bleibt die Frage, ob das Fragebogenprojekt in seiner Offenheit und intendierter Unbestimmtheit letztlich eher Ausdruck dieser Ratlosigkeit ist, oder ein erster Ansatz, diese Ratlosigkeit zu bewältigen. Vielleicht ist es perspektivreicher, ein solches oder ähnliches Projekt mit einem klareren Konzept, einem deutlicheren Entwurf von möglichen Austausch-, Diskussions-, Handlungs- oder eben ganz anderen politischen Formen zu beginnen. Womöglich haben wir das Projekt beziehungsweise die aus diesem Projekt heraus möglichen Ansatzpunkte politischen Agierens schließlich doch eher aus der Not heraus (zu) offen gelassen und mit einer Freiheit überfordert, die letztlich zu unbestimmt ist, als dass sie Früchte tragen könnte.

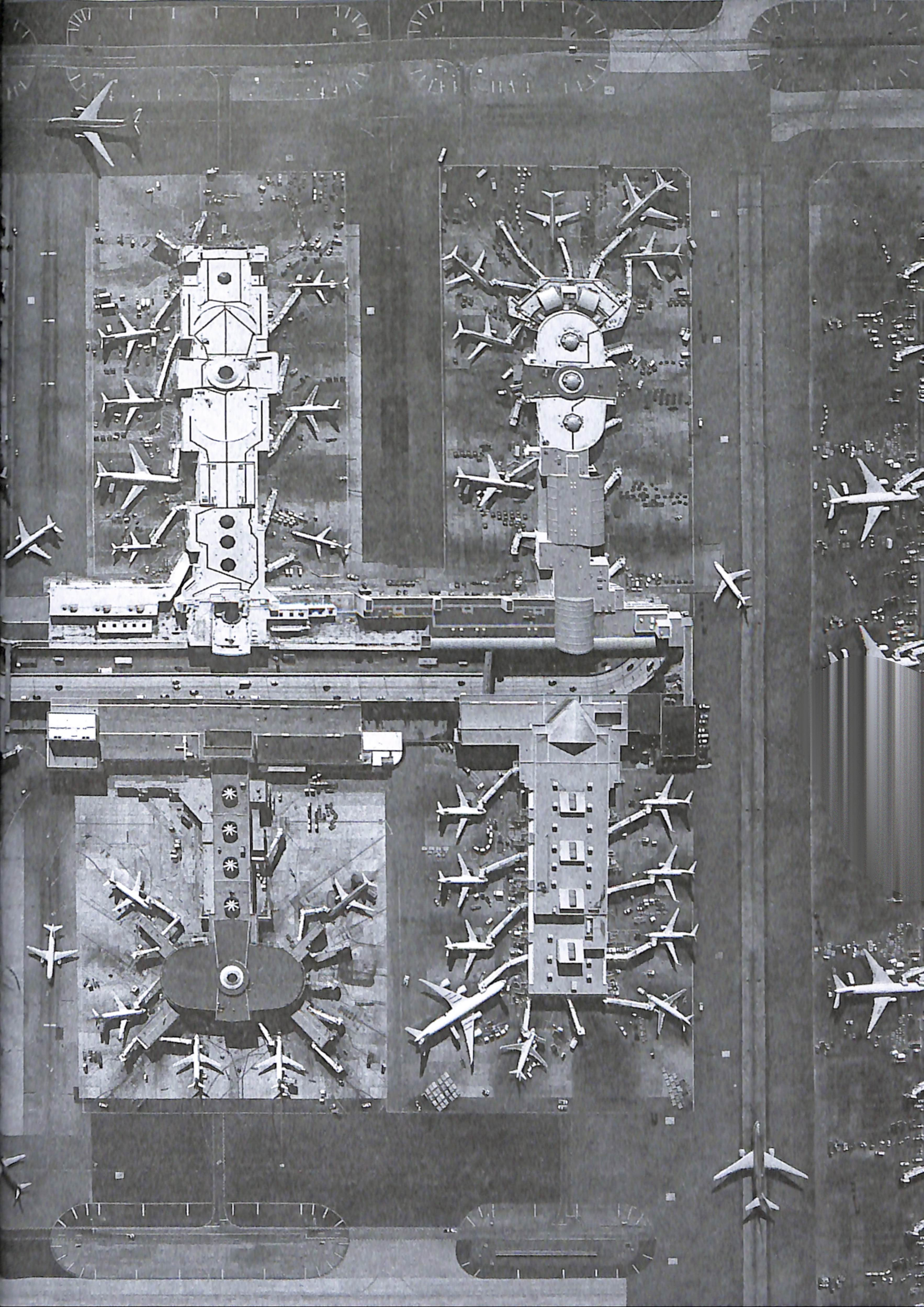
Auch wenn die Einschätzung über Sinnhaftigkeit unseres Projekts uneindeutig ausfällt, und auch innerhalb der Gruppe keine Einigkeit darüber herrscht, lässt sich aber ohne Zweifel festhalten, dass sich unsere Hoffnungen auf Austausch und Praxis in neuen Foren nicht erfüllt haben. Festzuhalten bleibt, dass unser Fragebogenprojekt sicherlich naiv, mit typischen Anfangsfehlern behaftet und daher in der konkreten Durchführung noch mangelhaft war. Ein grundsätzliches Scheitern von Fragebögen und ähnlichen Projekten können wir aus unserem Projekt jedoch nicht ableiten, zumal wir selber viel gelernt und

neue Perspektiven gewonnen haben – wenngleich wir damit die Spannung zwischen »der Klasse und uns« nicht auflösen konnten, sondern letztlich auf den politischen Arbeitszusammenhang unserer Gruppe zurückgekommen sind. Ebenso wenig konnten wir die Spannung zwischen Theorie und Praxis schließen, da das Projekt nun damit endet, dass wir unsere Erfahrungen und Überlegungen in einem Reflexionstext dokumentieren.

Trotz dieser insgesamt negativen Einschätzung haben wir uns entschieden, die Auswertung des Fragebogens hier abzudrucken, da wir der Ansicht sind, dass der Fragebogen nicht an sich ein untaugliches Instrument ist, sondern dass wir bei der Umsetzung doch allzu viel Fehler gemacht haben und schlussendlich zu wenig kontinuierlich am Thema gearbeitet haben. Viele unserer Fehler wären leicht zu vermeiden gewesen, andere sind vermutlich wesentlicherer Art. Hierzu gehört sicherlich die doch sehr überladene Zielsetzung von uns. Im Prinzip hätten wir unser Vorgehen einer sehr viel genaueren Zielsetzung anpassen müssen. Will man sich vorerst »nur« pures Wissen über die Zusammensetzung der Arbeiterklasse aneignen, ein Zusammenkommen zwischen Kommunist_innen und Leiharbeiter-innen bewirken oder langfristige strategische Orientierungen der eigenen Organisationsformen finden? Auch um zu verhindern, dass andere dieselben Fehler noch einmal machen müssen, haben wir uns zu dieser Veröffentlichung entschieden, gerade weil, wie schon erwähnt, nur relativ wenige Auswertungen von Fragebögen auffindbar sind. In jedem Fall verstehen wir diesen Text auch als einen Erfahrungsbericht, der anderen Gruppen das Fragebogen-Projekt erläutern und nahebringen soll. Wir verstehen diesen Text deshalb vor allem als Teil des Ringens um sozialrevolutionäres Agieren unter nicht-revolutionären Bedingungen. ■

La Banda Vaga





ZWISCHEN EIGENTOR UND AUFSTAND

ULTRAS IN DEN GEGENWÄRTIGEN REVOLTEN

Das ist das alte Laster der Intellektuellen, dass für sie das soziale Subjekt schön, gut und wohlerzogen sein muss.
Nanni Balestrini

Oft während der absurden Kriege, die in der Kurve ausbrachen, sah ich mich plötzlich einem anderen »Asozialen« gegenüber, dieselben Haare, dieselbe Wut, aber er spricht keinen Römer Dialekt, hat einen anderen Schal mit anderen Farben. Wer weiß, vielleicht vereinen wir uns eines Tages, anstatt mit Stangen aufeinander loszugehen.
Geppo, Anführer der AS Roma Ultras, 1982

Seit der Revolution habe ich den Fußballhooliganismus für eine größere Sache vernachlässigt: die Revolution. Da kann ich für mich selbst und jeden Ultra sprechen.
Mahmoud, Ultras White Knights, 2012

Im letzten Zyklus der Kämpfe betrat eine neue Kraft die Bühne: Organisierte Fußballfans haben sich an vielen Unruhen rund um den Globus beteiligt – vom Aufstand in Griechenland 2008, der Bewegung in Portugal, Occupy in Spanien und Israel 2011/12 über die Istanbuler Gezi-Park-Revolte im Sommer 2013 bis zu den Ausschreitungen in Bosnien-Herzegowina 2014. Und selbst größten Fußballhassern dürfte nicht verborgen geblieben sein, dass nordafrikanische Ultragruppen einen erheblichen Anteil am sogenannten arabischen Frühling hatten. Ein Beobachter geht so weit zu behaupten, die Ultras hätten »eine Schlüsselrolle bei der Überwindung der ›Barrikade der Angst‹ gespielt. (...) Ihre Anziehungskraft auf desillusionierte Jugendliche ist enorm. Wir sprechen von der zweit- oder drittgrößten Bürgerbewegung Ägyptens mit zehntausenden Mitgliedern«.[1] Der folgende Text versucht zu erklären, wie dieser oft im besten Fall als völlig unpolitisch oder kommerzabhängig bewertete Akteur entstehen konnte und wie sein Wirken in den Klassenkämpfen einzuschätzen ist. Denn wenn es stimmt, dass wir uns gegenwärtig an der Schwelle zu einer neuen Epoche befinden, dann spricht einiges dafür, dass Teile dieses Milieus auch in den kommenden Revolten eine Rolle spielen werden. Nichts liegt uns allerdings ferner, als der Ultra-Bewegung eine zentrale Rolle zuzuschreiben – sei es in den derzeitigen oder den kommenden Aufständen. Die

1 James M. Dorsey im Interview mit dem *Südwind Magazin* 5 (2013).

Fokussierung auf einen angeblich besonders revolutionären Typus, je nach politischer Couleur Massenarbeiter, Jobber, Frau oder Migrant, war schon immer ebenso fragwürdig wie das Beharren auf einem im Voraus festgelegten Ort für die Revolte. Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, in denen Lohnabhängige zusammenkommen, können sich zu Kampfzonen entwickeln, egal ob es sich dabei um Stadtteile, Suppenküchen, Fabriken oder eben Fußballstadien handelt.[2]

Allerdings lässt sich vermuten, dass die im gegenwärtigen Zyklus in Kairo, Tel Aviv, Tunis, Istanbul und anderswo erprobte Praxis, gemeinsam öffentliche Plätze zu besetzen, mehr als eine zufällige Übereinstimmung darstellt und sich auf triftigere Gründe zurückführen lässt als auf die geteilte Freude an der frischen Luft. Womöglich ist die Wahl dieses Kampfterrains eine Antwort auf die voranschreitende Fragmentierung der Arbeitsprozesse und die Prekarisierung des Lebens der Lohnarbeiter. Nicht unbedeutende Teile der organisierten Fußballfans scheinen von ihrer sozialen Zusammensetzung und teilweise auch von ihrem antiautoritären Anspruch her kompatibel mit diesen neuen Bewegungen zu sein, weshalb sie von den Protestierenden durchaus geschätzt werden. Mit einem Unterschied: Im Gegensatz zu der immensen Beteiligung von Frauen in den derzeitigen Kämpfen handelt es sich bei ihnen immer noch um ein weitgehend männliches Phänomen.

2 Es ist allerdings mehr als verwunderlich, dass über die Bedeutung des Gemüsegartens für die Überwindung des Kapitalismus weithin ernsthaft debattiert wird (*Commons*-Ideologie), während eine kritische Auseinandersetzung über die Rolle von Fußballfans in den derzeitigen Aufständen, zumindest im deutschsprachigen Raum, noch in den Kinderschuhen steckt.

Allein mit der von Soziologen bevorzugten behavioristischen Sichtweise (Hools = sinnlose Gewalttäter, Ultras = fanatische Fußballfans) sind die Veränderungen in der Fußballfankultur, die zum Aufkommen der Ultras geführt haben, nur schwer zu erklären. Erst unter Einbeziehung der historischen Bedingungen und der jeweils besonderen Klassenzusammensetzung lässt sich der Übergang von den Hooligans zur Ultra-Bewegung verstehen. Setzte sich die Ende der 1960er Jahre in England als Massenphänomen auftretende Hooligan-Bewegung größtenteils aus den eher abgehängten Segmenten der Arbeiterklasse – Hauptschüler, Hilfsarbeiter und manuelle Arbeiter – zusammen, so bestanden die kurze Zeit später in Italien aufkommenden Ultras aus wesentlich vielfältigeren Gruppen von klassischen Arbeitern, Schülern, Studenten und Arbeitslosen, die durch die große Weigerung im damaligen Ita-

lien oftmals stark politisiert waren. Auch die derzeitigen Ultra-Gruppen lassen sich nicht von den sozialen Bedingungen und besonders ihren Auswirkungen auf die Arbeiterklasse trennen. Der heutige Kapitalismus ist geprägt von einer voranschreitenden Entkoppelung von Akkumulation und Beschäftigung, das heißt einer Zunahme des von uns als Surplus-Proletariat bezeichneten Überschusses an menschlicher Arbeitskraft.[3] Mit der damit einhergehenden Zerklüftung der Existenzbedingungen der eigentumslosen Klasse entwickeln sich auch neue Formen des Zusammenschlusses. Ob die Ultra-Organisationen eine Form dieses Zusammenschlusses sind, die unterschiedliche Segmente der Proletarisierten mit düsteren Zukunftsaussichten in rebellischer Art und Weise vereint, oder womöglich nur die durch den Niedergang der klassischen Organisationsformen wie Parteien oder Gewerkschaften gerissene Lücke füllen, ohne über deren Beschränkungen hinauszugehen, wird im Folgenden zu klären sein.

3 Für weitere Ausführungen siehe: Mike Davis, Planet der Slums, Berlin/Hamburg 2006; Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft, Reflektionen über das Surplus-Proletariat, in diesem Heft.

Die Anfänge: Die *Working Class* und der Fußball

Das Fußballspiel, wie wir es kennen, hat seine Ursprünge im England des 19. Jahrhunderts. Dabei ist es völlig nebensächlich, ob irgendwann im 2. Jahrtausend vor unserer Zeit chinesische Soldaten im Fernen Osten zur körperlichen Ertüchtigung gegen ein Spielgerät traten, das dem heutigen ähnelt, und dass sich Ursprünge des Spiels im Fußball-Mutterland bis ins 10. Jahrhundert zurückverfolgen lassen[4] – als ein Spiel der sogenannten Bauernlümmel und Gesellen. Der moderne Fußball ist untrennbar mit der Industrialisierung verbunden, die in England bekanntermaßen früher als in anderen Teilen der Welt einsetzte, und die sich herausbildende Fankultur ist nicht ohne die Proletarisierung weiter Teile der Bevölkerung zu verstehen. Von den 29 Mitgliedern des ersten offiziellen Fußballklubs der Welt, der 1857 in Sheffield gegründet wurde, waren noch über ein Drittel Fabrikanten beziehungsweise deren Söhne. Bereinigt von den ärgsten Grobheiten sollte der Wettstreit mit dem Ball die Elite- und Charakterbildung des aufstrebenden Bürgertums des englischen Empire fördern. Die zu diesem Zweck vorangetriebene Vereinheitlichung des Spiels, die sich unter anderem in einer durch den Verband festgelegten Anzahl von Spielern und genauerer Maße des Feldes

4 Im Frühmittelalter wurde in England eine Vorform des heutigen Fußballspiels praktiziert, bei der zwei Dörfer versuchten, einen Ball in das gegnerische Stadttor zu befördern. Das »Spielfeld« lag immer zwischen zwei Dörfern, selbst wenn diese mehrere Kilometer auseinanderlagen.

und der Tore sowie in festen Zeitregeln niederschlug, legte die Grundlage für seine spätere Popularisierung. Die Angehörigen der spielenden Klasse hatten die materiellen Mittel, sich die notwendigen Utensilien zuzulegen, vor allem aber verfügten sie, befreit vom Zwang, ihre Arbeitskraft zu Markte zu tragen, noch über ein wesentlich bedeutenderes Gut für das Ausüben von Sport: *freie Zeit*. Von der hatten die Lohnarbeiter, die mittlerweile mehr als 80 Prozent der Bevölkerung ausmachten, nicht allzu viel. Der Heißhunger des Kapitals nach Mehrarbeit war unersättlich, 12- bis 14-Stunden-Tage die Regel und dies nicht selten bei einer Sieben-Tage-Woche. Erst die allmählich erkämpfte Verkürzung der Wochenarbeitszeit, vor allem die Einführung des freien Samstagnachmittags in den 1860er und 1870er Jahren, bildete das Fundament für die (Wieder-) Aneignung des Fußballsports durch die nun proletarischen Unterklassen.

So entstanden die ersten Arbeiter-Fußballklubs, wobei man sich von Romantisierung freimachen sollte: »Die überwiegende Mehrheit der Arbeitervereine wurde nicht von Arbeitern geführt, sondern entwickelte sich unter bürgerlicher Ägide. Arbeitervereine waren sie nur insofern, als ihre Akteure in kurzen Hosen sowie das Gros ihrer Anhängerschaft der Arbeiterschaft entstammten«.[5] Große Bedeutung hatten dabei die durch massenhaften Zuzug vom Land entstehenden Wohnviertel, die in einem rapiden Verstädterungsprozess slumartig anwuchsen und mit denen die Klubs eng verwoben waren. Oftmals gründeten sich Klubs um einen Betrieb herum (unter anderem FC Arsenal und Manchester United), wobei es in erster Linie darum ging, die Identifikation der Arbeiter mit »ihrem« Betrieb zu stärken und den sozialen Frieden durch Ablenkungsangebote zu wahren, die die Kapitalisten mit Finanzspritzen, Vergünstigungen für die Spieler und Grundstücken förderten.

5 Dietrich Schulze-Marmeling, Fußball. Zur Geschichte eines globalen Sports, Göttingen 2000, 38.

So wie die warenförmige Welt mit ihren Trennungen, begünstigt durch eine Verlagerung von der absoluten zur relativen Mehrwertproduktion, erst die Sphäre der Freizeit und damit die Aneignung des Fußballs durch die Proletarisierten hervorbrachte, waren es wiederum kapitalistisch-technische Neuerungen, die es diesem Sport ermöglichten, zur Massenkultur zu werden. Das für die Beförderung von einfachen wie auch

der besonderen Waren – den auszubeutenden Arbeitskräften – rasant ausgebaute Eisenbahnnetz stellte erstmals auch für die Arbeiterklasse die nötige Mobilität her, um an den samstäglichen Spieltagen ins nächste Viertel beziehungsweise in die nächste Stadt zu reisen. Einen besonderen Beitrag zur Popularisierung und der sich bald anschließenden Professionalisierung des Fußballspiels leistete der vom Verband ins Leben gerufene Pokalwettbewerb *FA-Cup*, der bis heute ausgetragen wird, um das beste Fußball-Team des Landes zu küren. Nach jahrelanger Dominanz der dem Amateursport verpflichteten Public-School-Teams gewann 1883 zum ersten Mal ein (Profi-)Arbeiterklub das prestigeträchtige Finale. Infolgedessen wandten sich die Gentlemen und die Public Schools vom Fußballsport ab und den exklusiveren Individualsportarten zu, um unter ihresgleichen zu bleiben. Gleichzeitig entwickelte sich das Fußballspiel zum populären Zuschauersport für die proletarisierten Massen, der sich alsbald über große Teile des Globus ausbreitete.

***The English Disease*: Abgehängt und geil auf Krawall**

Massive Erschütterungen im Freizeitspektakel der Lohnabhängigen ereigneten sich in England Mitte der 1960er Jahre und sind unter dem Schlagwort *Football Hooliganism* bis heute Bestandteil hitziger Diskussionen. Nachdem Großbritannien in den 1950er und 1960er Jahren einen unverhofften Wirtschaftsboom erlebt hatte, der zu Vollbeschäftigung, Reallohnsteigerungen und einer Verschiebung von Blue- zu White-Collar-Jobs führte, zeichneten sich ab 1964 erste Krisentendenzen ab, eine Inflation folgte und die Arbeitslosenzahlen stiegen. Während sich in der Prosperitätsphase einerseits, im Soziologensprech, eine Mittelschicht herausgebildet hatte und immer größere Teile der Bevölkerung an den Bildungsmöglichkeiten teilhatten und besser bezahlte Jobs fanden, wurde anderseits den minderqualifizierten Beschäftigten der untergehenden Industrien spätestens in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation vor Augen geführt, dass ihnen und vor allen ihren Kindern der Aufstieg verwehrt bleiben würde. Letztere blieben von den höheren Schulen ausgeschlossen und es »bildete sich ein *bottom-dog*-Bewußtsein, das vielleicht seinen besten Ausdruck in der Popmusik fand, in der sich die proletarischen Jugendlichen

6 Eric Hobsbawm, Industrie und Empire II, Frankfurt am Main1969, 129.

dieses Jahrhunderts entdeckten«.[6] Darüber hinaus strömten Teile der rebellischen Jugendlichen nun massenhaft in die Stadien und erschreckten mit ihrem provokanten Auftreten sowohl die »respektablen« Teile der Arbeiterklasse als auch die neuen Fans aus den bessergestellten Milieus der Lohnabhängigen, für die der Stadionbesuch lediglich eine Option der Freizeitgestaltung neben dem Kinovergnügen, dem Picknick im Grünen oder der Fernsehübertragung im heimischen Sessel darstellte. Denn in diesen Jahren hatten auch die vor Publikum ausgetragenen Fußballspiele ihren Charakter nochmals entscheidend geändert. Der Fußball stand in Konkurrenz zu anderen Sparten der Kulturindustrie, worauf die Klubs mit einer Ausrichtung nach unternehmerischen Gesichtspunkten, mit Strategien zur Steigerung von sportlicher Leistung und Unterhaltungswert sowie mit dem Ausbau von Infrastruktur wie überdachten Tribünen, Sitzplätzen, Bars, neuen Toiletten und ersten Businessseats reagierten. Vor dem Match gab es manchmal schon ein Unterhaltungsprogramm und durch die frisch installierten Flutlichtanlagen mussten die Zuschauer auch im Winter nicht auf Spiele verzichten. Sogenannte Todesspiele durch die Einführung des League-Cups versprachen mehr Spannung, und der europäische Pokalwettbewerb gewann an Bedeutung. Es sei dahingestellt, ob die Anhänger ihre Klubs in früheren Zeiten wirklich für partizipatorische Demokratien hielten. Gesichert ist allerdings, dass der Abstand zwischen den reichen und den armen Klubs nun immer größer wurde und die Kluft zwischen Fans und Spielern sich massiv vertiefte. Doch die Klassen- und Mentalitätsspaltung fand auch unter den Fans eines Vereins statt: Besuchten vormals die Zuschauer noch generationsübergreifend ein Fußballspiel und wurden die Verhaltensnormen von den Alten an die Jüngeren übertragen, so veränderte sich dies nun rapide. Auch in den Stadien setzte die Rebellion gegen die Elterngeneration ein, Jugendliche gestalteten ihre Freizeitaktivitäten allein und sammelten sich auf den günstigen Plätzen, den sogenannten *ends*. Dies war der Beginn einer selbstständigen, rebellischen Fankultur der Jungen – der Kultur der Hooligans, die sich dann in den 1970er Jahren stark ausbreitete.[7]

7 Vgl. John Clarke, Football and Working Class Fans: Tradition and Change, in: Roger Ingham u.a. (Hg.), »Football Hooliganism«. The Wider Context, London 1978.

Mit der Ende der 1960er Jahre aufkommenden Skinheadbewegung strömte dann zum ersten Mal eine auch äußerlich homogene Gruppe von Heranwachsenden zum Fußball. Der Look in den *ends* vereinheitlichte sich und gleichzeitig ging es dort nun organisierter zu.[8] Dies manifestierte sich auch in der Gründung der ersten Firms, beispielsweise der *Millwall Bushwackers* (1972), der *Inter City Firm* (ICF, 1972) aus West Ham und der *Red Army* aus Manchester, um nur einige der bekanntesten zu erwähnen. Die überwiegend weißen, in seltenen Fällen aber auch schwarzen Kids aus der Arbeiterklasse scherten sich die Haare kurz, schnürten ihre Stiefel, hörten gemeinsam Ska und Reggae (später auch Street Punk), liebten ihren Klub und waren einer Hauerei nur selten abgeneigt. Die Zeit der ersten Skinheads ab 1968 war eine Zeit, »in der man gegen alles war. Scheiß drauf, wenn du arm warst, ungelernt, einem Leben armseliger Arbeit vorbestimmt, oder dass du in einem Alter warst, in dem deine Meinung nicht interessiert und du keinen Einfluss hattest. Wir zeigten es der ganzen Welt: Wir sind hier! Es gibt uns! Fickt euch!«[9] Angewidert vom hohlen Glücksversprechen der Hippies wollten sie die vermeintlich echten und verloren geglaubten Ideale einer *Working Class* verkörpern, die von solidarischem Zusammenhalt geprägt war. Auf diese Weise setzten sie sich gegen ihren drohenden Absturz zur Wehr und bewegten sich in einer Szene, die ihnen Anerkennung jenseits materiellen Erfolgs bot. Allerdings war dieser Widerstand immer schon rückwärtsgewandt. Er orientierte sich an einer schon fast karikaturartig mystifizierten Arbeiterklasse, die es so nie gegeben hat und deren Ausdrucksformen auch nicht als erstrebenswert gelten können, und ihren überholten Idealen: Rückbesinnung auf die Gemeinschaft, lokalistisches Denken mit einem starken Bezug zum eigenen Territorium, das sich wahlweise in Kämpfen Stadtteil gegen Stadtteil, Süden gegen Norden oder England gegen ein anderes Nationalteam ausdrückte, Männlichkeitskult, sinnlose Gewalt und auch Rassismus. Dass für Frauen in dieser Welt lediglich ein untergeordneter Platz vorgesehen war, versteht sich von selbst. Ob sich die Gewalt nun dumpf gegen andere Fans richtete, rassistisch gegen die asiatische Community (»Paki-Bashing«), mit berechtigtem Hass gegen Autoritäten oder in Riots, Plünderungen und der Verteidigung von Streiks zeigte, war schlechterdings unkalkulierbar: »Niemand kann bei Skinheads die Fahrtrich-

8 Nicht alle damaligen Hooligans waren Skinheads; die rebellischen Fans des FC Chelsea zum Beispiel waren sehr darauf bedacht, sich davon abzuheben und pflegten ein anderes Image: »smart *and* violent«.

9 Cass Pennant, Congratulations You have just met the ICF: Die Geschichte der West Ham Intercity Firm, Hamburg 2006, 21.

10 B.M.BLOB, Zehn Tage die England veränderten, Stuttgart/Berlin 1986, 41.

tung voraussagen: nach links, nach rechts oder geradeaus mit dem Kopf gegen die Wand.«[10]

Die Hooligans waren durchaus entschiedene Anhänger ihres Teams und entgegen der öffentlichen Wahrnehmung sowie der einsetzenden medialen Hetze sehr gut über ihren Klub informiert und am Spiel interessiert. In diesem Punkt weisen sie eine deutlich größere Nähe zu den kontinentaleuropäischen Ultras auf als zu den Wald-und-Wiesen-Schlägern von heute.[11] Wie die heutigen Ultras verstanden sie sich gegenüber der ihnen servierten neuen Konsumkultur als Bewahrer des *echten* Spiels – sie wollten ein aktiver Part des Geschehens sein, zum Kampf um den Sieg, der auf dem Platz ausgetragen wurde, sollte nun ein weiteres Match hinzukommen: Die Ermittlung eines Gewinners auf den Rängen. Die jungen Hools ersetzten die Lieder und Anfeuerungsrufe der 1950er Jahre durch eigene, teils obszöne, den Gegner beleidigende und gewaltverherrlichende Gesten und Chants, was zu ihrer Freude in der Öffentlichkeit große Empörung hervorrief. Sie entdeckten ihr *end* als eigenes Territorium, das es zu verteidigen galt. War es bislang üblich gewesen, zusammen mit dem Team zur Halbzeitpause die Seiten im Stadion zu wechseln, so hielten die Jungen nun an ihrem Platz fest und versuchten vor und während des Spiels, das gegnerische *end* zu erobern, dort ihre Schlachtrufe anzustimmen, den gegnerischen Fans die Schals zu klauen und sich, bis zum Eintreffen der Polizei, mit ihnen zu schubsen und zu prügeln. Ein eingenommenes Territorium galt als ultimative Erniedrigung des gegnerischen Anhangs. Die jungen Fans des FC Everton, Manchester Uniteds sowie des FC Liverpool, von der Presse auch gerne als *Merseyside Maniacs* betitelt, waren die ersten, die massenhaft an Auswärtsfahrten mit dem Ziel teilnahmen, die gegnerischen *ends* zu erobern – besonders die im Süden Englands. Zu Recht wird darauf verwiesen, dass gewalttätige Ausschreitungen seit jeher mit dem Fußball verbunden waren. Dennoch entwickelte sich in diesen Jahren eine besondere Form des Rowdytums und des Supports von un- und angelernten jungen Männern, also jenen Segmenten der Arbeiterklasse, die sich vom Abstieg bedroht fühlten. So wie die jungen Hooligans allerdings keineswegs nur Schläger waren, die den zufällig gewählten Rahmen des Fußballspiels für ihre Umtriebe nutzten, darf auch die Zahl der gewalttätigen

11 Dies sind Gruppen von Schlägern, die sich auf irgendwelchen Äckern fernab von Fußballplätzen verabreden, um sich dort gegenseitig die Fresse einzuhauen. So dumm wir dies finden, so wenig gibt es dagegen allerdings einzuwenden.

12 Vgl. Peter Marsh, Life and Careers on the Soccer Terraces, in: Ingham u.a. (Hg.), »Football Hooliganism«.

Auseinandersetzungen, die meist in ritualisierter Form auftraten, nicht überschätzt werden.[12] Ein ehemaliger Hooligan des FC Liverpool berichtet von zehn echten Massenschlägereien in dreißig Liga-Spielzeiten, die er miterlebte.[13] Schlägereien und Gepöbel waren unter Jugendlichen aus der Arbeiterklasse damals ohnehin üblich – in der Familie, im Pub, auf den Straßen und in den Diskotheken.

Ab Mitte der 1970er Jahre nahmen die Auseinandersetzungen zu. Vor allem gegen zu Auswärtsspielen reisende Fans ging die Polizei mit immer größerer Gewalt vor und trug so zu einem aufgeheizten Klima bei. Auch die Medienberichterstattung (viele Zeitungen publizierten Ligatabellen der Fangewalt und befeuerten so einen veritablen Ausschreitungswettbewerb) leistete ihren Beitrag dazu, dass sich immer mehr Jugendliche einer Bewegung anschlossen, bei der ihnen Spaß garantiert war. Nach den ersten live im Fernsehen übertragenen Platzstürmungen forderte der Ligapräsident harte Maßnahmen und erklärte: »Die sind schlimmer als Hooligans. Ich kann sie nur als wilde Tiere beschreiben.« Derartige Verteufelungen und die nun installierten Stahlzäune in den Stadien machten es für viele jedoch noch attraktiver, zu einer als so gefährlich betrachteten Bewegung zu gehören; die Hooligans konnten sich als Elite der Fankultur fühlen. So antworteten die in Stahlkäfige verfrachteten wilden Tiere ihren Zoowärtern in den Verbänden und Medien nicht ohne einen gewissen Sinn für Humor mit dem Schlachtruf *We hate humans*. Die Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen in den Stadien führte darüber hinaus keineswegs zu einer Beruhigung der Lage, sondern verlagerte die Auseinandersetzungen nur nach draußen, beispielsweise an Bahnhöfe und auf die Fähren zum europäischen Festland. Die Kultur der Hooligans hatte eine immense Strahlkraft, an ihren Märschen zu den Stadien und den versuchten *End*-Stürmungen nahmen nicht selten Hunderte, teils einige Tausend Fans teil und relativ berühmte (Oi-)Bands bekannten sich explizit zum Hooliganismus.[14] Auch wenn es keine verlässlichen Zahlen darüber gibt, lässt sich vermuten, dass zu dieser Zeit auch vereinzelt junge Männer aus besser gestellten proletarischen Milieus angezogen wurden. Der allmählich aufkommende *Casual Style*[15] verleitete einige Kommentatoren allerdings zu der grundfalschen Annahme, die Hooligans entstammten zuneh-

13 Vgl. Nicholas Allt, The Boys from the Mersey: Unterwegs mit der Annie Road End Crew Liverpool, Quickborn 2007.

14 Genannt seien an dieser Stelle Cockney Rejects, Cock Sparrer, The Business und die wohl bekannteste, die es mit einigen Songs sogar in die britischen Top 10 schaffte: die Streetpunk-Band Sham 69.

15 Eine Textzeile von The Libertines trifft den *Casual Style* wohl am besten: »Poor kids dressing like they're rich«. Damals begannen Hooligans auszusehen wie junge Männer auf dem Weg zu einem Tennismatch, mit Shirts von Lacoste und Sergio Tacchini, den Adidas-Turnschuhen »Samba« und ihren an David Bowie erinnernden Haarschnitten.

mend der Mittelschicht. In Wirklichkeit kamen sie weiterhin überwiegend aus niedergehenden Arbeiterschichten, genossen als Fans aber ein Leben, das für sie eigentlich nicht vorgesehen war – die Fahrten zu Spielen auf dem europäischen Festland traten sie oftmals ohne einen Penny in der Tasche an, es wurden Fahrscheine gefälscht, Eingänge zu den Stadien gestürmt und munter teure Designerklamotten geklaut oder geplündert. Für viele Hools war es wichtiger, in der coolsten und bestgekleideten Crew als in der schlagkräftigsten zu sein. Durch die Fixierung der Medien auf die Gewalt traten die anderen Momente der Hooligan-Kultur aber oftmals in den Hintergrund und die Protagonisten trugen selbst zu diesem Bild bei, indem sie sich mit Prügelgeschichten brüsteten.

Der Winter of Discontent, bei dem es zu mehrwöchigen Streiks von Arbeitern kam und teils beträchtliche Lohnerhöhungen erkämpft wurden, läutete dann Thatchers Wahlsieg im Mai 1979 ein, der zu einer massiven Militarisierung und einer weiter voranschreitenden Ungleichheit in der Gesellschaft führte. Mit einem Krieg um ein paar Inseln an der Südspitze Argentiniens und dem Kampf gegen die militanten Teile der Arbeiterklasse, der seinen symbolträchtigsten Ausdruck in der Niederschlagung des Bergarbeiterstreiks 1984/85 fand, verschärften sich auch die Maßnahmen gegen Fußballfans. Die Auseinandersetzungen in den Stadien gingen aufgrund forcierter Sicherheitsmaßnahmen stark zurück und verlagerten sich weiter nach draußen; Hooligans machten nun mehr und mehr durch teils heftige Zwischenfälle in Bars und Discos von sich reden. Ihre Aktivitäten scheinen in diesen Jahren auch an Spontanität einzubüßen. Die Kerngruppen begannen sich bandenmäßiger und nach außen abgeschotteter zu organisieren und ihre Mitglieder wurden älter. Der *Casual Style*, der es ihnen ermöglichte, unerkannt zu den Spielstätten zu gelangen, setzte sich weiter durch und es tauchten erstmals Flugblätter auf, die zum Kampf gegen andere Gruppen aufriefen. Dass neben einem 1982 bei Auseinandersetzungen getöteten Arsenal-Fan Visitenkarten mit der Aufschrift »Congratulations. You've just met the ICF« gefunden wurden, war möglicherweise eine Lüge der Presse – gegeben hat es diese Karten allerdings durchaus. Es kam zu einer Gewaltspirale, unterstützt von immer übertriebeneren Berichten der Medien. Die Heysel-

Katastrophe im Jahr 1985, bei der 39 zumeist italienische Fans ums Leben kamen und Hunderte verletzt wurden, sowie die Katastrophe von Hillsbourough in Sheffield 1989, bei der es 97 Tote und 766 Verletzte zu beklagen gab, leiteten dann das Ende der klassischen Formen des Hooliganismus ein. Die Geschehnisse in Hillsbourough hatten, wie neue Untersuchungsberichte zeigen, allerdings absolut nichts mit Fußballgewalt zu tun, sondern eher mit einem Versagen der Sicherheitskräfte, gepaart mit einer gezielten Medienpropaganda gegen die Fans des FC Liverpool. Auch die Katastrophe in Heysel ist eher auf eine Fehlplanung der UEFA zurückzuführen, selbst wenn es dort bei einer versuchten *End*-Stürmung zu gezielten Angriffen auf gegnerische Fans gekommen war.[16] Die Bewegung verlor nicht zuletzt durch diese tragischen Ereignisse an Strahlkraft, große Teile der Fanszene distanzierten sich von gewalttätigen Auseinandersetzungen und viele proletarische Jugendliche zogen die neu aufkommenden Rave-Partys an den Wochenenden einem Fußballspiel vor. Nachdem die englischen Klubs für fünf Jahre (der FC Liverpool sogar für sieben) von den europäischen Cup-Wettbewerben ausgeschlossen wurden, organisierte der Verband zusammen mit Polizei und anderen Sicherheitsexperten die Stadien neu und einige bekannte Kerngruppen der Hooligans wurden mit neuesten Polizeistrategien der Unterwanderung und Überwachung, die man sonst nur vom Umgang mit Terrororganisationen kannte, zerschlagen – nicht selten landeten ihre Mitglieder für einige Monate, teils für mehrere Jahre im Knast. Das Ende ist bekannt: Ende der 1980er Jahre wurden alle Stadien in England mit Sitzplätzen ausgestattet, das Aufhängen von Transparenten verboten und unliebsames Publikum durch höhere Ticketpreise verdrängt, was zu sterileren Stadien mit schlechterer Stimmung führte.

16 »Binnen dreißig Jahren von Hooliganschlägereien (…) waren relativ wenige Todesfälle und schwere Verletzungen in direkter Folge dieser Gewalt zu verzeichnen. Die Todesopfer der Katastrophe im Heysel-Stadion waren zwar das Resultat eines Angriffs von Hooligans, allerdings kam es dazu durch den Einsturz einer Stützmauer und nicht, weil sie erschlagen oder erstochen worden wären.« (John H. Kerr, Understanding Soccer Hooliganism, Berkshire 1994, 108.)

Die seit Anfang der 1990er Jahre zu beobachtenden Schlägereien zumeist alter, besoffener und bierbäuchiger Männer, die ihr Nationalteam begleiten, sind nur noch der Abklatsch eines Phänomens, das knapp 30 Jahre lang das Bild des Fußballs, nicht nur in Großbritannien, prägte. Sie dürften lediglich noch für die Polizei von Interesse sein, die bei diesen Reality-Einsätzen mit immer ausgefeilteren *Crowd-Control*-Strategien schon einmal für kommende Aufstände proben kann. Das Ende der Hooligan-Kultur sollte nicht betrauert werden. Das Banden-

wesen, ihre Gewaltaffinität, Männerbündelei sowie ihr Stammesgehabe standen der Emanzipation schon immer im Weg. Darum mag es wenig verwundern, dass die Hooligans es kaum schafften, sich politisch zu artikulieren. Zwar wollten Hools aus dem Norden es den »Tory-Cunts« aus dem konservativeren Süden zeigen, andere prügelten sich für den Bergarbeiterstreik oder nahmen an Riots teil. Es blieb jedoch immer unklar, ob politische Unzufriedenheit der Grund für die Gewalt war oder nur ein Ventil für Aggressionen gesucht wurde. Halbwegs intelligenten Angriffen auf die Warenbeziehungen (Plünderungen) sowie die Verteidiger der Eigentumsverhältnisse (Bullen) standen schon immer sinnlose Schlägereien, Abzockereien von Passanten, Sieg-Heil-Rufe in den Stadien und auch Übergriffe gegen Migranten und schwarze Briten gegenüber. Keineswegs darf man allerdings Hooligans in ihrer Gesamtheit mit Faschisten gleichsetzen. Seit dem Ende der 1970er Jahre versuchten Faschisten verstärkt hooliganistische Fans zu rekrutieren. Das National-Front-Magazin *Bulldog* pflegte zu diesem Zweck sogar eine eigene Kolumne mit dem Namen »On the Football Front«. Die teilweise ethnisch gemischte Zusammensetzung der Hooligans und nicht zuletzt die aufkommende Fanzine-Bewegung kritischer Fans sowie neue schlagkräftige Gruppen wie die Anti-Fascist Action verhinderten allerdings einen größeren Einfluss der Faschisten. Beim *Battle of Lewisham* im August 1977, ausgelöst durch einen Marsch der National Front durch Süd-Ost-London gegen Migration und »schwarze« Kriminalität, mischten auch die Mitglieder der Inter City Firm kräftig mit – auf Seiten der trotzkistischen Socialist Workers Party.

Prekäre Arbeiter, Schüler und unterbeschäftigte Intellektuelle: Ultras in Italien

Unter vollkommen anderen gesellschaftlichen Bedingungen entsteht die rebellische Fußballfankultur Italiens. Im Gegensatz zur Hooligan-Kultur in England entwickelten sich die sogenannten Ultras Ende der 1960er Jahre während eines kurzen wirtschaftlichen Booms, der mit einem massiven gesellschaftlichen Aufruhr einherging, was sich auf ihre Verhaltens- und Organisationsformen sowie auf ihre Zusammensetzung niederschlug. Waren die englischen Hooligans sozial weitestge-

hend homogen, so entstammten die italienischen Ultras einem wesentlich breiteren Spektrum von Studenten, Schülern und Arbeitern, die damals oft stark politisiert waren.
Genau hier liegt ein, wenn nicht sogar der entscheidende Unterschied – weniger in der durchaus unterschiedlichen Art des Supports und schon gar nicht in der Anwendung von Gewalt, bei der die Ultras ihrem Pendant von der Insel in nichts nachstanden und -stehen. Die Bewegungen um 1968, in deren Zentrum die Massenarbeiter mit unzähligen wilden Streiks und Sabotageaktionen in den Fabriken herausragten, trafen das Kapital recht unerwartet und ihre Auswirkungen waren in Italien ungemein stärker als beispielsweise in Großbritannien. Keine ökonomische Krise trieb die Menschen zur Rebellion, sondern ein Leben, das nicht mehr zu bieten hatte als lebenslange Schufterei, eine rigide Sexualmoral sowie autoritäre Vorarbeiter, Lehrer und Professoren. In dieser Zeit betraten die Ultras die gesellschaftliche Bühne. Fasziniert vom sozialen Aufbegehren, fanden viele junge Leute ihr Betätigungsfeld auch in den Kurven der Fußballstadien, wo sie sich wie die Hooligan-Bewegung in England von ihren Vätern oder sonstigen Aufpassern freimachten und an den sonntäglichen Spieltagen einen eigenen Raum hinter den Toren verschafften. Vom Verein unterstützte Fanklubs gab es schon vorher, »was es aber vor 1968 wirklich noch nicht gab, was bis dahin niemals Eingang ins Stadion gefunden hatte, ist die antagonistische Dimension des Supports, die sich genau dann entwickelt, als in den Kurven die Beteiligten des sozialen und politischen Widerstands der Straße aufzutauchen beginnen oder besser: sich zeigen. Besonders aus der außerparlamentarischen Linken und aus der Studentenbewegung, denen es um die politische Befreiung über Aktionen im täglichen Leben geht: Sehr oft handelte es sich um Personen aus dem Umfeld der Lotta Continua.«[17]

Vor allem in den nord- und mittelitalienischen Städten, erst später dann auch in Süditalien, entstanden in kürzester Zeit eine Vielzahl von Gruppen.[18] Sie übernahmen die Trommeln, die sie von den Arbeiterdemonstrationen kannten, die Melodien der Protestlieder der Bewegung, die Doppelhalter sowie die Megafone und brachten sie in die Stadien. Auch der für heutige Verhältnisse sehr improvisiert anmutende Support änderte sich beträchtlich: Spontane Anfeuerungsrufe wurden durch

17 Giovanni Francesio, TIFARE CONTRO: Eine Geschichte der italienischen Ultras, Freital 2010, 30. Auch der italienische Soziologe Antonio Roversi betont: »Es lohnt sich zu vergegenwärtigen, dass die Bezeichnung ›Ultra‹ im damaligen Italien vor allem für Linksextremisten verwendet wurde« (Antonio Roversi, The Birth of the ›Ultras‹, in: Richard Giulianotti/ John Williams (Hg.), Game without Frontiers: Football, Identity and Modernity, Aldershot 1994, 368.)

18 Den Anfang machten die *Fossa dei Leoni* (1968) vom AC Mailand. Die *Ultras Tito Cuchiaroni* (Sampdoria Genua), *Ultras* (FC Turin), *Commandos Tigre*, die (faschistisch gesinnten) *Boys S.A.N.* (Inter Mailand), *Brigate Gialloblu Verona*, *Ultras Granata Turin*, *Commando Ultra* (SSC Neapel) und viele weitere folgten.

lang anhaltende, einstudierte Gesänge ersetzt, Flaggen und Fahnen geschwenkt und erste Rauchbomben, die die Kurve in einen bunten Nebel hüllten, eingesetzt. Auch die britische (Hooligan-)Fankultur, die die Ultras durch die Sportpresse, von Auswärtsspielen auf der Insel und vor allem den Europacup-Übertragungen aus dem Fernsehen kannten, übte einen größeren Einfluss aus, als es vielen um Abgrenzung bemühten deutschen Neo-Ultras recht sein dürfte. Auch hier musste das Home-*End*, in Italien *curva* genannt, gegenüber gegnerischen Fans verteidigt werden und die überwiegend ritualisierten Kämpfe begannen. Neben dem Wettbewerb um die schönsten Banner, den lautstärksten Support sowie die kreativste Ausgestaltung der Kurve gehörten auch gewalttätige Auseinandersetzungen mit gegnerischen Fans dazu. Auch wenn sie sich zu Beginn noch auf wenige Vorkommnisse pro Jahr beschränkten, kündigte sich hier schon die bis zum Fetisch aufgeblasene Praxis an, hingebungsvoll Feind- und Freundschaften zu pflegen. Dieser Ritus von Feind- und Freundschaften entstand ursprünglich aufgrund regionaler Unterschiede und gab sich später oftmals einen politischen Anstrich, in jedem Fall bildete sich eine eigene Art von Kultur heraus: »Jede Ultragruppe braucht die Beteiligung des Feindes, um den Krieg fortzusetzen. In dieser Frage arbeiten die Ultragruppen zusammen, um ihre gemeinsame Kultur aufrechtzuerhalten – sie begrenzen die Gewalt und nähren die Romantik mit Geschichten über Siege und Niederlagen, Heldentum und Feigheit, Freude und Trauer«[19] Die damals noch relativ kleinen Gruppen waren egalitär strukturiert und das wöchentliche Fußballspiel, samt der Vorbereitungen unter der Woche, diente mehr dem Zeitvertreib dieser fußballverrückten, in ihrer übergroßen Mehrzahl, jungen Männer.

19 Alessandro Dal Lago/Rocco De Biasi, Italian Football Fans, Culture and Organization, in: Richard Giulianotti (Hg.), Football, Violence and Social Identity, London 1994, 87.

Mit der zu Beginn der 1970er Jahre einsetzenden Krise trat an die Stelle des Kampffeldes der Fabrik verstärkt der Bereich der Reproduktion, im damaligen Jargon *gesellschaftliche Fabrik* genannt – die neue Autonomia-Bewegung zeichnete sich aus durch Hausbesetzungen und Gründungen von *Centri Sociali*, »proletarische Einkäufe«, kollektive Schwarzfahraktionen, gegenkulturelle Provokationen, Mietstreiks, Zeitschriften- und Radioprojekte. Wahrscheinlich verwirklichte sich an keinem Ort der Welt über einen so langanhaltenden Zeitraum das, was

die Situationistische Internationale mit der *Revolutionierung des Alltagslebens* auf einen Begriff zu bringen versuchte. 1977 war der Höhepunkt und zugleich Beginn der Niederlage der Autonomia. Und nicht von ungefähr war es auch das Jahr der Explosion des Ultra-Phänomens. Tausende neue junge prekäre Arbeiter, Malocher, Schüler, Arbeitslose, Marginalisierte aus den proletarischen Stadtvierteln und unterbeschäftigte Intellektuelle – oftmals aktiv in der sozialen Bewegung – schlossen sich den diversen Gruppierungen an, sodass es gegen Ende des Jahrzehnts kein Serie A- oder B-Team mehr gab, das keine Ultragruppe hinter sich vereinte. Dieses schnelle Wachstum erforderte zunehmend einen höheren Grad an Organisierung, den die Gruppen unterschiedlich herstellten. Alle orientierten sich aber an den Organisierungsmodellen der außerparlamentarischen Opposition, »wie folgende Kennzeichen zeigen: ein *dirrettivo*, eine Art Politbüro; die versammlungsartige oder demokratische Art der Entscheidungsfindung (...); das starke Engagement mancher Mitglieder unter der Woche (Treffen, Vorbereitung von Bannern und Choreographie, Flugblattverteilung); und sogar die Verwendung von Fahnenstangen als Waffen«.[20] Gegen Ende des Jahrzehnts veränderte sich jedoch die gesellschaftliche Situation. Steigende Jugendarbeitslosigkeit, eine Versechsfachung der Heroinabhängigen zwischen 1976 und 1978 sowie die Militarisierung der politischen Gruppen der extremen Linken (und Rechten), die zudem in unzählige Splittergruppen zerfiel und sich teils heftig bekriegte, waren Zeichen eines allmählichen Niedergangs der Autonomia-Bewegung. Eine massive Repressionswelle des italienischen Staates setzte ein – mit Zehntausenden Anzeigen, 15.000 Verhafteten und 4.000 zu Knast verurteilten Aktivisten, was zwangsläufig einen brachialen Klimawechsel mit sich brachte: »Es ändert sich etwas in den gesellschaftlichen Vorstellungen und in den kulturellen Wahrnehmungen bis zum düsteren Sicheinkapseln in die konformistische und betäubende Gleichschaltung der entfalteten achtziger Jahre (...), die Jahre des Zynismus, des Opportunismus und der Angst«.[21] Genau zu dieser Zeit ereignete sich, dem allgemeinen gesellschaftlichen Trend folgend, auch eine Militarisierung der Kurven der Spielstätten, die einen der letzten gesellschaftlichen Fluchtpunkte darstellten: Eisenstangen, Messer, Holzstöcke und Ketten fehlten nun bei keinem Stadionbesuch, die Hierarchien innerhalb

20 Ebenda, 81ff.

21 Nanni Balestrini/Primo Moroni, Die goldene Horde, Berlin 2002, 423ff. und 443.





der größeren Gruppen verstärkten sich, Rollen und Aufgabenfelder wurden klarer herausgearbeitet und interne Aufstiegsmöglichkeiten definiert. Das anarchische, spontaneistische Zusammentreffen der Anfangszeit scheint in diesen Jahren verloren gegangen zu sein. Die Gruppen waren nun »streng hierarchisch organisiert, der Capo gibt den Ton an und die Masse folgt. Diese präzise Befehlskette ist auch sinnvoll, wenn man sich jeden Sonntag mit aufgeheizten Sondereinsatzkommandos oder messerbewehrten gegnerischen Ultrà-Gruppen messen will.«[22] Mag sein, dass sich so eine rationale, für den Straßenkampf taugliche, Organisationsform herausbildete, gleichzeitig scheint aber in dieser sich zunehmend autoritär verdichtenden Form auch ein bedeutender Grund für den einsetzenden Niedergang der italienischen Ultra-Bewegung zu liegen.

22 Kai Tippmann, Die Hände der Ultras im Geschäft mit dem Fussball, online abrufbar unter: altravita.com.

Trotz dieser gesellschaftlichen, aber auch in den Gruppen sich manifestierenden *autoritären Wende* schafften es die Ultras noch bis Mitte der 1980er Jahre, in den meisten Kurven eine gewisse linke, antifaschistische Hegemonie – zu der allerdings alles zu gehören schien, was irgendwie zwischen Durruti und Stalin anzusiedeln war – aufrechtzuerhalten. Die traditionellen Gruppen erlebten einen weiteren starken Zuwachs, die mitgliederstärksten zählten mittlerweile mehr als 10.000 junge Männer und in geringerer Zahl auch Frauen[23]; gleichzeitig zersplitterte die Szene zusehends. Angehörige jugendlicher Subkulturen wie beispielsweise Punks, Mods, Skinheads und die Paninari (eine italienische Variante der Popper), aber auch Freundeskreise aus der Nachbarschaft malten ihre eigenen Ultra-Banner und immer mehr sogenannte *cani sciolti* (»streunende Köter«) gesellten sich zu den großen Gruppen (und zum Teil auch in Opposition zu ihnen) in die Kurven und schwächten damit ihre Dominanz. Dies führte allerdings nicht zu einer Renaissance des Subversiven, denn schon ihre Namen – *Wild Kaos*, *Kolletivo Alcoolico* und *Sconvolts* – ließen erkennen, dass die neuen Fans weniger von politischer Rebellion inspiriert waren als von maskuliner Identität, exzessivem Gebrauch von Drogen und sinnloser Gewalt. Die Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderung wich nun verstärkt einer nihilistischen Ablehnung des Bestehenden: Man war gegen den Staat und seine Organe, gegen die Spießigkeit, die ein

23 Es gab sogar einige Frauen in Führungspositionen, allerdings herrschte überwiegend eine geschlechtliche Arbeitsteilung: Frauen kümmerten sich eher um die Finanzen der Gruppen, Männer führten die Verhandlungen mit den Klubverantwortlichen und beteiligten sich an den Kämpfen.

bürgerliches Leben zu bieten hatte, und verachtete die öffentliche Moral. Der Altersdurchschnitt sank, und die neuen Fans scherten sich immer weniger um über Jahre gewachsene Freund- und Feindschaften, politische Weltanschauungen und um die Selbstkontrolle in der Kurve. Verstärkt kam es zu Angriffen auf »normale« Fans, in den Anfangsjahren noch strengstens verpönt, und auch rassistische Sprechchöre waren immer häufiger zu vernehmen. Vorläufiger Höhepunkt dieser unheilvollen Entwicklung war der erste von Ultras zu verantwortende Tote: Beim römischen Stadtderby im Oktober 1979 feuerten *streunende Köter* aus dem Roma-Block eine Leuchtrakete ab, die einen Fan im gegenüberliegenden Lazio-Block tödlich am Kopf traf. Dies blieb zunächst ein, im Übrigen auch innerhalb der Szene strikt verurteilter, Einzelfall – einige Jahre später gab es allerdings weitere Tote, woraufhin die Maßnahmen gegenüber Fußballfans stark verschärft wurden: Die Blöcke in den Stadien wurden strikter nach Fangruppen getrennt und teils auch Überwachungskameras installiert, was dazu führte, dass sich die Auseinandersetzungen immer öfter vor die Stadiontore, etwa an Bahnstationen und später auf Rastplätze, verlagerten. Nach wie vor ging es gegen andere Ultra-Gruppierungen, aber immer öfter wurde auch die immer brutaler agierende Polizei zum Ziel. Viele Ältere zogen sich aufgrund verstärkter Repression, aber auch wegen eines beklagten »Werteverlusts« in Form von zunehmender Gewalt und keineswegs mehr nur spielerisch ausgetragener Kämpfe, frustriert ins Privatleben zurück. Aus revolutionärer Sicht war das Verebben der gesellschaftlichen Rebellion und der Rückzug in die Kurven natürlich eine Niederlage, und die Ultras taugen nicht zur Glorifizierung; die zahlreichen regressiven Momente der Bewegung geben dazu wenig Anlass. Eine maximalistische Kritik allerdings, die die Jugendlichen im Nachhinein belehrt, sie hätten besser weiter die Arbeitsämter, Schulen, Universitäten und Fabriken auseinandergenommen, anstatt sich in die Kurven und die Gewalt zu flüchten, argumentiert völlig ahistorisch und verkennt das depressive gesellschaftliche Klima infolge der Niederlage der Autonomia. Außerdem wäre es falsch, die italienischen Ultras ab Mitte der 1980er Jahre nur unter dem Aspekt zunehmender Gewalt zu betrachten. Aufwändige Choreographien und neue Lieder machten die 1980er und 1990er Jahre zugleich zu den lebendigsten Dekaden in den Stadien. Auch standen die

Schlachten keineswegs für alle Ultras an erster Stelle; für viele war es beispielsweise mindestens so wichtig, Lieder zu dichten oder Fanzines und Flugblätter herzustellen. »Journalisten und Vereinspräsidenten nennen Ultras wunderbare Zuschauer, wenn alles gut läuft (...), aber Hooligans, wenn es Probleme gibt. Doch in beiden Fällen reden sie über dieselben Leute.«[24]

24 Dal Lago/ De Biasi, Italian Football Fans, 83.

Aber selbst von den spektakulären Inszenierungen scheint wenig geblieben zu sein, schaut man sich heute in den Stadien Italiens um: Miese Stimmung, grassierende Fangewalt, korrupte Verbände und heftigste Repression bestimmen das Bild. Durch das Verbot von Trommeln, Bannern und Fahnen, durch Spiele ohne gegnerische Fans und durch personalisierte Tickets machen sich Polizei und Verbände momentan daran, die Bewegung komplett auszutrocknen. Auch wirkte sich der in den 1990er Jahren einsetzende Rechtsruck in der italienischen Gesellschaft merklich auf die rebellischen Fanszenen aus; neben ordinärem Rassismus (vor allem auch in den Verbänden[25] und Vereinen selbst) nimmt auch die Zahl organisierter faschistischer Ultra-Banden zu. Die gab es zwar von Anfang an, aber nur als absolut minoritäre Strömung. Heute dagegen gelten nicht unbedeutende Teile der italienischen Ultra-Szene als offen rechtsextrem und auch unter dem Deckmantel des Unpolitischen sind die rassistischen Parolen in den Kurven kaum zu überhören. Viele historische Ultra-Gruppen haben sich unterdessen in normale und teilweise auch in zutiefst mafiöse Fanclubs verwandelt, die handfeste wirtschaftliche Interessen verfolgen und mittlerweile ordentlich Kasse machen. Die Dominanz von Männlichkeitskult, Härte und ein funktionierender und im Gleichklang ertönender Massenkörper stehen diesen Entwicklungen sicherlich nicht im Wege und sind aller Kritik wert. Trotzdem bleibt die Szene – nicht nur in Italien – politisch durchaus vielfältig: Viele Ultras haben 2001 an den G8-Protesten in Genua teilgenommen und verorten sich bis heute im Umfeld der *Centri Sociali*; und während der eine Teil dafür sorgen will, dass keine schwarzen Spieler in ihren Vereinen mehr eingesetzt werden, organisiert ein anderer Fankongresse sowie antirassistische Kampagnen in- und außerhalb der Stadien.

25 »In England schaut man sich Spieler genau an, wenn sie kommen. Sie müssen Lebenslauf und Stammbaum vorzeigen (...) Bei uns bekommen wir einen Opti Poba, der vorher Bananen gegessen hat und dann plötzlich in der ersten Mannschaft von Lazio spielt«, so der derzeitige italienische Fußballverbandschef Tavecchio – nur eins von vielen Beispielen.

Ultramythen. Gemeinsamkeiten und Grenzen

Trotz ihrer wechselvollen Geschichte hatte die italienische Ultra-Bewegung eine immense Strahlkraft und verbreitete sich ab Mitte der 1980er Jahre – nicht zuletzt durch das Privatfernsehen, das die spektakulären Bilder aus den Kurven direkt ins heimische Wohnzimmer übertrug – über ganz Europa (mit Ausnahme Großbritanniens, von neuen sehr kleinen Ansätzen abgesehen). Mit mehreren Zehntausend Anhängern in einigen Ländern kann sie heute als die alles dominierende Fankultur angesehen werden. Die regional unterschiedlichen, in weiten Teilen stark politisierten Ultra-Szenen verbindet neben dem Gefühl der Rebellion oft nur die gemeinsame Art des Supports: Das Spektrum reicht von halbwegs antiautoritären Vereinigungen über sich als unpolitisch verstehende Anhänger bis hin zu mafiösen Zusammenhängen und faschistischen Kampftruppen. Dennoch gibt es inhaltliche Gemeinsamkeiten, die sich in den Slogans »All Cops are Bastards (ACAB)«, »Wir sind der Verein«, »Gegen den passiven Fan« und »Nein zum modernen Fußball« manifestieren. Sie dominieren, wo immer Ultras tonangebend sind – von Kairo bis nach Gelsenkirchen. Was diese Losungen genau bedeuten sollen, lässt sich aber nicht sagen.

Die Zukunft wird zeigen, ob sich der Hass auf die Polizeikräfte zu einer Kritik an ihrer Rolle als Staatsorgane, verantwortlich für den Schutz kapitalistischer Eigentumsverhältnisse und die Niederschlagung alles Widerständigen, ausweitet wird. Bislang erschöpft er sich, etwa in Deutschland, in Gejammer über als willkürlich empfundene Einsätze und in Kennzeichnungspflicht-Kampagnen für Polizeibeamte, in Ländern wie Ägypten in Demonstrationen für eine juristische Verfolgung von mordenden und folternden Polizisten. Die Heftigkeit der Attacken auf die Sicherheitskräfte ist dabei sicherlich kein Gradmesser für die Emanzipation. Harte Angriffe setzen eine geradezu militärische Disziplin voraus, weshalb es kaum wundert, dass sie zum Beispiel in Italien vor allem von faschistischen Ultra-Gruppen bekannt sind, während etwa in Deutschland Gruppen mit sehr flachen Hierarchien und einem klaren antirassistischen und antisexistischen Selbstverständnis (unter anderem *Schickeria*

München) einen kritischen Umgang mit dem Thema Gewalt anmahnen.

Auch die zum Standardrepertoire gehörende Kritik am passiven, konsumierenden Fan ist zweischneidig. Dieses Feindbild eröffnet kaum Einsichten in eine Gesellschaft, die durchweg von ökonomischen Sachzwängen determiniert wird und *alle* Mitglieder zu Charaktermasken degradiert – nicht nur im Stadion. Dabei mag die Ablehnung des sich berieseln lassenden Zuschauers, der den Verbands- und Polizeianweisungen bedingungslos Folge leistet, das verlangte Eintrittsgeld ohne Murren zahlt und die Videoüberwachung im Stadion zum Schutz der eigenen Sicherheit akzeptiert, durchaus nachvollziehbar sein. Problematisch wird es, wenn dieser Figur die Aktiven entgegengesetzt werden, die auch noch ihre letzten freien Minuten ihrer arbeits-, schul-, oder universitätsfreien Zeit für den Verein opfern, sich die ganze Woche über mit der kreativen Gestaltung des nächsten Spieltags befassen und an diesem dann selbstverständlich bedingungslosen Einsatz zeigen. Die Kritik verkommt zur Pseudo-Aktivität, wenn der erkämpfte Freiraum in der Kurve nicht Ausgangspunkt einer weitergehenden Revolte wird, sondern selbstreferenziell bleibt und damit im besten Falle an den schlimmsten Auswüchsen der Fußballindustrie herumkrittelt.

Die Parole »Wir sind der Verein« mag, vor allem bei höherklassigen Vereinen, geradezu lächerlich anmuten und Ausdruck jugendlicher Selbstüberschätzung sein. Gleichzeitig drückt sie durchaus eine Entfremdung vom Spektakel aus. Weil die völlige Ökonomisierung der Klubs mit dem antikommerziellen Grundverständnis der Ultras nur schwer in Einklang zu bringen ist, werden noch die größten Verrenkungen vorgenommen und allerhand Identitätskonstruktionen bemüht, um die Liebe zum »eigenen« Verein zu rechtfertigen. Dann wird eine (vermeintliche) kosmopolitische oder antikoloniale Vergangenheit herangezogen oder auf eine bunte Fanszene gepocht. So hat sich das Interesse vieler Ultras mittlerweile vom Geschehen auf dem Rasen auf das Leben in der Kurve und die Zugehörigkeit zu einer internationalen, rebellischen Fankultur verlagert, das Spiel selbst ist nur noch Kulisse.

Etwas skurril erscheint auch die Parole »Nein zum modernen Fußball«. Denn erstens ist die Ultra-Bewegung ein Kind genau dieses modernen Fußballs – und ohne ihn praktisch kaum vorstellbar –, und zweitens war der organisierte Fußballsport seit seinen Anfängen untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden. Deshalb wird es auch kein Zurück zu einer angeblich besseren Zeit geben. Welche sollte das auch sein? Die, in der Fußball eine Vergnügung der Bourgeoisie war? Die, in der nur Männer die Stadien bevölkerten? Oder aber die Zeit, in der das Fernsehen einen geringeren Einfluss ausübte und die Fans ungestört ihre Ressentiments gegen schwarze Spieler ausleben konnten? Trotz aller Traditionshubereien findet unter der Parole auch Vorwärtsweisendes statt, etwa Fankongresse, Demonstrationen und Supporterstreiks gegen weitere Einschränkungen auf den Rängen, überteuerte Tickets und die völlige Entmündigung der Fanszene. Auch das augenscheinliche Desinteresse an der jeweils »eigenen« Nationalmannschaft sowie den damit verbundenen Welt- und Kontinentalmeisterschaften birgt in Zeiten gleichgeschalteten Nationaltaumels durchaus kritisches Potenzial, werden diese Spektakel doch illusionslos als offensichtlichster Ausdruck einer Eventisierung der Ware Fußball gewertet. Die weitergehenden Motivationen dieser Ablehnung sind jedoch durchaus divers: Verfügen die einen über eine grundsätzlich antinationale, teils auch staatsfeindliche Grundhaltung, schwenken andere lieber die Fahnen der Separatisten (sehr stark ausgeprägt in Spanien – sowohl bei linken wie rechten Gruppierungen) und wieder anderen ist nichts näher als ihr kleines Dorf und die damit verbundene Gemeinschaft.

Entscheidend ist aber etwas anderes: das eingangs festgestellte Phänomen, dass Ultras in den letzten Jahren an vielen Unruhen maßgeblich beteiligt waren. Was sie in den 1970er Jahren von politischen Bewegungen übernommen haben – Phantasie, Erfahrungen in der Konfrontation mit den Sicherheitsorganen, autonome Kommunikationsstrukturen, finanzielle und organisatorische Unabhängigkeit – fließt so wieder in Aufstände ein und verlässt den abgesteckten Rahmen der Stadionkurven, wie im Folgenden anhand von Ägypten, der Türkei und der Ukraine gezeigt wird. Namentlich der Fall Ukraine lässt allerdings keinen Raum für Begeisterung. Die gegenwärtigen

Unruhen sind ziemlich konfus und am Beispiel der Ukraine zeigt sich, dass sie auch nach rechts kippen können. Ultras treten heute nicht nur bei fortschrittlichen Bewegungen hervor, sondern auch als nationalistische Schlägertrupps.

Ultras in Ägypten: Ein organisierter Teil des kämpfenden Surplus-Proletariats?

In den nordafrikanischen Ländern ist der Kursverlust der menschlichen Arbeitskraft tagtäglich deutlich wahrnehmbar. Armut, massenhafte Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung bestimmen das Bild, nirgendwo zeigt sich die schwindende Integrationskraft des Kapitalismus klarer als hier. Das Surplus-Proletariat tritt in Nordafrika auch wesentlich stärker als rebellierender Akteur in Erscheinung als in Europa. 2011 wurden dort in einer beeindruckenden Welle von Erhebungen jahrzehntelang regierende Diktatoren hinweggefegt.[26] Voraus gingen diesen Revolten allerdings Aufstände der Fabrikarbeiterklasse. Im ägyptischen Mahalla etwa kam es 2008 zu einem bedeutenden Streik der Textilarbeiter[27] samt tagelangen Straßenschlachten mit der Polizei. Neben der eher traditionellen Arbeiterklasse sowie der Jugendbewegung des 6. April gab es noch einen weiteren Akteur, der sich schon während der Diktatur aufmüpfig verhielt: junge Fußballfans, die sich in den Stadien sammelten und langsam anfingen, offen zu rebellieren. Existierten in den Ländern Nordafrikas kaum Orte, an denen sich Jugendliche ohne die Kontrolle der Alten oder der Sicherheitskräfte treffen konnten, so bildete das Fußballstadion eine Ausnahme. Die sich noch überwiegend als unpolitisch begreifenden Fußballfans versuchten sich dort einen Freiraum zu schaffen, und so entwickelte sich vor allem in Tunesien[28] und Marokko, aber auch in Ägypten und Algerien eine auf Krawall gebürstete Bewegung jüngerer fußballbegeisterter Männer, denen ein Leben zwischen Armut und Geheimpolizei zu begrenzt erschien. Wie ein Ultra erklärte: »Zum Klub zu gehören ist das Einzige in unserem Leben, was wir selbst gewählt haben.«

Stark beeinflusst von der Ultra-Bewegung Italiens gründeten sich dann 2007 mit den *Ultras Ahlawy*, den *Ultras Devils* (beide al Ahly), den *Ultras White Knights* (UWK, al Zamalek), den

26 Vgl. Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft, Arabischer Frühling im Herbst des Kapitals, *Kosmoprolet* 3 (2011), 16ff.

27 Vgl. dies. (Hg.), Vier Jahre Wirren in Ägypten, Berlin 2015.

28 Den Anfang machten 1995 die *African Winners* des Vereins Africa in Tunis, die zahlreichen anderen gründeten sich auch dort erst nach der Jahrtausendwende.

Ultras Yellow Dragons (Ismaily SC/Ismailia) und den *Ultras Green Eagles* (al-Masry/Port Said) die ersten Gruppierungen in Ägypten. Sie bekamen regen Zulauf, da gerade junge Fans den starren und korrupten Fanclubs die wesentlich bunteren, tendenziell antiautoritär und säkular ausgerichteten Ultra-Gruppierungen vorzogen. Recht schnell gerieten sie dabei in Opposition zu den Verbänden, Vereinsbossen sowie den weniger engagierten Fans, denen sie vorwarfen, das Spiel lediglich konsumieren zu wollen. Die Konflikte drehten sich um das unerlaubte Abfackeln von Bengalos sowie Verbote von Choreographien, den Ausschluss von Fans, Restriktionen gegenüber Besucherinnen und um als zu hoch empfundene Spielergehälter. Von ihren Ultrafreunden aus Europa, zu denen teils persönliche Kontakte bestanden (wie auch zu denen in Tunesien), übernahmen sie die Ablehnung des *modernen Fußballs*, indem sie beispielsweise gegen die Erhöhung von Ticketpreisen und die Monopolisierung von Fernsehübertragungen protestierten. Allah spielte eine untergeordnete Rolle, doch die Autonomie ihrer Kurve wie auch ihre kollektive Identität war ihnen heilig. Gestärkt durch ihre Gruppe und durchaus auch von einem Ethos der Rebellion angetrieben, widersetzten sie sich deshalb oftmals den Anweisungen der *Egyptian Football Association* (EFA) und, anfänglich allerdings noch zaghaft, den Sicherheitskräften. Ein Ultra berichtet: »Es gab überhaupt keine Vorstellung von irgendeiner unabhängigen Organisation, seien es Gewerkschaften oder politische Parteien. Dann haben wir angefangen, Fußballultras zu organisieren (…) für sie [die Polizei] waren es die Jugendlichen – sehr gewiefte Leute –, die sich schnell in großer Zahl in Bewegung setzen konnten. Sie hatten Angst vor uns.«[29] Selbstverständlich gab es auch Kämpfe zwischen den diversen Ultra-Gruppen, sie beschränkten sich aber auf eher harmlose Prügeleien, Beschimpfungen sowie das Klauen von Fan- und Gruppenutensilien. Das Jahr 2008 gilt dann als entscheidender Wendepunkt: Bei einem Spiel in Port Said versuchten die Sicherheitskräfte wieder einmal, ein Banner aus der Kurve der *Ultras Ahlawy* zu konfiszieren. Diese wehrten sich jedoch und gingen ihrerseits mit Holzlatten bewaffnet zum ersten Mal offensiv gegen die Polizei vor. Dieses Ereignis sowie viele weitere, die ihm an den allwöchentlichen Spieltagen folgten, führten zu einer massiven Hetze der Medien. Die Ultras wurden verunglimpft als Anhän-

29 James Montague, Egypt's Politicised Football Hooligans, 2012, online abrufbar unter: aljazeera.com.

ger einer rassistischen Ideologie, die an die Nazis erinnere, als Verrückte, die sich für nichts anderes interessierten als für ihren Club und dabei westliche Jugendkulturen nachäfften, aber auch als Atheisten, Homosexuelle, Krawallmacher und Drogensüchtige bezeichnet. Vereinzelt gab es auch andere Protestformen, die den vermeintlich unpolitischen Charakter der Ultras konterkarierten. Nachdem ein *UWK*-Mitglied von der Polizei in Alexandria gefoltert wurde, trugen seine Fußballfreunde im November 2010 beim Spiel gegen al-Masry als Geste der Solidarität schwarz und im gleichen Jahr kam es einmal zu »Nieder mit Mubarak«-Rufen im Stadion. In anderen Fällen störten sie Wahlkampagnen von Abgeordneten, die sich gegen die Ultra-Bewegung stellten beziehungsweise mit dem korrupten Fußballverband in Verbindung gebracht wurden. Mitunter äußerten sich Ultras auch zu Palästina und zur stagnierenden Ökonomie, was zu einigen Verhaftungen führte. Dennoch »ist es wichtig, das politische Engagement von Ultras in den Jahren vor der ägyptischen Revolution nicht übermäßig zu betonen. Ultras, die sich vor 2011 politisch äußerten, taten dies weitgehend als Einzelne, nicht als Gruppenvertreter.«[30] Sowohl die Ultras als auch die Sicherheitskräfte waren damals noch bemüht, die Lage nicht vollends eskalieren zu lassen.

Nahezu alle Kommentatoren attestieren den Ultra-Gruppierungen eine klassenübergreifende Zusammensetzung: Sie »vereinen Gebildete und Analphabeten, Reiche und Arme«.[31] Die *Ultras White Knights*, bei denen minoritär auch Frauen beteiligt zu sein scheinen[32], erklärten in Reaktion auf den Vorwurf, »Lumpen« zu sein: »Wir sind kein Haufen von Verlierern. Wir sind ein echter Cocktail der ägyptischen Gesellschaft, in dem man auch Anwälte, Doktoren, Ingenieure, Geschäftsmänner und Studenten findet.«[33] Fakt scheint zu sein, dass die ägyptischen Ultras es verstehen, unterschiedliche – tendenziell überflüssige – Bevölkerungsteile in disziplinierten Vereinigungen zu organisieren, anfänglich vor allem Leute im Alter zwischen 16 und 25 Jahren. Trotz aller berechtigten Kritik an der alleinigen Fokussierung eines bestimmten – nämlich des gebildeten und zukunftslosen – Typus von Protestierenden scheint dieser bei der Gründung der ersten Ultra-Gruppen in Kairo mit ihren damals weniger als hundert Mitgliedern tatsächlich eine wichtige Rolle gespielt zu haben. Doch schon kurze

30 Connor T. Jerzak, Ultras in Egypt: State, Revolution, and the Power of Public Space, *Interface* 2 (2013), 245.

31 Ebenda, 243.

32 Es ist nicht ganz klar, ob die *Zamalek Girls* eine Untergruppe darstellen oder eine eigenständige Ultra-Vereinigung sind. Vgl. hierzu auch: Paul Amar, The Street, the Sponge and the Ultra in Egypt, 2014, online abrufbar unter: projectcontentiouspolitics.files.wordpress.com

33 Philipp Natzke/Georg Maier, Umbruch in Ägypten – Ein Blick über den Nil, *Blickfang Ultra* 20 (2011).

Zeit später strömten andere Desillusionierte hinzu, sodass er in den nun jeweils mehrere tausend Mitglieder umfassenden Organisationen mit ihrer zigfach höheren Mobilisierungskraft kaum noch eine zentrale Bedeutung einnahm. Vielmehr scheint sich die Klassenzusammensetzung mittlerweile in Richtung städtischer Armer zu verschieben; die Ultra-Gruppierungen sind auch eine der wenigen, wenn nicht sogar die einzige organisierte Kraft, die revoltierende Straßenkinder in ihre Reihen integriert, sodass inzwischen auch schon 14-jährige Jungs bei ihnen mitmischen. Trotz gewisser Hierarchien sind die Gruppen relativ horizontal organisiert, aufgrund der Vielzahl ihrer Mitglieder aber in Sektionen gegliedert. Vor allem die *Ultras Ahlawy* haben Untergruppierungen im ganzen Land, die sich in den verschiedenen Vierteln der Städte organisieren – in extrem armen, eher traditionellen Arbeitervierteln wie auch in etwas wohlhabenderen Quartieren. Die Auswärtsfahrten und die teils sehr aufwendigen Choreographien finanzieren sie durch den Verkauf von Fan-Shirts und CDs sowie aus den nach Einkommen gestaffelten Mitgliedsbeiträgen. Ihre Kommunikationsstrukturen (Mobiltelefon und Facebook, Treffpunkte an Straßenecken, in Cafés, Schulen und Universitäten) sind nur schwer durchschaubar, durch persönliche Kontakte sowie einen starken Zusammenhalt – vor allem auch im Alltag – geprägt. Es drängen keine Repräsentanten ins Rampenlicht und das anonyme Agieren bietet einen relativen Schutz vor staatlicher Repression. Die Führungskader, die nicht als autoritäre Bosse[34] zu verstehen sind, bilden sich gewöhnlich nach Bildungsgrad, Länge der Gruppenzugehörigkeit, Alter, Mut in Auseinandersetzungen mit der Polizei und Engagement heraus. Teilweise werden sie auch gewählt, beispielsweise bei den *Ultras Yellow Dragon* von Ismaily SC, die so versuchen, informellen und undurchsichtigen Hierarchien das Wasser abzugraben.[35] Für die Capos gilt jedoch wie für den Rest der Mitglieder, dass sie sich in Sachen Fußball bedingungslos in den Dienst des Kollektivs zu stellen haben und ihnen bei Zuwiderhandlung der Ausschluss droht. Dazu gehört in erster Linie, sich an gemeinsame Absprachen zu halten, für sein Handeln Verantwortung zu übernehmen, sich nicht persönlich über die Gruppe zu stellen und vor allem keine Interna an die mit großem Misstrauen beäugte Presse weiterzugeben.

34 Wahrscheinlich etwas blumig beschreibt dies ein Ultra so: »Es gibt bei uns keine Führer, aber Einzelne, die Treffen leiten und den jüngeren Mitglieder Orientierung geben. Wir haben keine Hierarchie, die Organisatoren sind einfach Leute mit Verstand.« (Maha El-Nabawi, Beyond Football: The Creative Transformation of Egypt‘s Ultras, *Egypt Independent*, 13.11.2012.

35 Vgl. Mohamed Elgohari, The Ultras Political Role and the State in Egypt, 2013, online abrufbar unter: fordifp.net

»Als am 25. Januar die ägyptische Revolution ausbrach, stellten Beobachter fest, dass die einzige organisierte Gruppe im Land, die über die nötigen Kampferfahrungen verfügte, um mit den Sicherheitskräften fertigzuwerden, die Ultras waren – und nicht die Muslimbrüder, die Jugendbewegung des 6. April oder die Nationalversammlung für Wandel«.[36] Viele Menschen beteiligten sich in diesen Tagen zum ersten Mal in ihrem Leben überhaupt an Protesten, waren also völlig unerfahren, und tatsächlich wussten selbst die Aktivisten der Jugendbewegung des 6. April, die durchaus Erfahrungen mit Polizeigewalt hatten, dieser nicht effektiv entgegenzutreten. Die diversen Ultra-Gruppierungen stellten es ihren Mitgliedern frei, sich an den geplanten Protesten zu beteiligen, riefen allerdings nicht aktiv zur Demonstration am 25. Januar auf.[37] Dennoch fanden sehr viele Ultras an diesem Tag auf den Straßen zusammen. Nachdem es zu hunderten von Festnahmen und massiven Übergriffen der Sicherheitskräfte gekommen war, entschieden die Ultra-Gruppierungen, sich klar zu positionieren und gemeinsam am Widerstand gegen das Mubarak-Regime zu beteiligen – am »Tag des Zorns« riefen sie dann auch offiziell zu den Protesten auf. In den militanten Auseinandersetzungen, besonders bei der sogenannten *Kamelschlacht*, spielten sie eine entscheidende Rolle und trugen so in Alexandria, Suez und Kairo ihren Teil zum Sturz Mubaraks bei.[38] Ultras beteiligten sich aber auch an der Aufrechterhaltung der Infrastruktur, versuchten das Ägyptische Museum vor Plünderern zu schützen und etablierten Graffitis durch unzählige Sprühaktionen als eine neue Kommunikationsform. Sprühten sie zuerst die Namen ihrer Gruppen und Parolen gegen Fußballkommerz, korrupte Verbände und das Fernsehen an die Häuserwände, so wurden Graffitis nun zu einem der wichtigsten Kanäle, der Botschaften der Revoltierenden an den Rest der Bevölkerung übermittelte und damit wesentlich bedeutender gewesen sein dürfte als Facebook und Twitter zusammen. Aber vor allem sorgten sie mit Gesängen für Zuversicht auf den besetzten Plätzen und bei den Angriffen auf die Ordnungskräfte. Aus Liedern, die bisher fast ausschließlich von der Liebe zum eigenen und dem Hass auf den gegnerischen Verein handelten, wurden nun Protestlieder gegen staatliche Korruption, die Macht der Militärs und Polizeibrutalität. Die zunehmende Politisierung zeigte sich auch sofort in den Stadien, als im April

36 Ashraf el-Sherif, The Ultras' Politics of Fun Confront Tyranny, 2012, online abrufbar unter: jadaliyya.com.

37 Wenige Tage vor dem Aufstand skandierten Ultras beim Basketball-Match zwischen Al-Itihad und Al-Jazira allerdings schon laut »Tunesien, Tunesien, Tunesien«, während sie sich mit den Sicherheitskräften kloppten; die *Ultras Ahlawy* hissten bei einem Spiel die tunesische Flagge in ihrer Kurve.

38 Allerdings sollte man ihre Rolle auch nicht überbewerten. Zum einen gingen hunderttausende Schüler, Studentinnen, Marginalisierte aus den Slums und viele andere auf die Straße, zum anderen dürften für den vom Militär erzwungenen Rücktritt Mubaraks die Streikdrohungen der Arbeiter am Suez-Kanal mindestens genau so wichtig gewesen sein wie die Straßenschlachten.

2011 die Spielzeit wieder aufgenommen wurde und die Ultras lautstark Parolen gegen die Militärherrschaft riefen. Außerdem versuchten sie, Spieler und Vorstände aus den Vereinen, die der Staatspartei NDP nahestanden, durch körperliche Angriffe und erzwungene Rücktritte zur Verantwortung zu ziehen. Die Transformation in eine sich deutlich politisch artikulierende und handelnde Vereinigung, die sich sowohl in Opposition zum Militärrat als auch zu den aufstrebenden Muslimbrüdern verortete, machte sie zu einem klar definierten Angriffsziel für die immer noch regierenden Militärs. Gleichzeitig drückte sich in der zunehmenden Politisierung ein Widerspruch aus, der sich auf lange Sicht nicht auflösen lässt und bis heute für reichlich Diskussionsstoff innerhalb der Gruppen sorgt. Während ein Großteil darauf pochte, den Fokus der Proteste wieder in die Stadien zu verlegen – sie fühlten sich nach eigenem Bekunden wie ein »zappelnder Fisch an Land, der wieder schleunigst zurück ins Wasser muss« – und damit in erster Linie Ultra bleiben wollte, sahen andere ihre Berufung mittlerweile darin, weiterhin auf allen »Straßen der Revolution« zu agieren. Einige Ältere verließen dann auch die Gruppen, um sich anderen außerparlamentarischen Oppositionsgruppen anzuschließen. Der massenhafte Zustrom vom Aufstand begeisterter Jugendlicher nach dem Sturz Mubaraks sorgte gleichzeitig dafür, dass die Ultra-Gruppen »wahrscheinlich zur zweitgrößten zivilen Organisation nach den Muslimbrüdern« (James Dorsey) anwuchsen; allerdings vertieften sich damit auch die inneren Widersprüche. Die neuen Mitglieder brachten nämlich auch Chaos in die Gruppen – es kam beispielsweise zu nicht abgesprochenen Platzstürmen und die Capos verloren mehr und mehr die Kontrolle über ihre Schäfchen. Viele fanden es einfach cool, Ultra und damit Teil der Rebellion zu sein; der Klub war nur noch nebensächlich. Dies muss man keineswegs bedauern, aber für die Ultra-Gruppierungen mit ihrem ausgeprägten Kollektivstolz ist eine vereinigende Klammer unabdingbar. Dies sind normalerweise die Farben des Vereins und für einen kurzen Moment war es der Aufstand mit einem klaren, gemeinsamen Feind, dem Militär.[39] Aber schon vor der ersten Wahl nach dem Sturz Mubaraks kamen Streits unter den Ultras auf, beispielsweise darum, welchen Kandidaten sie präferierten.

39 Dalia Abdelhameed Ibraheem legt in einer Arbeit am Beispiel der *Ultras Ahlawy* dar, dass eine weitere Klammer für sie der positive Bezug auf die ägyptische Nation darstellt, da sie sich vollkommen affirmativ mit der »glorreichen nationalen« Vergangenheit ihres Vereins identifizieren. Die unkritische Haltung zur Nation war allerdings ein allgemeines Problem der Revoltierenden in Ägypten. Unseres Wissens nehmen die Ultras von Zamalek keine andere Haltung zur Nation ein als die *Ultras Ahlawy*, obwohl ihr Verein als der der Ausländer und englischen Kolonisatoren gilt. (Vgl. Dalia Abdelhameed Ibraheem, Ultras Ahlawy and the Spectacle: Subjects, Resistance and Organized Football Fandom in Egypt, 2015, online abrufbar unter: dar.aucegypt.edu

Die Klammer sollte jedoch wesentlich schneller wieder heften, als ihnen lieb war: 74 Tote und knapp tausend Verletzte waren die Folgen des Massakers von Port Said bei einem Spiel der beiden als Erzrivalen geltenden Fußballklubs al-Ahly Kairo und al-Masry. Nicht nur das Datum – fast auf den Tag genau ein Jahr nach der *Kamelschlacht* auf dem Tahrir-Platz – deutet auf einen Vergeltungsschlag der Sicherheitsorgane gegen die beim Aufstand hervorstechenden *Ultras Ahlawy* hin. Aufgrund dieses Ereignisses, das die Ultras als Angriff auf ihr Kollektiv verstanden, betraten sie erneut geschlossen die politische Bühne; zu einer Zeit, in der sie sich intern eigentlich schon längst wieder auf einen Rückzug in die Stadien verständigten. Massive, tagelange Straßenschlachten und Angriffe auf Polizeistationen, aber auch Belagerungen von Banken, Presseerklärungen, Zusammenarbeit mit Anwälten, politische Demonstrationen und mehrwöchige Sit-Ins folgten – gemeinsam mit einem ihrer größten Rivalen, den *Ultras White Knights*, die ihre Solidarität auf vielfältige Art zum Ausdruck brachten, und anderen außerparlamentarischen Oppositionsgruppen.

Die Rechnung des Militärs schien jedoch aufzugehen: Ein empörter Aufschrei der mittlerweile revolutionsmüden ägyptischen Bevölkerung blieb aus; stattdessen erschallte laut der Ruf nach Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung. Vor allem in konservativen und religiösen Kreisen gelang es, den Ultras die Schuld in die Schuhe zu schieben, sie als Krawallbrüder zu diskreditieren und das Militär erneut als Wahrer der öffentlichen Ordnung ins Spiel zu bringen. Aber auch die organisierten Fußballfans handelten sehr widersprüchlich und gingen trotz eines massiven Aufbäumens letztendlich als Verlierer aus diesem todernsten Spiel fernab des grünen Rasens hervor. Einerseits prangerten sie das Militär für das Massaker an, andererseits kooperierten sie mit den Sicherheitskräften, um Täter zu identifizieren, für die sie auch lauthals die Todesstrafe forderten. Auch ihre Staatsfeindlichkeit zeigte Grenzen. So sehr sie die Staatsorgane verachten, glaubten sie doch daran, mit Hilfe der Justiz Gerechtigkeit herstellen zu können – selbst für eine Reform des Polizeiapparates setzten sie sich ein. Kaum ein ranghoher Polizist und schon gar nicht das Militär wurde letztendlich für das Massaker zur Verantwortung gezogen, aber viele Anhänger von al-Masry – die recht willkürlich

dafür verantwortlich gemacht wurden – wurden zum Tode verurteilt, was bei den Ultras in Kairo zu Jubelstürmen und in Port Said, Suez und Ismaila zu schwersten Ausschreitungen mit Dutzenden von Toten und einer Verhängung des Ausnahmezustandes führte. Der Glaube an die Justiz scheint mittlerweile allerdings verloren gegangen zu sein. Nach Zusammenstößen mit der Polizei im Februar 2015, die nun auch bei ihnen mehr als zwanzig Todesopfer forderten, erklärten die *Ultras White Knights* in einem Facebook-Eintrag schlicht, dass sie mit der Justiz weder zusammenarbeiten werden noch irgendeine Art von Gerechtigkeit von ihr erwarten. Eine Einschätzung, die treffender nicht hätte sein können: Obwohl die Polizei mit Gas und Schrot in die Menge gefeuert und dadurch die tödliche Massenpanik ausgelöst hatte, wurden einige *UWK*-Mitglieder dafür verantwortlich gemacht und mit unter Folter erpressten Geständnissen zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Im Juni 2015 wurden alle Ultra-Gruppierungen Ägyptens zu terroristischen Vereinigungen deklariert und verboten. Das deutsche Bundeskriminalamt honorierte diese klare Linie ordentlich: mit einer Schulung für die neue ägyptische Sicherheitsbehörde *National Security Sector*, inklusive Hospitation beim letzten DFB-Pokalfinale in Berlin.

Ultra per se ist ein recht fragiles Konstrukt, vollkommen abhängig von der sich verändernden Zusammensetzung der Gruppen wie auch den politischen und sozialen Rahmenbedingungen. Besonders deutlich zeigt sich dies an der ägyptischen Szene: in einem Land, das vom Sturz Mubaraks über die Machtteilung zwischen Islamisten und Generälen bis hin zum erneuten Coup des Militärs seine Geschichte des Aufstandes und der Konterrevolte im Zeitraffer durchlebte. Ohne klare Agenda und voller politischer Widersprüche bewegen sich die ägyptischen Ultras darin genauso konfus wie der Rest – aufgrund ihrer Organisationsweise agieren sie aber höchst flexibel. Zum einen verhalten sie sich wie die »sozialen Nicht-Bewegungen« (Asef Bayat) der städtischen Armen und Marginaliserten, also jenen Teilen der Klasse, die häufig nicht streiken können und politisch kaum vertreten werden: Sie eignen sich durch ständige Regelverletzungen den öffentlichen Raum an und verschieben dabei unter anderem repressive Moralvorstellungen. Wenn sich die Gelegenheit bietet, beteiligen

sie sich auch an Riots – seit jeher *die* Kampfform der Ausgeschlossenen und Überflüssigen. Die meisten Ultras agieren außerhalb des Fußballstadions auf diese Art und Weise, auch massenhaft, aber nicht als Ultra-*Kollektiv.* Der soziale Zusammenhalt steht dabei über der politischen Gesinnung und jeder kann frei entscheiden, inwieweit er sich daran beteiligt. Zum anderen aber übernehmen sie Verhaltensformen von politischen Organisationen und NGOs, etwa Demonstrationen und klare, politisch vermittelbare Forderungen. So flexibel sie ihr Verhalten den äußeren Umständen anpassen, so diffus bleibt die inhaltliche Stoßrichtung. Nicht nur in Geschlechterfragen zeigt sich das deutlich. Einerseits setzten sich Ultras gegen Restriktionen gegenüber Stadionbesucherinnen ein, andererseits berichteten feministische Teilnehmerinnen der Sit-Ins, Ultras hätten ihnen in paternalistischer Manier nahegelegt, um 22 Uhr nach Hause zu gehen und das Rauchen zu unterlassen. Auch kam es im einen oder anderen Fall zu Zerwürfnissen mit anderen außerparlamentarischen Gruppierungen, beispielsweise bei einer Demonstration gegen Militärgewalt: Als Aktivisten Parolen gegen die Muslimbrüder skandierten, versuchten Ultras dies aus Sorge um den Zusammenhalt ihrer Gruppen, die in Anhänger und Gegner Mursis gespalten waren, zu unterbinden. Viele Ultras beteiligen sich als Individuen weiter an den militanten Auseinandersetzungen, teils auch in etwas formelleren Zusammenhängen von (ehemaligen) Ultras, die sich keinem Verein mehr zugehörig fühlen – den *Ultras Freedom* in den Anfangstagen der Revolution, später an dem durch europäische Anarchisten inspirierten *Black Bloc*, der als entschiedener Gegner des Mursi-Regimes auftrat, aber den Coup des Militärs im Sommer 2013 begrüßte, und an den *Ultras Nahdawy*, die bei den neueren Studentenprotesten und den freitäglichen Riots gegen das Militär in den Armenvierteln eine bedeutende Rolle spielen.[40] Aktuell kämpfen die verschiedenen Ultra-Gruppen, da seit dem Massaker von Port Said die allermeisten Wettbewerbe unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, verstärkt um erneuten Einlass in die Stadien und versuchen somit, wieder in die Rolle der Fans zu schlüpfen. Obwohl die organisierten Fans eine nicht unbedeutende Rolle in den Aufständen spielten, hat es wenig Sinn, sie als Speerspitze der Revolte zu glorifizieren. Dafür sind sie politisch viel zu verworren und in letzter Konsequenz wird ihr Verhalten we-

40 Die *Ultras Nahdawy* stellen eine Ausnahme dar. Sie eint eine klare politische Haltung: Sie verorten sich auf Seiten der Muslimbruderschaft und des abgesetzten Präsidenten Mursi.

niger von internen Diskussionen abhängig sein als vom Charakter zukünftiger Aufstände. Ganz sicher befinden sie sich jedoch in direkter Konkurrenz zu einer anderen Kraft, die ebenfalls perspektivlose Subjekte anzieht: dem »Islamischen Staat« und anderen djihadistischen Gruppierungen. Die Ultras bieten nach wie vor ein Bollwerk gegen islamistische Heilsversprechen, wobei sich – glücklicherweise bisher noch sehr leise – vor allem bei den neu hinzuströmenden *jungen Wilden* aus den Armutsvierteln wachsende Begeisterung für die islamistischen Terrorgangs vernehmen lässt.

Istanbul United: Die Hippie-Hools vom Gezi-Park

Auch an der Revolte in der Türkei im Sommer 2013 waren Ultras maßgeblich beteiligt. Sie entzündete sich an der geplanten Abholzung von ein paar Bäumen, wuchs aber schnell zum Aufstand gegen eine zunehmend islamistisch auftretende AKP an, die den Menschen ihren geliebten Rakı madig machen und Frauen vorschreiben wollte, wie viele Kinder sie zu gebären hätten. Dagegen ging auch die Ultra-Gruppe *Çarşı* auf die Straße. Ursprünglich als Unterstützergruppe für den Verein Beşiktaş Istanbul gegründet, steht *Çarşı* zumindest seit 1993 für weit mehr, als man es gemeinhin von Fußballanhängern erwarten würde. Seit vielen Jahren sind sie fester Bestandteil der 1. Mai-Demonstrationen und kritisieren den Rassismus in der türkischen Gesellschaft, sie standen den Erdbebenopfern in Izmit wie auch den Bergarbeitern beim Grubenunglück in Soma tatkräftig zur Seite und melden sich auch in anderen Angelegenheiten immer wieder lautstark zu Wort, beispielsweise gegen Tierversuche, Frauenunterdrückung, den Irak-Krieg und Atomenergie. Aufgrund des eingekreisten »A« in ihrem Namen werden sie fälschlicherweise immer wieder als Anarchisten tituliert, doch obwohl sich ein nicht unbedeutender Teil tatsächlich so definiert, ist das bei ihnen vertretene politische Spektrum wesentlich breiter gefächert – ihr Schlachtruf »Wir sind gegen alles!« wird von der Mehrheit um den Zusatz »Alles außer Atatürk« ergänzt. Ein *Çarşı*-Ultra beschreibt die politische Haltung wohl am besten: »Wir sind die einzigen sozialdemokratischen Anarchisten der Welt.« Angesichts ihrer bewegten Geschichte und ihrer Beheimatung im linksintellektuell geprägten Stadtteil Beşiktaş nahe dem Gezi-Park verwundert

es kaum, dass sie sich von Anfang an an den Protesten beteiligten. Çarşı war mit mehreren Zelten und Bannern im Park vertreten, ihre Anhänger schlichteten Streit zwischen den Teilnehmern, und sie waren an unzähligen Sprühaktionen um den Taksim-Platz beteiligt – selbst die Initiative für die ersten Stadtteilversammlungen, die sogenannten Parkforen, ging von ihnen aus. Gemeinsam mit militanten linksradikalen Gruppen kämpften sie an vorderster Front an den Barrikaden gegen die bewaffneten Büttel des Staates und kaperten dabei sogar einen Bulldozer, mit dem sie einen Wasserwerfer in die Flucht schlagen konnten: »Die Beşiktaş-Ultras haben die Revolte (...) nicht initiiert, aber ihre Beteiligung trug entscheidend dazu bei, dass aus den Protesten ein Volksaufstand wurde.« (Der Spiegel) Es scheint aber noch einen anderen gewichtigen Grund für die immensen Sympathien zu geben, die ihnen entgegengebracht werden: Sie können singen – und das lautstark und phantasievoll. Im Vergleich zum Italien der späten 1970er und der Türkei der 1980er Jahre, wo es auch im staatlichen Interesse lag, die Wut in geordnete Bahnen und damit unter anderem ins Fußballstadion zu lenken, und wo die Fans in den Kurven die Widerstandslieder in Zeiten des Niedergangs der Bewegungen eher folklorisierten, können wir heute einen gegenläufigen Trend beobachten: Die Phantasie und Wut aus den Kurven hält Einzug in die Protestbewegungen. Die von *Çarşı* komponierten, aber von allen Beteiligten der Proteste voller Inbrunst geträllerten Lieder »Tränengas olé« und »Los, sprüh dein Gas / Los, sprüh dein Gas / Wirf den Knüppel weg / Zieh den Helm aus / Zeig, dass du dich traust«, halfen den jungen Männern und Frauen – viele von ihnen waren zum ersten Mal in ihrem Leben auf einer Demo –, ihre Angst vor einer brutal agierenden Polizei zu überwinden. Die Songs erzeugten eine wesentlich enthusiastischere Stimmung als Sprechchöre wie »Erdoğan, verschwinde!«, »Taksim ist überall, überall ist Widerstand« und der mehr als angestaubte ML-Spruch »Schulter an Schulter gegen den Faschismus«. Die *Çarşı*-Anhänger zeigten aber noch eine weitere Fähigkeit: Sie schafften es, viele Fußballfans der unterschiedlichen Klubs, darunter auch zahlreiche weibliche, in einer riesigen Demonstration gegen das Erdoğan-Regime zu vereinen – der größten, die während des Aufstandes überhaupt stattfand.[41] Und dies war alles andere als vorhersehbar. Denn die diversen Fangruppen sind

41 Laut Deutschlandfunk vom 21.9.2014 folgten 174.000 Menschen dem Demonstrationsaufruf.

42 »Wir sind entschieden gegen Sexismus. Das Recht von Frauen, ihren Verein zu unterstützten, ist für uns genauo selbstverständlich wie das von Männern. (...) Deshalb akzeptieren wir keinerlei diskriminierende Sprache, die sich gegen Frauen, Schwule und Transsexuelle richtet. (...) Wir verstehen sportliche Aktivitäten als eine Gelegenheit, eine geographisch transversale Solidarität zu stärken – gegen die selbstisolierende Politik des Nationalismus.« (Aus der Selbsterklärung von Vamos Bien, vollständig nachzulesen unter: rebelultras.com.)

sich teils spinnefeind, nicht selten kam es in der Vergangenheit zu mitunter heftigen Auseinandersetzungen bis hin zu tödlichen Messerstechereien. Hatte *Çarşı* schon vorher freundschaftliche Verbindungen zu den explizit linken und antirassistischen, aber in ihren Kurven minoritären Ultra-Gruppierungen, beispielsweise zu *Tekyumruk* (Galatasaray) und *Sol Açık* sowie *Vamos Bien* (Fenerbahçe)[42], so schlossen sich nun auch viele der in den größeren Fangruppen[43] organisierten Anhänger dem Aufstand an. *Istanbul United* war geboren. Im Moment des Aufstandes scheint ein gewaltiges Umdenken eingesetzt zu haben und die Fußballanhänger von Beşiktaş »avancierten endgültig zu Volkshelden« (taz), obwohl sie ihre Rolle selbst wesentlich bescheidener und realistischer einschätzen: »Wir wollen bis zum Ende in der Bewegung dabei sein und unseren Beitrag leisten, uns dabei aber nie an die Spitze stellen und keine Linie vorgeben. *Çarşı* kennt keinen Rückwärtsgang, das gehört zu unserer Philosophie.«[44]

43 Dies sind die sich als unpolitisch verstehenden *Genç Fenerbahçeliler* (Fenerbahçe) und in geringerem Maße *ultrAslan* (Galatasaray), in deren Kurven allerdings rassistische und homophobe Sprechchöre keine Seltenheit sind. Aber auch Schals und Trikots von Trabzonspor und vielen anderen Klubs aus den unteren Ligen waren zu sehen.

»Dass *Çarşı* zu einer solchen Projektionsfläche wurde, zeigt (...) das Bedürfnis nach einer anderen Opposition«, meinte ein Beobachter der Revolte.[45] Es drückte aber zugleich eine deutliche Schwäche der Bewegung aus, nämlich ihre politische Unklarheit. Sie war von Anfang an fragil. Im Aufstand gegen die AKP vereinten sich beispielsweise türkische Nationalisten, kurdische Separatisten, Sozialisten und Queer-Aktivisten – durchaus mit Sympathien bedacht von großen Teilen der kemalistischen Bourgeoisie. Aus Angst vor einer Spaltung ging man politischen Konflikten bewusst aus dem Weg und zelebrierte stattdessen eine Peace-and-Love-Kultur. Das mag angesichts des vorherigen Status quo in der türkischen Gesellschaft sympathisch sein, spiegelte aber ein entscheidendes Unvermögen wider, nämlich Streits um unterschiedliche soziale Interessen und politische Anliegen auch offen auszutragen. Genau darin dürfte auch ein bedeutender Grund für den Niedergang der Bewegung liegen; weniger in der gewaltsamen Räumung des Taksim-Platzes und kurz darauf des Gezi-Parks. Die hippiesken Hooligans von *Çarşı* stellten dabei nur einen besonders deutlichen Ausdruck der allgemeinen Konfusion dar. Das nicht näher definierte *Çarşı*-Gefühl, von dem allerorten gesprochen wird und unter das anscheinend alles gefasst werden kann, was irgendwie *links* daherkommt, verpflichtet in allererster Li-

44 Ralf Heck, *Çarşı*– Wir sind gegen Alles, *Blickfang Ultra* 29 (2013), online abrufbar unter: footballuprising.blogsport.eu.

45 Deniz Yücel, Taksim ist überall. Die Gezi-Bewegung und die Zukunft der Türkei, Hamburg 2014.

nie zu gegenseitigem Respekt und Toleranz, und so verdeckte die Fähigkeit *Çarşıs*, einen ganzen Platz zu hegemonisieren, genau die genannte Schwäche – wenn auch sehr spektakulär, insofern die Leuchtraketen, bengalischen Fackeln, Banner, und Lieder nicht anders als im Stadion eine Einheit stifteten.

Auch am Beispiel der Türkei zeigte sich so, dass Teile der organisierten Fußballfans durchaus in der Lage sind, von der Vereinsmeierei zum Aufstand überzugehen, und auch beim nächsten Mal dürften sie wieder vorne mit dabei sein. Ihre durch die Revolte nochmals verstärkte politische Positionierung – für den Aufstand und gegen Erdoğan – gefällt jedoch nicht allen Anhängern von Beşiktaş, und so gründeten einige AKP-Getreue kurz nach den Gezi-Park-Unruhen eine neue Gruppe mit dem Namen *1453 Kartalları* (die Zahl verweist auf das Jahr der Eroberung Konstantinopels durch das Heer des Osmanischen Reiches).[46] Ähnliches gibt es auch bei Galatasaray zu beobachten – dort allerdings unter umgekehrtem Vorzeichen. Inspiriert durch die Gezi-Park-Revolte, gründete sich dort eine neue sozialistische und basisdemokratische Fangruppe mit dem Namen *KızılAslan*, die bei der feministischen 8. März-Demonstration einen eigenen Block stellte, streikende Arbeiter in Istanbul unterstützte und sich explizit in Opposition zur dominanten Fangruppierung *ultrAslan* verortet. Das Erdoğan-Regime rächt sich unterdessen mit ausufernder Repression für die Revolte. Mehr als 90 Verfahren gegen knapp 6.000 Menschen wurden eingeleitet, teils unter abstrusen Vorwürfen bis hin zu »Bildung einer terroristischen Vereinigung«. Darunter befinden sich auch 35 *Çarşı*-Mitglieder, denen unter anderem ein »Putschversuch« vorgeworfen wird.[47]

Ukraine: Vom Maidan an die Front

Das Vermögen, in der Revolte aufzugehen, zeigten auch die organisierten Fußballfans in der Ukraine – wobei die dortige Revolte kaum Anlass zum Optimismus gibt. Auch wenn ihr Auslöser die Wut auf ein immer autoritärer und korrupter agierendes Regime war, schien sie vor allem vom Wunsch nach einer starken Nation getrieben zu sein.[48] Mit großer Wahrscheinlichkeit steht am Ende eine weitere Abschleifung des Sozialstaates durch eine EU-freundliche Regierung, verbunden

46 Die neue Gruppe wendete sich gegen das Bild, dass die Beşiktaş-Tribünen links wären: »Wir sind rechts, nationalistisch. Viele Menschen unter uns beten oder fasten. Dass *Çarşı* bei den Gezi-Park-Protesten politisch so in den Vordergrund gedrängt ist, hat uns gestört (…) Beşiktaş ist etwas, das über der Politik steht.«

47 Vgl. genauer: Ralf Heck, Die Hippie-Hools vom Gezi-Park, *Blickfang Ultra* 34 (2014), online abrufbar unter: footballuprising.blogsport.eu.

48 Keinesfalls soll hier der russische Nationalismus samt seiner Expansionsgelüste verharmlost werden. Wir lehnen ihn genauso strikt ab wie den ukrainischen, aber er ist an dieser Stelle nicht unser Thema.

mit fortdauernd bürgerkriegsähnlichen Zuständen im Osten des Landes. Dass trotz Massenarmut und Oligarchenmacht praktisch keine sozialen Forderungen laut wurden, dürfte den neuen Machthabern die angesichts des drohenden Staatsbankrotts unausweichlichen Sozialkürzungen erheblich erleichtern. Auf die vermeintliche *Freiheit*, die sich mit dem Sturz Janukowitschs durchsetzte, folgt nun die *Austerität*.

Im Gegensatz zu *Çarşı* und den relativ antiautoritären Ultragruppen in Nordafrika gehören unter Ultras im Osten Europas faschistische Symbole und ein offen zur Schau gestellter Antisemitismus ebenso zum guten Ton wie heftigste Prügeleien. Ultras des Vereins Dynamo Kiew, aber auch die Ultra-Gruppe *Banderstadt*[49] von Karpaty Lwiw, einem bis in die höchsten Führungsgremien hinein rechtsextremen Verein[50], kontrollierten in der Vergangenheit die Tickets an den Eingängen der Stadien, um sicherzustellen, dass nur »weiße« Ukrainer hineingelangen, Feindseligkeit gegenüber Tartaren, Nationalismus und slawischer »Rassenstolz« sind keine Seltenheit.[51] Einem Aufruf der Swoboda-Partei in Lviv gegen die »Überfremdung« der ukrainischen Liga folgten 5.000 Fans – unter großer Beteiligung der dortigen Ultras. Dies ist auch ein Indiz dafür, dass sich hinter der Parole »Gegen den modernen Fußball« und den »Fuck off Euro 2012«-Bannern der ukrainischen Ultra-Szene im Vorfeld der Europameisterschaften, die gemeinsam von der Ukraine und Polen ausgetragen wurden, auch viele regressive Momente finden lassen. Eine Kritik an der zunehmenden Kommerzialisierung des Sports und der persönlichen Bereicherung von korrupten Verbandsfunktionären ist durchaus kompatibel mit rechtem Gedankengut. Die Entwicklungen im Fußball werden als Konspiration des internationalen Finanzkapitals interpretiert, der man eine Re-Regionalisierung und Re-Nationalisierung entgegensetzen müsse sowie eine völkische Identität fernab des »Multikulti-Diktats« von UEFA und FIFA. Abgesehen von den Fans des (mittlerweile insolventen) Vereins Arsenal Kiew[52], die sich antifaschistisch positionierten und während der Saison inner- wie außerhalb der Stadien oftmals heftiger Angriffe erwehren mussten, scheint sich die dortige Fanszene eher in den Schattierungen des Rechtsseins zu unterscheiden, was allerdings nicht bedeutet, dass alle Ultras über ein stramm faschistisches Bewusstsein verfügen. Ob-

49 Benannt nach Stepan Bandera, ukrainischer Nationalist, Antisemit und Nazi-Kollaborateur.

50 Als das Stadion des Vereins bis 2018 für Länderspiele gesperrt wurde, weil auf den Zuschauerrängen nationalistische Symbole gezeigt wurden, erklärte der Verein, dass er fortan auswärts in Rot-Schwarz (den Farben der Faschisten) auflaufen werde: »Unser Club wird sich niemals und unter keinen Umständen von dem lossagen, worauf unsere Großväter und Väter stolz waren. Ehre den Helden.«

51 Vgl. Olaf Sundermeyer, Tor zum Osten: Besuch in einer wilden Fußballwelt, Göttingen 2012.

52 Diese Gruppierung ist allerdings mit ihren maximal 150 Anhängern sehr klein.

wohl es vielerorts Sympathien für den Rechten Sektor und die Swoboda-Partei, zum Teil auch personelle Überschneidungen und Zusammenarbeit mit ihnen gibt, handelt es sich bei den Ultras um eigenständige Gruppen, auch wenn die taz verschwörungstheoretisch davon ausgeht, dass »diese Leute von irgendjemandem gesteuert (werden): Die Aggressivität von Fußballfans, die sich da auf dem politischem Feld entlädt, ist für die Ultras eine Entscheidung, die sie kaum selbstständig getroffen haben dürften.«[53]

Die ukrainischen Ultras stehen eher rechts, sie sind autoritärer und bandenmäßiger organisiert als in anderen Ländern und erinnern in ihrer sozialen Zusammensetzung eher an die Hooligans. Dennoch eint sie (neben dem Hass auf die Ordnungskräfte) etwas mit den Fußballfreunden aus der Türkei und Nordafrika. Im Augenblick des Aufstandes schlossen 34 Ultragruppen aus den drei ersten Ligen ein Friedensabkommen, das gegenseitige Angriffe und Beleidigungen auf unbestimmte Zeit aussetzte, um sich gemeinsam am »Widerstand« zu beteiligen.[54] Die ehemals verfeindeten Gruppierungen fanden sich auf der gleichen Seite der Barrikade zusammen und erklärten kurze Zeit später in einem gemeinsamen Aufruf, nicht für einen Anschluss an Europa oder »für Julia, Vitali, Arseniy oder Oleh, nicht gegen Russland und die Russen« auf die Straße zu gehen, sondern »für die Kiewer, für unsere Stadt, für unser Land, für unsere Ehre!«. Mag die Beteiligung der Ultras aus dem westukrainischen Kiew und Lviv an den Maidan-Protesten keine große Überraschung sein, so ist es erstaunlich, dass sich auch die Gruppen im Osten und Südosten des Landes sowie auf der Krim, ob russisch- oder ukrainischsprachig, hinter den Aufruf stellten. Hinter der Botschaft, nicht im Dienste eines der Oppositionspolitiker zu stehen, und der Haltung zu Russland, die einen Kontrast zu den faschistischen und russophob ausgerichteten Parteien bildet, verbirgt sich ein kleinster gemeinsamer Nenner der diversen Strömungen innerhalb der Ultra-Szene: das bedingungslose Eintreten für die nationale Unabhängigkeit. Während des Aufstands schützten sie Demonstranten vor regimetreuen Schlägerbanden, und es ist fraglich, ob der relativ schnelle Sturz Janukowitschs auch ohne ihre Beteiligung vonstattengegangen wäre. Sicherlich waren die massiven Übergriffe der Polizei auf die Demonstranten

53 Die größte Gefahr lauert in der Provinz, *die tageszeitung*, 27.1.2014.

54 Vgl. David McArdle/Manuel Veth, Ukrainian Ultras and the Unorthodox Revolution, online abrufbar unter: futbolgrad.com.

der Auslöser, auf den Maidan zu strömen und gemeinsam gegen die Sicherheitskräfte vorzugehen. Sehr schnell wurden die Proteste jedoch von einem vehementen Nationalismus dominiert, den die Ultras mit ihrem Geschwätz von »unserem Land« und »unserer Ehre« selbst befeuerten. Entsprechend gibt es keinen Grund, sich Illusionen über einen emanzipativen Charakter ihres Treibens zu machen. Ein Sprecher der Ultras von Dynamo Kiew erklärte denn auch, dass sich einige ihrer Mitglieder dem Rechten Sektor und anderen »Selbstverteidigungsgruppen« angeschlossen hätten.[55] Und während die Gefolgschaft für Politiker in dem Ultra-Aufruf noch abgelehnt worden war, flankierten diese Gruppen während des Aufstands nun die Interessen genau jener Politiker und wachten streng darüber, dass keine sozialkritischen, die nationale Einheit gefährdenden Slogans verbreitet wurden. Linke und anarchistische Aktivisten wurden mit dem Vorwurf vom Maidan verdrängt, sie wollten die Proteste für ihre eigenen Zwecke instrumentalisieren. Auch an dem für zahlreiche Menschen tödlichen Angriff auf das Gewerkschaftshaus in Odessa, in dem sich Anti-Maidan-Aktivisten verbarrikadiert hatten, waren viele Ultras beteiligt. Die Transparente in den Stadien, die seit dem Sturz des Regimes in den Stadien flattern, verheißen ebenso nichts Gutes. Kein Wort über die soziale Misere, stattdessen: *Freiheit oder Tod, Krim ist Ukraine und Ukraine über Alles*. Einige Fußballfans setzen dies auch praktisch in die Tat um und organisieren gegenwärtig die nationale Mobilmachung in einem der zahlreichen Rekrutierungszentren des Landes. Andere befinden sich schon an der Front im Osten[56] in Donezk, wo sie sich unter anderem mit serbischen, auf der russischen Seite kämpfenden Hooligans auf dem wirklichen Schlachtfeld fernab der Fußballplätze blutig duellieren.

55 Revolution in der Ukraine: Interview mit Ultras Dynamo Kiew, *Blickfang Ultra* 20 (2014).

56 So auch die Ultras von Arsenal Kiew. Vgl. Daniel Ryser/Philipp Natzke, Krieger in coolen Turnschuhen, *WOZ*, 2.10.2014.

Zum Spannungsverhältnis zwischen Eigentor und Aufstand

»Die Tore auf dem Fußballfeld sind die Eigentore der Beherrschten«.[57] Man müsste arge ideologische Verrenkungen vornehmen, um das Fußballspektakel dem *Reich der Freiheit* zuzuordnen. In kaum einem anderen Bereich der Freizeit tritt der repressive Charakter der Gesellschaft derart zugespitzt hervor wie hier: absoluter Leistungszwang, verbunden mit

57 Gerhard Vinnai, Fußballsport als Ideologie, Bremen 2006, online abrufbar unter: psydok.sulb.uni-saarland.de.

einem individuellen Aufstiegsversprechen und einer immer brutaleren Konkurrenz, bei der sich nur die Besten und Stärksten durchsetzen können. Der Fußball ist bis in seine letzten Winkel dem Verwertungsinteresse unterworfen, wird komplett warenförmig organisiert. Wie sollte es auch anders sein? Spätestens seit dem Aufkommen der Kulturindustrie, die noch die letzten gesellschaftlichen Bereiche kommodifiziert, kennt die kapitalistische Totalität keine unberührten Orte mehr. Dies gilt nicht zuletzt für die Ligen in Europa und Japan, in denen Milliardenbeträge durch Merchandising, Ticketverkäufe und Übertragungsrechte erwirtschaftet werden. Ein italienischer Fußballverbandsfunktionär brachte diese ökonomische Dimension nach dem Tod eines Polizisten bei Ausschreitungen 2007 in geradezu bemerkenswerter Aufrichtigkeit auf den Punkt: »Das Spektakel muss weitergehen, es handelt sich um einen der wichtigsten Industriezweige Italiens, eine Industrie, welche die von ihr hervorgerufenen Kosten zahlt. Die Toten des Fußballsystems zählen leider zu diesem grandiosen Spiel dazu, das die Ordnungskräfte noch nicht zu kontrollieren in der Lage sind«. Diese Entwicklung wird innerhalb der existierenden Produktionsweise unumkehrbar sein, und die Zuschreibungen, mit denen die Anhänger ihren Klub von anderen unterscheiden, stellen für das Durchschauen dieses Verblendungszusammenhangs eher eine Schranke dar. Es ist trotz aller nicht wegzuredender Unterschiede in Geschichte und Gegenwart letztlich egal, ob man dem FC Bayern München, Celtic Glasgow, dem FC St. Pauli oder AS Livorno zujubelt – die als Klubs bezeichneten Unternehmen unterscheiden sich vor allem in ihrer Kapitalkraft. Die grundlegenden Mechanismen sind die gleichen, trotz aller ideologischen Überhöhungen, die in der Rede von »den Kleinen«, von Bonzen- und Arbeitervereinen oder Kiezklubs ihren Ausdruck finden. Firmen müssen zur finanziellen Unterstützung als sogenannte strategische Partner gewonnen werden, Spieler werden als Waren gehandelt, vernutzt und, wenn möglich, mit Profit weiterverscherbelt.

Die dressierten Spieler, die sich wie gut geölte Maschinen über den Platz schieben, sind lediglich Projektionsflächen für unerfüllte Träume der Lohnabhängigen und stehen für ein Aufstiegsversprechen, das sich für die allermeisten niemals realisieren ließ und lässt. Die Passivität des Konsumenten fin-

det ihren deutlichsten Ausdruck vor dem Fernseher und in der Verehrung des Stars. Aber auch der Zuschauer im Stadion verfolgt das Geschehen auf dem Rasen letztlich rein passiv. Er wedelt mit der im Fanshop erworbenen Fahne, nutzt euphorisch die ihm zur Verfügung gestellte Klatschpappe und verfällt in helle Verzückung, wenn Ribéry, Balotelli oder auch Mattuschka eines ihrer Kunststückchen vollbringen. Für einige Momente können sie die alltägliche Misere vergessen machen, allerdings unter Ausblendung aller Klassengegensätze. Wüste Beschimpfungen von Spielern, die nicht die erwartete Leistung bringen, und gellende Pfeifkonzerte gegenüber dem Team, wenn dieses nicht wie gewünscht spurt, dienen als Kompensation für die nicht nur am Arbeitsplatz erlittene Erniedrigung. Die Jubelstürme, die ausbrechen, wenn das Team gewinnt, sorgen auf der anderen Seite dafür, dass man sich wenigstens für kurze Zeit als Gewinner fühlen darf – als Sieger eines von der Mannschaft stellvertretend ausgefochtenen Kampfes. Das falsche Wir-Gefühl zeigt sich am krassesten bei Fußballweltmeisterschaften, bei denen sich die Zuschauer hemmungslos dem Phantasma der Zugehörigkeit zu einer Nation hingeben dürfen. Wie Guy Debord schrieb: »Was die Zuschauer miteinander verbindet, ist nur ein irreversibles Verhältnis zum Zentrum selbst, das ihre Vereinzelung aufrechterhält. Das Spektakel vereinigt das Getrennte, aber nur als Getrenntes. Die Entfremdung des Zuschauers zugunsten des angeschauten Objekts (...) drückt sich so aus: je mehr er zuschaut, um so weniger lebt er; je mehr er akzeptiert, sich in den herrschenden Bildern des Bedürfnisses wiederzuerkennen, desto weniger versteht er seine eigene Existenz und seine eigene Begierde.«[58]

58 Guy Debord, Die Gesellschaft des Spektakels, Berlin 1996, 26.

Die Begierde nach disponibler Zeit, also nach Zeit zur freien Entfaltung jenseits der Arbeit, führt aber nicht zur erhofften Freiheit, sondern in eine durch Warenproduktion und Zwang geprägte Freizeit, die nicht unwesentlich vom organisierten Fußballsport ausgefüllt wird. Selbstverständlich geschieht dies nicht völlig ungebrochen, denn »eine Gesellschaft, die ihre tragenden Antagonismen ungemindert reproduziert, kann die in ihr lebenden Menschen nicht völlig integrieren. Ihre realen Bedürfnisse und Interessen weisen noch immer zu viel Substanz auf, um die totale Erfassung zu erlauben.«[59] Es ist

59 Gerhard Vinnai, Fußballsport als Ideologie, Bremen 2006, 105.

ein *Çarşı*-Ultra meinte: »Wir haben uns keine besondere Rolle zugeschrieben. So wie alle hier beteiligen wir uns am Widerstand. (…) Aber eins müsst ihr wissen: Ich habe mir vom ersten Tag an nie etwas Schwarz-Weißes angezogen und zwar aus folgendem Grund: Alle Menschen hier haben ihre Uniformen abgelegt. (…) Trikots und Farben haben keine Bedeutung.«[61] Bisher haben sich die Ultras in die diversen Bewegungen eingefügt, ohne einen Führungsanspruch zu reklamieren. Dabei ist es sicherlich kein Zufall, dass genau die Gruppen eine besondere Rolle spielten, deren Klassenzusammensetzung und politische Haltung tendenziell dem Charakter der jeweiligen Revolte entsprachen. Es deutet zudem einiges darauf hin, dass Ultra-Gruppen, die sich aus verschiedenen Teilen der Klasse zusammensetzen, tendenziell progressiver agieren als solche, die eher homogen aus klassischen Arbeitermilieus stammen. Ob sie ihre Stärken weiterhin in soziale Aufstände einbringen – dafür spricht sicherlich ihre große Sensibilität gegenüber zunehmender Polizeigewalt sowie ein ausgeprägtes Solidaritätsgefühl mit anderen davon Betroffenen – und der Versuchung widerstehen werden, wie in der Ukraine Polizeiaufgaben zu übernehmen, für die sie andererseits aufgrund ihres Erfahrungsschatzes prädestiniert erscheinen, wird nicht zuletzt von der Dynamik genau dieser Bewegungen abhängen. Die »Verwirklichung der aktiven, direkten Mitteilung, wo die Spezialisierung, die Hierarchie und die Trennung aufhören«[62], wird dabei der Gradmesser sein; die Delegation bestimmter Bereiche an (vermeintliche) Spezialisten und die Akzeptanz einer militanten Schutzmacht hingegen verlängern nur die herr-

61 Ralf Heck/ James Steen/ Bob Dilan, Die Hippie-Hools vom Gezi-Park (Radio-Feature 2015), online abrufbar unter: footballuprising.blogsport.eu.

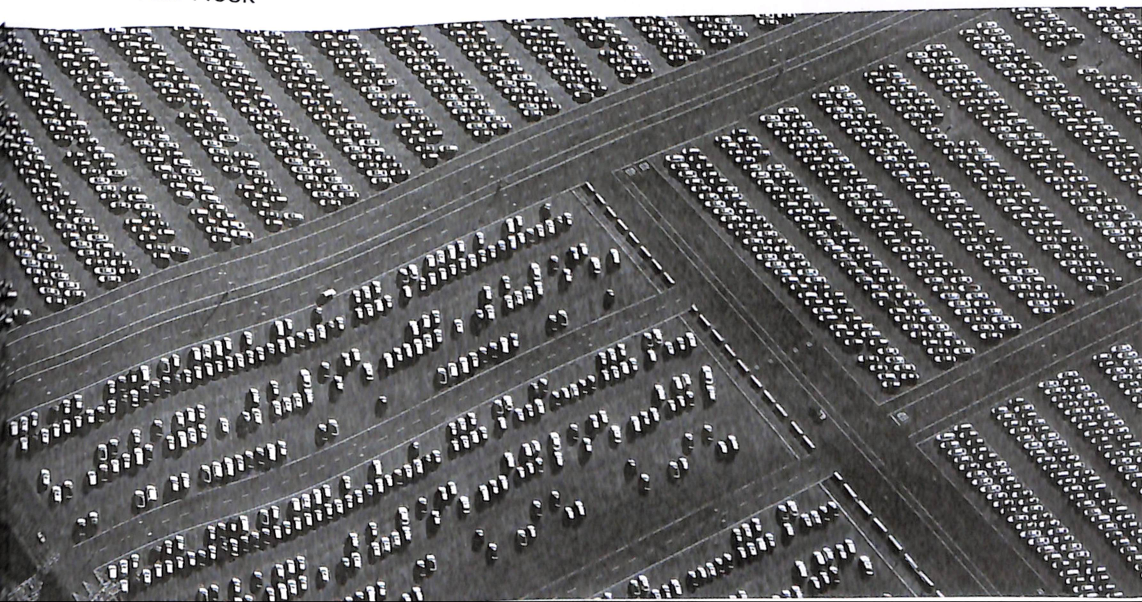
62 Debord, Die Gesellschaft des Spektakels, 104ff.



schende Passivität und Arbeitsteilung. Gleichzeitig stellt der ungebrochene Glaube ans Kollektiv seinerseits eine Schranke für eine emanzipierte »Einheit des Vielen ohne Zwang« (Adorno) dar. Ein Kollektivismus, der sich nicht der Befreiung des Individuums verpflichtet sieht, sondern das Verschwinden des Einzelnen in der Masse verfestigt, führt stets in die affirmative Revolte, die ein blinder Aktionismus nur mäßig zu kaschieren vermag. Nirgends hat sich das deutlicher als in der Ukraine gezeigt, wo die Alltagsflucht des Fan-Daseins nahtlos in den Irrsinn des Nationalismus überging. Vermutlich hatten Ultras in den jüngeren Unruhen nicht zuletzt deshalb ein solches Gewicht, weil ihr Weltbild und ihr Verhalten genauso zwischen Subversion und Konformismus changieren, wie es für diese Unruhen gilt.

Die Ultras befinden sich im Spannungsverhältnis zwischen Eigentor und Aufstand: In der Zukunft wird sich zeigen, ob sie ihre Identität als Fußballfans und Liebhaber ihrer Stadt und die damit verbundenen Freund-/Feind-Schemata auch längerfristig werden überwinden können. Da diese Identität vollständig auf einem alternativen Lifestyle aufbaut – ideologisch legitimiert durch die sagenumwobenen Ultra-Werte und habituell von einem Hauch der Subversion umgeben –, würde das allerdings kaum weniger bedeuten als die Aufhebung genau dieses Ultra-Daseins: *Spielabbruch durch Platzsturm und Beginn der dritten Halbzeit.* ■

Ralf Heck





KOSMOPROLET 1

- 28 Thesen zur Klassengesellschaft
- »Präsident Chavez ist ein Werkzeug Gottes«
- Die Abenteuer der Autonomie
- Warten auf die immaterielle Arbeiterbewegung
- Das Ende einer Illusion

Juni 2007 | 137 Seiten | 5 Euro | 6 CHF



KOSMOPROLET 2

- Fragmente über die Tage, die Teheran erschüttern
- Thesen zur Krise
- Eine Krise des Werts
- Das Ende der Lähmung
- Ein Schritt in die falsche Richtung
- Neues aus dem Reich des Caudillos
- Und weitere...

September 2009 | 200 Seiten | 5 Euro | 6 CHF



KOSMOPROLET 3

- Arabischer Frühling im Herbst des Kapitals
- Jenseits der Agrarrevolution
- Schranken proletarischer Emanzipation. Zur Kritik der Gewerkschaften
- Der Existentialismus als Zerfallsprodukt revolutionärer Theorie
- Über die Kommunisierung und ihre Theoretiker
- Und weitere...

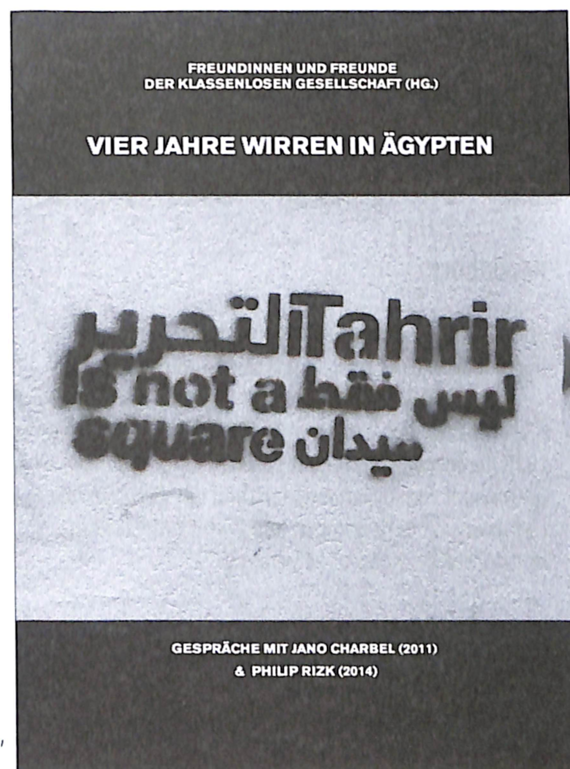
November 2011 | 200 Seiten | 5 Euro | 6 CHF

Alle Ausgaben können über

www.kosmoprolet.org/bestellung bei uns bezogen werden.

VIER JAHRE WIRREN IN ÄGYPTEN

Berlin 2015



Die Broschüre beinhaltet zwei ausführliche Interviews mit Jano Charbel (2011) und Philip Rizk (2014) zu den Ereignissen der letzten vier Jahre in Ägypten.

34 Seiten
Einzelexemplar: 2 Euro
5 Exemplare: 8 Euro
10 Exemplare: 15 Euro

Bestellung: über www.kosmoprolet.org

Paul Mattick

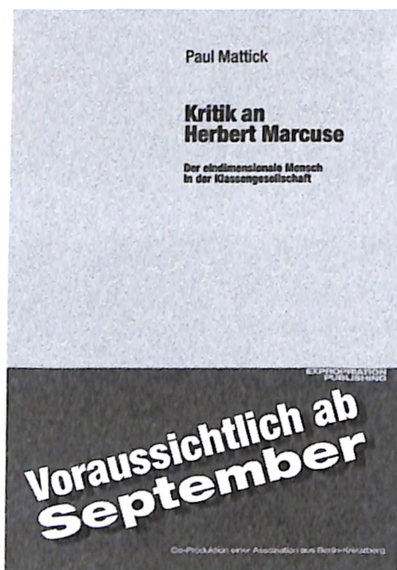
Kritik an Herbert Marcuse

Der eindimensionale Mensch
in der Klassengesellschaft

Paul Mattick 1969

Deutschsprachige Originalausgabe:
1969 Europäische Verlagsanstalt,
Frankfurt am Main

NACHDRUCK



NACHDRUCK:

2015 EXPROP (Expropriation Publishing)
Coproduktion einer Assoziation aus Berlin–Kreuzberg

Dieser Nachdruck – in einer Kleinstauflage – soll die 1969 herausgegebene Schrift wieder einer kleinen Leserschaft zugänglich machen, und die *Europäische Verlagsanstalt* dazu anregen, die Schriften von Paul Mattick vielleicht erneut zu verlegen.

Ausgangspunkt war die Erinnerung an Herbert Marcuses Schrift im Jahr 2014: "50 Jahre Herbert Marcuse – Der eindimensionale Mensch". Um den eindimensionalen Menschen in der Krise einzuordnen, empfehlen wir die Lektüre von "Der eindimensionale Mensch" gemeinsam mit der vorliegenden Kritik von Paul Mattick.

64 Seiten Klebebindung

Einzelexemplar: 5 Euro
10 Exemplare: 35 Euro

Bestellungen:
exprop@riseup.net

KOSMOPROLET 4

KOSMOPROLET

»Die Mauer, an der alles abprallt, ist die allseitige Abhängigkeit aller Einzelnen voneinander und damit vom bestehenden System, das dieser Abhängigkeit, wie ungenügend und krisenhaft auch immer, die einzige bislang bekannte Form gibt. Gerät das System aus den Fugen, wagt niemand den Schritt ins Freie, sondern alle heften sich ans Gegebene. Kämpfe werden heute viel seltener niedergeschlagen, als sie vor dieser Mauer von sich aus kehrtmachen. Schon weil sie nicht wissen, was danach kommt, haben die Proletarier heute genauso viel Angst vorm Zusammenbruch wie die Herrschenden.«